



107. Sitzung

Düsseldorf, Freitag, 13. November 2020

Mitteilungen des Präsidenten	5	Thomas Kutschaty (SPD)	21
Vor Eintritt in die Tagesordnung	5	Josefine Paul (GRÜNE)	23
Änderung der Tagesordnung	5	Claudia Schlottmann (CDU)	25
1 Ausgestaltung und Umsetzung der Au-		Helmut Seifen (AfD)	27
ßerordentlichen Wirtschaftshilfen für		Franziska Müller-Rech (FDP)	28
vom Teil-Lockdown erfasste Unterneh-		Ministerin Yvonne Gebauer	30
men, Betriebe, Selbständige, Vereine		Jochen Ott (SPD)	32
und Einrichtungen			
Unterrichtung		Rügeähnlicher Hinweis	
durch die Landesregierung	5	gerichtet an Ministerpräsident Laschet	34
Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart	5	Petra Vogt (CDU)	34
Frank Sundermann (SPD)	7	Sigrid Beer (GRÜNE)	36
Henning Rehbaum (CDU)	10	Christof Rasche (FDP)	37
Horst Becker (GRÜNE)	12	Helmut Seifen (AfD)	38
Ralph Bombis (FDP)	14	Ministerin Yvonne Gebauer	39
Christian Loose (AfD)	16	Jochen Ott (SPD)	40
Minister Lutz Lienenkämper	18		
Rainer Schmeltzer (SPD)	19	Formlose Rüge	
2 Schulpolitik in NRW – Chaos ohne		des Abgeordneten Helmut Seifen (AfD)	42
Ende?			
Aktuelle Stunde		Ergebnis	42
auf Antrag		3 Nordrhein-Westfalen würdigt Anwer-	
der Fraktion der SPD und		beabkommen	
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Antrag	
Drucksache 17/11812		der Fraktion der CDU und	
		der Fraktion der FDP	
In Verbindung mit		Drucksache 17/11656	
Bildung und Infektionsschutz zusam-		Entschließungsantrag	
men denken! Für krisenfeste Lernräume		der Fraktion der SPD und	
sorgen – neue Wege gehen		der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Antrag		Drucksache 17/11738 (Neudruck)	42
der Fraktion der SPD und		Heike Wermer (CDU)	42
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Stefan Lenzen (FDP)	43
Drucksache 17/11655	21	Ibrahim Yetim (SPD)	44
		Berivan Aymaz (GRÜNE)	46
		Roger Beckamp (AfD)	47
		Minister Dr. Joachim Stamp	48
		Ergebnis	49

4 Urananreicherung in NRW beenden, illegale Urantransporte stoppen!

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/11616.....	49
Wibke Brems (GRÜNE).....	49
Dr. Christian Untrieser (CDU).....	50
Dietmar Bell (SPD)	51
Dietmar Brockes (FDP)	52
Christian Loose (AfD)	52
Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart	53
Ergebnis	55

5 Kultur-Lockdown sofort aufheben – Theater, Opern- und Konzerthäuser sowie Museen sind keine Infektionsorte

Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/11670.....	55
Gabriele Walger-Demolsky (AfD).....	55
Peter Preuß (CDU)	56
Andreas Bialas (SPD).....	56
Susanne Schneider (FDP)	57
Oliver Keymis (GRÜNE).....	58
Ministerin Ina Scharrenbach.....	60
Ergebnis	60

6 Nachhaltige Industrie in NRW mit einer Landesbeteiligung bei ThyssenKrupp Steel

Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/11676	
Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/11823.....	60
Frank Sundermann (SPD).....	60
Henning Rehbaum (CDU)	62
Dietmar Brockes (FDP)	63
Horst Becker (GRÜNE)	64
Christian Loose (AfD)	65
Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart	66
Ergebnis	67

7 Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen

Große Anfrage 22 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/8873	
Antwort der Landesregierung Drucksache 17/11081	
Verena Schäffer (GRÜNE)	67
Dietmar Panske (CDU)	68
Andreas Bialas (SPD).....	69
Alexander Brockmeier (FDP).....	70
Markus Wagner (AfD)	71
Minister Herbert Reul	72

8 Der Sport darf nicht das Opfer einer verfehlten Lockdown-Politik werden – ohne Sport fehlt uns mehr als nur Bewegung!

Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/11664	74
Andreas Keith (AfD)	74
Peter Preuß (CDU)	75
Markus Herbert Weske (SPD)	75
Susanne Schneider (FDP).....	76
Josefine Paul (GRÜNE).....	76
Minister Herbert Reul	77
Ergebnis.....	77

9 Corona zeigt: Mobile Arbeit ist plötzlich Alltag geworden! – Für die vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – Das Mobile-Arbeit-Gesetz jetzt schnell auf den Weg bringen!

Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/11678	77
Lisa-Kristin Kapteinat (SPD)	77
Marco Schmitz (CDU)	78
Jörn Freynick (FDP)	80
Matthi Bolte-Richter (GRÜNE).....	81
Sven Werner Tritschler (AfD).....	82
Minister Karl-Josef Laumann	82
Ergebnis.....	83

**10 Maskenzwang an den Schulen in NRW
sofort aufheben!**

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/11665 83

Helmut Seifen (AfD) 83
Peter Preuß (CDU) 84
Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD) 85
Susanne Schneider (FDP) 85
Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) 86
Ministerin Yvonne Gebauer 86

Ergebnis 86

**11 Gesetz über die Gewährung von Wert-
schätzungsprämien und die Stiftung
von Ehrenzeichen im Brand- und Kata-
strophenschutz (Prämien- und Ehrenzei-
chengesetz – PräEG) – Wertschätzung
für die ehrenamtlichen Einsatzkräfte!**

Gesetzentwurf
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/10857

Beschlussempfehlung
des Innenausschusses
Drucksache 17/11684

zweite Lesung 86

Thomas Schnelle (CDU) 87
Sven Wolf (SPD) 87
Dr. Werner Pfeil (FDP) 88
Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) 88

Formlose Rüge
des Abgeordneten
Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) 89

Markus Wagner (AfD) 89
Minister Herbert Reul 89

Ergebnis 90

Entschuldigt waren:

Ministerin Ursula Heinen-Esser
Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen
Ministerpräsident Hendrik Wüst

Guido Déus (CDU)
Oliver Krauß (CDU)
Bernd Krüchel (CDU)
Britta Oellers (CDU)
Thorsten Schick (CDU)
Hendrik Schmitz (CDU)
Simone Wendland (CDU)
Bianca Winkelmann (CDU)

Carina Gödecke (SPD)
Gabriele Hammelrath (SPD)
Christina Kampmann (SPD)
Hans-Willi Körfges (SPD)
Andreas Kossiski (SPD)
Hannelore Kraft (SPD)
Norbert Römer (SPD)
Karl Schultheis (SPD)

Sigrid Beer (GRÜNE)
(ab 13 Uhr)
Arndt Klocke (GRÜNE)
(bis 12:30 Uhr)
Johannes Remmel (GRÜNE)

Bodo Middeldorf (FDP)
Dr. Christian Blex (AfD)
Thomas Röckemann (AfD)
(ab 15 Uhr)

Frank Neppe (fraktionslos)
Marcus Pretzell (fraktionslos)

Beginn: 10:01 Uhr

Präsident André Kuper: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiße Sie alle herzlich willkommen zu unserer heutigen, 107. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt auch den Gästen auf der Zuschauertribüne und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien, außerdem all denen, die uns an den Bildschirmen zuschauen.

Für die heutige Sitzung haben sich **22 Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung: Der Chef der Staatskanzlei hat mit Schreiben vom 12. November 2020

(Unruhe – Glocke)

mitgeteilt, dass die Landesregierung beabsichtigt, den Landtag zum Thema „Ausgestaltung und Umsetzung der Außerordentlichen Wirtschaftshilfen für vom Teil-Lockdown erfasste Unternehmen, Betriebe, Selbstständige, Vereine und Einrichtungen“ zu unterrichten. Die **Unterrichtung** und die Beratung sind **als Tagesordnungspunkt 1** vorgesehen und **angemeldet**.

Ich weise darauf hin, dass die Fraktion der SPD und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen am 11. November 2020 gemäß § 95 Abs. 1 Satz 3 der Geschäftsordnung zu einer aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt haben.

Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben sich darauf verständigt, diese **Aktuelle Stunde in Verbindung mit dem Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen** mit der Überschrift „Bildung und Infektionsschutz zusammen denken! Für krisenfeste Lernräume sorgen – neue Wege gehen“, Drucksache 17/11655, verbunden zu beraten. Aufgrund der Unterrichtung durch die Landesregierung wird dies **als Tagesordnungspunkt 2 aufgerufen**. Alle weiteren Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Ich rufe damit auf:

1 Ausgestaltung und Umsetzung der Außerordentlichen Wirtschaftshilfen für vom Teil-Lockdown erfasste Unternehmen, Betriebe, Selbstständige, Vereine und Einrichtungen

Unterrichtung
durch die Landesregierung

Die Unterrichtung durch die Landesregierung erfolgt durch den Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie, Herrn Professor Dr. Pinkwart. Bitte schön.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In den vergangenen Wochen ist deutschlandweit ein massiver Anstieg der Anzahl der Coronainfizierten zu verzeichnen. Eine Kontaktnachverfolgung ist aufgrund der dynamischen Entwicklungen teilweise nicht mehr möglich.

Um das Coronavirus durch die erhebliche Reduzierung von Kontakten einzudämmen, haben Bund und Länder Ende Oktober die Vollschießung einiger Branchen beschlossen. Diese Vollschießung bringt für viele Unternehmen neben den bereits seit dem Frühjahr bestehenden Einschränkungen massive Einbußen mit sich, jedoch stehen der Bund und die Länder an der Seite der Unternehmen und ihrer Beschäftigten. Wir setzen hierzu mit Hochdruck eine weitere zielgerichtete kurzfristige Wirtschaftshilfe auf. Sie geht deutlich über die bereits bestehenden Hilfsmaßnahmen wie die Sofort- und Überbrückungshilfe sowie die „NRW Überbrückungshilfe Plus“ hinaus.

Mit dem Bund-Länder-Beschluss der Bundeskanzlerin und der Ministerpräsidenten vom 28. Oktober 2020 ist hierfür die Außerordentliche Wirtschaftshilfe des Bundes vorgesehen, deren inhaltliche und technische Ausgestaltung von der Bundesregierung im Benehmen mit den Ländern bis in die letzten Stunden hinein entwickelt wurde.

Dabei hat sich die Landesregierung – und hier möchte ich mich besonders bei Finanzminister Lutz Lienenkämper und dem Chef der Staatskanzlei, Nathanael Liminski, für die enge Abstimmung bedanken – intensiv eingebracht und hierzu auch den engen Dialog mit Vertretern der betroffenen Betriebe und Solo-Selbstständigen in unserem Land gesucht. Nunmehr sind die wesentlichen Förderbedingungen und Förderzugänge entschieden, über die ich Sie hiermit für die Landesregierung informiere.

Antragsberechtigt sind alle Unternehmen, auch öffentliche, Betriebe, Selbstständige, Vereine und Einrichtungen, die auf der Grundlage der erlassenen Schließungsverordnungen den Geschäftsbetrieb einstellen müssen. Beispiele für Unternehmen sind der solo-selbstständige Eventmanager oder Musiker und Künstler, Gaststätten und Beherbergungsbetriebe, Sportvereine, Fitnessstudios, kulturelle Veranstaltungsstätten in öffentlicher und privater Trägerschaft.

Neben den direkt von der Schließung betroffenen Unternehmen können auch alle Unternehmen, die nachweislich und regelmäßig 80 % ihrer Umsätze mit direkt von den Schließungen betroffenen Unternehmen erzielen, die Wirtschaftshilfe des Bundes beantragen. Beispiele für diese Unternehmen sind Zulieferer, Wartungs- und Reinigungsbetriebe und andere Dienstleister.

Um möglichst viele – und darum haben wir auch geringen – der mittelbar betroffenen Solo-Selbstständigen und Betriebe zu erreichen, sind außerdem Unternehmen einbezogen, die regelmäßig 80 % ihrer Umsätze durch Lieferungen und Leistungen im Auftrag direkt von den seitens der Maßnahmen betroffenen Unternehmen über Dritte erzielen. Diese Unternehmen müssen nachweisen, dass sie wegen der Schließungsverordnung einen Umsatzeinbruch von mehr als 80 % im November 2020 gegenüber dem Vorjahr erleiden. Beispiele für Unternehmen sind hier Künstler und Dienstleister, die etwa über Veranstaltungsagenturen für die direkt betroffenen Betriebe tätig werden.

Für einige Wirtschaftsgruppen, beispielsweise Restaurants, gibt es einige Besonderheiten bei der Ermittlung der Höhe der Wirtschaftshilfe. Auch das will ich hier noch mal ausführen, weil es von Anfang eine Frage war, die wir sehr früh in Abstimmung mit dem Bund mit den Gaststättenbetreibern haben klären können.

Ich spreche das Thema „Außer-Haus-Verkäufe“ an. Hier ist von Anfang an, wie ich meine, eine sehr gute Regelung gefunden worden, die wir sehr früh, schon Anfang November, haben kommunizieren können. Diejenigen, die jetzt sehr stark Außer-Haus-Verkauf betreiben, sollen dadurch keine besonderen Nachteile haben. Im Gegenteil: Es werden gegenüber dem Vorjahr 75 % des um die Außer-Haus-Verkäufe reduzierten Umsatzes zugrunde gelegt. Auf diesem Betrag aufsetzend kann jetzt unbegrenzt ein Außer-Haus-Verkauf der Gaststätten stattfinden.

Ich denke, das ist eine sehr gute Regelung, die hilft, dass die Unternehmen nicht nur mit staatlicher Hilfe durch diese Zeit kommen, sondern sich zusätzlich betätigen und dadurch wirtschaftliche Einnahmen erzielen können.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Insgesamt umfasst die geplante Wirtschaftshilfe ein Volumen von ca. 10 Milliarden Euro aus Bundesmitteln. Sie bezuschusst betroffene Unternehmen pro Woche der Schließung mit 75 % des durchschnittlichen wöchentlichen Umsatzes im November 2019.

Solo-Selbstständige haben bei der Ermittlung des Zuschusses ein Wahlrecht. Sie können als Bezugsrahmen für den Umsatz auch den durchschnittlichen Vorjahresumsatz zugrunde legen.

Die Außerordentliche Wirtschaftshilfe soll zudem auch die jungen Unternehmen unterstützen. Unternehmen, die nach dem 30. November 2019 gegründet worden sind, können ebenfalls einen Antrag stellen. Bezugsgröße zur Ermittlung der Wirtschaftshilfe ist hier der Vormonat Oktober 2020 oder der monatliche Durchschnittsumsatz seit der Gründung des Betriebes.

Die gewährte Wirtschaftshilfe wird mit bereits anderen gewährten Hilfsmaßnahmen wie dem Kurzarbeitergeld oder der Überbrückungshilfe verrechnet.

Wie bei den bereits bekannten Hilfsmaßnahmen – der Soforthilfe, der Überbrückungshilfe und der „NRW Überbrückungshilfe Plus“ – werden die fünf Bezirksregierungen zusätzlich auch die Bewilligung der Außerordentlichen Wirtschaftshilfe übernehmen, wofür ich Herrn Innenminister Herbert Reul und unseren fünf Regierungspräsidentinnen und Regierungspräsidenten besonders dankbar bin.

Die Landesregierung hat sich in den letzten zwei Wochen ganz eng mit den Regierungspräsidenten und den Mitarbeitern abgestimmt. Sie haben schon viele Programme zusätzlich geschultert. Wir haben gesagt: Jetzt müssen wir noch mal kräftig helfen. – Das geschieht nun, und dafür möchte ich mich im Namen des Ministerpräsidenten und der Landesregierung herzlich bedanken.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Bezirksregierungen werden auch diesmal von Mitarbeitern der NRW.BANK, von Mitarbeitern von IT.NRW und anderen nachgeordneten Behörden unterstützt. Das zeigt, dass wir wirklich alles tun wollen, damit die Hilfe schnell bei den Betroffenen ankommen kann.

Die digitale Antragstellung hat sich sowohl bei der Soforthilfe als auch bei der Überbrückungshilfe bewährt. Daher wird der Antrag für die Außerordentliche Wirtschaftshilfe ebenso über ein digitales Portal zu stellen sein. Der Bund wird dafür erneut die nationale Plattform der Überbrückungshilfe nutzen. Um ein sicheres Antragsverfahren zu gewährleisten, ist eine Antragstellung vornehmlich über einen vom Antragsteller beauftragten Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Buchprüfer oder Rechtsanwalt möglich. Das haben wir bereits mit der Überbrückungshilfe I und II eingeführt.

Wichtig ist – und das ist ein ganz entscheidender Punkt –, dass die Solo-Selbstständigen, die einen Höchstsatz von 5.000 Euro beantragen können, einen Weg gehen können, den wir schon bei der Soforthilfe gewählt hatten. Sie sollen nicht über die beratenden Berufe gehen müssen, sondern ihren Antrag direkt online stellen können. Es ist gelungen, ein Verfahren zu finden, welches eine rechtssichere Authentifizierung gewährleistet und für einen sehr einfachen und schnellen Zugangsweg sorgt. Das wird in Nordrhein-Westfalen in Hunderttausenden Fällen dazu beitragen, dass die Hilfe so schnell ankommt, wie die Ministerpräsidenten und die Bundeskanzlerin es zugesagt haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Es konnte auch erreicht werden, dass die anderen Betriebe, deren Gestaltung komplexer ist – und damit kann die Höhe der Förderung natürlich deutlich höher

ausfallen –, im Rahmen einer Abschlagszahlung von bis zu 10.000 Euro eine möglichst unbürokratische und schnelle Hilfe bekommen.

Die Antragstellung startet in der Woche zum 25. November. In der nächsten Woche wird mit Hochdruck an dieser Plattform gearbeitet und die Software entwickelt, damit das Antragsverfahren starten kann. Wir erwarten, wenn alles gut geht, dass noch im November, wie zugesagt, die Solo-Selbstständigen, aber auch die anderen Unternehmen ihre Abschlagszahlung erhalten können.

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit ein paar Worte zum weiteren Fortgehen bei der Soforthilfe sagen; denn auch dort haben wir unter dem Eindruck der jüngsten Ereignisse im Zusammenhang mit der Pandemie weitere Erleichterungen für die Unternehmen vorgesehen. Wie Sie wissen, haben wir uns beim Bund für deutliche Verbesserungen beim Abrechnungsverfahren in den Sommermonaten eingesetzt. Damit kommen jetzt Verbesserungen insbesondere bei den von den Umsätzen absetzbaren Personalkosten und den gestundeten Zahlungen zum Tragen.

Zwischenzeitlich hat sich die wirtschaftliche Situation bei vielen Soforthilfeempfängern pandemiebedingt erneut eingetrübt. Daher geben wir ihnen mehr Zeit bei der Schlussabrechnung. Wir verschieben den Zeitraum für die Meldung bis ins Frühjahr und für die Rückzahlung bis in den Herbst des kommenden Jahres. Wir sind dem Bund dankbar, wenn er dann die Abrechnungsfristen, die wir mit ihm vereinbart haben, entsprechend anpasst.

Um dem Wunsch jener Soforthilfeempfänger zu entsprechen, die mit Blick auf die Steuererklärung für dieses Jahr ihre Abrechnung noch bis Jahresende vornehmen wollen, erhalten diese die Gelegenheit dazu, damit wir wirklich allen gerecht werden. Wir haben mit vielen gesprochen. Ich halte das für eine sehr gute Lösung, um in dieser besonderen Situation zu zeigen, dass wir zusätzliche Liquiditätsbrücken bauen können.

Neben der Außerordentlichen Wirtschaftshilfe hat der Bund weitere Hilfsmaßnahmen vorgesehen. So wird der KfW-Schnellkredit für Unternehmen bis zu zehn Beschäftigten geöffnet und angepasst. Die maximale Kredithöhe beträgt 300.000 Euro. Dies ist abhängig von dem im Jahr 2019 erzielten Umsatz.

Zudem wird der Bund die Hilfsmaßnahmen für Unternehmen in Form der Überbrückungshilfe III verlängern und die Konditionen für die hauptbetroffenen Wirtschaftsbereiche wesentlich verbessern, was ganz besonders wichtig für das Eventmanagement, aber auch für die Schausteller und andere ist, die seit Monaten nicht arbeiten können. Hier sind wir mit dem Bund in enger Abstimmung, um durch Verbesserungen der Überbrückungshilfe III den einzelnen, beson-

ders betroffenen Branchen wirksam helfen zu können.

Möglicherweise gelingt auch noch – wir haben es in dieser Woche bereits debattiert – beim Unternehmerlohn im Rahmen der Überbrückungshilfe III ein Durchbruch, was uns und viele Begünstigte natürlich freuen würde.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Lassen Sie mich abschließend noch eines sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Was ich Ihnen hier habe vortragen können, sind materielle Unterstützungen. Aber die vielen Gespräche, die auch Sie in den letzten Tagen und Wochen geführt haben, zeigen uns: Es geht einerseits darum, dass wir versuchen, die wirtschaftlichen Grundlagen zu erhalten. Andererseits geht es besonders darum, in ideeller Weise deutlich zu machen, dass diejenigen, die jetzt in den Teil-Lockdown gegangen sind, einen solidarischen Beitrag für unsere Gesellschaft, für die Wirtschaft leisten und dass sie unser aller Respekt und Anerkennung für diese besondere Leistung verdienen. Viele haben sich vorher so sehr angestrengt.

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wir wollen, dass sie diese Anstrengungen auch fortsetzen. Wir wollen, dass die Rahmenbedingungen so sind und von uns weiter positiv beeinflusst werden können, dass sie bald wieder ihre Tätigkeit aufnehmen können. Denn den Menschen geht es auch darum, dass sie ihre Existenz aus eigener Kraft sichern können, dass sie endlich wieder arbeiten können.

Ich denke mit besonderer Leidenschaft an das, was uns Herr Ritter in den Runden sagte: Es sind Familienbetriebe. Die wollen einfach wieder arbeiten.

Lassen Sie uns alles tun, damit das möglichst bald gelingt. Dafür braucht es immer wieder solidarisches Handeln und wechselseitiges Verständnis. Ich denke, auch das kommt durch dieses Hilfsprogramm zum Ausdruck. – Herzlichen Dank für Ihre freundliche Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister. – Damit eröffne ich die Aussprache und erteile als erstem Redner für die Fraktion der SPD dem Abgeordneten Sundermann das Wort.

Frank Sundermann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich bei dem Minister dafür bedanken, dass er die seit dem 06.11.2020 auf der Seite des Finanzministeriums und des Wirtschaftsministeriums in Berlin stehenden FAQs fehlerfrei vorgelesen hat. – Vielen Dank dafür.

(Beifall von der SPD und Stefan Engstfeld [GRÜNE])

Mit dieser Feststellung wird doch klar, dass es heute nicht um eine Unterrichtung zu den Novemberhilfen geht.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Es sinkt für Sie, das Niveau!)

Der Grund ist nicht die Information des Parlaments, sondern der Grund ist, die Aufmerksamkeit von der schwankenden Schulministerin abzulenken.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Das ist der Grund. Jawohl, großartig ist das, meine Damen und Herren. Das ist peinlich, Herr Ministerpräsident.

(Zurufe von Matthias Kerkhoff [CDU] und Dietmar Brockes [FDP])

Ich bin es von dieser Landesregierung und auch von diesem Minister gewohnt, als Parlamentarier respektlos behandelt zu werden. Das habe ich in den letzten Jahren hier gelernt.

(Beifall von der SPD)

Aber was ich Ihnen an dieser Stelle vorwerfe, ist –

(Dietmar Brockes [FDP]: Keine Gedanken an die Solo-Selbstständigen!)

so haben Sie eben auf die Betroffenen geschaut –, dass Sie auf die Betroffenen spucken, indem Sie sie instrumentalisieren, um Ihr politisches Geschäft zu machen. Das ist unverschämt, Herr Minister.

(Beifall von der SPD – Daniel Sieveke [CDU]: Das ist unglaublich! – Unruhe – Glocke – Armin Laschet, Ministerpräsident: Es geht um Hunderttausende Existenzen!)

– Genau, Herr Ministerpräsident, es geht um Hunderttausende von Existenzen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Unerhört!)

Sie verhöhnen diese Existenzen, indem Sie sie hier instrumentalisieren.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] – Unruhe)

Sie sollten sich schämen, Herr Ministerpräsident.

(Beifall von der SPD – Armin Laschet, Ministerpräsident: Flegel!)

Für das Protokoll möchte ich festhalten, dass mich der Ministerpräsident gerade als Flegel bezeichnet hat.

(Zurufe von CDU und FDP – Josef Hovenjürgen [CDU]: Das ist proletenhaft! – Armin Laschet, Ministerpräsident: So reden Sie hier

über Menschen! Über Existenzen reden Sie! Das ist ja unfassbar! – Unruhe – Glocke – Armin Laschet, Ministerpräsident: Die Menschen sind Ihnen doch egal!)

Meine Damen und Herren, der Vorwurf, der jetzt an mich gerichtet wird, mir seien die Menschen egal,

(Armin Laschet, Ministerpräsident: Ja, so ist das! So ist das! – Weitere Zurufe von CDU und FDP)

richtet sich gegen Sie. Sie instrumentalisieren die Sorgen der Menschen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Das haben Sie doch eben bewiesen! Ihnen sind die Menschen egal!)

Das sage ich Ihnen, auch wenn Sie es nicht hören wollen, noch fünfmal, Herr Ministerpräsident.

(Beifall von der SPD – Zurufe – Armin Laschet, Ministerpräsident: Unfassbar! So tief sind die Sozialdemokraten gesunken! – Josef Hovenjürgen [CDU]: Widerlich! Peinlich! – Armin Laschet, Ministerpräsident: Die große sozialdemokratische Partei endet bei Herrn Sundermann! – Fortgesetzt Zurufe)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, lassen Sie uns doch vielleicht noch einmal etwas entspannter auf dieses Thema schauen.

(Beifall von der SPD – Lachen von Henning Höne [FDP] – Unruhe – Glocke)

Am 28.10. hat die Bundeskanzlerin gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten einen erneuten Teil-Lockdown beschlossen,

(Dietmar Brockes [FDP]: Das ist peinlich! Unmöglich!)

weil dies – und das werden wir sicherlich alle so sehen – aus gesundheitspolitischen Gründen angezeigt war. Ab dem 02.11. gilt dieser Teil-Lockdown, und er betrifft wieder die Branchen, die auch schon vorher betroffen waren: die Gastronomie, die Hotels, die Veranstaltungswirtschaft, Vereine, öffentliche Einrichtungen, Kultur.

(Dietmar Brockes [FDP]: Die scheinen Sie ja gar nicht zu interessieren!)

Diejenigen, die gerade Licht am Ende des Tunnels gesehen haben, sind jetzt wieder betroffen. Wir reden über viele Menschen, die über viele Jahre ihre Existenzen gegründet haben,

(Dietmar Brockes [FDP]: Die scheinen Sie ja gar nicht zu interessieren!)

die ihre Unternehmen über Generationen betrieben haben.

Insofern ist es richtig, dass dort das entsprechende Verfahren aufgesetzt wird. Das Verfahren ist aufgesetzt nach dem Prinzip: Wer einschränkt, muss auch ausgleichen.

Bundesfinanzminister Olaf Scholz hat sehr schnell gesagt, dass 10 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden. Gestern hat er deutlich gemacht, dass es wahrscheinlich mehr sein werden. Wir können hier gemeinsam feststellen: Wenn Herr Altmaier das organisiert hätte, dann wären es keine November-, sondern frühestens Januarhilfen geworden.

(Beifall von der SPD)

Lassen Sie mich noch auf zwei grundsätzliche Punkte eingehen.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Der Minister hat eben ausgeführt,

(Matthias Kerkhoff [CDU]: Das ist Ihnen doch alles egal!)

die erste Auszahlung soll am 25.11. ...

(Zuruf von Armin Laschet, Ministerpräsident)

– Herr Ministerpräsident, ich habe Sie selten so erregt gesehen, außer vielleicht in irgendwelchen Talkshows.

(Armin Laschet, Ministerpräsident: Weil es hier um Menschen geht! Hier geht es um Menschen und nicht um Ihre Spielchen!)

– Die Spielchen treiben doch Sie, Herr Ministerpräsident.

(Armin Laschet, Ministerpräsident: Es geht um Existenzen!)

– Sie fühlen sich doch ertappt, deswegen blöken Sie doch hier so rum.

(Zuruf von Dr. Marcus Optendrenk [CDU] – Armin Laschet, Ministerpräsident: Sie tun so, als wenn es nicht um Menschen geht! – Zurufe von der SPD, der CDU und der FDP)

Ende November sollen diese Mittel ausgezahlt werden.

(Unruhe – Glocke)

Präsident André Kuper: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, eine intensive und emotionale Aussprache gehört sicherlich zu einer Debattenkultur.

(Dietmar Brockes [FDP]: Das ist doch keine Debattenkultur! – Weitere Zurufe)

Ich appelliere an alle Kolleginnen und Kollegen, zu einer sachlichen Debatte zurückzukommen.

(Marc Lürbke [FDP]: Der soll sich mal entschuldigen! – Fortgesetzt Zurufe)

Frank Sundermann (SPD): Meine Damen und Herren,

(Dietmar Brockes [FDP]: Er soll sich jetzt hinsetzen!)

lassen Sie mich, wie gesagt, noch einmal zu zwei grundsätzlichen Aspekten kommen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Nein!)

Worüber wir in der grundsätzlichen Systematik noch einmal nachdenken müssen, ist: Wir geben den Menschen jetzt Perspektiven für einen Monat. Wir sagen, dass sie ihre Unternehmen oder Restaurationen schließen müssen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Um die geht es Ihnen doch gar nicht!)

Wir sagen aber nicht, was ab Dezember, im Januar, im Februar ist. Wenn wir ernsthaftes Interesse an dem Schicksal dieser Menschen haben,

(Dietmar Brockes [FDP]: Haben Sie ja nicht!)

dann müssen wir ihnen Perspektiven aufzeigen.

(Zurufe)

Insofern müssen wir uns noch einmal über die grundsätzliche Ausgestaltung unterhalten. Nur so werden wir Strukturbrüche verhindern.

Lassen Sie mich noch zwei Sätze zu den Solo-Selbstständigen sagen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Die sind Ihnen doch egal! Das haben wir doch gerade festgestellt! Ihnen geht es doch gar nicht um die Solo-Selbstständigen!)

Wir haben am Mittwoch eine sehr intensive und angemessene Debatte geführt. Wenn man sich die Struktur der Novemberhilfen anschaut, wird man sehen, dass Solo-Selbstständige nach der sogenannten Helge-Schneider-Regel – der Minister hat es schon ausgeführt – nicht unbedingt den November 2019 angeben müssen, sondern auch den Jahresdurchschnitt 2019 nehmen können. 5.000 Euro können den Solo-Selbstständigen ohne Unterstützung eines Steuerberaters ausgezahlt werden.

(Zuruf von Florian Braun [CDU])

Die Betriebskostenpauschale, die in Funktion und Wirkung vielleicht einen Unternehmerlohn ersetzen kann, ist auf dem Weg. Der Minister hat gerade erklärt, dass die Gespräche dazu auf Bundesebene laufen.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Ich finde, das ist eine gute Nachricht für alle Solo-Selbstständigen in diesem Land.

(Beifall von der SPD – Zuruf: Ja, ja, alles klar!)

Meine Damen und Herren, ich hatte ... Ich will anders anfangen.

(Henning Höne [FDP]: Die Rede hätte anders anfangen sollen!)

Herr Minister, die Erwartung, die ich an diese Unterrichtung gestellt hatte,

(Armin Laschet, Ministerpräsident: Was ist das für ein Gestammel?)

haben Sie im Prinzip erfüllt. Die Unterrichtung hatte keinerlei Neuigkeitswert. Ihr Ziel war das Ablenken vom Versagen an anderer Stelle. Dieses Ziel werden Sie – das wird die Debatte an diesem Tag deutlich zeigen ...

(Dietmar Brockes [FDP]: Ihnen geht es nur darum, hier rumzukrakeelen! – Lachen von der SPD – Christian Dahm [SPD]: Das sagt der Richtige! – Weitere Zurufe)

Ein wichtiges Gut für eine Landesregierung sind Verlässlichkeit und Seriosität.

(Zurufe)

Die haben Sie für parteipolitische Geländegewinne heute aufs Spiel gesetzt.

(Henning Höne [FDP]: Völlig blank sind Sie!)

Damit müssen Sie in den nächsten anderthalb Jahren, in denen Sie noch in der Regierung sind, fertig werden. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD – Zurufe)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Für die Fraktion der CDU hat der Abgeordnete Rehbaum das Wort.

(Daniel Sieveke [CDU]: Unfassbar! – Zuruf von der CDU: So kriegen Sie keine 25 % mehr! – Weitere Zurufe)

Henning Rehbaum* (CDU): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das exponentielle Wachstum an Coronainfektionen hat ein entschlossenes Handeln von Bund und Ländern erforderlich gemacht, damit nicht erforderliche Kontakte auf ein Minimum reduziert werden.

Wir haben hier gerade einen Auftritt des Kollegen Sundermann erlebt, der eine beispiellose Entgleisung voller Hass und Hetze war. Diese Rede war zu tiefst peinlich und der Situation absolut unangemessen.

(Anhaltender Beifall von der CDU und der FDP)

16 Bundesländer – ein Votum! Klarer kann eine Aussage in dieser Zeit nicht sein. Die Lage war und ist noch immer ernst. Über 23.000 positive Tester-

gebnisse am gestrigen Tage sprechen eine eindeutige Sprache.

Gelernt haben die Länderchefs aus dem ersten Lockdown. Unternehmen, Schulen und Kitas bleiben auf. Das ist richtig und wichtig. Im Umkehrschluss sind Gastronomie, Hotellerie, Veranstaltungswirtschaft, Reisewirtschaft, Kunst, Kultur, Musik, Messewirtschaft und weitere Bereiche wieder massiv betroffen. Diese Branchen waren die ersten, und sie scheinen auch die letzten zu sein, die wieder arbeiten dürfen.

An dieser Stelle haben der Bund und auch die NRW-Landesregierung den Unternehmen beispiellos geholfen. Die Soforthilfe, die Kurzarbeit, KfW-Kredite, NRW.BANK-Kredite, Stundungen von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen, Bürgschaften, Beteiligungen – das Ziel waren und sind unbürokratische Liquidität, Personalkostenentlastung und ein Aufrechterhalten der Unternehmen im Stand-by.

Auch wenn oft das Gegenteil behauptet wird: Erst kamen die 430.000 Anträge auf Soforthilfe, dann die Rettung von Lufthansa, TUI und Co. Das Motto lautet: Erst helfen wir den Kleinen, dann den Großen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Nordrhein-Westfalen hat hier vorbildlich und schnell agiert. Ich möchte an dieser Stelle ein großes Lob an die Ministerien, Bezirksregierungen, die Arbeitsagentur, Kammern, Kreishandwerkerschaften, Wirtschaftsförderungsgesellschaften, Hausbanken aussprechen, die unermüdlich beraten, bearbeiten und Anträge bescheiden.

Wir haben einen großen Werkzeugkasten an Hilfen, damit unzählige Unternehmen im Notbetrieb durch den ersten Teil der Coronapandemie gebracht werden konnten.

Dennoch gab es mittelgroße und besonders betroffene, anlageintensive Unternehmen, die die Hilfen nicht erreicht haben: Busunternehmen, Schausteller, Hotels, die Reisebranche. Sie sind gekennzeichnet von hoher Anlageintensität. Monat für Monat müssen Raten abbezahlt werden; es gibt keine Möglichkeit, Fahrzeuge, Fahrgeschäfte oder Gebäude zu verkaufen.

9.000 oder auch 25.000 Euro Soforthilfe waren für viele dieser Betriebe leider nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Darlehen waren hier oft keine Lösung, denn noch mehr Darlehen erdrücken Unternehmen beim Neustart nach Corona.

Also haben wir auch in Nordrhein-Westfalen früh einen großen Wurf gefordert. Es braucht große Beträge, die nicht zurückzahlen sind, damit dieser unglaubliche Eigenkapitalverzehr abgedeckt werden kann.

So kamen die Überbrückungshilfe und die Überbrückungshilfe II. Nach anfänglichen Schwierigkeiten

sind jetzt die Bearbeitung und auch die Auszahlung angelaufen.

Da vonseiten des Bundes kein Unternehmerlohn vorgesehen war, haben wir in Nordrhein-Westfalen aus eigenen Mitteln Unternehmerlohn gewährt, da vielen kleinen Unternehmern der Zugang zur Grundsicherung verwehrt ist. Die Debatte zum Unternehmerlohn hatten wir schon am Mittwoch. Man kann es nicht oft genug sagen: Der Unternehmerlohn ist mehr als wirtschaftliche Hilfe für Solo-Selbstständige, der Unternehmerlohn ist ein Zeichen der Wertschätzung für Zigtausend Unternehmen in unserem Land.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Als erkennbar war, dass der November-Lockdown kommen würde, war jedem, der die Lage der von Corona betroffenen Branchen kennt, sofort klar: Wenn wir noch einmal Branchen schließen, muss es sofort ein Hilfsprogramm vom Bund geben, und zwar nicht nur als wirtschaftliche Hilfe, sondern als Zeichen an Unternehmer und Arbeitnehmer: Wir haben verstanden.

Diese zentrale Forderung der 16 Länderchefs, insbesondere auch von Ministerpräsident Armin Laschet an den Bund, hat gewirkt. Nach intensivem Ringen der Länderchefs mit der Bundesregierung wurde vorletzte Woche die Novemberhilfe ins Leben gerufen. Ein guter und richtiger Schritt der Bundesregierung in Berlin.

Seit gestern liegen nun die mit Spannung erwarteten Rahmenbedingungen für die Novemberhilfe vor. Wir können feststellen: Aus den verschiedenen Hilfsprogrammen seit März und aus zahlreichen Gesprächen mit den betroffenen Branchen sind richtige Schlüsse gezogen worden. Das Programm ist schnell, unkompliziert und digital. Erstmals werden nicht nur Betriebskosten, sondern Umsätze kompensiert. Das ist eine faire Lösung für die krass betroffenen Unternehmen.

Unternehmen bekommen auch Hilfe, wenn sie nicht direkt mit Betrieben, die durch Verordnung schließen mussten, sondern auch mit Agenturen oder als Subunternehmen arbeiten. Vergleichsbasis ist der Novemberumsatz 2019, bei Solo-Selbstständigen mit schwankendem Umsatz auch der Durchschnitt des Jahres 2019 oder der Oktober 2020 bei Start-ups.

Hotellerie und Veranstaltungsstätten sind grundsätzlich als betroffen definiert. Restaurants, die mühsam Umsatz im Außer-Haus-Verkauf erwirtschaften, können trotzdem Novemberhilfe bekommen, und es gibt unkomplizierte Abschlagszahlungen. Kleine Unternehmen brauchen, um Novemberhilfe zu bekommen, nicht umständlich, teuer und langwierig einen Steuerberater zu beauftragen. Das war eine zentrale Forderung der Initiative „Alarmstufe Rot“. Ich denke, es ist auch richtig so, kleine Unternehmen zu entlasten.

(Beifall von Angela Freimuth [FDP])

Mit 10 Milliarden Euro ist das Programm ordentlich veranschlagt – viel Geld, sehr viel Geld, wie ich finde.

Die Novemberhilfe zeigt: Politik hört Betroffenen zu, Politik setzt berechnete Hinweise aus der Praxis in sinnvolle Regelungen um, Politik findet schnelle, pragmatische Lösungen für Unternehmen. Das schafft Vertrauen in politische Handlungsfähigkeit in der Krise.

Unermüdlich haben wir Abgeordneten – ich denke, aller Fraktionen – mit „Alarmstufe Rot“, mit der Gastronomie und weiteren Branchen Kontakt gehalten, zugehört, nachgefragt, diskutiert und Verbesserungsvorschläge für Überbrückungsprogramme und Novemberhilfe an unsere Ministerien in Düsseldorf und nach Berlin weitergegeben.

An dieser Stelle möchte ich mich herzlich bei Minister Professor Pinkwart und bei seinen Mitarbeitern aus dem Ministerium und den Referentinnen und Referenten aller Fraktionen bedanken, die in der Krise weit über das normale Maß im Einsatz sind, um das Feedback aus der Wirtschaft in ordentliche Lösungen umzusetzen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Viele Unternehmen stehen mit dem Rücken zur Wand. Dennoch geht man professionell mit der Lage um und sucht immer wieder freundlich und besonnen das Gespräch mit Abgeordneten und Ministerien, um Sorgen und Lösungsansätze zu schildern.

Ich möchte diese Rede auch nutzen, um mich bei den Unternehmen und Branchenverbänden für die außerordentlich konstruktive Zusammenarbeit in dieser für sie so schwierigen Lage zu bedanken.

(Sven Wolf [SPD]: Die Schausteller sagen Danke! – Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Auch den Beschäftigten der schwer betroffenen Branchen und ihren Familien, die so sehr unter der Ungewissheit, was aus ihren Unternehmen und ihren Jobs wird, leiden, möchte ich für ihre Besonnenheit in Coronazeiten ausdrücklich Danke sagen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Novemberhilfe wird vielen Unternehmen helfen. Doch wir müssen ehrlich sein. Eine Krise wie Corona haben wir alle noch nicht erlebt. Die Lage ändert sich wöchentlich, oft täglich. Die Politik gibt ihr Bestes, die Hilfen aber werden nie perfekt sein.

Wie bei allen Hilfsprogrammen in der Coronakrise wird die Praxis zeigen, wo auch in der Novemberhilfe Regelungslücken sind, die vorher nicht erkannt wurden oder die einfach unbezahlbar wären. Der Einzelhandel, vor allem in den Bereichen Textil und Schuhe, leidet indirekt. Die Menschen machen flächendeckend das, was die 16 Ministerpräsidenten aller politischen Farben ihnen raten: zu Hause bleiben.

Außer Lebensmitteln wird aktuell offenbar nur das Nötigste gekauft. Abstand halten, Hände waschen, Maske tragen und App benutzen und unnötige Kontakte vermeiden – das ist das Gebot der Stunde.

(Zuruf von Thomas Röckemann [AfD])

Doch sei an dieser Stelle der Hinweis an Bürgerinnen und Bürger erlaubt: Die Geschäfte in unseren Innenstädten haben für Kunden geöffnet.

Dieser November ist ein Drama für den Einzelhandel, der schon vor Corona in Schwierigkeiten war. Umso wichtiger ist es, dass Nordrhein-Westfalen dem Handel nun mit einem millionenschweren Förderprogramm zur Digitalisierung den Weg in die Zukunft ebnet. Ob Digitalisierung, verkaufsoffene Sonntage, urbane Verkehrskonzepte oder Bürokratieabbau: Nach Corona braucht der Einzelhandel keine ideologischen Schaufensterdebatten mehr, sondern volle politische Unterstützung für eine gute Zukunft.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Auch Mittelständler mit mehreren Geschäftsfeldern unter einem gesellschaftlichen Dach werden wohl nicht in den Genuss der Novemberhilfe bekommen, wenn eines ihrer Standbeine durch Corona einbricht, wie etwa Schulbusunternehmen mit Reisebusverkehr, Bäckereien mit Café-Betrieben, Schreinereien mit angegliedertem Messebau. Sollte sich tatsächlich Änderungsbedarf bei der Novemberhilfe zeigen, dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollte sich der Bund nicht zu schade für eine Fehlerkorrektur sein, um die Novemberhilfe unkompliziert nachzubessern.

Die NRW-Koalition wird weiter den Finger in die Wunde legen, denn wir finden, Politik sollte immer lernfähig sein, gerade in der Krise.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zur Pandemiebekämpfung wird vielen Unternehmen aktuell sehr viel abverlangt. Ich habe aber das Gefühl, dass das Vertrauen der Unternehmen in die Politik durch die pragmatische Schnellhilfe durch Bund und Land gestärkt worden ist.

Zum Abschluss zwei grundlegende Gedanken. Wir sollten Lehren aus der Krise ziehen.

Erstens. Wie kann eine soziale Absicherung von gesunden Unternehmen aussehen, die vorübergehend durch externe Schocks wie Naturkatastrophen oder Pandemien ohne Umsatz dastehen, aber nach der Krise wieder einsatzbereit sein wollen und sollen? Die Justierung im Insolvenzrecht, der Grundsicherung oder der Kurzarbeit ist für Unternehmen mit guter Geschäftsprognose eigentlich nur Flickwerk. Wir müssen hier eine etwas ganzheitlichere Betrachtung angehen.

Man sagt: In der Krise muss man helfen, nach der Krise müssen Strukturen angepasst werden. – Wir sollten uns ernsthaft damit beschäftigen, wie wir das

Netz sozialer Absicherung kompatibel für kleine Unternehmen und Start-ups machen. Unternehmen sind keine Bürger zweiter Klasse, sie sind Menschen wie du und ich, die unsere Solidarität verdient haben.

Zweitens. Die Reduzierung der zwischenmenschlichen Kontakte ist das Gebot der Stunde.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Die zweite Welle muss gebrochen werden. Gerade jetzt dürfen wir nicht nachlassen zu planen, wie die hart betroffenen Branchen bei Öffnung und Hochfahren des Betriebes unterstützt werden können, sei es wirtschaftlich oder technologisch. Denn eines ist klar: Die Novemberhilfe ist schnelle und pragmatische Hilfe für Zigtausend Unternehmen, die dem Bund erhebliche finanzielle Kraftanstrengungen abverlangt. Auf die Dauer helfen den Betrieben aber keine Staatsgelder, sondern Aufträge und Einnahmen von ihren Kunden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bekämpfen wir das Virus, damit Unternehmer und Arbeitnehmer endlich wieder loslegen können. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP – Wolfgang Jörg [SPD]: Das waren jetzt zehn Minuten informationsfrei!)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Für die Fraktion der Grünen hat der Abgeordnete Herr Becker das Wort.

Horst Becker^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal kann ich nicht richtig nachvollziehen, woraus sich die gute Laune speist, die offensichtlich vom Wirtschaftsminister und Teilen der Regierung heute verbreitet wird.

(Beifall von Wolfgang Jörg [SPD])

Denn das, was gestern Neues beschlossen wurde, ist nicht so viel, wie es hier mancher darstellt. Die wenigen guten Nachrichten lassen sich aus meiner Sicht wie folgt zusammenfassen.

Die erste Nachricht ist tatsächlich eine gute: Die Abrechnungs- und Rückzahlungspflichten sind deutlich ins nächste Jahr verlagert worden. Das ist, glaube ich, eine ganz erhebliche Hilfe für diejenigen, die es betrifft.

Das Zweite ist: Es sollen jetzt die Novemberhilfen, möglicherweise beginnend ab dem 25. November, ausgezahlt werden. Das ist zumindest im Verhältnis zu der Diskussion der letzten Tage eine gute Nachricht. Es ist aber eigentlich keine gute Nachricht, wenn man von Novemberhilfen spricht und diese dann möglicherweise ab dem 25. November auszahlen will. Ob das tatsächlich gelingt, daran kann man

Zweifel haben, wenn man Zeitung liest. Es ist so, dass zum Beispiel „DER SPIEGEL“ schreibt, dass es möglicherweise Programmierprobleme geben könnte.

Es gibt einen dritten kleinen Fortschritt: Bei der Bundeshilfe sollen Entbürokratisierungen stattfinden. Auch da muss man sehen, ob sich das tatsächlich auswirkt.

Meine Damen und Herren, die Tatsache allerdings, Herr Rehbaum, dass für Anträge oberhalb von 5.000 Euro weiterhin Steuerberater, Wirtschaftsprüfer oder Anwälte bemüht werden müssen, ist mit Sicherheit kein Fortschritt. Unterhalb von 5.000 Euro betrifft es auch nicht so viele Leute.

(Henning Rehbaum [CDU]: Das hat man uns aber anders geschildert!)

Für viele Antragsteller wird es schon ein Problem sein, selbst herauszubekommen, welcher der angebotenen Umsatzvergleichszeiträume für sie der günstigste ist. Das ist auch keineswegs unbürokratisch zu nennen.

Richtig ist, dass die Bundesregierung eine wichtige Stütze unserer Volkswirtschaft, nämlich die vielen Hunderttausend solosebstständigen Kulturschaffenden und Freiberufler jetzt endlich im dritten Anlauf mit bedenkt. Aber sie sollen eine Pauschale erhalten, mit der sie – ich will es jetzt einmal bildlich sagen – möglicherweise jetzt ihren Kühlschrank füllen können, der in der letzten Zeit leer geblieben ist.

Aber, meine Damen und Herren, Hunderttausende Selbstständige haben seit acht Monaten Rückstände angehäuft, Mietstundungen, Ratenpausen bei den Banken, offene Rechnungen, Versicherungen wurden gekündigt, die Altersvorsorge wurde ausgesetzt. All diese Menschen leben im Moment von der Hand in den Mund. Genau diese Probleme sind doch heute Morgen keineswegs gelöst.

Mit diesem Programm können sie den Monat November wahrscheinlich erst im Dezember überbrücken. Aber es ist offensichtlich überhaupt nicht klar, ob diese rückwirkende Hilfe im Dezember fortgesetzt werden wird.

Wenn ich dann heute Morgen lese und höre, dass Finanzminister Scholz sagt, es könnten auch mehr als 10 Milliarden Euro sein, ist das die eine Botschaft. Es stellt sich aber doch die Frage: Ist es tatsächlich so, dass die Formalien, die Fragen, wie das gestaltet wird, gelöst sind? Da sage ich, das ist offensichtlich nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, klar ist, dass die Pandemie im November und im Dezember nicht vorbei ist. Deswegen müsste man doch jetzt eigentlich die Frage stellen, wie diese sogenannten Überbrückungshilfen III im Dezember und im Januar 2021 fortgeführt werden und wie sie ausgestaltet werden. Man kann doch nicht bis Januar warten, um dann

darüber zu reden, wie der Januar gestaltet werden soll. Das ist jedenfalls aus unserer Sicht völlig daneben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das zieht sich ja durch die ganzen letzten Monate. Wenn wir vom Abflachen der Kurve reden, dann scheint man manchmal zu denken, es handelt sich um das Abflachen der Lernkurve. Die Lernkurve müsste bei Ihnen deutlich progressiver werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist der Punkt, bei dem ich noch einmal einhaken will. Ich will deutlich darauf hinweisen – ich glaube, das ist eine Auseinandersetzung neben der richtigen Beschreibung von Herrn Sundermann, dass es sich heute Morgen um ein Ablenkungsmanöver handelt –, dass wir hier das Handeln des Bundes ein Stück weit im Landtag betreiben und die Auseinandersetzung um den Unternehmerlohn, die es offensichtlich seit langer Zeit zwischen der SPD und der CDU gibt, hier nachholen. Es ist doch ganz unzweifelhaft so, dass wir den Unternehmerlohn brauchen

(Beifall von den GRÜNEN, Dr. Ralf Nolten [CDU] und Rainer Deppe [CDU])

und dass er – Herr Rehbaum, Sie haben eben nach vorne diskutiert – eigentlich längst überfällig ist.

(Henning Rehbaum [CDU]: Deswegen haben wir ihn ja auch in Nordrhein-Westfalen gezahlt, Herr Becker!)

– Herr Rehbaum, nun regen Sie sich mal nicht auf, sonst würde ich Ihnen noch ein paar Takte dazusagen.

(Henning Rehbaum [CDU]: Auch das noch! – Henning Höne [FDP]: Uh!)

Sie sind ja nicht durchsetzungsfähig, Herr Rehbaum. Sie haben in der letzten Wahlperiode permanent die Ministerpräsidentin dafür kritisiert, dass sie angeblich in Berlin nicht durchsetzungsfähig sei.

(Henning Rehbaum [CDU]: Zu Recht!)

Ihr Ministerpräsident ist in Berlin überhaupt nicht durchsetzungsfähig – in so einer wichtigen Frage, in so einer wichtigen Frage!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

In der Sache nach vorne diskutiert kann es nicht sein, dass wir die Solosebstständigen in die Grundsicherung treiben, sie ihre Alterssicherung infrage stellen müssen und dass sie am Endes des Tages in der Grundsicherung, wenn sie die Wohnzuschüsse und die Krankenversicherungszuschüsse haben, teilweise noch mehr kosten als die 1.200 Euro, über die wir alle an dieser Stelle immer wieder geredet haben.

Ich fasse aus meiner Sicht zusammen: Es war tatsächlich heute Morgen eine Unterrichtung ohne rie-

sigen Neuigkeitswert. Es ist auch wieder eine Diskussion, die aus dem Bundestag hierhin verlagert wird. Und es ist tatsächlich eine Situation, in der wir uns die Frage stellen müssen: Was können wir in Nordrhein-Westfalen zusammen tun, wenn der Bund nicht endlich mehr in die Pötte kommt, als er es bis jetzt gekommen ist? Kleine Fortschritte sind auch Fortschritte. Aber ausreichende Fortschritte sehen deutlich anders aus als das, was Sie uns heute Morgen hier vorgestellt haben. – Schönen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Für die Fraktion der FDP spricht nun der Abgeordnete Herr Bombis.

Ralph Bombis (FDP): Guten Morgen! Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, sehr geehrte Herren!

(Michael Hübner [SPD] und Wolfgang Jörg [SPD]: Guten Morgen, Herr Bombis!)

Herr Becker, von guter Laune kann überhaupt keine Rede sein. Die Lage ist ernst. Viele Menschen in unserem Land haben blanke Existenzangst. Hunderttausende Arbeitsplätze sind betroffen, sind in Gefahr. In dieser Situation – das hat mich heute Morgen wirklich betroffen gemacht – dreht die SPD-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag diesen Menschen den Rücken zu. Sie zeigt, dass sie ihr egal sind,

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

sie zeigt, dass sie sie ignoriert. Die Rede des Kollegen Sundermann war ein Tiefpunkt der nordrhein-westfälischen Sozialdemokratie, meine Damen und Herren. Dafür sollten Sie sich schämen!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Fünf Jahre lang – zwischen 2012 und 2017 – habe ich als neuer Abgeordneter in diesem Haus erlebt, was es heißt, von einer Landesregierung nicht informiert zu werden, was es heißt, von einer Landesregierung nicht unterrichtet zu werden.

Gestern hat es eine Einigung gegeben. Gestern Abend meldet ein Wirtschaftsminister eine Unterrichtung dieses Landtags an. Das darf doch wohl nicht Ihr Ernst sein: Was reden Sie hier von Parlamentsmissachtung? Hätte dieser Wirtschaftsminister im Landtag heute nicht unterrichtet, hätte Herr Kutschaty heute Mittag eine Pressemitteilung herausgehauen und gesagt, dass das eine Missachtung des Parlaments ist. Entscheiden Sie sich doch einmal, was Sie hier eigentlich fordern wollen! Das, was Sie hier tun, ist lächerlich!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Dieser Landesregierung, diesem Wirtschaftsminister eine Instrumentalisierung der betroffenen Menschen vorzuwerfen,

(Zuruf von Norwich Rübe [GRÜNE])

ist unterirdisch, um keinen unparlamentarischen Ausdruck zu verwenden. Lieber Frank Sundermann, ich habe dich heute Morgen hier nicht erkannt.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: So ist das!)

Entschuldigung, dass ich das einmal so persönlich anspreche. Da ist eine Entschuldigung gegenüber diesem Minister fällig!

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Norwich Rübe [GRÜNE])

In dieser Weise spucken Sie als Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen auf Hunderttausende von betroffenen Menschen. So können wir hier nicht zusammenarbeiten!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das, was Herr Sundermann in seiner Rede nicht getan hat, möchte ich jetzt schon tun. Ich möchte zur Sache reden.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Aha!)

Die Gastronomie und die Hotelbranche haben in den vergangenen Monaten nicht nur viele gute Hygienekonzepte entwickelt. Sie haben Investitionen in moderne Technik, in die Umgestaltung ihrer Räumlichkeiten getätigt, um zur Eindämmung des Infektionsgeschehens beizutragen. Deshalb – da wiederhole ich das, was mein Fraktionsvorsitzender Christof Rasche hier unlängst gesagt hat – haben wir Freie Demokraten uns auch in Nordrhein-Westfalen schwer damit getan, eine flächendeckende Schließung der Gastronomie hier in NRW mitzutragen.

Wir waren und sind der Auffassung, dass es entscheidend ist, dass wir Konzepte entwickeln, mit dem Virus leben und wirtschaften zu können. Selbstverständlich haben wir die Auffassung, dass die vielen kreativen Gastronominnen und Gastronomen und Hoteliers hier in diesem Land dies auch zeigen und dazu beitragen können.

Aber wir haben auf der anderen Seite trotz unserer Bauchschmerzen aus Verantwortung für das Infektionsgeschehen in diesem Land, aus staatspolitischer Verantwortung die Schließung jetzt im November mitgetragen. Umso wichtiger ist es deshalb und umso mehr schulden wir es der Gastronomie und den Hoteliers, dass die von der Bundesregierung versprochen Entschädigungen für den Monat November nun schnell und unbürokratisch ausgezahlt werden, um eine Pleitewelle in unserem Land zu vermeiden.

Die vorgestellten Eckpunkte der Wirtschaftshilfen sind da ein Leuchtbalken für die Betroffenen, die seit

mehr als zwei Wochen auf diese Nachricht gewartet haben. Auch deswegen ist es richtig, diese Nachricht so schnell wie möglich den betroffenen Menschen zu überbringen.

Ich möchte mich explizit bedanken bei Wirtschaftsminister Pinkwart, bei Finanzminister Lutz Lienenkämper, aber ausdrücklich auch bei Armin Laschet und dem Chef der Staatskanzlei, Nathanael Liminski, die unermüdlich gemeinsam im Schulterschluss auch mit den anderen Ländern, egal welcher Couleur, in Berlin gearbeitet und verhandelt haben, um dieses Ziel zu erreichen, dass die Hilfen den größtmöglichen Kreis von Betroffenen erreichen, die Umsatzverluste angemessen kompensiert werden und die Hilfen möglichst unkompliziert und unbürokratisch fließen können.

Das ist der entscheidende Punkt, es ist der Erfolg und die wichtige Nachricht von heute Morgen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Für die Betroffenen zählt hier jeder Tag. Es geht bei der wirtschaftlichen Existenz tatsächlich um jede Minute. Eine gute Nachricht ist deshalb, dass jetzt im November auch schon Abschlagszahlungen möglich werden. Eine gute Nachricht ist auch, dass die Antragstellung dieser Auszahlung einfach, unbürokratisch und voll digitalisiert abgewickelt werden soll.

(Stefan Kämmerling [SPD]: Das heißt bei Ihnen ja nichts!)

Eine gute Nachricht ist zudem, dass wir für die Gastronomie Umsätze aus dem Außer-Haus-Verkauf bis zu einer Höhe von 25 % des Vorjahreszeitraums nicht auf die Hilfen angerechnet werden. So wird während der Schließung die Ausweitung des Geschäftsbetriebs in diesem Bereich begünstigt. Das ist wichtig, das gibt Klarheit, und es gibt eine Perspektive und Sicherheit, wenigstens einigermaßen Teile kompensieren zu können.

Es ist zu hoffen – auch das will ich klar sagen –, dass die noch offenen Punkte, die mit der Bundesregierung noch zu klären sind, geklärt werden können. Da, Herr Sundermann, da, liebe SPD, würde ich mal erwarten, dass Sie sich bei Ihrem Bundesfinanzminister einsetzen, damit das endlich gelingen kann.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Sie zeigen mit dem Finger auf andere. Machen Sie erst mal Ihre eigenen Hausaufgaben!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich will sehr klar sagen, dass die Hilfen gut sind, dass die Hilfen wichtig sind, dass die Hilfen gerade den Menschen, die blanke Existenzangst haben, eine wichtige Nachricht und eine wichtige Unterstützung sind. Aber ich will genauso klar sagen: Sie sind notwendig, aber sie sind nicht die Lösung.

Wasser auf die Mühlen der Hunderttausenden Betroffenen wäre eben die Möglichkeit, wieder eigenständig tätig werden zu können, wieder Umsätze erwirtschaften zu können, wieder selbstbestimmt den eigenen Lebensunterhalt bestreiten zu können, ohne – das wollen diese Menschen im weit, weit überwiegenden Anteil nicht – auf Staatshilfen angewiesen zu sein.

Umso mehr – da schließe ich mich dem bereits geäußerten Dank des Kollegen Rehbaum an – ist den betroffenen Unternehmerinnen und Unternehmern und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die mit betroffen sind, ein großer Dank auszurichten. Es ist ihnen Dank zu sagen. Wir schulden ihnen als Parlament diesen Dank, dass sie sich trotzdem mit Vernunft, mit Verantwortungsgefühl für die Gesundheit ihrer Mitmenschen, ihrer Familien an die beschlossenen Schließungen halten. Dies verdient es, dass wir so schnell wie möglich an Konzepten arbeiten, wie nach einem solchen Lockdown ein normaler Geschäftsbetrieb wieder möglich ist.

Gastronomie und Hotels brauchen klare Perspektiven, wie das auch unter geltenden Pandemiebedingungen – es ist zu hoffen, dass bald ein Impfstoff da ist – möglich ist. Wir in Nordrhein-Westfalen gehen auch hier voran. Wir zeigen mit der Innovationsklausel in der Coronaschutzverordnung, dass wir hier Wege wollen, die diese Perspektive aufmachen.

Wir setzen uns dafür ein, dass das Gastgewerbe und die Gastronomie sowie viele andere Bereiche sobald wie möglich wieder öffnen können, dass wir auch Perspektiven für Eventmanagement und Eventagenturen geben, dass wir auch Perspektiven für die Schausteller geben, dass wir Perspektiven für die vielen anderen Branchen geben, Messe und andere, die besonders betroffen sind. Nur so kann langfristig geholfen werden, und nur so können wir die Arbeitsplätze in unserem Land erhalten.

Ich sage: Wir als NRW-Koalition mit dieser Landesregierung, mit diesem Wirtschaftsminister und dem gesamten Kabinett, an der Spitze Armin Laschet als Ministerpräsident, werden daran arbeiten, dieses Ziel so schnell wie möglich zu erreichen.

Seit diesem Auftritt der SPD heute Morgen hier habe ich große Zweifel, dass Sie sich dabei konstruktiv einbringen wollen. Kommen Sie zurück in den Kreis derer, die konstruktiv im Sinne der Hunderttausenden betroffenen Menschen arbeiten, und lassen Sie uns gemeinsam an einer Lösung dieser Situation arbeiten! – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Für die Fraktion der AfD spricht nun der Abgeordnete Herr Loose.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine der großen Schlagzeilen gestern Abend in der Presse war: „Olaf Scholz hat noch Milliarden für die Corona-Hilfe übrig“. Dieser eine Satz sagt eine ganze Menge über das Verständnis der Presse und auch anderer Politiker aus: Herr Scholz habe noch Milliarden übrig.

An dieser Stelle muss ich ganz klar sagen: Nein, Herr Scholz hat keine Milliarden übrig. Herr Scholz hat vielleicht ein paar Hunderttausend Euro aus seinem Privatvermögen übrig. Aber das stellt er nicht zur Verfügung. Die Milliarden, die er jetzt in alle Richtungen wirft, das sind frisch gedruckte Geldscheine, das sind neue Schulden. Einige sprechen dort auch schon zu Recht von „Monopoly-Geld“. Diese frisch aus der Druckerpresse stammenden Milliarden sind das Geld der Fleißigen, die das demnächst erwirtschaften müssen. Die Milliarden an Schulden ist das Geld unserer Kinder, die das irgendwann einmal zurückzahlen müssen.

Genau an dieser Stelle müssen wir uns ein paar Fragen stellen.

Erstens. Ist der staatlich erzwungene Lockdown, also das Berufsverbot für einige Branchen, die Isolation der Bürger verhältnismäßig und in dieser Form gerechtfertigt?

Zweitens. Sind die Finanzhilfen in dieser Höhe überhaupt angemessen oder zu niedrig, zu hoch?

Drittens. Sind die Personen, die diese Hilfen bekommen, die richtigen, oder gibt es Mitnahmeeffekte? Oder gibt es Verlierer, die durch das Raster fallen? Was ist, wenn jemand nur 79 % statt 80 % Verbindung mit diesen Branchen hat? Das ist zu klären.

Viertens. Wie viel Bürokratie geht bei der Beantragung der Hilfen drauf? Handelt es sich nicht eher um ein Hilfsprogramm für Steuerberater, Herr Pinkwart?

Fünftens. Wie viel kostet uns der Lockdown langfristig, und zwar an Wirtschaftsleistung, an Arbeitslosigkeit, an Steuereinnahmen und auch an Gesundheit?

Sechstens. Sind die Maßnahmen in einem demokratischen Prozess beschlossen worden?

Siebtens. Inwieweit halten die beschlossenen Maßnahmen einer gerichtlichen Überprüfung stand?

Achtens. Gibt es vergleichbare Fälle aus der Vergangenheit, die uns bei der Beurteilung unterstützen können? Ich erinnere nur an das Verfassungsgerichtsurteil gestern – oder war es vorgestern – im Vattenfall-Prozess, beim Kernenergieausstieg. Auch dort wurde panikartig gehandelt.

Neuntens. Inwieweit spalten die unangemessenen Maßnahmen der Regierung die Bevölkerung?

Zehntens. Was hat die Regierung eigentlich in den letzten sechs Monaten getan, um diesen Lockdown überhaupt zu verhindern?

Ich werde nicht zu allen Fragen kommen, aber es wäre schön, wenn Sie sich mal selbst Gedanken machten, was die Antworten darauf sind.

Kommen wir zur ersten Frage: Ist der staatlich erzwungene Lockdown verhältnismäßig, und ist dieser überhaupt notwendig? – Dazu müssten wir natürlich erst mal eine Einschätzung vornehmen, in welcher Form das neue Coronavirus – Coronaviren sind ja nicht erst seit dem letzten Jahr da – gefährlich ist und – vor allen Dingen – wo es gefährlich ist. Das neue Coronavirus ist vor allen Dingen für Risikogruppen gefährlich, während es für Nichtrisikogruppen weitgehend ungefährlich ist. Deshalb müssen wir die Risikogruppen schützen. Das geht mit zwei Methoden:

Erstens geht das natürlich mit Schutzkleidung, mit FFP2- und FFP3-Masken. Die braucht man nicht in den Kindergärten, Herr Stamp. Die braucht man bei den Risikopersonen.

Zweitens geht das mit Schutzkleidung für das medizinische Personal.

Zudem müssen wir die Verbreitung des Virus eindämmen. Wie kann das geschehen? – Wir brauchen natürlich eine Hygieneinitiative. Die Menschen müssen wieder lernen und jeden Tag daran erinnert werden, die Hände ordentlich und auch ausreichend lange zu waschen. Wenn ich manchmal in den WC-Bereich komme, sehe ich Leute, die sich nur ein paar Sekunden ihre Hände waschen. Husten und niesen sollen die Menschen bitte in die Armbeuge. Auch das sollten sie gelernt haben. Und natürlich: kein Händeschütteln während der Grippezeit zwischen Mitte Oktober und Mitte Mai!

Wenn wir all diese Hygienemaßnahmen einhalten, wird die Verbreitung des Virus massiv eingedämmt.

Des Weiteren müssen wir uns besonders auf Orte konzentrieren, an denen es eine hohe Begegnungshäufigkeit von Menschen gibt. Aber es geht nicht nur um die Begegnungshäufigkeit, sondern auch um die Begegnungsdauer. So haben wir mit der Studie des Imperial College aus London gelernt, dass Bus und U-Bahn beispielsweise keine wesentliche Rolle bei der Verbreitung des Virus spielen; denn die Menschen fahren nur wenige Minuten und sind bei einer beengten Situation durch die Alltagsmaske vor dem Husten und Niesen des Gegenübers geschützt.

So gibt es viele Bereiche, in denen das Risiko gering ist, zum Beispiel in Kinos, wo es sehr gute Lüftungsanlagen gibt, zum Beispiel in Tierparks, wo die Gelände weitläufig sind und es kaum zu Begegnungen kommt.

Genau deshalb waren die Maßnahmen der Regierung eben nicht verhältnismäßig. Es wurden Be-

reiche geschlossen, die kein hohes Infektionsrisiko bergen. Stattdessen wird diesen Bereichen jetzt Geld in die Hand gedrückt.

Die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses werden sich sicherlich noch an den Auftritt von Herrn Ritter vom Schaustellerverband erinnern. Er war bei einer Anhörung zu Gast und machte ganz klar: Sie als Politiker haben uns einen Schein in die Hand zu drücken – den Erlaubnisschein oder einen Geldschein. Wir wollen als Schaustellerverband aber lieber den Erlaubnisschein.

So geht es vielen anderen Branchen auch, zum Beispiel den Hoteliers und Gaststättenbetrieben.

Wir haben mit vielen Menschen gesprochen. Einige Menschen sind ängstlich, einige sind deprimiert, andere sind wütend. Ich sprach mit einem Schausteller in siebter Generation, der nicht versteht, warum die Menschen dicht gedrängt im Flugzeug sitzen, aber nicht auf offener Straße unter freiem Himmel auf den Weihnachtsmarkt gehen können. Er versteht nicht, warum wir allen Menschen in Deutschland das Leben und vor allen Dingen die besinnliche Weihnachtszeit klauen.

Das letzte Mal habe ich vor drei Wochen mit diesem Schausteller telefoniert. Da kam er gerade von einer Beerdigung zurück. Ein Freund ist gestorben. Der Freund ist nicht an Corona gestorben. Er sagte: Sterben gehört zum Leben. – Seit Anfang des Jahres sind 700.000 Menschen in Deutschland gestorben, davon 10.000 Menschen an oder mit Corona. Er sagte: Im Winter 2017/2018 sind 25.000 Menschen an der Grippe gestorben. Trotzdem ging das Leben weiter. – Er fragte: Warum zeigt das Regierungsfernsehen immer Bilder aus Italien? Warum zeigt das Regierungsfernsehen nicht mal Bilder zum Beispiel aus der Schweiz?

(Wolfgang Jörg [SPD]: Herr, lass' Hirn vom Himmel fallen!)

Dabei ist doch bekannt, dass in Italien vor allen Dingen das Gesundheitssystem das Problem ist. Das Gesundheitssystem ist marode. In der Schweiz setzt man auf Eigenverantwortung und eben nicht auf Zwang.

Deshalb kann ich verstehen, dass diese Menschen wütend werden. Ich kann auch die Menschen verstehen, die immer depressiver werden, zum Beispiel Menschen mit einer Morbus-Crohn-Erkrankung, die nicht mehr zur Selbsthilfegruppe gehen können. Eine Mutter sagte mir, sie wollte zur Trauerbegleitung eine Mutter-Kind-Kur machen. Ein enger Verwandter ist im Oktober letzten Jahres gestorben, und sie hatte sich für eine Kur in diesem Frühjahr angemeldet. Diese Kur wurde abgesagt. Jetzt findet sie vielleicht im nächsten Jahr statt – anderthalb Jahre nach dem Tod ihres nahen Verwandten.

Ich verstehe Menschen, die wütend sind, weil ihre Herz-OP verschoben wird, die nur noch 10 % Herzleistung besitzen und jetzt auf den Wechsel des Herzschrittmachers warten. Ja, man darf das Coronavirus nicht verharmlosen, aber man darf es auch nicht zu einem vernichtenden Killervirus machen. Wer das macht, der verharmlost all die anderen Krankheiten, all die anderen Tode in der Welt. Deshalb geht es um Maßnahmen mit Augenmaß.

Das RKI hat klar benannt, dass beispielsweise das private Umfeld mit Großhochzeiten und Ähnlichem eine Risikoumgebung darstellt. Hingegen gibt es andere Orte, an denen es keine Infektionsherde gibt. So soll das normale Leben weitergehen. 43 % der Menschen in Deutschland wollen diese Maßnahmen von der Regierung eben nicht mehr.

Wir als AfD haben in den letzten Tagen verschiedene Vorschläge gemacht, was man besser machen kann – angefangen mit den Restaurants. Lassen Sie die Restaurantbetreiber arbeiten. Die wollen das. Sie wollen Geld verdienen. Jeder, der arbeitet, braucht dann Ihre Hilfen, Herr Pinkwart, nicht mehr, sondern ist froh, dass er selbst Geld verdient. Gastwirte haben Unsummen in die Ausstattung ihrer Betriebe mit Plexiglasscheiben, Luftreinigern, Heizpilzen und Desinfektionstechnik gesteckt. Lassen Sie die Menschen arbeiten. Es gibt keinerlei konkrete Indizien, dass Restaurantbesuche oder Gaststättenbesuche das Ansteckungsrisiko erhöhen.

Das Gleiche gilt für die Hotels. Lassen Sie Hotels und Pensionen arbeiten. Dort gibt es keine Begegnungen, außer in den Lobby- und Restaurantbereichen. Ansonsten befinden sich die Menschen in Selbstisolation auf den Zimmern.

Weder privater noch geschäftlicher Tourismus war in den letzten Monaten ein Teil des Problems, sondern eher ein Teil der Lösung. Auch in den Beherbergungsbetrieben wurden Hygienemaßnahmen getroffen, und es gibt keinen Anlass zu einer Verschärfung.

Lassen Sie die Menschen Sport machen. Die Verantwortlichen in den Vereinen sind klug. Sie wissen, welche Maßnahmen zu treffen sind und haben das auch in den letzten Monaten gezeigt. Was nutzt denn der beste Lockdown, wenn die Isolation zu Bewegungsmangel führt und dann andere gesundheitliche Beeinträchtigungen dazu kommen? Das sind dann die Toten, das sind dann die Kranken in den nächsten Jahren, die auf uns zukommen, weil Sie jetzt in Panik solche Maßnahmen treffen.

Diese drei Beispiele von uns zeigen, dass es anders geht, dass es besser geht. Es ist das Ringen um Lösungen, das eine Demokratie ausmacht. Die Rede von Herrn Sundermann gehört leider nicht dazu. Herr Rehbaum bewertete die Rede als „Hass und Hetze“.

(Zuruf von Frank Sundermann [SPD])

Der Kollege von der FDP hat sich ähnlich geäußert. Wir alle sollten gerade in dieser Zeit zu einem demokratischen Diskurs zurückfinden.

(Lachen von der SPD)

Das allgemeine Auskippen von Geld hingegen, Herr Sundermann und Herr Rehbaum, ist keine geeignete Lösung, sondern führt langfristig nur zu neuen Ausgaben. Ihre Lösung ist leider naiv. Das Anwerfen der Geldpresse, das Helikoptergeld, das Sie über Deutschland abwerfen, ist die verzweifelte Methode einer überforderten Regierung. So mehren sich die Stimmen, die an Margaret Thatcher erinnern, die in etwa sagte: Der Sozialismus funktioniert nur so lange, bis einem das Geld anderer Leute ausgeht.

Jetzt ist es aktuell das Geld unserer Zukunft, das Geld unserer Kinder, das Herr Scholz, das Herr Altmaier, das Herr Pinkwart in das Volk werfen. Das ist keine kluge Wirtschaftspolitik, sondern eine Politik der Verzweiflung. Einige meinen, Sie wollen damit lediglich das Wahlvolk bis zur nächsten Bundestagswahl stillhalten. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Loose. – Bevor die Sitzungsleitung wechselt, möchte ich die Gelegenheit für eine Mitteilung nutzen: In dieser Debatte gab es leider und gleich von mehreren Seiten eine Verwendung von unparlamentarischen Begriffen in Äußerungen und auch in Zwischenrufen. Insbesondere Zwischenrufe sind aufgrund der Acrylglaskonstruktion hier nicht immer zu verstehen. Deshalb werden wir die Reden und auch die Zwischenrufe noch mal im Detail im Protokoll nachlesen und gegebenenfalls dann notwendige Maßnahmen später ergreifen.

Ich appelliere aber gleichwohl an alle nachfolgenden Rednerinnen und Redner, einen respektvollen Umgang miteinander zu pflegen. – Danke schön.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Als nächsten Redner rufe ich für die Landesregierung Herrn Minister Lienenkämper auf.

Lutz Lienenkämper, Minister der Finanzen: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Eingedenk des Hinweises des Präsidenten, dem ich mich sehr gerne anschließen möchte, möchte ich vorab eine grundsätzliche Bemerkung machen:

Sehr geehrter Herr Sundermann, die Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen hat sich über Jahrzehnte hinweg vor allen Dingen dadurch außerordentliche Verdienste um dieses Land erworben, dass sie sich um die Facharbeiterinnen und Facharbeiter, die fleißigen Menschen in unserem Land gekümmert hat, die mit den Sozialpartnern Wertschöpfung erzielen,

die dieses Land vorangebracht haben, die in diesem Land aufgestiegen sind und aufsteigen konnten.

Das ist ehrenwert und hat dazu beigetragen, dass Nordrhein-Westfalen jetzt da steht, wo wir stehen. Herr Sundermann, Sie haben diese sozialdemokratische Tradition heute endgültig aufgekündigt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wenn Sie ein wenig die Genese der Verhandlungen in Berlin um die Novemberhilfen verfolgt hätten, hätten Sie gemerkt, dass der Ansatz der Länder und auch Nordrhein-Westfalens gegenüber der ursprünglichen Konzeption wesentliche sachliche Verbesserungen gebracht hat.

Es ist ein riesengroßer Fortschritt, dass wir in diesem Kontext die Abrechnung der Soforthilfen aus der ersten Hilfswelle in das nächste Jahr verschoben haben, weil wir die Selbstständigen, die Hilfe bekommen haben, jetzt nicht noch zusätzlich damit belasten wollen, diese Abrechnung jetzt schnell machen zu müssen.

Das ist ein großartiger Erfolg. Andreas Pinkwart, unser Ministerpräsident, ich selbst und viele andere haben sich dafür eingesetzt. Man muss heute doch auch einmal sagen können, dass das eine gute Nachricht für die Selbstständigen in Nordrhein-Westfalen ist.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche; ich habe nach einer passenden Gelegenheit gesucht. Es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage von Herrn Abgeordneten Mostofizadeh.

Lutz Lienenkämper, Minister der Finanzen: Diesen Wunsch muss sich heute leider ablehnen, weil ich gerne im Zusammenhang vortragen möchte.

(Zurufe von den GRÜNEN: Oh!)

Eine weitere erhebliche Verbesserung ist, dass es jetzt Abschlagszahlungen geben wird. Es ist doch völlig klar, dass die Bundesregierung – unterstützt durch die Länder – zu Recht die Auffassung vertritt, dass diese Hilfen schnell ankommen müssen.

Wenn sie schnell ankommen und passgenau sein sollen – dafür haben wir uns immer eingesetzt –, müssen sie noch im November fließen. Das machen Abschlagszahlungen möglich. Das ist ein riesengroßer Fortschritt gegenüber der ursprünglichen Konzeption.

Schauen Sie sich mal die Liste der direkt und indirekt Betroffenen an. Schauen Sie mal, was dort ursprünglich geplant war, und vergleichen Sie das mit der jetzigen Liste:

Durch die Intervention von Andreas Pinkwart, unserem Ministerpräsidenten und vielen anderen ist erreicht worden, dass die Liste der direkt Betroffenen erheblich und nachhaltig ausgeweitet worden ist. Diese Menschen werden kein Verständnis für Ihre heutige Einlassung haben, Herr Sundermann.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zudem wird es ein vereinfachtes Verfahren für die Solo-Selbstständigen geben. Es ist eine gute Sache, dass wir die größeren und mittleren Unternehmen mit den Steuerberatern, den Rechtsanwälten und den sie beratenden Berufen zusammen Anträge stellen lassen; das ist klug und richtig.

Dass es aber vernünftig ist, die Solo-Selbstständigen nicht dazu zu zwingen, sich jetzt erst einmal einen Steuerberater zu suchen, damit sie überhaupt staatliche Hilfe beantragen können, sagt doch schon der gesunde Menschenverstand.

Wir haben es geschafft, ein Authentifizierungsverfahren anzuwenden, das über die ELSTER-Plattform schon länger zur Verfügung steht, sodass es schnell und unbürokratisch gemacht werden kann.

Wenn Sie das nicht zur Kenntnis nehmen, lieber Herr Sundermann, dann erweckt das den Eindruck, dass Sie die Maske wohl vor den Augen und nicht vor dem Mund tragen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wenn es noch eines Arguments bedurft hätte, dass es während dieser Gespräche zu substanziellen Änderungen gekommen ist, dann könnten Sie sich freundlicherweise anschauen, was Bundesfinanzminister Olaf Scholz gesagt hat.

Das ursprüngliche Volumen der Hilfszahlungen betrug ungefähr 10 Milliarden Euro. Jetzt steht fest, dass es mehr sein wird. Es ist kein raketenwissenschaftlicher Intelligenzzug, daraus zu schlussfolgern, dass auf der Strecke offenkundig etwas passiert ist. Nehmen Sie das zur Kenntnis. Das ist eine gute Nachricht für die Selbstständigen und für die Wertschöpfungsketten in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland.

(Beifall von der CDU und der FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das hat er sogar gesagt!)

Lieber Herr Sundermann, wenn Olaf Scholz Ihre Rede heute gehört hätte – ich bin sicher, dass er zu beschäftigt ist, um sie sich anzuhören –, würden Sie in seinem Wahlkampf als Spitzenkandidat der SPD Deutschlands Auftrittsverbot bekommen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Lienenkämper. – Als nächster Redner

hat für die Fraktion der SPD Herr Abgeordneter Schmeltzer das Wort. Bitte sehr, Herr Schmeltzer.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Der Oberlehrer Lutz! – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Rainer Schmeltzer (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Gerne nehme ich den Hinweis des Präsidenten auf; trotzdem werde ich natürlich an der einen oder anderen Stelle auf die Wortbeiträge eingehen und auch eingehen müssen, um es ganz deutlich zu sagen.

Bezüglich der Unterrichtung hat mich insbesondere einer der letzten Sätze von Minister Pinkwart zum Schmunzeln angeregt, indem er darauf hingewiesen hat, dass er in den Runden, die immer tagen, Albert Ritter zitiert hat, der sagte: Wir wollen arbeiten.

Zum einen weiß ich aus einem Gespräch mit Albert Ritter erst heute Morgen noch, dass Sie maximal in den Runden mit ihm sprechen. Zum anderen muss man hier klar und deutlich sagen: Natürlich wollen die Schausteller arbeiten. Natürlich wollen die Menschen der Veranstaltungswirtschaft arbeiten. Alle Unternehmen in diesem Land wollen arbeiten. Was denn sonst?

(Zuruf von Henning Rehbaum [CDU])

Aber was ist denn tatsächlich daraus geworden? – Seit April dieses Jahres fordern wir gerade für die Schausteller und für die Veranstaltungsgemeinschaften Hilfen, weil sie seit Dezember letzten Jahres keine Einnahmen mehr haben.

Erst haben Sie uns gesagt, es sei zu früh. Dann hieß es, ich würde Kommunalwahlkampf machen; danke dafür, Herr Bombis. Was haben Sie getan? – Nichts haben Sie getan! Sie lassen sie bis heute im Regen stehen!

(Beifall von der SPD – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Wir haben immer und immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass wir helfen wollen. Am 5. November 2020 haben Thomas Kutschaty, Carina Gödecke, Nadja Lüders und ich insbesondere wegen der Schausteller einen Brief an den Ministerpräsidenten geschrieben, in dem ganz genau steht, welche Hilfen sie benötigen.

Sie benötigen keine Hilfen in Bezug auf den November letzten Jahres. Schausteller arbeiten im November jeden Jahres. Sie bereiten sich für die Weihnachtsmärkte vor. Sie haben Kosten. Sie brauchen die Hilfen für November und Dezember.

Hat Ihnen der Ministerpräsident diesen Brief nicht weitergeleitet, oder warum kommt nichts? Die Schausteller gucken wieder in die Röhre, Herr Minister Pinkwart.

(Beifall von der SPD – Zurufe von Bodo Löttgen [CDU] und Josef Hovenjürgen [CDU])

Herr Kollege Bombis, Sie haben gesagt, wir wollten gemeinsam an dem Ziel arbeiten; ich habe gerade schon darauf hingewiesen. Sie haben gesagt: so schnell wie möglich. – Seit April verwehren Sie sich dieser Zusammenarbeit und der gesamten Hilfe für diese Branchen.

Sie haben recht: Die Unternehmen haben blanke Existenzangst; sie stehen mit dem Rücken zur Wand. – Sie behaupten, die SPD würde den Menschen den Rücken zukehren, Kollege Bombis.

(Christof Rasche [FDP]: Sie haben das gesagt!)

Sie reden von einem Tiefpunkt. Wer verweigert sich denn der Hilfe für diese Branchen, denen Sie keinen Cent zugestehen?

(Zurufe von Daniel Sieveke [CDU] und Dietmar Brockes [FDP])

Sie sind es – und nicht wir!

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

Deswegen sage ich mit Verweis auf den Finanzminister:

(Zuruf: Olaf Scholz!)

Sozialdemokraten machen dies weiterhin für alle Menschen in diesem Land. Das ist ihre Tradition, und dazu stehen wir!

(Beifall von der SPD)

Sie zeigen eine Ignoranz gegenüber Tausenden Beschäftigten und Unternehmen, insbesondere bei den Schaustellern und den Veranstaltern.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Deshalb gilt mein herzlicher Dank der Initiative und dem Treiben von Olaf Scholz,

(Daniel Sieveke [CDU]: Oh!)

damit diese Regelungen endlich durchgesetzt werden. Der zuständige Bundesminister Altmaier hat versagt

(Zurufe von Christof Rasche [FDP] und Henning Höne [FDP])

und sich seines Amtes als nicht würdig erwiesen.

(Beifall von der SPD – Henning Höne [FDP]: Was denn jetzt?)

Herr Kollege Rehbaum, Sie sagen immer wieder, dass wir erst den Kleinen helfen und dann den Großen; wir brauchten einen großen Wurf. Die Worte höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Den großen Wurf haben Sie bisher nicht einmal im Ansatz bewiesen.

Ich sehe Sie noch ganz genau am 26. August auf der Bühne bei der Veranstaltung von „#AlarmstufeRot“ stehen, wie Sie dort rumgeschwurbelt haben, wie Sie dort rumgeeiert haben, wie man Sie ausgelacht hat. So eine Kommunikation stellen sich die Betroffenen nicht vor. Sie sagten anschließend, dass sie keine Staatsgelder, sondern Eintrittsgelder brauchen, und diese Eintrittsgelder werden ihnen verwehrt. Das ist schäbig, Herr Kollege Rehbaum!

(Beifall von der SPD)

Wir haben in den Diskussionen der vergangenen Monate immer wieder gehört – ich habe es gerade schon einmal gesagt –, dass es zu früh ist, dass es Wahlkampf ist. Der Wirtschaftsminister hat einmal im Wirtschaftsausschuss gesagt: Besondere Förderprogramme für bestehende Branchen sind aus unserer Sicht eher zu vermeiden. – Daran hat er sich lange gehalten, bis die Hilfen für die Kinos kamen. Ich bin sehr dafür, dass die Kinoveranstalter unterstützt werden. Hier hat es Unterstützung in Höhe von 15 Millionen Euro gegeben. Die sind sicherlich gut investiert.

Wenn man dann aber diesen Grundsatz durchbricht, Herr Minister Pinkwart, und Förderprogramme für bestehende Branchen will, dann muss man auch konsequent sein und Förderprogramme auch für die anderen Branchen auflegen, die am Ende dieses Jahres nicht nur in ihrer Existenz bedroht sind, sondern deren Existenz vielleicht vernichtet ist. Schleswig-Holstein hat schon im Juli ein Sonderprogramm für die Schausteller in Höhe von 3 Millionen Euro aufgelegt. Wir haben einen 25-Milliarden-Rettungsschirm, bei dem wir seinerzeit gesagt haben: Wir treten auch da für die Menschen ein, wenn der Bund dies nicht leistet. Tun Sie endlich Ihre Arbeit! Helfen Sie den Menschen! Es geht um Tausende von Arbeitsplätze hier in diesem Lande.

(Beifall von der SPD)

Es gibt unzählig viele Zitate aus den letzten Debatten sowohl vom Kollegen Rehbaum als auch vom Kollegen Bombis. Ich sage an dieser Stelle nur so viel: Wenn Sie nur halb so viel von dem, was Sie immer gesagt haben, in Handeln umsetzen würden, dann wären wir auf einem Weg, auf dem den Menschen geholfen wäre. Reden Sie nicht nur! Handeln Sie endlich so, wie Sie auch reden!

(Beifall von der SPD)

Ich sage es in aller Kürze noch einmal: Wir brauchen für diese Branchen einen Abrechnungsmodus, der sich nicht auf den November 2019 bezieht, sondern auf die Monate November und Dezember 2019. Wir brauchen Klarheit für diese Branchen bezüglich der Definition, was den 28. Oktober angeht, Herr Minister. Nach der jetzigen Definition werden nur die Unternehmen unterstützt, die nach dem 28.10. vom Netz gehen müssen. Was ist mit den Branchen, Schaustellern, Veranstaltern, die vorher vom Netz

gegangen sind? Das ist nicht klar definiert. Nach der jetzigen Definition bekommen diese keine Hilfen. Das ist nicht in Ordnung.

Wir brauchen Ehrlichkeit nicht nur in den Worten, wir brauchen Ehrlichkeit im Handeln, damit sich das Karussell auch zukünftig weiterdreht. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Henning Rehbaum [CDU])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Schmelzer. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Das bleibt auch so. Dann sind wir am Schluss der Aussprache zur Unterrichtung durch die Landesregierung.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt:

2 Schulpolitik in NRW – Chaos ohne Ende?

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/11812

In Verbindung mit

Bildung und Infektionsschutz zusammen denken! Für krisenfeste Lernräume sorgen – neue Wege gehen

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/11655

Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben mit Schreiben vom 11. November 2020 gemäß § 95 Abs. 1 Satz 3 der Geschäftsordnung zu einer aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion der SPD Herrn Abgeordneten Kutschaty das Wort.

Thomas Kutschaty (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die heutige Aktuelle Stunde zur Schulpolitik war nicht vorgesehen. Aber diese Landesregierung schafft es immer wieder, so viel neues Chaos anzurichten, dass uns gar nichts anderes übrigbleibt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Fast drei Stunden haben wir vorgestern in diesem Raum darüber debattiert, wie man Schulunterricht

sicherer machen und Kinder vor Infektionen schützen kann – drei Stunden, in denen drei Ministerinnen und Minister dieser Regierung kein einziges Wort darüber verloren haben, was die Schulministerin nach der Debatte großmundig als „heiße Nachricht“ im Fernsehen verkauft hat, nämlich vorgezogene Weihnachtsferien. Mit Verlaub, Frau Gebauer: Dieser Kommunikationsstil ist eine Unverschämtheit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Herr Laschet, erzählen Sie uns bitte nie wieder, dass Sie dieses Parlament besser beteiligen wollen. Ihre Regierung, Herr Laschet, hat aus den vergangenen Wochen nichts dazugelernt.

(Beifall von der SPD und Verena Schäffer [GRÜNE])

Aber lassen Sie mich vorab eines klarstellen: Mich berührt und freut es sehr, dass sich der Schüler Anton sehr auf sein Weihnachtsfest mit seiner Großmutter freut. Ich wünsche ihm dieses Weihnachtsfest von ganzem Herzen. Auch ich sehne mich danach, ich glaube, wir alle sehnen uns danach, Heiligabend im Kreise unserer Liebsten feiern zu können.

Aber wissen Sie, was ich an Ihrer Entscheidung zu vorgezogenen Weihnachtsferien überhaupt nicht verstehen kann? – Immer wieder, auch letzten Mittwoch, argumentiert diese Landesregierung: Wir brauchen keine kleineren Lerneinheiten. Schulen sind sichere Lernorte. Im Schulunterricht passiert nicht viel. Da sind die Kinder sicher.

Unterstellen wir mal einen kurzen Augenblick, die Landesregierung hätte recht mit ihrer Behauptung. Dann frage ich mich aber: Warum müssen die Kinder die letzten Tage vor Weihnachten komplett aus den Schulen raus? Nach Ihrer Argumentation müsste doch genau das Gegenteil der Fall sein. Wenn Schulen im Augenblick denn so sichere Orte sind, dann sollten wir die Kinder doch möglichst bis zum letzten Schultag in diesen Schulen halten. Nach Ihrer Argumentation wäre das das einzig Logische.

(Beifall von der SPD)

Doch das tun Sie nicht. Sie wollen die Schulen schließen. Digitalunterricht ist auch nicht vorgesehen. Anders wäre ein Weihnachtsfest im erweiterten Familienkreis auch nicht zu gewährleisten. Das ist entlarvend, liebe Frau Gebauer. Damit räumen Sie ein, dass Sie selbst davon ausgehen, dass in Schulen ein hohes Risiko in unserem Land besteht. Sonst würde Ihre Entscheidung für die vorgezogenen Weihnachtsferien doch überhaupt keinen Sinn machen.

(Beifall von der SPD)

Ich beende jetzt meine Unterstellung, dass die Landesregierung recht haben könnte. Das ist nämlich eindeutig nicht der Fall. Aber bei Ihrer Entscheidung geht es auch gar nicht darum, ob vorgezogene Weihnachtsferien Sinn machen. Auch hier geht es Ihnen

um etwas ganz anderes. Herr Laschet, Frau Gebauer, Sie haben doch mit dieser Spontaneingebung verzweifelt versucht, von unserer Plenardebatte am letzten Mittwoch abzulenken,

(Beifall von der SPD)

einer Debatte, in deren Verlauf sich die Landesregierung öffentlich bis auf die Knochen blamiert hat. Das ist doch der Fall.

(Beifall von der SPD)

Dann musste eine Blindgranate, ein Ablenkungsmanöver her. Denn viel mehr ist Ihr Vorstoß in Wahrheit doch nicht. Doch wie so oft, wenn man keinen Kurs hat, dann hat dieses Ablenkungsmanöver einen noch tiefer in die Krise geführt. Und da stecken Sie mit diesem Ablenkungsmanöver jetzt genau drin.

(Beifall von der SPD)

Glauben Sie wirklich ernsthaft, dass die Schülerinnen und Schüler, die jetzt am Montag und Dienstag frei haben, sich den ganzen Tag in ihrem Kinderzimmer aufhalten werden? Die Jüngeren werden sich zum Spielen verabreden, die Älteren werden die Tage nutzen, um Weihnachtsgeschenke im Einkaufszentrum einzukaufen, und andere müssen in die Notbetreuung,

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

übrigens in eine Notbetreuung mit dann wahrscheinlich gemischten Gruppen, während wir uns doch vorher darum bemüht haben, die Klassenverbände konzentriert zu halten und keinen gemischten Unterricht zu machen. Wie wollen Sie denn diese Notbetreuung organisieren?

Nein, Frau Gebauer, eine Vorquarantäne ohne Elemente von Quarantäne ist nicht mal die halbe Miete. Aber wir wollen nicht zweieinhalb Millionen Schülerinnen und Schüler in komplette Quarantäne schicken. Ich hoffe, das will auch keiner. Deswegen ist Ihr Konstrukt vom gedanklichen Ansatz her schon durchgefallen. Es rächt sich wieder, dass Sie kein Gesamtkonzept für die Schulpolitik in Nordrhein-Westfalen haben.

(Beifall von der SPD)

Das sagen übrigens auch alle Fachleute: Philologenverband, Lehrerverband. Die GEW brauche ich an dieser Stelle schon gar nicht mehr zu zitieren. Alle sind dagegen, halten das für riskant. Der Verband alleinerziehender Mütter und Väter in Nordrhein-Westfalen bringt es auf den Punkt: Es ist eine Hiobsbotschaft für alle Alleinerziehenden. – Doch wer plant für diese Menschen? – Sie offensichtlich nicht. Was machen denn die Eltern, die auf eine Kinderbetreuung angewiesen sind? Nicht alle können sich vorzeitig in die Weihnachtsferien verabschieden.

(Zuruf von Heike Troles [CDU])

Der Einzelhandel hat Hochkonjunktur in diesen Zeiten. In Büros muss eine Menge abgearbeitet werden, gerade vor den Weihnachtszeiten über die Belastungsgrenzen hinaus.

Es soll zwar eine Notbetreuung geben. Das ist angekündigt. Organisiert – das sagen Sie auf Nachfrage selbst – haben Sie bislang noch nichts.

Schulen laufen Sturm, weil sie nicht wissen: Was ist mit den Klassenarbeiten? Was ist mit den Klausuren, die zu organisieren sind? Müssen wir diese Tage nachholen?

Mir schrieb heute Morgen noch eine Schulleiterin: Habe ich denn jetzt frei? Ist das ein flexibler Ferientag? Wie organisiert man so etwas alles?

Planungen? Auch hier leider wieder Fehlanzeige, Frau Gebauer.

(Beifall von der SPD)

Eines ist besonders erstaunlich, Frau Gebauer. Sie haben hier am Mittwoch noch gesagt – und da bin ich ein Stückchen nachdenklich geworden; ich höre Ihnen ja zu –, Sie hätten sich unter anderem auch deswegen gegen kleinere Lerneinheiten und die Kombination aus Präsenz- und Digitalunterricht entschieden, weil Sie nicht vom bundesweiten Verbund hätten abweichen wollen. Sie haben gesagt, Ihnen sei es wichtig, dass in allen 16 Ländern möglichst einheitlich verfahren werde.

Frau Gebauer, wenn Ihnen das so wichtig ist, warum dann dieser Spontanvorstoß, dieses Alleine-Vorpreschen mit den vorgezogenen Weihnachtsferien? Nichts ist abgestimmt. Die Reaktionen der anderen Landesregierungen haben Sie schon gehört. Auch bei denen herrscht Entsetzen angesichts Ihres alleinigen Vorstoßes in diesem Bereich.

(Beifall von der SPD)

Wenn Ihnen eine gemeinsame Linie der Kultusministerinnen und Kultusminister in diesem Land so wichtig wäre, dann sollten Sie doch einmal darauf achten, was andere Länder besser machen als Nordrhein-Westfalen.

Niedersachsen und Hessen gehen jetzt den Solinger Weg.

(Franziska Müller-Rech [FDP]: Das stimmt nicht! – Henning Höne [FDP]: Das ist die Unwahrheit! Fragen Sie einmal den Kultusminister in Niedersachsen! Der Kultusminister in Niedersachsen hat den Solinger Weg abgelehnt!)

Berlin und Bayern gehen in eine ähnliche Richtung. In Nordrhein-Westfalen hingegen wird dieser Weg verboten.

Schauen Sie sich einmal an, was in Hamburg gemacht wird. In Hamburg gibt es Schnelltests für

Schülerinnen und Schüler dort, wo Infektionsgeschehen zu verzeichnen ist. Das wäre einmal ein sinnvoller Ansatz. In Nordrhein-Westfalen gibt es nichts davon.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Kutschaty, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche. Ich würde das natürlich auch mit dem Hinweis auf die Redezeit tun. Aber es gibt eine angemeldete Zwischenfrage von Frau ... – Ach so; stimmt. Wir haben verabredet, dass die Regeln der Aktuellen Stunde gelten.

(Franziska Müller-Rech [FDP]: Die kommt gleich!)

Sorry. Ich bitte um Entschuldigung. Das ist also nur der Hinweis auf das Ende Ihrer Redezeit.

Thomas Kutschaty (SPD): Vielen Dank. Die Redezeit können Sie trotzdem verlängern, wenn Sie möchten.

(Heiterkeit von der SPD – Henning Höne [FDP]: So gut ist die Rede nicht!)

Schauen wir nach Bayern. In Bayern werden Schülerinnen und Schüler in Quarantäne getestet. In Nordrhein-Westfalen wird nicht einmal mehr der Sitznachbar eines positiv Getesteten getestet. Auch das ist grob fahrlässig.

(Beifall von Wolfgang Jörg [SPD])

In Berlin haben Schulen Geld bekommen, um notwendige Maßnahmen selbst organisieren zu können.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Was macht die Landesregierung? Sie, Frau Gebauer, machen die Schulen zu. In diesem Zusammenhang erinnere ich mich noch gut an die Debatte vor zwei Tagen. Da haben Sie gesagt, das Wichtigste sei für Sie – da sind wir ja einer Meinung –, ...

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Die Redezeit.

Thomas Kutschaty (SPD): ... möglichst lange Präsenzunterricht zu haben, möglichst bis zum letzten Tag die Kinder in Anwesenheit beschulen zu können.

(Das Ende der Redezeit wird erneut signalisiert. – Henning Höne [FDP]: Die Redezeit!)

Doch Sie schließen jetzt die Schulen vorzeitig. Das ist kein Plan. Ohne Plan stürzen Sie dieses Land ins nächste Chaos. So macht man keine gute Schulpolitik in Nordrhein-Westfalen, Frau Gebauer.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kutschaty. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Abgeordnete Kollegin Paul das Wort.

Josefine Paul* (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Heute hören wir durch das RKI von einem neuen Höchststand bei den Neuinfektionen. Auch die Zahlen des RKI in Bezug auf die Inzidenz bei Jugendlichen im Alter von 10 bis 19 Jahren sind ein Grund zur Sorge.

Ja, wir sind uns darin einig, dass Kinder und Jugendliche keine Treiber der Infektionen sind. Nichtsdestotrotz ist ein differenzierter Blick auf die Kinder und Jugendlichen notwendig. Denn natürlich werden sie älter, und je älter sie werden, umso wichtiger ist es, auch bei ihnen auf die Inzidenzen zu schauen. Darauf muss man auch vorbereitet sein.

In der Debatte am Mittwoch haben sich für uns noch viele Fragen gestellt, die absolut unbeantwortet geblieben sind. Wir wurden mit vielen Fragezeichen zurückgelassen.

Aber konkrete Antworten und konkrete Konzepte sind doch gerade jetzt besonders notwendig – nicht in erster Linie für den Landtag Nordrhein-Westfalen, der allerdings auch gerne mal darüber unterrichtet werden würde, sondern in allererster Linie für die Schülerinnen und Schüler, für die Lehrerinnen und Lehrer und für die Eltern. Aber auch dort: keine Konzepte, keine klare Kommunikation.

Man fragt sich schon ein bisschen – nach dem Mittwoch frage ich mich das noch viel mehr –: Wer entscheidet eigentlich in diesem Land, wie es mit der Schulpolitik weiterzugehen hat?

Die Schulministerin wird ja nicht müde, darauf zu verweisen, dass eigentlich die örtlichen Gesundheitsämter die Verantwortung für die konkreten Infektionsschutzmaßnahmen haben.

Wenn sich nun aber Kommunen auf den Weg machen und verantwortlich vor allem präventive Konzepte auf den Weg bringen wollen – der Solinger Weg ist genannt worden; er ist übrigens auch mit den Gesundheitsämtern abgestimmt –, dann wird das den Kommunen verboten.

Da stellt sich schon die Frage: Wer entscheidet in diesem Land eigentlich über verantwortungsvolle Gesundheits- und Schulpolitik?

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Auch ansonsten hält die Ministerin ja stoisch an ihrem Kurs zum Präsenzunterricht fest. Aber auch dazu lesen wir doch: Wenn wir so weitermachen – wenn Sie, Frau Ministerin Gebauer, so weitermachen –, ohne Konzepte, mit denen wir auf ein steigendes Infektionsgeschehen reagieren können, dann wird es einen schleichenden und ungesteuerten Lockdown

in unseren Schulen geben. – Dafür tragen dann Sie die Verantwortung, Frau Ministerin Gebauer.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Auch die vom stellvertretenden Ministerpräsidenten immer wieder vorgetragene Bildungs- und Betreuungsgarantie ist doch löchrig wie ein Schweizer Käse. Denn zur Wahrheit gehört auch, dass sich das Virus von Ihren markigen Worten der Bildungs- und Betreuungsgarantie – übrigens ohne jedes Konzept dahinter – null beeindrucken lässt. Null!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Sie versuchen hier doch, eine Normalität zu suggerieren, die es so nicht gibt.

Verantwortungsvolle und vorausschauende Politik muss die Fragen von Bildungsgerechtigkeit und Infektionsschutz miteinander verbinden. Dazu gehört es, hier endlich Wege aufzuzeigen, wie die RKI-Maßnahmen auch umgesetzt werden können. Der Präsident des RKI ist ja schon fast flehentlich dabei, diese Hinweise auch in Richtung dieser Landesregierung zu geben.

Die Verkleinerung von Klassen durch Hybridmodelle, alternative Lernräume, kreative Konzepte – all das liegt auf dem Tisch. Da geht es eben nicht um schwarz oder weiß, um auf oder zu, sondern darum, Konzepte zu entwickeln, wie wir es ermöglichen können, dass wir die Schulen möglichst lange offenhalten können, damit Kinder tatsächlich auch von Bildung profitieren können. Dafür braucht man eben genau diese Konzepte.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD – Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Sehr gut!)

Aber auch der Ministerpräsident wird ja nicht müde, zu betonen, es gäbe kein Personal, es gäbe keine Räume für erweiterte Konzepte. Ich habe es am Mittwoch schon gesagt: Die Landeslehramtsfachschaften haben ihre Unterstützung angeboten.

Gestern haben wir lesen können, dass die Kulturdezernentin des LWL Platz in Museen für Schulen anbietet, um dort auch unterrichten zu können, um dort alternative Konzepte anbieten zu können.

Allerdings stellt man bedauernd fest, dass die Menschen der Landesregierung offensichtlich schon ihre Konzepte aufdrängen müssen, um trotzdem ungehört an dieser Landesregierung mit diesem Ministerpräsidenten an der Spitze abzuprallen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Die Ministerin hat heute noch einmal in einem Interview mit dem „Kölner Stadt-Anzeiger“ unterstrichen, dass sie diese Konzepte räumlicher Entzerrung nicht weiterverfolgt. Ich frage Sie, Frau Ministerin: Warum verfolgen Sie diese Konzepte nicht, wenn Ihnen die

Konzepte doch angeboten und die Räume fast aufgedrängt werden?

(Beifall von den GRÜNEN und Marlies Stotz [SPD])

Nun kommt der nächste Chaosvorschlag aus dem Schulministerium zum Vorziehen der Weihnachtsferien. Ja, man kann inhaltlich über diesen Vorschlag auch diskutieren; das ist gar nicht mein Punkt.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Ja!)

Aber in Ihrer Kommunikation zeigt er die gesamte Widersprüchlichkeit Ihrer Krisenpolitik auf. Einerseits versuchen Sie ständig, uns diese Scheinnormalität zu suggerieren, und andererseits braucht es jetzt eine Art Weihnachtsquarantäne, damit Kinder die Möglichkeit haben, mit ihren Lieben zu feiern. Das ist schlicht und ergreifend widersprüchlich. Diesen Widerspruch kann man nur damit erklären, dass das eine Nebelkerze und ein Ablenkungsmanöver ist.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Auch beim Thema „Stufenpläne und angepasste Maßnahmen“ hat sich die Ministerin immer hinter der KMK verschanzt und gesagt: Wir brauchen abgestimmte Maßnahmen. – Übrigens lesen andere Länder den KMK-Beschluss ganz anders, als die nordrhein-westfälische Schulministerin das tut.

Nun preschen Sie mit diesem Vorschlag zu den Weihnachtsferien voran, der übrigens – wenn man sich die Kommentare der anderen KMK-Kolleginnen anschaut – auf wenig Begeisterung stößt, Frau Ministerin Gebauer.

Da schließt sich für mich schon die Frage an: Mit wem stimmt sich die Schulministerin eigentlich ab?

Auch Kollege Kutschaty hat ja gerade darauf hingewiesen, dass es sehr viele Stimmen gibt, die jetzt auch darauf hinweisen, dass das die nächsten Probleme auslöst – Stichwort „Betreuungsproblematiken“; genau. Der Verband alleinerziehender Mütter und Väter hat darauf hingewiesen.

(Zuruf von Stefan Lenzen [FDP])

Es darf doch nicht sein, dass diese Maßnahme jetzt wieder dazu führt, dass das auf dem Rücken von Familien und vor allem auf dem Rücken von Alleinerziehenden ausgetragen wird.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Sie hätten vorher Betreuungskonzepte auf den Weg bringen müssen, statt jetzt schulterzuckend danebenzustehen.

Auch bei der Abstimmung mit dem Koalitionspartner scheint es ja zu knirschen. Zwar springt der Ministerpräsident – das hat er auch am Mittwoch gemacht – der Schulministerin demonstrativ bei. Aber an der Basis scheint es doch erheblich zu knirschen. So liest

man von der Fraktionsvorsitzenden der CDU in Wuppertal, dass sie sich enttäuscht sehe. Wörtlich sagt sie:

„Damit stellt sich die Landesregierung nicht nur gegen den ‚Solinger Weg‘, sondern auch gegen das Engagement der Schulen vor Ort.“

Aha. So viel zur großen Einmütigkeit und zum einheitlichen Weg, den die Landesregierung hier beschreitet.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von Henning Höne [FDP])

An der Basis sieht das doch ganz anders aus. Herr Ministerpräsident, es würde mich schon interessieren, wie Sie das eigentlich Ihrer CDU-Basis vor Ort erklären wollen.

Frau Ministerin Gebauer, es ist trotzdem immer noch nicht zu spät. Verlassen Sie den von Ihnen eingeschlagenen Irrweg. Tun Sie wirklich etwas für die Bildungsgerechtigkeit in diesem Land. Ermöglichen Sie jetzt alternative Modelle.

(Bodo Löttgen [CDU]: Die sind doch schon lange möglich! Mein Gott!)

Unterstützen Sie vor allem die Schulen und Schulträger, die sich in der Kommunikation auch von ihrer Dienstherrin alleingelassen fühlen. Beziehen Sie endlich auch diejenigen in die Kommunikation und die Abstimmungsprozesse mit ein, die es am Ende betrifft. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Paul. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der CDU Frau Abgeordnete Kollegin Schlottmann das Wort.

Claudia Schlottmann (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie sagte unser Gesundheitsminister vorgestern? Die Situation ist doch ganz einfach. – Und damit hat er verdammt recht. Wir haben ein ganz klares Ziel: So viel Normalität wie irgend möglich für unsere Schülerinnen und Schüler.

Noch einmal für diejenigen, die es nach unseren Ausführungen in den vergangenen Tagen augenscheinlich noch nicht verstanden haben: Präsenzunterricht ist unbestritten die beste Form der Beschulung. Warum? Weil unsere Kinder ein Recht auf Bildung haben. Ziel ist und bleibt dabei das Lernen im Klassenraum, weil Schule mehr ist als nur ein Lernort. Sie ist auch ein Ort der Begegnung, des sozialen Miteinanders und der Gemeinschaft. Außerdem stellt Schule den Lebensmittelpunkt der Kinder dar und gibt ihnen notwendige Strukturen.

Doch wir alle wissen, dass wir ein zweites Modell brauchen, falls die Infektionszahlen steigen und der Präsenzunterricht nicht mehr allumfassend möglich ist.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Wohin sollen sie denn noch steigen? – Weitere Zurufe)

Das haben wir längst. Der zweitbeste Weg ist in diesem Fall das Lernen im Hybrid- und Distanzunterricht. Wir haben im Sommer gesehen, dass diese Modelle notgedrungen funktionieren.

Trotz der damaligen Forderung von SPD und Grünen, ein Durchschnittsabitur zu vergeben,

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Das stimmt nicht! Das haben wir überhaupt nie gesagt!)

haben wir uns als NRW-Koalition dagegen entschieden. So haben wir den Weg für ein reguläres bundesweites Abitur frei gemacht.

(Zuruf von Nadja Lüders [SPD])

Ich erinnere mich an die Aussage von Frau Beer am 27. April dieses Jahres: generelle Prüfungen absagen, Durchschnittsabitur einführen. – Hätten Sie, liebe Kollegen der SPD und der Grünen, sich damals durchgesetzt, hätten lediglich die Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen ohne vergleichbare Abschlüsse dagestanden.

(Beifall von der CDU – Marlies Stotz [SPD]: Das sind Legenden von Ihnen! – Zuruf von der FDP)

Wir hatten ganze fünf Verdachtsfälle und drei positiv Getestete unter 88.000 Abiturientinnen und Abiturienten. Alle acht haben nachgeschrieben und auch bestanden. Hier bestätigt sich unser Weg der individuellen Lösungen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP – Marlies Stotz [SPD]: Sie sollen doch jetzt die Probleme lösen! – Zuruf von Nadja Lüders [SPD])

Auch in der jetzigen Situation dürfen wir nicht alle über einen Kamm scheren. Wir müssen uns die kleinsten Einheiten, also die einzelnen Schulen, konkret ansehen.

(Zuruf)

Hier gilt es, individuell zu entscheiden, ob man den Präsenzunterricht zum Schutz der Kinder für eine bestimmte Zeit in ein Schichtmodell umwandeln oder gar aussetzen muss. Den Schulleitern vor Ort wird die größtmögliche Entscheidungskompetenz zugebilligt. Mithilfe von Gesundheitsamt und Schulaufsicht kann vor Ort eingeschätzt werden, ob ein Wechselmodell von Präsenz- und Distanzunterricht notwendig und sinnvoll ist. Darüber hinaus sind ihnen durch das Ministerium bereits Instrumente zur Umsetzung an die Hand gegeben worden.

Im Übrigen hat Nordrhein-Westfalen als bisher einziges Bundesland eine Rechtsgrundlage für den Distanzunterricht; darum beneiden uns andere Bundesländer.

(Beifall von der CDU – Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Das brauchen Sie uns nicht zu erzählen! Wir wissen das!)

Diese ganz individuelle Betrachtung von Schule zu Schule ist uns elementar wichtig. Lassen Sie mich das an einem Beispiel erläutern. Wenn es in einer Großstadt wie Düsseldorf in einer Schule im Norden mehrere Coronafälle gibt, müssen Teile oder gar die ganze Schule in Quarantäne. So weit, so klar. Sollten wir in diesem Fall auch eine Schule im Düsseldorfer Süden komplett zumachen und damit deren Schülern und Schülerinnen die Chance auf Präsenzunterricht nehmen, obwohl ihre Schule überhaupt keinen Fall hat?

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Nein, Sie sollen Standards benennen!)

Das wäre beim Solinger Modell der Fall.

(Nadja Lüders [SPD]: Nein!)

Zurzeit reden wir oft von Verhältnismäßigkeit. Die kann ich bei Ihrer Begeisterung für den Solinger Weg beim besten Willen nicht erkennen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Jede einzelne Stunde, jeder Tag und jede Minute, zu denen wir für unsere Kinder – nach Einzelfallbetrachtung – Präsenzunterricht stattfinden lassen können, ist die Mühe wert und ist wichtig und richtig.

(Beifall von der CDU und Franziska Müller-Rech [FDP])

Ich finde es immer wieder erstaunlich, meine Damen und Herren, wie Sie das Wort „Bildungsgerechtigkeit“ weiter in den Mund nehmen und als Monstranz vor sich ertragen. Wer leidet denn am meisten unter den pauschalen Regelungen dazu, weg vom Präsenzunterricht zu gehen? Richtig: die Familien in unserem Land. Vielen ist es in diesem Jahr wirklich gut gelungen, mit großen Anstrengungen Erstaunliches zu leisten, damit das Distanzlernen funktioniert.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Doch wir müssen besonders die im Blick behalten, bei denen es nicht funktionieren konnte und auch in Zukunft nicht funktionieren wird.

(Zuruf)

Wir dürfen die Kinder aus sozial schwachen und bildungsfernen Familien sowie alleinerziehende Mütter und Väter nicht vergessen.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Das würden wir aber tun, wenn wir Schulen in unterschiedlichen Situationen gleich behandeln würden. Auch künftig müssen wir im Blick behalten, ob es hier allein ...

(Zuruf von Verena Schäffer [GRÜNE] – Josefine Paul [GRÜNE]: Das ist doch alles widersprüchlich, was Sie da machen!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Pscht!

Claudia Schlottmann (CDU): ... mit einer technischen Ausstattung getan ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was mich an dieser Stelle sehr betroffen macht, ist, dass Sie die Zukunft unserer Kinder zum Spielball Ihrer Politik machen wollen.

(Beifall von der CDU und Franziska Müller-Rech [FDP] – Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Sie forderten im Sommer die Rückkehr zum Präsenzunterricht. Jetzt haben wir den Präsenzunterricht, und Sie fordern einheitliche Lösungen und damit faktisch eine Rückkehr zum Distanzunterricht.

(Christian Dahm [SPD]: Hopplahopp macht Schule! – Zurufe von Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD] und Josefine Paul [GRÜNE])

Vielleicht sprechen Sie sich einmal mit Ihren SPD-Kollegen ab. In Brandenburg zum Beispiel hat Ihre Bildungsministerin Britta Ernst zuletzt noch gesagt – ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin –,

„dass die Qualität des Präsenzunterrichts durch nichts zu ersetzen ist.“

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Wer bestreitet das?)

„Weiterer Heimunterricht würde zu massiven Bildungseinbrüchen führen.“

Wo bleibt da Ihre Ehrlichkeit?

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Wir gehen einen ganz klaren Weg: individuelle Lösungen, um den Präsenzunterricht für die meisten Schülerinnen und Schüler zu ermöglichen; schulbezogene Modelle fahren, wo es coronabedingt notwendig ist. In der Sprache der Mediziner würde man sagen: Wir arbeiten minimalinvasiv.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Wir möchten von dem, was intakt ist, so wenig wie möglich zerstören.

Meine Damen und Herren, wir haben durch die Schulschließungen gelernt, wie kostbar die täglich gelebte Normalität ist, ganz besonders für unsere

Kinder. Diese gilt es auch weiterhin, sofern es irgend geht, zu bewahren. Das sollte nicht durch Ihre politischen Spielchen zerstört werden. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Schlottmann. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der AfD Herr Abgeordneter Seifen das Wort.

Helmut Seifen (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der SPD und den Grünen fällt zur politischen Situation nichts Konstruktives mehr ein. Zum vierten Mal leiern Sie mit dieser Aktuellen Stunde das Solinger Coronaauslöschungsmodell herunter und zwingen das Parlament, sich mit den singulären Ideen eines Oberbürgermeisters einer mittleren Großstadt zu beschäftigen.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Wer hatte denn gestern neun Anträge zu Corona? – Zuruf von Andreas Keith [AfD])

Bereits in den zurückliegenden Ausschusssitzungen traktierten Herr Ott und Frau Beer die Anwesenden, vor allem natürlich Ministerin Gebauer, mit ihren lauten Klagen darüber, dass der Oberbürgermeister von Solingen das rot-grüne Coronaschulmodell nicht umsetzen können, weil die Ministerin ihm dazwischen gegrätscht sei.

Dabei hatte sich Herr Ott das so schön ausgedacht: Die Ministerin geht zwar auf seine Vorschläge hier im Landtag nicht ein. Aber man kann doch den Oberbürgermeister für die eigenen Pläne instrumentalisieren und dann einmal den Versuch starten, die untauglichen SPD-Coronabekämpfungsstrategien quasi als Laborversuch in einer Stadt durchzuziehen.

Deshalb gab es auch diese Heimlichkeit des Oberbürgermeisters. Wie man hört, erfolgte keine Kontaktaufnahme zur Bezirksregierung oder zum Ministerium. Und inwiefern die Schulleitungen in Solingen einbezogen waren, ist hier im Haus nicht bekannt – zumindest mir nicht.

So wohnen wir hier im Parlament jetzt einem Schauspiel bei, dessen Titel da heißt: SPD und Bündnis 90/Die Grünen tragen ihre politische Privatfehde mit der Ministerin aus, instrumentalisieren dazu einen Oberbürgermeister und langweilen das Parlament mit Vorschlägen, die in ihrer Substanz vollkommen unbrauchbar sind.

Politischer Kampf pur als schiere Machtdemonstration zur Beschädigung der augenblicklichen Regierung in Gestalt der Ministerin – das ist genau die Politik, welche die Bürger so lieben. Kabbeleien im Plenum, jedoch ohne dass die Probleme der Bürger vor Ort auch nur ansatzweise gelöst werden. SPD und

Bündnis 90/Die Grünen spielen im Schulausschuss und hier im Plenum das Duo Infernale in der Bildungspolitik.

Nun, Herr Ott und Frau Beer, Frau Gebauer weiß die Fernbedienung ihres Fernsehgerätes glücklicherweise wohl technisch einwandfrei zu bedienen, so dass Sie mit einem Antrag zu einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss noch ein bisschen warten müssen. Und einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, der die Unfähigkeit und Chuzpe von Oppositionsparteien zum Gegenstand hat, hat es noch nie gegeben. Den sieht die parlamentarische Ordnung ja auch nicht vor.

Dass das im Grunde aber notwendig wäre, habe ich Ihnen bereits am Mittwoch attestiert. Weder die Organisation des Schülertransports noch die Aufsichtspflicht noch die Schwierigkeit, den Zeitkorridor beim Lehrerwechsel zu bewältigen, noch die ungeeignete Ausstattung irgendwelcher städtischer Räume noch die Reinigung dieser Räume noch ... Und so weiter. Wollen Sie noch mehr hören?

(Zuruf von der SPD: Nein!)

Sie waren doch selbst einmal Lehrer, Herr Ott. Man muss doch nicht Schulleiter gewesen sein, um die Unsinnigkeit von solchen Vorschlägen erkennen zu können. Jeder Lehrer erkennt die Unsinnigkeit dieser Vorschläge.

Dass Frau Beer wenig über Unterricht weiß, darf man ihr nicht anlasten. Deshalb will sie ja auch mal so eben Studenten in die Schule schicken. Sie verkennt offensichtlich, wie schwierig es ist, eine Unterrichtsreihe zu planen, das nötige Sachwissen aufzubereiten, es in eine logische Stringenz zu bringen und dabei die problemorientierenden Momente zu erkennen, dazu die richtigen Methoden einzusetzen und dann auch noch erzieherische Fähigkeiten vorzuweisen.

Einige Leute müssen sehr lange üben, damit sie das hinkriegen. Dass der Student, die Studentin vielleicht auch noch mit dem eigenen Studium zu tun hat, daran denkt der Antragsteller wohl nicht. Ich hoffe also, dass Rot-Grün noch für lange Zeit mit dem Regieren nichts mehr zu tun hat.

Es ist schon als eine grobe Gedankenlosigkeit zu bezeichnen, wie die SPD und die Grünen die eine Schülergruppe unterrichten und die andere ins Distanzlernen schicken wollen. Ist Ihnen eigentlich klar, was es mit Kindern macht, wenn sie zu Hause sitzen müssen, während andere gemeinsam lernen dürfen? Haben Sie schon einmal etwas von Appetenzverhalten gehört? Oder haben Sie im Biologieunterricht nicht aufgepasst?

Bei Kindern und Jugendlichen ist dieses Appetenzverhalten in besonderer Weise ausgeprägt, und zwar bei der Sehnsucht nach Begegnung mit den Altersgenossen. Über die Gründe dafür brauche ich hier

wohl nicht zu sprechen. Deshalb leiden Kinder und Jugendliche in besonderer Weise, wenn man sie wegsperret, wenn man ihnen die Gesellschaft mit ihren Altersgenossen verwehrt.

Es reicht schon, dass die Jugendgruppen und Sportvereine auf Sparflamme fahren oder ihre Aktivitäten eingestellt haben. Und dann kommen Sie daher und wollen die Hälfte der Schülerinnen und Schüler zu Hause wegsperren?

Dabei habe ich noch gar nicht an das Gelingen von Unterricht gedacht. Davon kann nämlich keine Rede sein, wie das Experiment mit dem Distanzunterricht vor und nach den Osterferien bewiesen hat. Mehr als Rezeption und Reproduktion kam doch dabei nicht heraus – und Letzteres auch noch unvollkommen.

Was meinen Sie, warum die Ministerin trotz der Panikmache von Merkel, Spahn, Drostens und Co zu Recht am Präsenzunterricht festhält? – Es sind die schlechten Erfahrungen mit dem sogenannten Distanzunterricht, die sie dazu veranlasst haben. Aber das kann sie natürlich nicht öffentlich sagen. Das würde ich auch nicht tun. Aber Schwamm drüber; das Leben geht weiter.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Aber ich wüsste genau, dass ich alles tun würde, um diesen Distanzunterricht nicht wieder einrichten zu müssen – selbst wenn ich die Pandemieerzählung ernst nehme.

Dass dieser Distanzunterricht wirklich nur für die allernotwendigsten Fälle gedacht ist, können Sie doch erfahren, wenn Sie einfach einmal die Lehrer fragen und offen mit ihnen sprechen. Jeder hier, der Lehrer war, weiß das doch. Wenn man als Lehrer zu Fortbildungen gefahren ist, war es doch üblich, den Schülern Aufgaben zu geben. Sie durften doch nicht einfach nach Hause gehen. Also haben die Oberstufenkurse Aufgaben gemacht.

Jeder, der von den Fortbildungen zurückkam, weiß doch, wie viel Arbeit es bedurfte, um in diese ausgearbeiteten Aufgaben noch einmal wieder neu hineinzugehen. Im Grunde hat man die gleiche Zeit noch einmal aufgewendet, die die Schüler in den Stunden hatten, in denen sie die Aufgaben bearbeitet haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe intensive Erfahrungen damit gemacht. Wir haben es in dem System, in dem ich beschäftigt war, natürlich trotzdem weiterhin so gemacht. Aber es war wirklich nur ein Hilfsmittel und nicht ein Mittel, das den Präsenzunterricht ersetzt. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD – Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Beifall von einem Abgeordneten!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Seifen. – Für die FDP-Fraktion

hat nun Frau Kollegin Abgeordnete Müller-Rech das Wort.

Franziska Müller-Rech (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich muss sagen, dass ich wirklich bestürzt bin, was bei der Rede von Herrn Kutschaty hier vorgetragen worden ist.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Ich möchte mit einem Detail anfangen.

(Christian Dahm [SPD]: Das Tempo ist raus!)

– Bevor Sie raunen, hören Sie doch erst einmal zu.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Ja, Frau Lehrerin!)

Herr Kutschaty hat vorhin als Beispiel den niedersächsischen Kultusminister angeführt und behauptet, dass in Niedersachsen jetzt der Solinger Weg eingeschlagen würde.

(Heiterkeit von Armin Laschet, Ministerpräsident)

Herr Kutschaty, ich habe folgendes Zitat für Sie:

„Niedersachsens Kultusminister Grant Hendrik Tonne hat den Kreis Friesland dafür kritisiert, dass er angesichts steigender Corona-Infektionszahlen an den Schulen wieder den Schichtbetrieb eingeführt hat.“

(Dietmar Brockes [FDP]: Aha!)

„Wenn Schulen, an denen es keine Infektionen gibt, in einen halben Lockdown versetzt werden, dann aber erscheint mir das unverhältnismäßig“, sagte der SPD-Politiker der Oldenburger ‚Nordwest-Zeitung‘.“

(Christof Rasche [FDP]: Der hat Ahnung und Verantwortung!)

„Er zweifle die Zuständigkeit des Landkreises und die ‚gut gemeinte Zielrichtung der Maßnahme‘ nicht an.“

(Christof Rasche [FDP]: Hier sind Leute, die keine Verantwortung und keine Ahnung haben! – Josefine Paul [GRÜNE]: Und die sitzen mehrheitlich bei der FDP!)

„Die vergangenen Wochen hätten aber gezeigt, dass das Virus von außen in die Schulen eingeschleppt werde und nicht die Schulen das Problem seien.“

Herr Kutschaty, Sie schrecken vor nichts zurück. Sie tragen hier tatsächlich auch noch die Unwahrheit vor und sagen, Niedersachsen würde den Solinger Weg einführen, während Ihr SPD-Kollege das Gegenteil sagt.

(Beifall von der FDP und der CDU – Christian Dahm [SPD]: Vorsicht an der Bahnsteigkante!)

Ich bin wirklich erschüttert darüber.

Des Weiteren hat Herr Kutschaty gesagt, er würde so ungern jetzt Lehrerverbände zitieren. – Herr Kutschaty, ich mache das immer sehr gerne, weil ich auch gerne mit den Lehrerverbänden zusammenarbeite.

Der VBE in Person seines Vorsitzenden Stefan Behlau hat heute Morgen Folgendes zu Ihrem Schulgipfel-Theater gesagt – ich zitiere –:

„Ein einseitig ausgerufenen Schulgipfel wird bestehende Gräben eher vertiefen als zuschütten.“

(Armin Laschet, Ministerpräsident: Das ist die Absicht!)

„Er trägt dazu bei, das aufgeheizte Klima in der Debatte weiter zu erhitzen und ist kein adäquates Mittel, Ruhe und Sachlichkeit in eine notwendige Diskussion über gangbare Wege und tragfähige Lösungen für einen langen Winter in den Schulen herbeizuführen.“

(Beifall von der FDP und der CDU – Christof Rasche [FDP]: Absagen! Absagen! – Susanne Schneider [FDP]: Hört! Hört!)

„Es kann nur miteinander und nicht gegeneinander gehen – das gilt für die Landesregierung genauso wie für die Opposition.“

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Das sagen wir seit Monaten! Seit Monaten!)

– Frau Voigt-Küppers, schön, dass Sie auch noch an der Debatte teilnehmen. Denn der VBE hat genau das gesagt und damit eine Absage für Ihren Schulgipfel erteilt. Die machen nämlich das Theater, dass Sie hier aufführen, nicht mit und kommen nicht zu Ihrem Schulgipfel. Das ist eine sehr weise Entscheidung.

(Beifall von der FDP und der CDU – Josefine Paul [GRÜNE]: Die warten auf die Einladung der Schulministerin! – Christof Rasche [FDP]: Bis auf die Knochen blamiert, Herr Kutschaty!)

Nichts als Theater, nichts als Profilierung für einen anstehenden SPD-Landesparteitag, für einen Umfragestrudel, aus dem Sie herauskommen wollen!

Meine Damen und Herren, früher stand die SPD mal für das Motto „Kein Kind zurücklassen“. Heute, Herr Kutschaty, steht die SPD unter Ihnen leider für das Motto „Keinen politischen Geländegewinn zurücklassen“.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ähnlich wie beim Abitur ist es auch hier wieder so, dass Sie für Ihre Forderungen nicht den Rückhalt der

Gesellschaft haben. Civey hat in den letzten Tagen eine Befragung zu der Frage „Soll der Schulunterricht in NRW auch bei erhöhten Coronainfektionszahlen grundsätzlich weiter in Präsenz stattfinden?“ durchgeführt. 56 % der Befragten waren der Auffassung: Ja, das soll er. – 56 % der Befragten befürworten den Präsenzunterricht in der Krise. Sie geben uns recht.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Darum geht es Ihnen! Sie wollen nur recht haben!)

Das ist genau dasselbe wie beim Abitur. Und täglich grüßt das Murmeltier! Die Panikmache, das angebliche Chaos, welches Sie kritisieren, ist von Ihnen herbeigeredet. Sie tragen sowohl hier als auch in die Schulen das Chaos hinein.

(Beifall von der FDP und der CDU – André Stinka [SPD]: Das zeigt ja, wie schwach Sie regieren!)

Im April sollte das Abitur abgesagt werden.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Nie haben wir das gesagt!)

Schülerinnen und Schüler wurden systematisch aufgehetzt, insbesondere von den Grünen. Auch damals war es eine deutliche Mehrheit, die sich für die Durchführung der Prüfungen ausgesprochen hat. Wie damals plustert sich die rot-grüne Opposition hier auf, aber Sie haben nicht die Rückendeckung der Gesellschaft. Sie liegen mal wieder völlig daneben, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich möchte noch einmal auf die Bildungsgarantie zurückkommen,

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

weil sie hier schon mehrfach angesprochen worden ist. Ja, sie ist unfassbar wichtig.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Und unfassbar nichts wert!)

Wir wissen, dass es aufgrund der Infektionslage zu temporären Teilschließungen kommen kann. Allerdings beinhaltet die Bildungsgarantie, dass wir – und das ist der Unterschied zum ersten Lockdown – flächendeckende Schließungen von Schulen und Kitas ablehnen.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Das ist fundamental wichtig

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

für die Bildungsrechte unserer Kinder.

(Beifall von der CDU und Alexander Brockmeier [FDP])

Wir können es nicht hinnehmen, dass Kinder verloren gehen, dass Lehrerinnen und Lehrer den Kontakt zu ihren Schülerinnen und Schülern verlieren, weil die Schüler zu Hause kein Endgerät vorfinden, weil kein Rückzugsraum da ist, weil keine Unterstützung durch die Familie geleistet werden kann, weil es in den Familien finanzielle, gesundheitliche Probleme gibt, wenn all das auf die Kinder einprasselt. Kinder müssen zur Schule gehen und sich auf ihre Bildung konzentrieren können.

Gesundheit ist auch weit mehr, als kein COVID-19 zu haben. Deswegen sichern wir hier die Bildungschancen.

Ich komme jetzt zum Punkt „Betreuung“. Die Familien wurden im ersten Lockdown wirklich unheimlich strapaziert. Von heute auf morgen mussten sie die Betreuung ihrer Kinder sicherstellen. Sie konnten nicht mehr auf Oma und Opa zurückgreifen, weil diese der Risikogruppe angehören. Ihr Urlaub war zum Teil aufgebraucht, und nicht alle haben einen verständnisvollen Arbeitgeber und können Homeoffice machen.

Auch Alleinerziehende waren besonders betroffen. Viele hatten Existenzängste wegen Kurzarbeit oder fürchteten sogar, ihren Job zu verlieren; darüber haben wir heute Morgen schon debattiert.

Es gab gesundheitliche Sorgen. Die Liste ließe sich weiter fortführen, was alles unsere Familien in Nordrhein-Westfalen im ersten Lockdown strapaziert hat.

Und die Kinder kriegen das mit. Das heißt, die Sorgen, die Situation in den Familien können sie nicht einfach so abschütteln. Das hat dazu geführt, dass sich Schülerinnen und Schüler endlich mal wieder auf die Schule gefreut haben. In meiner Schulzeit war das eher selten der Fall. Insofern muss man zur Kenntnis nehmen, dass die Schülerinnen und Schüler unter dieser angespannten Situation gelitten haben.

Ich möchte auch festhalten, dass ich allen Lehrerinnen und Lehrern im Land danke. Denn Eltern, so sehr sie sich auch anstrengen, sind keine Lehrer. Auch deswegen ist es so wichtig, dass unsere Schülerinnen und Schüler zur Schule gehen können.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich möchte auf das einheitliche Handeln in dieser Pandemie zurückkommen. Ja, es gibt keinen NRW-Sonderweg, sondern es ist ein abgestimmtes Verfahren zwischen den Ministerpräsidenten und Ministerpräsidentinnen sowie den Kultusministern und Kultusministerinnen, und das ist richtig und wichtig.

Ich habe schon vorgestern Ties Rabe zitiert. Das möchte ich noch einmal machen. Auch Frau Voigt-Küppers findet, dass das ein guter Mann ist, wie ich dem Protokoll entnehmen kann. Er sagt:

„Wenn in ganz Deutschland Schulen offen bleiben, kann man doch nicht ernsthaft in Hamburg die Schulen schließen. Wir haben gesehen, dass wir mit einem Lockdown oder Teil-Lockdown der Schulen für die Pandemie wenig erreichen, aber Bildung und Betreuung stark beeinträchtigen.“

Ja, der Mann hat recht.

(Vereinzelt Beifall von der FDP und der CDU)

Für „Hamburg“ können Sie auch „Nordrhein-Westfalen“ einsetzen. Sie können auch „Niedersachsen“ nehmen; die Kollegin hat gerade aus Brandenburg zitiert. Es ist völlig egal, ob es ein SPD-geführtes Land ist oder nicht, denn das gilt flächendeckend.

Zum Schluss möchte ich noch Stefan Behlau zum Thema „Solinger Modell und Flickenteppich in der ganzen Republik“ zitieren. Er hat gesagt:

„Allerdings helfen keine Alleingänge einzelner Kommunen, dafür sind die Vernetzungen mit Nachbarkommunen und Kreisen zu groß. Wenn zu dem jetzigen föderalen Flickenteppich auch noch ein kommunaler dazukommt, besteht die Gefahr, nicht nur den Überblick zu verlieren, sondern auch das Verständnis für die einschneidenden Maßnahmen ...“

Meine Damen und Herren, genau daraus möchte einen Appell formulieren. Wir wissen, dass die Situation für viele Familien in NRW emotional und belastend ist. Unsere Gesellschaft droht auseinanderzubrechen und wir uns hier im politischen Klein-Klein zu verlieren. Daher appelliere ich insbesondere an Sie, Herr Kutschaty, und an die SPD und Bündnis 90/Die Grünen: Lassen Sie uns hier endlich gemeinsam sachorientiert zum Wohle unserer Kinder agieren und füreinander da sein, um die Pandemie gemeinsam zu bewältigen.

Wir müssen unsere Familien in Nordrhein-Westfalen stützen und schützen. Dafür steht die NRW-Koalition, und dafür stehen die Freien Demokraten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Kollegin Müller-Rech. – Jetzt spricht für die Landesregierung Frau Ministerin Gebauer.

Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vorab möchte ich eine persönliche Bemerkung machen. Meine Damen und Herren Abgeordnete der SPD, ich frage: Ist diese Inszenierung, die Sie hier im Parlament betreiben, tatsächlich Ihre Antwort an die Bürgerinnen und Bürgern des Landes, die derzeit mit den größten Sorgen, mit den größten Nöten seit dem Zweiten Weltkrieg kämpfen?

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sind diese politischen Spielchen dieser großen Krise angemessen? Ich meine, nein.

Ein aufrechter Sozialdemokrat, den ich sehr geschätzt habe

(Zurufe von der SPD: Oh!)

– doch –, hat einmal gesagt

(Armin Laschet, Ministerpräsident: Die gibt es!)

– die gibt es –:

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das haben Sie jetzt aber im Stammbuch! – Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

In der Krise beweist sich der Charakter.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Da versagen Sie kläglich!)

Ihren Charakter haben Sie, Herr Sundermann, den Menschen in Nordrhein-Westfalen heute mehr als deutlich gezeitigt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vor genau zehn Monaten, also am 13. März, haben wir die Kinder im Lockdown ins Homeschooling geschickt. Das war die schlechteste Entscheidung, die wir haben treffen können. Heute wissen wir das. Und obwohl wir alle das wissen, sollten wir es heute, wenn es nach Rot-Grün ginge, trotz dieser Erfahrungen, trotz dieser Erkenntnisse wieder tun,

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

also gegen das Wohl der Schülerinnen und Schüler, gegen die Bildungsgerechtigkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das, meine Damen und Herren, ist Ihr Beitrag in diesen schwierigen Zeiten der Coronapandemie.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Herr Kutschaty, Sie haben hier am Pult gestanden und immer wieder vorgetragen, Sie möchten auch aus der Opposition heraus in dieser schwierigen Zeit Verantwortung übernehmen.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Genau!)

Wer allerdings als Vorsitzender einer sozialdemokratischen Fraktion in einer Pandemie keine andere Idee hat, als die Hälfte der Schülerinnen und Schüler nach Hause zu schicken und ihnen damit Bildungschancen zu nehmen,

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

der kapituliert vor den Herausforderungen dieser Zeit und übernimmt keine Verantwortung.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zehn Monate Coronageschichte liegen hinter uns, auch im Bereich der Bildungspolitik, mit vielen unterschiedlichen Erkenntnissen und Erfahrungen und auch mit vielen Entscheidungen. Von einer historischen Entscheidung darf ich Ihnen – nicht nur Ihnen, liebe SPD-Fraktion, sondern allen – heute berichten.

Vor Beginn dieser Plenardebatte fand eine Kultusministerkonferenz statt; diese dauerte eine Stunde.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Das ist ja schön, dass Sie eine Stunde darüber reden!)

Es ging um den Unterricht in Pandemiezeiten. Noch nie – wirklich noch nie – waren sich alle Kultusministerinnen und Kultusminister so einig, dass kein flächendeckendes Wechselmodell eingeführt werden darf.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Und sie tun es auch nicht, obwohl Sie, meine Damen und Herren von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, es immer behaupten.

Sie haben Hamburg angesprochen. Herr Senator Ties Rabe ist einer der größten Verfechter für seine Schülerinnen und Schüler und sagt, Schule solle so lange wie möglich als Präsenzunterricht stattfinden.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Ja, da sind wir doch alle dabei!)

Zum Kollegen Tonne hat meine Vorrednerin schon einiges gesagt. Auch er spricht sich eindeutig

(Christof Rasche [FDP]: Was ist denn mit Sylvia Löhrmann?)

für den Präsenzunterricht aus.

Auch Hessen wird immer wieder angeführt. Herr Professor Lorz hat sich gestern im Hessischen Landtag ebenfalls ausdrücklich dafür ausgesprochen, dass der Präsenzunterricht die einzige Wahl ist und es für die Schülerinnen und Schüler keine Abkehr vom Präsenzunterricht geben wird.

(Zuruf von der FDP: Hört, hört!)

Last, but not least: Frau Hubig, Präsidentin der Kultusministerkonferenz aus Rheinland-Pfalz und SPD-Mitglied, hat sich ebenfalls, wie wir alle, für Präsenzunterricht so lange wie möglich für alle Schülerinnen und Schüler ausgesprochen. Ich frage Sie: Mit welchem Modell wollen wir nach Hause gehen?

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Frau Paul, leider haben Sie immer noch nicht verstanden, dass die Schulen bereits jetzt die Möglichkeit haben, Schülerinnen und Schüler im Wechsel von Distanz und Präsenz zu unterrichten.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Es macht Sinn, sich in diesem Zusammenhang noch einmal die Verordnung anzuschauen, zu der es auch ein Expertengespräch bzw. eine Anhörung gegeben hat, die wir hier gemeinsam verabschiedet haben. In dieser Verordnung ist alles enthalten, von dem Sie bestreiten, dass es für Nordrhein-Westfalen gelten würde.

(Beifall von der FDP und Kirstin Korte [CDU])

Ich bin der Meinung, wir sind gut aufgestellt und tun gut daran, die Kinder auch in diesen schwierigen Zeiten so lange wie möglich im Präsenzunterricht zu halten. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Gebauer. – Für die SPD-Fraktion hat nun Herr Ott das Wort.

(Zurufe von CDU und FDP: Oh! – Henning Höne [FDP]: Er hat extra eine Krawatte gebunden, der Kollege!)

Jochen Ott (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seriosität, Solidität und Verantwortungsbewusstsein müssen dringend in das nordrhein-westfälische Schulsystem zurückkehren.

(Henning Höne [FDP]: Was wissen Sie denn davon?)

Frau Ministerin Gebauer und Herr Ministerpräsident Laschet sind sich ihrer Verantwortung in keinster Weise bewusst. Schlimmer noch: Sie scheinen – das haben wir gerade gehört – die Auswirkungen ihrer Entscheidungen überhaupt nicht zu bemerken.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Die Ministerin wird getrieben von der Staatskanzlei und ihrem Staatssekretär. Der Ministerpräsident ordnet alles seinem Wahlkampf in der CDU unter, ist getrieben von seinen Karrierechancen und grätscht seiner Ministerin mit guten Ideen hinein.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Schulsystem in Nordrhein-Westfalen ist ein großer Tanker:

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

schwer und unbeweglich, aber im Großen und Ganzen verlässlich, insbesondere der vielen Menschen wegen, die auf diesem Tanker an allen möglichen Stellen arbeiten.

Er beherbergt etwa 2,5 Millionen Schülerinnen und Schüler, 170.000 Lehrkräfte, Pädagogen und Erzieher sowie Sonder- und Sozialpädagogen an rund 5.500 Schulen, einen riesigen Beamtenapparat im

Schulministerium, in den Schuldezernaten unserer Gemeinden und Landkreise.

Dieser große Tanker verträgt keine permanenten und abrupten Kursänderungen. Auch in stürmischen Zeiten müssen Entscheidungen vorab durchdacht werden.

(Beifall von Martin Sträßer [CDU])

Auf bloßen Zuruf funktioniert das nicht; vielleicht mal ausnahmsweise, aber nicht auf Dauer.

Ein 11-jähriger Junge – nennen wir ihn Anton – hat im Radio eine wunderbare Idee geäußert: vorgezogene Weihnachtsferien. Aus seiner Perspektive ist das wunderbar, und als Politiklehrer sage ich: super gemacht. Das ist politische Bildung. Der Junge hat für seine Interessen gekämpft. Das hat er gut gemacht.

(Zuruf von Daniel Sieveke [CDU])

Die 40-jährige alleinerziehende Mutter – nennen wir sie Petra – jedoch schreit auf, denn sie weiß nicht, wie sie das noch schaffen soll, nachdem ihr behindertes Kind schon vor den Sommerferien überhaupt nicht in der Förderschule gewesen ist. Sie weiß schlicht nicht mehr, was sie machen soll, ganz zu schweigen von den Therapiestunden, die auch wieder ausfallen, was das Kind in diesem Jahr schon schwer belastet hat.

Wir haben in der Politik nun einmal die Verantwortung, zwischen dem 11-jährigen Anton und der 40-jährigen Petra abzuwägen und zu überlegen, wie wir das Problem lösen können. Das geht nicht auf Zuruf, um abzulenken, Herr Ministerpräsident, oder die eigenen Wahlchancen zu erhöhen. Nein, dafür braucht man ein verlässliches Krisenmanagement und ein planvolles Handeln. Das fehlt hier komplett.

(Beifall von der SPD)

Hier geht es um Haltung und Klarheit. Wir aber haben es mit einer Regierung zu tun, die überhaupt nicht weiß, was sie auslöst.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Ich möchte das einmal anhand eines Beispiels skizzieren. Sie machen aus politischen Gründen dem Oberbürgermeister mit dem Solinger Modell einen Strich durch die Rechnung und sagen, er dürfe das nicht machen. Was passiert dann? Das ist ganz einfach. Die Dezernenten in den Bezirksregierungen sitzen zusammen und sagen: Das ist der politische Wille, also werden alle Hybridmodelle verboten.

Obwohl der stellvertretende Ministerpräsident gestern gesagt hat, ich würde lügen, liegt die Wahrheit auf dem Tisch. Der Verband der Privatschulen hat das Schreiben ja nicht aus dem hohlen Bauch geschickt, sondern weil dieser riesige Beamtenapparat das, was die Ministerin sagt, umsetzt. Und den Schulleitern wurde mündlich gesagt, dass hybride

Modelle raus sind. Die stehen jetzt da und wissen gar nicht, was sie machen sollen. Erst nach der Debatte am Mittwoch gab es dann die nächste Runde, und es hieß: Ja, gut, ihr könnt doch so weitermachen.

Man kann ein großes System eben nicht durch Zuruf regieren. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie endlich einmal akzeptieren, dass die Schulleitungen in unserem Land an irgendeiner Stelle Rechtssicherheit brauchen. Sie brauchen einen Rahmen, an dem sie sich orientieren können.

Die Schulleiter arbeiten seit Monaten durch, teilweise am Wochenende. Sie machen einfach, aber sie werden von dieser Landesregierung alleingelassen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Es ist sogar noch schlimmer. Als Sozialwissenschaftler will ich auf das Heinz-Dilemma von Kohlberg hinweisen. Darin geht es um die Entscheidung in moralischen Dilemmata. Es geht um den Mann Heinz, der dringend Medikamente benötigt, aber die Apotheke hat zu. Die Frage ist nun: Bricht er in der Apotheke ein, um seiner todkranken Frau das Medikament geben zu können?

Warum führe ich dieses Beispiel an? Weil viele Schulleitungen in den letzten Wochen vor ähnlichen moralischen Fragen gestanden haben. Sollen sie auf das hören, was von oben kommt, oder sollen sie sich präventiv auch andere Modelle überlegen? Gott sei Dank haben viele Schulleiterin und Schulleiter vernünftig agiert und sich Modelle überlegt.

(Beifall von der SPD und Josefine Paul [GRÜNE])

Deshalb erwarte ich von Ihnen in dieser Situation nicht wohlfeile Radiointerviews, sondern dass Sie einen Rahmen setzen, in dem dann Szenarien durchgeführt werden können.

Und um das hier ein für alle Mal klarstellen: Die Entscheidung für das Abitur war eine Entscheidung gegen die Präsenz in der Fläche, weil es personaltechnisch nicht ging. Wir haben immer gesagt, das könne man so machen. Aber das hier immer noch zu loben, ist natürlich Quatsch, weil viele Kinder und Jugendliche jetzt Defizite aufweisen, die aufgeholt werden müssen.

(Beifall von Sigrid Beer und Matthi Bolte-Richter [GRÜNE])

Diese Defizite sind nämlich genau in der Situation entstanden, als kein Präsenzunterricht stattfand. Das ist die bildungspolitische Wahrheit, die Sie hier ständig ausblenden.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Noch ein Weiteres: Diese SPD-Fraktion – das gilt übrigens auch für die Grünen – hat seit März gesagt,

dass wir Präsenzunterricht wollen. Präsenz bleibt das A-Modell. Präsenz bleibt immer das A-Modell. Das haben wir eingefordert, aber das verstehen Sie bis heute nicht, Herr Laschet. Es wundert mich, dass ein Ministerpräsidenten so etwas nicht versteht.

(Armin Laschet, Ministerpräsident: Sie wollen die ins Homeoffice schicken!)

– Das ist doch Quatsch.

(Armin Laschet, Ministerpräsident: Natürlich, die Hälfte!)

Der Ministerpräsident sagt gerade, wir wollten sie ins Homeoffice schicken.

(Armin Laschet, Ministerpräsident: Ja!)

Er hat keine Ahnung. Er weiß nichts von den bildungspolitischen Debatten. Dieser Ministerpräsident redet wie der Blinde von der Farbe.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Armin Laschet, Ministerpräsident: Reg dich doch nicht so auf, so aufgeblasen! – Unruhe – Glocke)

Darf die Regierung hier weiter reinrufen? Dann soll sie das tun. Dann mache ich daraus eine Zwischenfrage des Ministerpräsidenten.

(Petra Vogt [CDU]: Das sagt der Richtige!)

Ich sage Ihnen eines: Wir wollten ein Szenario B und ein Szenario C. Dafür brauchen wir eine Perspektive. Für das B- und das C-Szenario brauchen die Schulleiterinnen Verlässlichkeit.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Noch ein Zweites: Seit Wochen arbeiten die Schulleitungen, aber auch die Lehrerinnen und Lehrer am Limit. Warum?

(Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Sie müssen unter strengen Hygienebedingungen arbeiten. Sie kümmern sich um die Kinder, die in Quarantäne sind, und sie kümmern sich um Vertretungen. Bis heute hat es diese Regierung nicht geschafft, weil es ja so überraschend kam, mit den Personalräten und vor allen Dingen mit den Gewerkschaften über die Mehrarbeit zu sprechen. Stattdessen haben die Kolleginnen und Kollegen das Gefühl, sie werden ausgepresst bis zum Letzten. So geht das nicht. So geht man nicht professionell mit Krisen um.

(Beifall von der SPD)

Der nächste Punkt: Schülerinnen und Schüler schreiben uns, dass sie im ersten Quartal wegen Quarantäne gar keine Klausuren schreiben konnten. Sie stellen sich die Frage: Wie kann ich ein rechtssicheres Abitur machen? Haben wir im Jahre 2021 noch ein rechtssicheres Abitur?

Was passiert hier? Das kann ich Ihnen sagen: Hier verlängert man über Nacht bzw. über Mittag mal eben die Weihnachtsferien und wirft damit die Klausurplanungen in allen Teilen des Landes über Bord. Das ist unseriöse Schulpolitik.

(Beifall von der SPD und Josefine Paul [GRÜNE] – Zuruf von Daniel Sieveke [CDU])

Die Ministerin hat sich hier in der Fragestunde geoutet.

(Zurufe von Josef Hovenjürgen [CDU] und Daniel Sieveke [CDU])

Nachdem sie im WDR gesagt hatte, dass wir die Ferien verlängern, hat sie abends in der Fragestunde erklärt, dass die Klausuren aber stattfinden. Öffentliche Hinweise hat bisher keine Schule. Keiner weiß, was passiert. So kann man nicht arbeiten.

Deshalb sage ich Ihnen eines: Die Bereitschaft, die Menschen – auch die Opposition – einzubinden, haben Sie in den letzten Wochen und Monaten nicht gezeigt.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Sie sind nicht bereit gewesen, mit anderen zu arbeiten.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Sie sind nicht bereit, Menschen einzubeziehen. Deshalb haben wir das für Sie übernommen.

(Lachen von Dietmar Brockes [FDP] – Zuruf von Daniel Sieveke [CDU])

Ich sage Ihnen in aller Ernsthaftigkeit: Zum Wohle der Kinder und Jugendlichen in unserem Land rate ich Ihnen dringend, sich endlich von Experten beraten zu lassen. Das könnten zum Beispiel Schulleitungen aller Couleur sein, die besten unseres Landes, weil die wissen, wovon sie reden. Das sind die Spitzen der Verbände. Das sind auch die Fraktionen in diesem Landtag.

Sorgen Sie dafür, dass diese Expertise ernst genommen wird! Spielen Sie die Dinge im Vorfeld durch! Wir werden über die Abschlüsse 2021 in den nächsten Wochen sprechen müssen.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Wir werden darüber sprechen, wie der Gesundheitszustand der Kolleginnen und Kollegen erhalten bleiben kann. All das muss gemeinsam geschehen,

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

weil es um die Akzeptanz und die Verlässlichkeit von staatlichen Entscheidungen in unserem Land geht.

Die Menschen – vielleicht nehmen Sie es nicht mehr wahr –

(Dietmar Brockes [FDP]: Das sagt der Richtige!)

im Schulsystem dieses Landes nehmen diese Verlässlichkeit, diese Stabilität und Solidität nicht mehr wahr.

(Zuruf von Henning Rehbaum [CDU])

Sie zerstören damit die Grundlage eines guten Bildungssystems.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Ich rufe Sie auf: Kehren Sie zurück!

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Werden Sie Ihrer Verantwortung für das Land endlich gerecht!

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Ott. – Ich will bei der Gelegenheit die Regierungsbank noch einmal darauf hinweisen, dass wir Zwischenrufe von der Regierungsbank nicht zulassen. Wir legen Wert darauf, dass das nicht passiert. In der Rolle der Regierenden dürfen Sie sich von der Regierungsbank aus nicht einmischen, Herr Ministerpräsident. So ist es vorgesehen, das will ich noch einmal deutlich sagen.

(Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Wir hatten aber immer Ministerpräsidenten mit Temperament. Ich bin alt, ich kann mich daran schon erinnern. Daher: Vorsicht beim Temperament!

(Heiterkeit von Henning Höne [FDP])

Nächste Rednerin ist für die CDU-Fraktion Frau Vogt. Bitte schön.

Petra Vogt (CDU): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielleicht gestatten Sie mir unter dem Eindruck der Rede von Herrn Ott eine Bemerkung zu Beginn. Wer eine gute Kinderstube hatte, der hat gelernt: Wer schreit, hat Unrecht.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Lachen von der SPD)

Herr Ott, ich weiß nicht, wie viele Minuten Ihre Rede gedauert hat. Aber Sie haben gerade Ihre gesamte Redezeit lang nur geschrien. Glauben Sie tatsächlich, Ihre Ausführungen werden besser, wenn Sie schreien?

(Zuruf von der SPD: War doch gut! – Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Vielleicht denken Sie einfach einmal – auch in Anbetracht der Debatte, die Ihr Kollege Sundermann

heute Morgen hier unwürdig eröffnet hat – über Ihren Stil nach.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Sehr geehrte Damen und Herren, wer mich kennt, der weiß, dass ich seit vielen Jahrzehnten leidenschaftlich gerne Bildungspolitik mache. Daher freue ich mich eigentlich über jede bildungspolitische Debatte in diesem Hause.

(Michael Hübner [SPD]: Heute Tag eins!)

Ich gebe ganz offen zu: Als ich die heutige Tagesordnung sah, war ich sehr erstaunt. Die Tatsache, dass es zwei Tage mehr Weihnachtsferien geben soll, führt zu Chaos in der Schulpolitik, führt zu einer Aktuellen Stunde und führt zu einer wirklich unwürdigen Aufgeregtheit der Opposition am heutigen Tag.

Vor einigen Jahren hatten wir in Nordrhein-Westfalen Pfingstferien, und zwar länger als den einen Tag, den wir normalerweise haben. Wir hatten eine ganze Woche Pfingstferien. Ich kann mich überhaupt nicht entsinnen, dass wir dazu eine Aktuelle Stunde gemacht haben, dass das Abendland unterging, dass Chaos in der Schulpolitik war. Nein, alle haben das begrüßt und fanden es eine gute Idee. Genauso ist es diesmal mit der Verlängerung der Weihnachtsferien.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Also passt das Ganze nur in Ihr Konzept der Verschwörungstheorien.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Sie waren am heutigen Tag überhaupt nicht in der Lage, zu erklären, warum diese Debatte so wichtig ist. Schließlich haben wir alle Probleme, die auf dem Tisch liegen, schon in vielen Runden hinlänglich diskutiert.

(André Stinka [SPD]: Sie haben es nicht verstanden!)

– Wir konnten Ihrer wirren Argumentation nicht folgen; das ist wohl wahr.

Denn eines ist doch klar: Sie plädieren für ein flächendeckendes Distanzmodell wie in Solingen.

(Jochen Ott [SPD]: Quatsch! – Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Nein! – Jochen Ott [SPD]: Lüge!)

– Das haben Sie so gesagt.

Distanzmodell heißt aber, dass immer ein Teil der Schüler zu Hause ist. Wenn Sie heute skandalisieren, dass die Betreuungsfrage für zwei Tage Weihnachtsferien nicht geklärt ist, wie wollen Sie denn die Betreuungsfrage für monatelangen Distanzunterricht klären? Das sind Sie schuldig geblieben.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Das heißt, Sie weichen zum einen von dem pädagogisch sinnvollen Weg ab, Präsenzunterricht zu machen, den Ihre Kollegen in den anderen Bundesländern, wie meine Vorrednerinnen schon gesagt haben, aus guten pädagogischen Gründen absolut befürworten. Zum anderen erklären Sie nicht, wie Sie das Betreuungsproblem der Eltern, die in diesem Jahr schon Unglaubliches leisten mussten, klären wollen. Dazu haben Sie sich nicht geäußert.

(Zuruf von der SPD)

– Nein, Herr Ott hat nur geschrien und irgendwelche Verschwörungstheorien vorgebracht. So sieht keine seriöse Schulpolitik aus.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Unabhängig von dem, was Sie hier vorgetragen haben, ist das etwas, was in ganz Deutschland diskutiert wird. Es wird natürlich auch in dem Sinne diskutiert, wie die Ministerin es gerade vorgetragen hat.

Ich zitiere einmal aus einem Kommentar in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom gestrigen Tage – mit Erlaubnis des Präsidenten –:

„Im Grunde wissen die Lehrerverbände ganz genau, dass ein Wechselmodell ebenso ungerecht ist wie die Verlegung des Unterrichts in den digitalen Raum. Kinder und Jugendliche aus bildungsaffinen Familien werden darunter nicht leiden, die anderen umso mehr. Es geht jetzt tatsächlich darum, Schüler davor zu bewahren, durch Corona auch noch ihre Bildungschancen zu verlieren.“

Und eines ist auch klar: Wer jetzt für eine Schließung der Schulen oder für andere digitale Krücken votiert, muss sich darüber im Klaren sein, dass im kommenden Jahr weder eine mittlere Reife noch ein Abitur abgelegt werden können. In diesem Fall müssten alle Schüler das gesamte Schuljahr wiederholen ...“

(Zuruf von der SPD)

Wir haben noch gar nicht darüber gesprochen: Was heißt das für die Prüfungen? Was wollen Sie? Was wollen Sie den Schülern sagen? Dass sie weder ein ordentliches Abitur noch einen mittleren Schulabschluss machen können? Was ist mit den Berufsabschlüssen? Haben Sie darauf eine Antwort? – Ich habe nichts zu diesem Thema gehört.

(Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Sie haben heute wirklich, weil Sie politisch mit dem Rücken an der Wand stehen, ein absolut unseriöses Manöver an den Tag gelegt. Ausbaden müssen es die Schülerinnen und Schüler in unserem Land und deren Familien. Bei denen müssen Sie sich heute

entschuldigen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Vogt. – Jetzt spricht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte gerne zuerst ein Wort der Ministerin aufgreifen. Sie hat von „Inszenierung“ gesprochen – wie trefflich.

Der Kollege Sundermann hat es doch auf den Punkt gebracht.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Die Unterrichtung heute Morgen war ein Ablenkungsmanöver.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Das ist Ihr Niveau! Herzlichen Glückwunsch!)

Und dann lädt der Wirtschaftsminister parallel zum Plenum für 11:30 Uhr auch noch die Presse dazu, das heißt am Parlament vorbei, um von einer Ministerin abzulenken, die die Lage längst nicht mehr im Griff hat.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zurufe)

Das ist so durchsichtig. Das hat man auch an dem Beitrag der Ministerin gesehen,

(Unruhe – Glocke)

die nicht nur in der Debatte hier im Haus schon versucht hat, einen Schulleiter zu diskreditieren, sondern jetzt auch noch versucht, Abgeordnete anhand von Charakterzügen zu beurteilen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Das sagen Sie, Frau Beer!)

Ich finde, das ist unwürdig. Das ist in der Tat unwürdig.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Dann erzählt sie uns hier noch, dass ja alles in Nordrhein-Westfalen aufgrund der Rechtsverordnung schon längst möglich ist.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Wissen Sie, was in dieser Rechtsverordnung Priorität hat? – Vertretungsunterricht, Vertretungsunterricht, Vertretungsunterricht.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Könnt ihr mal ruhig sein? Wir sind hier im Parlament! – Josef Hovenjürgen [CDU]: Ganz flaches Niveau bei dir!)

Das heißt, die Kolleginnen und Kollegen, die jetzt schon über die Maßen belastet sind, sollen noch zusätzliche Mehrarbeit übernehmen. Sie fahren das System vor die Wand, weil Sie es überbelasten. Das hat nichts mit Konzeption und Plan B zu tun.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir müssen in dieser Woche wieder feststellen: Was die Schulministerin anfasst, löst Chaos aus. Das wird an der Frage der vorgezogenen Weihnachtsferien deutlich.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Der Ministerpräsident verspricht im WDR, natürlich werde erst noch mit den Verbänden gesprochen. Aber genau das passiert nicht. Um präzise zu sein: Es werden kurz noch schnell ausgewählte Verbände angerufen. Wer allerdings in Unnade gefallen ist, wie offensichtlich die GEW, der wird übergangen, der erfährt im Vorfeld gar nichts mehr. – Die Liste der Unprofessionalität der Ministerin und der Unsouveränität wird immer länger. Das kann doch so nicht weitergehen.

Frau Kollegin Müller-Rech, der Flickenteppich in Nordrhein-Westfalen besteht doch längst.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Maulkorberlass à la Beer und Lohrmann!)

Durch die Quarantänesituation in Schulen, durch Teilschließungen, durch Schulschließungen haben wir längst einen Flickenteppich. Klausuren fallen aus und können nicht mehr geschrieben werden. Was ist denn mit den Schülerinnen und Schülern, die jetzt noch im G8 sind? Die werden doch zu einem G7 und zu „G7^{1/2}“, wenn es so weitergeht.

(Bodo Löttgen [CDU]: Was ist denn mit den 5.000 an den Schulen, an denen der Präsenzunterricht gemacht wird?)

Wir brauchen noch ganz andere Konzepte, und all das lässt diese Ministerin vermissen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dann gibt es eine Stadt, die anstatt des Ad-hoc-Shutdowns in Schulen ein strukturiertes Vorgehen vorlegt, weil es nämlich darum geht, präventiv dafür zu sorgen, dass so viel Präsenzunterricht wie möglich stattfinden kann. Und das wird dann verboten.

Ich möchte Ihnen den Schulleiter der Gesamtschule Höhscheid, Herrn Braun, zitieren. Er sagt: 308 seiner 764 Schülerinnen und Schüler sind aktuell in Quarantäne, vier Lehrerinnen seien positiv getestet und elf weitere in Quarantäne. Insgesamt ist ein Viertel des Kollegiums im Krankenstand, sagt Braun. Und: Wenn wir die Klassen vorher geteilt hätten, dann wären wir nicht in einer solchen Situation. – Darum geht es genau.

(Bodo Löttgen [CDU]: Was für ein Unsinn! – Josef Hovenjürgen [CDU]: Sie wissen, dass das falsch ist, und behaupten es trotzdem! – Gegenruf von Josefine Paul [GRÜNE]: Warum ist das falsch? – Henning Höne [FDP]: Unfassbar!)

Das ist genau der Punkt. Es soll keine flächendeckenden Schulschließungen geben,

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

sagt auch der stellvertretende Ministerpräsident hier dauernd. Aber gerade macht es doch die Schulministerin, indem sie die Weihnachtsferien um zwei Tage vorzieht. Das ist flächendeckende Schulschließung und nichts anderes.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Dabei ist es gleichzeitig auch ein Eingeständnis der Infektionslage. Denn was hat RKI-Chef Wieler noch einmal sehr eindrücklich deutlich gemacht? – In der Gruppe der 10- bis 19-Jährigen liegen die Inzidenzwerte bei 160. Das heißt, die sind genauso infektiös wie Erwachsene.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Da fällt mir das alte Lied von Nahles wieder ein: Ich mache mir die Welt, wie sie mir gefällt!)

Dass Sie hier mit der Vorquarantäne vor Vorweihnachten argumentieren, ist doch der Beleg, dass für Gesundheitsschutz mehr getan werden muss, aber Sie verweigern sich an dieser Stelle. Das ist so inkonsistent. Sie haben nur versucht, etwas herauszuhauen, um von der eigenen Handlungsunfähigkeit abzulenken. Das war das Manöver, das wir in den letzten zwei Tagen hier erlebt haben, und nichts anderes.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das hat nichts mehr mit konsolidierter und seriöser Schulpolitik in diesem Land zu tun, das ist Aktionismus.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Ich will noch etwas dazu sagen, wie die Dinge beurteilt werden. Es ist ja toll, in der „Rheinischen Post“ kann man Ausführungen des Staatssekretärs zu der Frage der Fördermöglichkeiten bei den Ferienprogrammen lesen: „In über 1.200 Gruppen- und Individualmaßnahmen seien bisher über 10.000 Schüler erreicht worden, was die zusätzlichen Fördermöglichkeiten angeht.“

Das wird gepriesen, das ist viel. Aber dass über 50.000 Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen in Quarantäne sind und dass diese Zahlen steigen, ist nicht viel. Darüber gehen Sie hinweg. So kann es in Nordrhein-Westfalen nicht weitergehen!

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Beer. – Für die FDP-Fraktion hat sich der Fraktionsvorsitzende, Herr Rasche, gemeldet und hat nun das Wort.

Christof Rasche* (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In dieser Phase der Plenarsitzung – Unterrichtung, Aktuelle Stunde – erleben wir traditionell, und das ist auch heute so, Rede und Gegenrede. Man geht auf die Worte und die Argumente der Vorredner ein, und genau das möchte ich auch kurz tun.

Wir haben hier erlebt: Krawall, Inszenierung, Unwahrheiten und Widersprüche. Ich möchte das gerne einmal konkret an sechs Beispielen festmachen.

Kollege Sundermann war heute gut drauf und fällt unter die Kategorie „Krawall“, richtiger Krawall, Unsachlichkeit. Bemerkenswert an dieser Rede war: Die Interessen der fleißigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer spielen für Sie hier in Nordrhein-Westfalen keine Rolle.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Kollege Thomas Kutschaty fällt unter die Kategorie – es tut mir leid – „Unwahrheit“. Sie haben gesagt, dass Solinger Modell wird in anderen Bundesländern begrüßt und umgesetzt. Gut, dass meine Kolleginnen und Kollegen Zeitungen, Berichte und aktuelle Meldungen lesen. Der Kultusminister von Niedersachsen, SPD, kritisiert das Solinger Modell und sagt, dass es in Niedersachsen nicht angewandt werden darf. Ein klares Beispiel dafür, dass man Wahrheit zumindest verdreht.

(Zuruf von Thomas Kutschaty [SPD])

Das ist eines Fraktionsvorsitzenden nicht würdig.

(Beifall von der FDP und der CDU)

SPD und Grüne, drittes Beispiel – mal als Team, was es eigentlich gar nicht mehr gibt –, fordern hier über Wochen und auch in den letzten Tagen noch einmal intensiv, gerade in Zeiten der Coronakrise Unterrichtungen, Informationen und Transparenz. Dann machen das die Minister Pinkwart und Lienenkämper hier vorbildlich. Gestern noch verhandelt, gestern Abend ein Ergebnis erzielt, heute wird unterrichtet und informiert. Jetzt haben Sie nach all Ihren Forderungen in den letzten Tagen und Wochen noch die Frechheit, genau das zu kritisieren. Das nennt man doppelte Zunge, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Josefine Paul [GRÜNE]: Na, na, na!)

Viertes Beispiel: Herr Kollege Schmeltzer, Kategorie „Inszenierung“. Er redet von einem Brief von mehreren Kollegen an Ministerpräsident Armin Laschet und an einige Minister und fordert, dass mehr für Schausteller getan werden müsse. Halleluja! Die Verbin-

dungen von Herrn Kollegen Schmeltzer zur Landesregierung sind so wie sie sind, aber die Verbindungen zum Bundesfinanzminister Olaf Scholz müssten groß sein. Da wurde gerade ein Paket von 10 Milliarden Euro geschnürt, in das die Schausteller, die gesamte Branche „Alarmstufe Rot“ riesige Hoffnungen gesetzt haben, und jetzt sind sie bitter enttäuscht. Damit hat Herr Schmeltzer ja recht.

Aber warum schreibt Herr Schmeltzer denn keinen Brief an Olaf Scholz, an seinen eigenen Parteikollegen? – Auch das ist wieder ein mieses Spiel, das der Sache überhaupt nicht dient. Es ist ein Bären dienst für die Schausteller und hat mit sehr viel Unehrllichkeit zu tun, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Fünftes Beispiel: der geschätzte Kollege – das meine ich ehrlich – Jochen Ott. Wir sitzen schon viele, viele Jahre hier zusammen im Parlament. Das ist eine Mischung der Kategorien „Krawall“ und „Widersprüche“. Sie haben den Begriff „Orientierung“ benutzt. Die Schulen in Nordrhein-Westfalen brauchen Orientierung. Der VBE sagt das auch. Der will auch Orientierung für die Lehrerinnen und Lehrer und für die Schulen. Er sagt heute in seiner Pressemitteilung, der gesamte Bereich Bildung und Schule brauche Ruhe. Der gesamte Bereich brauche alles an Unterstützung, aber auf keinen Fall eine Spaltung.

Wenn Sie es ernst meinen, lieber Jochen Ott, mit der Orientierung für die Schulen – ich hoffe, Sie meinen das ernst –, dann blasen Sie Ihren Schulgipfel am kommenden Dienstag ab.

(Beifall von der FDP und der CDU – Christian Dahm [SPD]: Da scheint ihr große Sorgen zu haben!)

Kollegin Josefine Paul hat gefordert, dass man alternative Modell in Nordrhein-Westfalen nutzen soll, dass es sie überhaupt geben muss.

Yvonne Gebauer als zuständige Ministerin hat eben erklärt – das ist uns allen und auch Ihnen bekannt –, dass es diese alternativen Modelle, die in Verordnungen und Gesetzen angelegt sind, schon längst gibt, seit Monaten gibt und dass sie zum Beispiel unter Marc Herter, dem neuen Oberbürgermeister in Hamm, angewandt werden, indem man sehr differenziert auf die Probleme in einzelnen Schulklassen reagiert, in einzelnen Schulklassen einen anderen Unterricht vornimmt, teilweise in Distanz, also digital, aber niemals eine ganze Jahrgangsstufe oder eine ganze Schule oder alle Schulen einer Stadt ganz oder teilweise schließt. Das ist also genau das Gegenteil vom Solinger Modell.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Marc Herter hat erkannt und steht dazu, weil er in der Verantwortung als Oberbürgermeister steht. Er nimmt diese differenzierten Angebote, die das Schul-

ministerium zur Verfügung gestellt hat, ernst und setzt sie um. Und Sie sagen hier in Ihrer Rede, es gibt überhaupt keine differenzierten alternativen Modelle. Die gibt es sehr wohl. Auch das hat etwas mit Ehrlichkeit und Unehrllichkeit zu tun.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Es geht um die Kinder von Nordrhein-Westfalen, es geht um unsere Kinder, es geht um die Schülerinnen und Schüler. Sie haben unsere Unterstützung verdient, aber niemals das Theater und die Inszenierung der Opposition am heutigen Mittag. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Rasche. – Es spricht für die AfD-Fraktion Herr Seifen.

Helmut Seifen (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, ich kann Ihnen zu Ihrer Rede nur gratulieren. Wir sind uns an dieser Stelle völlig einig. Ich habe in meiner Rede auf genau das hingewiesen, was Sie dann später auch erwähnt haben.

Außer der völligen Untauglichkeit des sogenannten Solinger Modells, die ich gerade umfassend erläutert habe, hat die Ministerin noch ein anderes gutes Argument an der Hand, das sie hier nicht vorgetragen hat. Es sind die sehr geringen Zahlen von positiv getesteten Schülern und Lehrern an den Schulen.

94,2 % der Lehrer können regulär unterrichten, also 145.847. 2,24 % der Lehrkräfte – das sind 3.465 Personen – befinden sich in Quarantäne. Bei 0,36 %, also 559 Personen, sei eine COVID-19-Infektion bestätigt worden. 96,5 % der Schüler, also 1.950.458 Schüler, können am Präsenzunterricht teilnehmen. 2,48 % der Schüler, also 50.152, befinden sich in Quarantäne. Bei rund 0,18 % der Schüler, nämlich 3.662, sei eine Coronainfektion bestätigt worden.

Ich buchstabiere noch einmal für die Öffentlichkeit: Die SPD und die Grünen verlangen, dass 1.950.458 Schüler und deren Eltern dem Distanzlernen oder irgendwelchen Stadtrundfahrten ausgesetzt werden, weil 3.662 Schüler positiv auf Corona getestet worden sind. Vielleicht sind von denen sowieso nur 500 oder 1.000 oder wie viele auch immer erkrankt.

Herzlichen Glückwunsch an die SPD und an die Grünen! Man kann daran sehr gut erkennen, dass bei Ihnen die Verhältnismäßigkeit politischen Handelns keine Rolle spielt. Sie sind als politische Kraft nicht nur überflüssig, sondern sogar schädlich.

Man muss endlich den Blick darauf lenken, die Bedingungen für die Erschwernisse des Unterrichts zu untersuchen. Sind diese Maßnahmen und die harten Einschränkungen wirklich alle notwendig?

Frau Gebauer, leider gehen hier unsere Meinungen auseinander. Sie weigern sich strikt, Erkenntnisse darüber einzuholen. Sie möchten auf keinen Fall eine Differenzierung zwischen den Zahlen von positiv Getesteten, Infizierten und Kranken im schulischen Bereich zulassen.

Ihr Hinweis auf Datenschutz ist in diesem Zusammenhang wohl eher nicht ganz ernst gemeint. Wo im Augenblick jeder Bürger, der sich in der Öffentlichkeit bewegt, datenmäßig erfasst wird und man sogar nachvollziehen kann, mit wem er wo war und was und wieviel er gegessen und getrunken hat, kommen Sie hier mit dem Hinweis auf den Datenschutz? Ehrlich gesagt, man fasst es nicht. Ich glaube nicht, dass sich die Leute für dumm verkaufen lassen.

Nach meiner Einschätzung, Frau Gebauer, ist Ihr Handeln an dieser Stelle unverantwortlich – an anderer Stelle hingegen sehr verantwortlich; das habe ich hier schon mehrfach betont. Aber an dieser Stelle ist es unverantwortlich.

Sie lassen es zu, dass mit den undifferenzierten Zahlen das Coronaproblem aufgebauscht wird, liefern Ihren politischen Gegnern, den linksgrünen Schulverweigerern, Argumentationsmaterial und steigern übrigens auch die Panik von Lehrkräften, Schülern und Eltern. Schülerinnen und Schüler werden von panischen Lehrern zum Teil derartig rüde behandelt, wenn sie mal ihre Maske nicht tragen, weil sie frische Luft schöpfen müssen, dass Sie unbedingt dafür sorgen müssen, dass diese Angst und Panik wieder verschwinden. Solche Tonauszüge bekommt man zugespitzt. Sie sind illegal. Deswegen will ich nur sagen, dass es das gibt; aber selbstverständlich können sie nicht verwendet werden.

Dazu wäre es gut, wenn Sie die Zahlenunterschiede zwischen positiv Getesteten, Infizierten und Erkrankten redlich und deutlich feststellen ließen. Denn Sie wissen sicherlich, dass der PCR-Test, also die Polymerase-Kettenreaktion, in keiner Weise geeignet ist, eine Erkrankung mit COVID-19 festzustellen. Der PCR-Test kann keinen Erreger im Sinne des Infektionsschutzgesetzes nachweisen. Deshalb sind die positiv Getesteten eben nicht Infizierte und schon gar nicht Kranke.

Als Maß für die tatsächlich vorhandene Menge an Virus-RNA wird daher der beim PCR-Test ermittelte Ct-Wert herangezogen. Dieser Ct-Wert gibt den Vermehrungszyklus der Polymerase-Kettenreaktion an. Deswegen werden häufig viele Amplifikationszyklen angefertigt, damit man überhaupt auf die Menge an RNA kommt.

Dabei gilt: Je höher der gefundene Ct-Wert ist, also je mehr Amplifikationszyklen durchlaufen werden müssen, desto niedriger ist übrigens die ursprüngliche Viruskonzentration in der untersuchten Probe; sonst brauchte man ja nicht die Anreicherung. Ct-Werte von über 30 gelten dabei als Hinweis auf

niedrige Werte, Werte von über 35 auf eine sehr niedrige Viruskonzentration. So lassen sich die Zahlen der positiv Getesteten manipulieren.

Dagegen muss man doch vorgehen. Wir können doch solche Maßnahmen hier nicht durchsetzen, ohne die Testdurchführung genau unter die Lupe zu nehmen. Hören Sie endlich auf Hunderte von hochrangigen Wissenschaftlern, welche die COVID-19-Erkrankung völlig anders einschätzen und deshalb den Menschen ihr Leben wieder zurückgeben würden. Sie, Frau Ministerin Gebauer, stehen hier in der Verantwortung. Handeln Sie endlich danach! – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Seifen. – Jetzt hat die Landesregierung das Wort. Es spricht Frau Ministerin Gebauer.

Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Ott, ich darf Ihnen versichern, dass unsere Bezirksregierungen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Bezirksregierungen sehr fleißig und gewissenhaft arbeiten, dass sie die Schulen sehr gut beraten, dass sie die Schulen in dieser herausfordernden Zeit sehr gut unterstützen, und dies natürlich auch im Hinblick auf Modelle des Wechsels von Distanz- und Präsenzunterricht. Dazu braucht es keine Aufforderung der SPD-Fraktion.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Herr Ott, ich möchte Ihnen aber auch eine Sorge nehmen. Ich war, ich bin und ich werde auch in einem permanenten Austausch nicht nur mit den Schulleitern bleiben, sondern auch mit allen weiteren wichtigen Akteuren, die wir in der Bildungspolitik haben. Ich tue dies seit Beginn der Pandemie, weil ich um die Herausforderungen für unsere Schulen, um die Herausforderungen für die Schulleitungen, aber auch um die Herausforderungen für die Lehrkräfte weiß. Deshalb ist es notwendig, richtig und wichtig, diesen Dialog permanent zu führen. Ich darf Ihnen versichern, dass ich das tue.

Frau Beer, es ist leider mal wieder so, dass Sie hier am Pult nicht die Wahrheit sagen. Gerade ist es wieder so geschehen. Sie haben gesagt, ich hätte den Charakter des Abgeordneten beurteilt. Das habe ich nicht.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Doch!)

Sie sollten darauf achten, was Sie sagen, und auch zuhören, was ich sage. Ich habe gesagt, dass sich heute der Charakter des Abgeordneten gezeigt hat.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Ach so!)

Das ist eine andere Aussage als die, die Sie hier am Pult getätigt haben.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von den GRÜNEN: Oh!)

Wenn Sie darin eine Beurteilung sehen, Frau Beer, dann lässt das für Sie tief blicken.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vielleicht noch einmal zurück zur Politik in Nordrhein-Westfalen

(Josefine Paul [GRÜNE]: Aua, aua, aua!)

und zu den Schülerinnen und Schülern, von denen 95 % im Präsenzunterricht sind.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Das ist Wortklaubelei, was Sie hier betreiben!)

Das ist eine Zahl, die wir hier in Nordrhein-Westfalen mit allen Bundesländern teilen. Auch das haben wir heute Morgen im Austausch der Kultusministerkonferenz erfahren. Ich finde, das ist eine sehr erfreuliche Zahl, trotz dieser Herausforderung, die damit an den Schulen verbunden ist.

Wenn wir heute schon die Möglichkeit haben, in dieser Aktuellen Stunde über die Bildungspolitik zu sprechen, dann – denke ich – ist es auch gut, einmal die Erfolge dieser Bildungspolitik darzustellen.

Ich darf Ihnen sagen: In keinem anderen Bundesland schreitet die Digitalisierung so schnell voran, wie es hier bei uns in Nordrhein-Westfalen der Fall ist.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Da ist zum einen die Ausstattung mit digitalen Endgeräten: Ende der Legislaturperiode Rot-Grün: Null! Null!

(Zurufe von der CDU und der FDP: Null!)

Ausstattung der Schülerinnen und Schüler aus schwachen Familien: Ende Rot-Grün: Null!

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Wir haben viel Geld, mehrere Hundert Millionen Euro, in die Hand genommen, um hier auch in Zeiten der Pandemie schnellstmöglich unsere Lehrerinnen und Lehrer, aber auch die Schülerinnen und Schüler auszustatten, und haben nichts vorgefunden, mit dem wir hätten weiterarbeiten können,

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

sondern wir mussten bei Null beginnen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das Gleiche gilt für den Breitbandausbau. Ende der Legislaturperiode Rot-Grün: Lediglich 13 % aller öffentlichen Schulen waren an ein leistungsfähiges Netz angeschlossen. Herr Professor Pinkwart ist permanent im Einsatz. In diesem Jahr liegen wir am

Ende des Jahres bei 60 % aller Schulen, die an ein leistungsfähiges Netz angeschlossen sind. Am Ende der Legislaturperiode werden es 100 % sein.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das Projekt LOGINEO, ein wichtiges Projekt für das digitale Lernen und Lehren, nicht nur in Pandemiezeiten: Als wir es am Ende der Legislaturperiode Rot-Grün übernommen haben, war es ein Totalschaden. Nichts anderes kann man dazu sagen. Wir haben es in mühsamer Kleinarbeit zum Leben gebracht. Wir sind froh und dankbar, dass mittlerweile 1.700 Schulen mit dem Hauptsystem arbeiten,

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Dieselben Leute, die vorher daran gesessen haben!)

dass 2.000 das Lernmanagement-System für sich nutzen und 1.100 Schulen den Messenger-Dienst beantragt haben. Ich bin mir sicher, dass wir am Ende der Legislaturperiode alle Schulen mit LOGINEO versorgt haben, weil sie wissen, dass es kostenfrei ist, gut und verlässlich ist.

Ich finde, auch solche Dinge sollten an einem solchen Tag einmal zum Ausdruck kommen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Es sind alles Maßnahmen, die wir als Landesregierung bereits auf den Weg gebracht haben. Sie dienen dem Wohl unserer Kinder, sie dienen dem Bildungsauftrag, und an dem werden wir weiter arbeiten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Gebauer. – Jetzt hat für die SPD-Fraktion noch einmal Herr Kollege Ott das Wort. Bitte.

Jochen Ott^{*)} (SPD): Herr Präsident! Um es erst zu sagen. Dass in einem Parlament über Abgeordnete der SPD gesagt wird, sie seien schädlich, das haben wir zum letzten Mal in einer Zeit gehört, die wir nicht wiederhaben wollen. Wir verbitten uns diese Kommunikation in diesem Parlament!

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Marc Lürbke [FDP])

Jetzt zur Debatte. Lieber Christof Rasche, du hast zu Recht darauf hingewiesen, dass es auf Rede und Gegenrede beruht. Deshalb will ich das auch tun. Du hast gesagt: Krawall, Inszenierung, Unklarheit und Widersprüche. Darauf will ich eingehen und dann auch auf das Thema „Orientierung“.

Zunächst zum Krawall. Ich komme zum Rednerpult, und da ist schon Unruhe, und dann wird hier reingeblökt. Dann reagiere ich auch. Denn eines schafft ihr nicht: Ich werdet mich nicht kleinbrüllen,

(Lachen von Heike Troles [CDU])

sondern dann reagiere ich auch.

Zweitens. Der Ministerpräsident krakeelt die ganze Zeit hinein, wird am Anfang erst mal gar nicht geahndet. Kann man machen. Dann darf man sich aber, Christof, nicht hier hinstellen und sagen „Krawall“, sondern das ist dann tatsächlich eine lebhaftige Debatte. Auf Frau Vogt will ich gar nicht eingehen.

Zur Inszenierung. CDU und FDP schaffen es tatsächlich, am Freitag hier eine Debatte über die Schulpolitik mit uns zu führen und haben dann, quasi über den Mittag, eine spontane Idee: Wir machen jetzt mal die Weihnachtsferien länger. Wenn das keine Inszenierung ist, was denn dann?

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Wenn das dann diskutiert werden soll, wird auf einmal auf die Schnelle noch eine Unterrichtung eingeführt und gleichzeitig findet eine Pressekonferenz statt. Das ist auch Inszenierung, muss man mal ganz klar sagen.

(Christof Rasche [FDP]: Nein!)

Was wir hier machen, ist der Versuch gewesen, über einen Vorschlag zu reden, zu dem die Ministerin in dieser Debatte keinen Satz gesagt hat.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

– Sie hat heute Morgen zum Thema „Weihnachtsferien“ keinen Satz gesagt.

(Beifall von Norwich Rüße [GRÜNE])

Das ist auch kein Wunder: weil sie nämlich gar nicht weiß, wie sie das Problem lösen soll, was jetzt von allen Seiten auf sie einbricht. Wie viel an der Wirklichkeit vorbei muss man sein, Frau Kollegin Vogt, zu sagen, die ganze Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen sei begeistert. Vielleicht lesen Sie andere Zeitungen als ich, und vielleicht nehmen Sie auch anders wahr, was die Leute gerade schreiben.

Wenn wir über Unklarheit und Unwahrheit reden, dann will ich hier ganz klar sagen, dass unser Fraktionsvorsitzender, lieber Christof, ja beschrieben hat, was in Niedersachsen der Minister in der Zeitung am 6.11. erklärt hat, nämlich dass sie jetzt nicht ausschließen können, zum Wechselmodell zurückzukehren, und es in einzelnen Teilen auch schon stattfindet, zum Beispiel in Schaumburg, wo ab einer Inzidenz von 100 Neuinfizierten je 100.000 Einwohner usw. diese Schutzmaßnahmen, dieses Wechselmodell eingeführt wird. Nur zur Information: In Solingen waren es weit über 200 Neuinfizierte, als diese Entscheidung getroffen wurde. Deshalb kann man das nicht als Unwahrheit bezeichnen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Am Rande der Wahrheit!)

Was man aber als Unwahrheit bezeichnen kann, ist das, was der Kollege Laschet und die Ministerin hier erzählt haben: dass die SPD die Kinder nach Hause schicken will. Das ist gelogen. Das weiß auch jeder, dass es gelogen ist, weil wir seit Wochen etwas ganz anderes sagen.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Das ist der klägliche Versuch, davon abzulenken, ein eigenes Konzept vorzulegen.

Ich will es deshalb noch einmal sagen, damit es alle verstehen.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Ich will es Christof Rasche gar nicht vorwerfen, sondern ich will darauf hinweisen: Es ist eben nicht die Möglichkeit vorhanden, alternative Modelle durchzuführen.

(Christof Rasche [FDP]: Doch!)

– Du hat hier das Beispiel von den Klassen gebracht. Uns liegen die Hinweise von Schulleitern vor, die Klassenunterricht verordnet und die Differenzierung aufgelöst haben, weil durch die Gesundheitsämter bedingt sonst immer ganze Stufen in Quarantäne geschickt wurden. Diese Auflösung des Klassenmodells bedeutet aber, dass der Stundenplan in den differenzierten Fächern natürlich nicht in vollem Umfang stattfinden kann, weil der Unterricht nur alle 14 Tage stattfindet.

Diese Modelle werden unter der Hand gemacht, aber nicht öffentlich, weil es keine klaren Regelungen aus Düsseldorf gibt.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das ist eine der Wahrheiten, über die wir hier reden müssen.

Was wir wollen, ist, dass wir nicht, wie die Ministerin es am Mittwoch in der Fragestunde getan hat, permanent sagen, die Schulleitungen entscheiden, obwohl die Schulleitungen gar nicht dazu in der Lage sind, das alleine zu entscheiden;

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

denn sie brauchen natürlich die Gesundheitsämter, sie brauchen natürlich die Kommunen, mit denen sie das gemeinsam machen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Lenkung muss sein!)

Wenn weiter behauptet wird, das „Solinger Modell“ sei das einzig selig machende – das haben wir nie gesagt!

(Lebhafte Zurufe von der CDU – Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

– Das meine ich mit Krawall. Das meinst du auch mit Krawall. Das meinen wir mit Widersprüchen und Unklarheit.

Das ist genau das, was wir gesagt haben: Ein Land wie Nordrhein-Westfalen braucht flexible Modelle. In Solingen und Gütersloh ist die Ausstattung mit digitalen Endgeräten eine andere als in Mülheim an der Ruhr. Reden Sie mal mit Ihrem eigenen Oberbürgermeister, der da bisher Schuldezernent gewesen ist.

Wenn wir hier eine Debatte führen, dann muss man eines ganz klar sagen: Orientierung, lieber Christof Rasche, bedeutet, dass diejenigen, die regieren und die dazu aufrufen, man solle doch in dem System für Ruhe sorgen, dann dafür sorgen müssen, dass das System auch versteht, dass man an einem Strang ziehen will.

Alle Signale, die aus dem Haus Richtung Parlament, aber auch Richtung Verbände ausgesandt werden, besagen: Wir sind beratungsresistent, wir wissen es besser und, vor allen Dingen, schuld sind immer die anderen. – So kann man verantwortliche Schulpolitik nicht machen.

Es hilft nichts, die SPD zu beschimpfen, auch nicht die Grünen, sondern es ist nur möglich, gemeinsam zu versuchen, wie man dieses Schulsystem stabilisieren kann – da hat die Kollegin Beer recht, Frau Vogt, das habe ich eben in meiner Rede angesprochen –; denn die Entscheidungen, die Sie hier in den nächsten Wochen und Monaten noch durchbringen müssen, werden im Schulbereich gewaltig sein, weil wir nun mal die Probleme haben, dass bestimmte Kinder in dem Rahmen mögliche Prüfungen nicht ableisten konnten, weil sie in Quarantäne sind, weil es Schwierigkeiten vor Ort gibt, weil Lehrerinnen und Lehrer ausfallen.

Sie müssen die Kolleginnen und Kollegen ernst nehmen. Wenn Sie es nicht tun, werden die sich selbst aus dem System abschalten, weil sie am Limit sind.

Ich habe in den letzten Tagen oft das Gefühl, Sie kriegen wirklich nicht mehr mit, was in der Fläche in diesem Schulsystem gedacht wird. Diesen Vorwurf hat vor wenigen Jahren Christoph Rasche in die andere Richtung gemacht. Das Ergebnis ist bekannt.

Steuern Sie um; denn wenn Sie so weitermachen, wird das ein nachhaltiger Schaden für das Schulsystem in Nordrhein-Westfalen sein.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Haupt. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Bevor ich die Aktuelle Stunde schließe, muss ich noch eine Rüge aussprechen. Herr Seifen, der Ausdruck in Ihrer Rede, der sich auf die beiden Fraktionen SPD und Grüne bezog – Sie haben sie als

„schädlich“ bezeichnet –, ist, glaube ich, in einem Parlament nicht zu vertreten. Deshalb rüge ich das als unparlamentarisch.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Ich denke, Sie wissen das auch einzuordnen, Herr Seifen. Sie sind ja ein kluger und gebildeter Mann.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/11655. Die antragsstellenden Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt selbst. Wer stimmt dem Inhalt zu? – SPD und Grüne stimmen zu. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP, AfD und Herr Langguth, fraktionslos, stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Sehen wir von hier oben nicht. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/11655** mit den Stimmen der Mehrheit des Hohen Hauses **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

3 Nordrhein-Westfalen würdigt Anwerbeabkommen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/11656

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/11738 (Neudruck)

Die Aussprache ist eröffnet. Für die CDU-Fraktion hat nun Frau Wermer hier vorne am Pult das Wort.

Heike Wermer (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Es ist der 19. September 1965. Wir sind in İskenderun, Provinz Hatay, Südtürkei. Dort kommt Uğur Şahin zur Welt. Durch das Ausländergesetz kommt Şahin gemeinsam mit seiner Mutter vier Jahre später nach Deutschland. Es geht nach Köln, dorthin, wo sein Vater bereits seit vielen Jahren als Gastarbeiter bei Ford angestellt ist. Der Vater ist dem Aufruf gefolgt, in Deutschland zu arbeiten – ermöglicht durch das Anwerbeabkommen zwischen Deutschland und der Türkei aus dem Jahr 1961. Nun, 1969, kommt auch seine Familie zu ihm.

In Köln aufgewachsen, studiert Uğur Şahin später Medizin. 1992 folgen die Promotion und die Anstellung als Arzt an der Uniklinik. Ein rasanter Bildungserfolg für die zweite Generation!

2008 gründet Şahin unter anderem gemeinsam mit seiner Frau Özlem Türeci das Biotechnologieunter-

nehmen BioNTech, das Unternehmen, welches am Montag verkündet hat, einen Coronaimpfstoff mit 90%iger Wirksamkeit gefunden zu haben. Dieser Fund spendet uns aktuell Mut, die Pandemie endlich in den Griff zu bekommen.

Meine Damen und Herren, das ist eine Erfolgsgeschichte der Nachkommen der sogenannten Gastarbeiter in NRW, die seit 1955 durch die Bundesrepublik angeworben wurden, von einem Deutschland inmitten des Wirtschaftswunders und boomender Industrien. In wichtigen Schlüsselindustrien fehlen Arbeitskräfte im Land, egal, ob in der Automobilproduktion in Köln oder in Kohle und Stahl im Ruhrgebiet. Es herrscht Vollbeschäftigung. 1973 folgt dann der Anwerbestopp.

Vor allem aus der Türkei kamen bis dahin viele Arbeitswillige nach Deutschland. Heute ist die türkische Community die größte Gruppe mit Migrationshintergrund in NRW. Seit 1961 kamen über 850.000 Türken als Gastarbeiter nach Deutschland. Mit einer Aufenthaltsgenehmigung kam für viele ein paar Jahre später die Möglichkeit, die eigene Familie in das Land der Arbeit – nach Deutschland – zu holen. Es begann ein langer Prozess des Ankommens, verbunden mit vielen Schwierigkeiten. Kaum jemand dieser ersten Generation sprach deutsch; denn nur wenige haben darüber nachgedacht, hierzubleiben.

Lange hat es gedauert, bis sich Politik und Gesellschaft eingestanden haben, dass Nordrhein-Westfalen ein Einwanderungsland ist. Als NRW-Koalition sehen wir das auch so. Trotzdem sind Fehler passiert. Nicht alles lief rund aufseiten des Staates und der Community. Es fehlte an integrationspolitischen Ansätzen, es fehlte an einer Politik des Forderns und Förderns. Zu oft wurde weggeschaut. An dieser Stelle darf man auch die Ausländerfeindlichkeit, die den Gastarbeitern entgegengebracht wurde, nicht verschweigen oder schönreden.

Meine Damen und Herren, der eingangs erwähnte Uğur Şahin ist ein Beispiel für Integration und für die Gastarbeitergeneration. Uns ist aber auch klar, dass nicht alle Beispiele so erfolgreich sind. Der Prozess der Integration geht weiter. Er zieht sich durch die dritte und vierte Einwanderergeneration. Gemeinsam mit den Communitys müssen wir als Land weiter daran arbeiten, dass sie an der Mehrheitsgesellschaft teilhaben können und im besten Fall auch Teil dieser sind.

Die Gastarbeit hat unser Bundesland geprägt wie kein zweites. Deshalb müssen wir ein klares Signal an alle Generationen seit Beginn der Anwerbeabkommen senden und Anerkennung und Respekt für die wichtige Lebensleistung ihrer Vorfahren zeigen. Dabei ist eine Anerkennung des Landes NRW mehr wert als ein Mofa und ein Strauß Nelken. Das waren nämlich die Geschenke, die der millionste Gast-

arbeiter, der Portugiese Armando Rodrigues de Sá, 1964 bekommen hat.

Wir als NRW-Koalition wünschen uns darüber hinaus eine entsprechende Würdigung im Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalen und werben mit unserem Antrag darum, die Jubiläen der Anwerbeabkommen in einem angemessenen und feierlichen Rahmen zu begehen, um die vielen positiven Beispiele hervorzuheben, die unser Land dabei unterstützt haben, wirtschaftlich erfolgreich zu werden. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die FDP-Fraktion spricht der Abgeordnete Lenzen.

Stefan Lenzen (FDP): Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Einführung der sozialen Marktwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg hat zu einem massiven wirtschaftlichen Aufschwung und Wohlstand geführt. Der Bedarf an Arbeitskräften stieg deutlich. So wurde vor 65 Jahren mit Italien das erste Anwerbeabkommen geschlossen. 1960 folgten Griechenland und Spanien, 1961 dann die Türkei, und bis 1968 folgten noch fünf weitere Anwerbeabkommen.

Beim Anwerbestopp 1973 waren rund 2,6 Millionen ausländische Arbeitskräfte in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt. Vielfach kamen die Familien mit oder zogen später hierher. Nordrhein-Westfalen, die industrielle Herzkammer Deutschlands, profitierte wie kaum ein anderes Bundesland von der Arbeitsmigration. Wenn wir ehrlich sind: Das Wirtschaftswunder wäre ohne Arbeitsmigranten so nicht möglich gewesen.

(Beifall von der FDP und Matthias Kerkhoff [CDU])

Zur Ehrlichkeit gehört allerdings auch: Es wurden auch Fehler gemacht. – Die gilt es zu erkennen. Es kamen eben nicht nur Arbeitskräfte hierher. Es kamen vor allem Menschen mit ihren Familien. Die Integrationspolitik war damals auch in der Priorität bei Weitem noch nicht so weit wie heute. Es gab keine Deutschkurse in ausreichender Zahl. Städtebaulich hat man nicht angemessen reagiert, um für eine entsprechende Durchmischung der Bevölkerung zu sorgen, sondern größtenteils gab es Ortschaften, wo man eigentlich nur noch migrantische Einwohner vorfand. Das war dem Thema „Integration“ sicherlich nicht förderlich.

Aus diesen Fehlern haben wir gelernt. Integration hat heute einen deutlich höheren Stellenwert. Wir haben unter Demokraten einen integrationspolitischen Kon-

sens, und die NRW-Koalition setzt hier auf noch mehr Verbindlichkeit.

Vielfältige Gesellschaften sind erfolgreiche Gesellschaften. Deshalb wollen und werden wir ein offenes Land bleiben. Deshalb setzen wir weiter auf Arbeitsmigration. Nicht nur Industrie, sondern auch Mittelstand und Handwerk setzen längst darauf.

Über die bessere Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse haben wir in diesem Hause schon debattiert. Mit der Zentralstelle Fachkräfteeinwanderung in Bonn hat die NRW-Landesregierung ein klares Bekenntnis zu dem Thema abgegeben. Wir Freien Demokraten wollen auch an der Westbalkanregelung festhalten. Sie bringt Ordnung in die Arbeitsmigration und entlastet unser Asylsystem.

Vor 65 Jahren wurde das erste Anwerbeabkommen abgeschlossen. Damals gab es Fehler in Bezug auf das mangelnde Integrationsinteresse Deutschlands, aber Anwerbeabkommen und Arbeitsmigration sind ein Erfolg.

Kollegin Wermer brachte schon das Beispiel von Herrn Professor Uğur Şahin und seiner Ehefrau Özlem Türeci, die an ihrem Dokortitel arbeitet. Wenn wir auf solche Menschen verzichtet hätten oder verzichten wollten, wie es eine Fraktion hier im Hause vielleicht gerne täte,

(Zuruf von Thomas Röckemann [AfD])

hätten wir heute wohl kaum diesen vielversprechenden Impfstoff gegen COVID-19, den dieses Ehepaar mit dem Unternehmen BioNTech entwickelt hat.

(Thomas Röckemann [AfD]: Oh!)

– Bevor die Zwischenrufe aus der hintersten rechten Ecke wieder losgehen, sage ich ganz offen: Ich möchte zum Beispiel auch nicht auf den Pianisten Kaan Cevahir aus meinem Wahlkreis verzichten, der sich neben seiner Promotion politisch, sozial und gesellschaftlich für seine Heimat Hückelhoven engagiert.

(Zuruf von Thomas Röckemann [AfD])

Er ist zur Kommunalwahl angetreten, hat für den Rat kandidiert und ist jetzt Mitglied des Integrationsrats.

Ich möchte auch nicht auf meinen Nachbarn Carino Giacomuzzi verzichten, der jahrzehntlang erst auf der Zeche und später in den Glanzstoffwerken in meinem Heimatort Oberbruch hart gearbeitet hat. Er ist ein Grund dafür, dass ich mich seit 1999 bei den Freien Demokraten engagiere.

(Beifall von Christof Rasche [FDP] und Stephen Paul [FDP] – Zuruf von Thomas Röckemann [AfD])

– Jetzt wissen zumindest meine Kollegen, wem sie das zu verdanken haben, nämlich einem italienischen Herrn, der über das Anwerbeabkommen zu

uns gekommen ist. Man sieht also, was das an Positivem nach sich zieht.

Das sind nur ein paar Beispiele für viele Männer und Frauen, auf die ich nicht verzichten möchte, die unsere Gesellschaft vielfältiger, bunter und stärker machen. Ihnen und ihren Großeltern und Eltern gelten unser Respekt und unsere Anerkennung.

Zum Schluss möchte ich noch ganz kurz auf den Entschließungsantrag von SPD und Grünen eingehen. Es handelt sich um die gebündelten Wunschvorstellungen von Rot-Grün: vom kommunalen Wahlrecht für Drittstaatler bis zur Antidiskriminierungsstelle. Wir hätten uns ein bisschen mehr Zeit für die Debatte nehmen sollen. Ich finde es mehr als schwierig, das jetzt so mitzunehmen.

Ich werbe noch einmal für die Zustimmung zu unserem Antrag. Ich glaube, bei vier der fünf Fraktionen besteht ein Konsens darüber, dass wir das entsprechend würdigen und das Thema der Anwerbeabkommen noch einmal in den Vordergrund stellen. Das eint uns. Deswegen bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit. – Danke schön.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Yetim das Wort.

Ibrahim Yetim (SPD): Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! 1961 wurde zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Türkei das Anwerbeabkommen unterzeichnet, das sich im nächsten Jahr zum 60. Mal jährt.

Ein solches Jubiläum bietet die Chance, zurückzuschauen und darauf zu blicken, was das Leben der vielen Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter aus der Türkei, aber auch aus vielen anderen Ländern geprägt hat.

Es bietet die Chance, zu schauen, was die Menschen, die hier ihren Lebensabend verbringen, brauchen

(Beifall von der SPD und Berivan Aymaz [GRÜNE])

und was sich diese erste Generation der Menschen mit Einwanderungsgeschichte für die Zukunft ihrer Kinder, Enkelkinder und Urenkel wünscht.

Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, all das tun Sie in Ihrem Antrag nicht, sondern Sie blicken lediglich zurück. Sie fordern die Würdigung eines Vertrags, eines Papiers. Ich empfinde Ihren Antrag nicht nur als peinlich, sondern sage Ihnen ganz deutlich: Wenn ich darüber noch mit meinen Eltern hätte sprechen können, die beide hier verstorben sind, hätten

sie gesagt: Was Sie an der Stelle tun, ist entwürdigend.

(Beifall von der SPD und Berivan Aymaz [GRÜNE])

Denn Sie sprechen mit keinem Wort die Lebenserfahrungen und Lebensleistungen der vielen Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter an.

(Heike Wermer [CDU]: Haben Sie mir nicht zugehört?)

Der Antrag enthält lediglich Ihre Aufforderung, dass der Ministerpräsident im Jahr der Bundestagswahl und im Jahr vor der Landtagswahl – ich bin gespannt, welchen Termin er sich in seinem Kalender rot markiert – Selfies mit Menschen mit Einwanderungsgeschichte machen soll.

(Beifall von der SPD – Zuruf von der CDU)

Ich habe den Verdacht, dass dieser Antrag lediglich dazu dienen soll, der Landesregierung und dem Ministerpräsidenten die Gelegenheit zu geben, den Boden für eine Roadshow zu bereiten.

(Zuruf von Heike Wermer [CDU])

– Frau Wermer, das ist in einem Land wie Nordrhein-Westfalen nicht angemessen. Das wird der Geschichte vieler Menschen in diesem Land nicht gerecht,

(Zuruf von Florian Braun [CDU])

denn die Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter haben mit körperlich schweren Arbeiten und als billige Arbeitskräfte zum Wohlstand unseres Landes beigetragen. Sie bereichern unsere Gesellschaft.

(Beifall von der SPD und Berivan Aymaz [GRÜNE])

Die Wertschätzung und den Respekt für diese Menschen auszudrücken, muss im Vordergrund stehen – und nicht die Würdigung eines Abkommens.

(Beifall von der SPD und Berivan Aymaz [GRÜNE])

Ob aus der Türkei, aus Spanien, Italien, Griechenland, Marokko oder dem ehemaligen Jugoslawien: All diese Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter wünschten sich eine bessere Zukunft vor allem für ihre Kinder.

Dafür haben sie zum Teil sehr harte körperliche Arbeit in Kauf genommen. Dafür ließen sich die meisten Einwanderer mit gerade einmal 20 Jahren auf ein Leben in einer für sie völlig fremden Kultur ein.

Sie haben oft umgeplant, mehr als zwei Drittel ihres Lebens hier verbracht und mit an der Entwicklung unseres Landes gearbeitet. Eigentlich wollten sie alle nur ein paar Jahre bleiben und dann wieder in die Heimat zurückkehren.

Aus einigen Jahren ist ein ganzes Leben geworden, aus der Fremde wurde die zweite Heimat, und aus der Heimat der Urlaubsort, denn hier leben ihre Nachkommen und auch ihre Freunde.

Deswegen haben sie hier auch einen würdevollen Lebensabend verdient. Um nur einige Punkte zu nennen: Das muss sich zum Beispiel daran festmachen, dass wir eine flächendeckende kultursensible Altenpflege und Altenhilfe sowie Bestattungsmöglichkeiten für Muslime und Menschen anderer Religionen ermöglichen.

Wir brauchen zudem politische Beteiligungschancen. Das kommunale Wahlrecht für Staatsbürger aus Drittstaaten, das Sie gerade angesprochen haben, Herr Lenzen, wäre ein starkes Signal an diejenigen, die hier seit Jahrzehnten leben,

(Beifall von der SPD und Berivan Aymaz [GRÜNE])

die hier ihre Steuern bezahlen, die Teil unserer Gesellschaft sind, die aber wie auch meine Eltern in den 50 Jahren, die sie hier verbracht haben, nicht ein einziges Mal wenigstens ihren Ratsvertreter oder ihren Bürgermeister bzw. ihre Bürgermeisterin wählen konnten. Das wäre ein starkes Signal im Jubiläumsjahr.

Deswegen fordere ich Sie auf: Lassen Sie uns gemeinsam und parteiübergreifend an einer Initiative für dieses Jubiläumsjahr arbeiten. Wir hätten dabei die Gelegenheit, den Integrationskonsens zwischen den Parteien in Nordrhein-Westfalen zu beleben und ein starkes Signal des Respekts und der Anerkennung an diese Menschen zu senden.

Rassismus und Diskriminierung treibt viele dieser Menschen um, insbesondere in diesen Zeiten, und zwar in allen Lebensbereichen: ob das der Ausbildungsmarkt, der Arbeitsmarkt oder auch der Wohnungsmarkt ist.

Für echte Chancengleichheit einzutreten, würden viele Menschen mit Einwanderungsgeschichte für richtig halten, denn damit würden wir auch ein Stück Anerkennung zeigen, denn selbst nach teilweise über 50 Jahren, in denen sie hier leben, erleben sie gegen sich, ihre Kinder, ihre Enkel und ihre Urenkel immer noch Diskriminierung und Rassismus,

(Beifall von der SPD und Berivan Aymaz [GRÜNE])

und zwar unabhängig davon, welchen Bildungsstand sie haben oder welchen sozialen Aufstieg sie geschafft haben.

Wenn wir über echte Chancengleichheit reden, wird es für uns in einigen Jahren hoffentlich selbstverständlich sein, dass Forscherinnen und Forscher, die einen Impfstoff erfinden, Uğur Şahin oder Özlem Türeci heißen. Sie haben sich noch nicht einmal die

Mühe gemacht – das ist auch ein Signal –, die Namen richtig auszusprechen.

(Beifall von der SPD)

Dann wäre es selbstverständlich, alleine die medizinische Kompetenz und nicht ihre Einwanderungsgeschichte in den Vordergrund zu stellen.

Präsident André Kuper: Die Redezeit.

Ibrahim Yetim (SPD): Ich komme zum Ende, Herr Präsident. – Unsere Forderungen im Antrag sind nicht neu; wir diskutieren diese Themen schon sehr lange. Ich möchte sie aber noch einmal in Erinnerung gerufen haben und mit einem dringen Appell verbinden: Würdigen Sie nicht die Verträge! Würdigen Sie die Lebensleistung dieser Menschen! Lassen Sie uns das gemeinsam tun!

Stimmen Sie unserem Antrag zu, oder lassen Sie uns Ihren Antrag in den Integrationsausschuss überweisen, sodass wir da vielleicht zu einer gemeinsamen Initiative kommen. Denn damit können wir den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft stärken und die Lebensleistung unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger entsprechend würdigen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der Grünen spricht die Abgeordnete Frau Aymaz.

Berivan Aymaz^{*)} (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Die Geschichte der sogenannten Gastarbeiter hier ist fast so alt wie die Bundesrepublik selbst. Man kann also sagen: Die Bundesrepublik ist auch eine Republik der Gastarbeiter.

Meine Vorrednerinnen, meine Vorredner haben schon skizziert, welchen wertvollen Beitrag die sogenannten Gastarbeiter für den wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Aufschwung geleistet haben und mit welcher Kraftanstrengung es ihnen gelungen ist, Deutschland und auch NRW in den Nachkriegsjahren wieder auf die Beine zu bringen.

Es kamen Männer und, was leider viel zu selten erwähnt wird, auch Frauen, meistens zunächst alleine und ohne Familienangehörige, voller Schaffenskraft in jungen Jahren. Das, was diese Menschen geleistet haben, kann gar nicht genügend gewürdigt werden. Wir alle profitieren auch heute noch von den Leistungen dieser Menschen. Und ich als Kölnerin frage natürlich: Was wären die Kölner Ford Werke ohne die Gastarbeiter, die dort Tag und Nacht am Fließband gestanden haben?

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Es ist – Kollegin Wermer hat es bereits erwähnt – der Sohn einer dieser Fließbandmitarbeiter, Uğur Şahin, dem wir vermutlich bald einen Coronaimpfstoff zu verdanken haben werden. Aber auch in anderen Bereichen wie Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft, Sport und auch in der Politik prägen und gestalten Kinder und Enkelkinder der sogenannten Gastarbeiter unser gesellschaftliches Leben.

Wir reden heute auch über die Mutter und den Vater einiger Kolleginnen und Kollegen, die hier mit uns in diesen Reihen sitzen, so auch über die Eltern meines Vorredners Ibrahim Yetim. Deshalb ist es so wichtig, sich mit der Lebenssituation dieser Menschen, die unser Land so sehr geprägt haben, zu befassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich muss zugeben, dass ich mehr als irritiert war, als ich gesehen haben, um es vorsichtig auszudrücken, wie dünn Ihr Antrag, der Antrag von der CDU und der FDP, dazu ist. Der Antrag besteht, wenn ich es mal zusammenfasse, aus folgenden Aussagen: Gastarbeiter sind gekommen, sie haben geleistet, und das wollen wir feiern. Wie wir es feiern wollen, das wissen wir aber noch nicht. – Ich hätte mir gewünscht, dass zu einer so zentralen Migrationsbewegung nach Deutschland, die unsere Gesellschaft so sehr auch heute noch prägt, mehr Substanz vorgelegt worden wäre.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Zu einer Würdigung der Lebensleistung dieser Menschen aus Italien, Spanien, Griechenland, Türkei, Portugal, Marokko, Tunesien und dem ehemaligen Jugoslawien gehört auch, klar zu benennen, welchen schwierigen Arbeits- und Lebensbedingungen sie ausgesetzt waren, dass ihnen zum Beispiel keine Integrationsmaßnahmen, wie wir sie heute glücklicherweise kennen, durch Integrations- und Sprachkurse zur Verfügung gestellt wurden und dass ihre Bedürfnisse seitens der Politik über Jahrzehnte fast komplett ausgeblendet worden sind.

Der Satz von Max Frisch „Wir riefen Arbeitskräfte, und es kamen Menschen“ bringt, finde ich, die Versäumnisse dieser Politik treffend auf den Punkt.

(Beifall von Verena Schäffer [GRÜNE])

Auch heute noch leidet die erste Generation der Gastarbeiter unter den Folgen dieser erschwerten Lebensbedingungen: niedriges Einkommen, niedrige Renten, schlechte Wohn- und vor allen Dingen Gesundheitssituation. Teilweise prägt auch gesellschaftliche Isolation den Lebensabend dieser älteren Menschen.

Und vergessen wir nicht, so bitter es auch ist: Die Geschichte der Gastarbeiter ist leider auch eine Geschichte von Diskriminierung und Rassismus in unserem Land. Die Gewalttaten von Mölln und Solingen

sind der erschreckende Höhepunkt von lange schwelender Ablehnung und Ausgrenzung gegenüber diesen Menschen. Sie haben tiefe Wunden bei der ersten Generation der sogenannten Gastarbeiter, aber auch bei ihren Kindern und Enkelkindern hinterlassen.

Gerade deshalb muss die Würdigung der Lebensleistung dieser ersten Generation der Gastarbeiter auch immer bedeuten, sich weiter für eine offene, plurale Gesellschaft einzusetzen, die Gastarbeiter und ihre Nachfahren endlich als Bürgerinnen und Bürger unseres Landes anzuerkennen, Diskriminierung und Rassismus zu bekämpfen und Chancengleichheit in allen Lebenslagen zu gewährleisten.

Genau in diesem Sinne bringen wir gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen von der SPD einen Entschließungsantrag ein. Ich hoffe sehr, dass Sie da mit uns gehen und wir uns doch noch zusammenfinden können, um gemeinsam die Menschen, die so Großartiges unter so katastrophalen Bedingungen geleistet haben, angemessen zu würdigen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die AfD spricht nun der Abgeordnete Herr Beckamp.

Roger Beckamp^{*)} (AfD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Heute gibt es Anträge von CDU und FDP sowie von SPD und Grünen, mit denen die Gastarbeiteranwerbeabkommen der 50er- und 60er-Jahre vorrangig mit Italien, Spanien, Griechenland und der Türkei sowie die Lebensleistung eben jener Menschen gewürdigt werden sollen. Wie wichtig Ihnen die Anträge, die Sie selber stellen, sind, sieht man an den fast leeren Plätzen. Aber es ist ja Mittagszeit. Guten Appetit!

Die Lebensleistung dieser Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, würdigen wir gerne. Uns verbindet in der Tat mit diesen Menschen viel Positives, ob Italiener, Kroaten oder auch Türken. Das gilt grundsätzlich auch für diejenigen türkischen Bergleute, die vor einiger Zeit hier im Landtag waren und die Sie alle hier haben sitzen lassen.

(Beifall von der AfD)

An dieser Stelle – Sie ahnen es schon – enden die Gemeinsamkeiten. Blicken wir kurz zurück und begegnen wir einer Legende, die manchen gutmeinenden Kopf verwirrt, so auch heute im Plenum schon mehrfach gehört. Blicken wir zurück auf jene Anwerbeabkommen, die die noch junge Bundesrepublik in den 50er- und 60er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts mit mehreren Mittelmeeranrainerstaaten geschlossen hatte. In deren Gefolge kamen jene völlig zu Recht als Gastarbeiter bezeichnete Menschen

in den Norden. Denn Gastarbeiter waren es. Darüber herrschte völlige Einigkeit auf allen Seiten. Heute sind sie es nicht mehr.

Das erste dieser Abkommen trat am 20. Dezember 1955 in Kraft. Wer nun allerdings meint, das Abkommen sei deshalb geschlossen worden, weil zu jener Zeit tatsächlich noch eine Menge Wiederaufbau nach dem verlorenen Krieg zu leisten war, der irrt. Bereits damals war dieses Anwerbeabkommen faktisch nichts anderes als ein Stück Entwicklungshilfe für den früheren Kampfgenossen und späteren Kriegsgegner. Denn in Italien herrschte nach dem Krieg eine Art Notstand. Es fehlten Millionen von Arbeitsplätzen, vor allem in den südlichen Regionen. Und die arbeitslosen Männer wurden anfällig für die Verlockungen des Kommunismus.

So standen bereits 1953 italienische Unterhändler regelmäßig vor Konrad Adenauers Kanzleramt. Offensichtlich begründeten die Südeuropäer ihr Anliegen, Arbeitskräfte entsenden zu dürfen, mit dem Handelsbilanzdefizit, welches Italien gegenüber Deutschland hatte. Doch der Alte – Konrad Adenauer – zögerte. Erst gemeinsame Front von Franz-Josef Strauß – man ahnt es gar nicht – und Ludwig Erhard vermochte den Rheinländer 1954 zu bewegen, dem Drängen der Regierung in Rom nachzugeben.

Neben der Geopolitik war es auch die Schwächung der Position der deutschen Gewerkschaften, die durchaus gelegen kam. Diese waren anfangs vehement gegen die Anwerbung nichtdeutscher Arbeitskräfte. Auch das gehört zur Wahrheit dazu. Denn ein Überangebot zusätzlicher Arbeitskräfte auf dem deutschen Arbeitsmarkt musste zwangsläufig die Lohnforderungen der Arbeiter drücken.

1961 kam es dann zum Abkommen mit der Türkei. Aber, liebe Herrschaften von der FDP, der Aufbau des kriegszerstörten Deutschlands war zu diesem Zeitpunkt längst abgeschlossen. Das Wirtschaftswunder wurde nicht durch Gastarbeiter geschaffen, sondern durch Deutsche und viele Vertriebene. Alles andere ist ein Märchen. Das bedeutet nicht, die Leistungen der Gastarbeiter zu schmälern. Ich möchte nur historisch sauber sein. Das sind Sie an vielen Stellen nicht.

Der damalige Präsident der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung, Anton Sabel, hatte es bereits am 26. September 1960 gegenüber dem Arbeitsministerium auf den Punkt gebracht: Mit Blick auf den Arbeitsmarkt sei eine Vereinbarung mit der Türkei in keiner Weise notwendig. Allerdings könne er nicht beurteilen – Zitat –

„wie weit sich die Bundesrepublik einem etwaigen solchen Vorschlag der türkischen Regierung verschließen kann, da die Türkei ihre Aufnahme in die EWG“

– einen Vorläufer der EU –

„beantragt hat und als NATO-Partner eine nicht unbedeutende politische Stellung einnimmt.“

Damit war alles gesagt.

Aber: Warum werden solche – gelinde gesagt – lückenhaften und sachlich falschen Anträge von CDU, FDP, SPD und Grünen überhaupt gestellt?

CDU und FDP möchten ein paar Stimmen von Migranten einsammeln. Das ist zulässig. Das wollen wir auch. Das ist völlig in Ordnung.

Und die SPD? Warum stellt die SPD einen Antrag, der noch deutlich weiter geht, indem sie etwa auf – ich zitiere – „niedriges Einkommen und niedrige Renten sowie schlechte Wohnbedingungen“ bei den Gastarbeitern der ersten Generation hinweist? Gleichzeitig vergessen Sie hier jeden Tag Ihre ehemalige deutsche Stammwählerschaft, auf die das genauso zutrifft.

Warum biedert die SPD sich so viel mehr an? Die SPD ist auf Muslimkurs. Denn sie will gerettet werden. Aber diesen Gefallen werden die Türken in unserem Land Ihnen nicht tun. Dafür sind sie einfach zu klug. Der Rest wählt Erdoğan – egal, wo sie leben.

Das alles gehört zu einem vollständigen Bild über die Migration nach Deutschland gerade mit Blick auf die Anwerbeabkommen dazu. Aber dazu sind Sie nicht bereit und nicht in der Lage.

Die Lebensleistung dieser Menschen würdigen wir gerne. Aber das, was Sie erzählt haben, sind überwiegend Märchen.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Dr. Stamp.

Dr. Joachim Stamp^{*)}, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ohne die Menschen, die in den 1950er- und 60er-Jahren zu uns gekommen sind, wäre der Wohlstand, den wir heute haben, nicht möglich gewesen. Daran ändert auch irgendeine Verschwörungstheorie nichts, die hier von diesem Pult aus vortragen wird.

(Beifall von der CDU, der FDP, Michael Hübnert [SPD] und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] – Christian Loose [AfD]: Wie lächerlich!)

Ich freue mich als Integrationsminister natürlich ganz besonders über den Erfolg der Firma BioNTech und darüber, dass zwei, die als Kinder nach Deutschland gekommen sind und hier erfolgreiche Mediziner geworden sind, jetzt Millionen, vielleicht sogar Milliarden Menschen Hoffnung machen können. Das ist

eine unglaubliche Lebensleistung, eine unglaubliche Erfolgsgeschichte.

Meine Damen und Herren, es gibt ganz viele Erfolgsgeschichten von denen, die im Zusammenhang mit den Anwerbeabkommen der 1950er- und 60er-Jahre zu uns gekommen sind.

Lieber Herr Kollege Yetim, wir sollten doch bei diesem Thema nicht haarspalterisch sein unter den demokratischen Fraktionen, die sich hier der Würdigung ebendieser Menschen annehmen, sondern gemeinsam die Ziele dieser Würdigung verfolgen.

Es ist auch völlig klar, dass es um die Menschen geht. Das haben die Abgeordneten von CDU und FDP, Frau Wermer und Herr Lenzen, hier auch vortragen. Wenn Sie ihnen zugehört hätten, hätten Sie das sehr deutlich wahrgenommen.

Wir nehmen die Jahrestage der Anwerbeabkommen auch zum Anlass, diese Menschen zu ehren. Wir wollen eine sichtbare Anerkennung. Wir haben auch bereits vieles getan, um die Lebensleistung dieser Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten und ihrer Familien zu würdigen.

Im Rahmen der landesweiten Integrations- und Wertschätzungskampagne #IchDuWirNRW zeigen wir Vorbilder aus der ersten Einwanderergeneration, die wir mit ihrer Lebensgeschichte vorstellen.

Die Landesregierung hat einen eindrucksvollen, rührenden Dokumentarfilm über die Lebensleistung der ersten Gastarbeitergeneration in Auftrag gegeben, der leider bisher wegen der pandemischen Situation noch nicht öffentlich Premiere feiern konnte. Aufgrund der Pandemie konnte die Uraufführung noch nicht öffentlichkeitswirksam stattfinden. Die Premiere wird jetzt im kommenden Jubiläumsjahr stattfinden, in dem wir den 60. Jahrestag des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens begehen.

Mit dem türkeistämmigen Rapper Eko Fresh wurde der Song „1994“ realisiert, der die Lebensleistung der ersten Einwanderergeneration würdigt und der ein ganz breites positives Echo gefunden hat.

Das Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland DOMiD e. V. in Köln erhält seit Langem institutionelle Förderung. Das Haus der Einwanderungsgesellschaft in Köln-Kalk wird auf Basis seiner umfangreichen Sammlung von Ausstellungsstücken ein neuer Meilenstein der Erinnerungskultur der Einwanderungsgesellschaft sein. In diesem Haus der Einwanderungsgesellschaft soll die Geschichte von Einwanderung und Integration in all ihren Facetten gezeigt werden.

Ich wünsche mir, dass es dann auch möglich ist, dass Großväter und Großmütter mit ihren Enkeln dort hingehen, um ihnen zu zeigen, wie es damals in den 1950er- und 60er-Jahren war, und ihnen dort

ihre Geschichte vom Damals zum Heute erzählen können.

Ich habe den Wunsch, dass auch Menschen ohne Einwanderungsgeschichte dort erfahren, wie positiv auch ihr Leben sozial, kulturell und wirtschaftlich von Migration geprägt ist.

Wenn ich hier nach rechts schaue, dann fallen mir spontan einige ein, denen dieser Museumsbesuch sicherlich auch guttun würde.

(Vereinzelt Beifall von der CDU, der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, die Würdigung der Lebensleistung der eingewanderten Menschen liegt uns als Landesregierung und auch mir ganz persönlich sehr am Herzen.

Wir haben hier unter uns Mitarbeiterinnen, Staatssekretärinnen und Abgeordnete, bei denen wir alle dankbar dafür sein sollten, dass ihre Eltern zu uns nach Deutschland gekommen sind und dass wir in diesem Land heute – auch bei aller Auseinandersetzung, Herr Kollege Yetim – gemeinsam um die demokratischen Werte streiten können. Es gehört zur Anerkennung dieser Generation dazu, dass sich auch viele der Nachkommen aktiv an der demokratischen Kultur dieses Landes beteiligen. Auch dafür sind wir dankbar.

Ich freue mich auf die weiteren Beratungen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Daher schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zu den Abstimmungen und stimmen erstens über den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/11656 ab. Die antragstellenden Fraktionen haben direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 17/11656. Wer möchte dem zustimmen? – Das sind CDU und FDP. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Es enthalten sich SPD, Bündnis 90/Die Grünen und AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Langguth. Damit ist dieser **Antrag Drucksache 17/11656** einstimmig **angenommen**.

Wir stimmen zweitens über den Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/11738 – Neudruck – ab. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, FDP und AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete. Gibt es noch Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser **Entschließungsantrag Drucksache 17/11738 – Neudruck – abgelehnt**.

Ich rufe auf:

4 Urananreicherung in NRW beenden, illegale Urantransporte stoppen!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/11616

Ich eröffne die Aussprache. Hierzu bekommt die Kollegin und Abgeordnete Frau Brems das Wort.

Wibke Brems^{*)} (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Seit 2019 rollen wieder Atommülltransporte von der Urananreicherungsanlage in Gronau nach Russland. Allein im Jahr 2019 waren es fast 9.000 t. Das ist in mehrerer Hinsicht problematisch.

Das erste Problem ist, dass es sich dabei um abgereichertes Uranhexafluorid handelt. Es ist zum einen radioaktiv, und zum anderen reicht die Feuchtigkeit der Luft aus, damit sich in einer Reaktion hoch ätzende Flusssäure bildet. Allein das wäre Grund genug, die Transporte von Uranhexafluorid auf ein absolutes Minimum zu reduzieren.

Das zweite Problem ist, dass der Atommüll als Wertstoff deklariert wird. Es wird behauptet, dass damit in Russland eine kommerzielle Nutzung stattfinden würde. Ohne diese Behauptung wäre ein Export des Atommülls weder nach deutschem noch nach russischem Recht möglich. Diese Nutzung ist aber überhaupt nicht belegt. Und selbst wenn es so wäre, wäre klar, dass 95 % des Materials tatsächlich Müll sind.

Ich habe vor Kurzem mit Vladimir Sliviak von Ecodefense, einer russischen Umweltorganisation, gesprochen. Er hat mir eindrücklich beschrieben, dass es in Russland nicht möglich ist, zivilgesellschaftlich und unabhängig zu überprüfen, was genau mit dem Atommüll geschieht.

Damit kommen wir zum dritten Problem: Der Zielort der Transporte ist der russische Ort Nowouralsk. Das ist eine dieser geschlossenen Städte, die es in Russland gibt. Sie stehen unter der Kontrolle des russischen Militärs und Geheimdienstes. Für uns ist das etwas völlig Unvorstellbares. Infos, die über diese Stadt, zum Beispiel aufgrund von Satellitenaufnahmen, bekannt sind, zeigen, dass die Behälter, um die es hier geht, in Massen unter freiem Himmel lagern. Was genau dort aber passiert – wird das wirtschaftlich genutzt? was passiert eigentlich damit? wird es militärisch genutzt? –, ist völlig unklar.

Ein weiteres Problem neben diesen geschlossenen Städten sind – und das wissen wir eigentlich alle – die Repressalien der russischen Regierung gegen zivilgesellschaftliches Engagement. Auch davon berichtete mir Vladimir Sliviak. Die Leiterin von Eco-

defense, Alexandra Koroleva, hat in Deutschland Asyl beantragt und auch sehr schnell erhalten.

Angesichts all dieser Umstände ist es ein absolutes Unding, dass weiterhin Atommüll von Nordrhein-Westfalen nach Russland transportiert wird.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sehr geehrte Damen und Herren, leider kommt es noch schlimmer. Wir haben nämlich ein weiteres Problem: Diese Transporte verstoßen gegen die EU-Sanktionen, die Russland wegen der Krim-Annexion auferlegt wurden. Zu diesem Ergebnis kam jüngst ein Gutachten. Es kann nämlich nicht ausgeschlossen werden, dass das Uranhexafluorid auch militärisch genutzt werden kann.

Ich finde, es kann nicht sein, dass es der Bundesregierung anscheinend egal ist, dass mit diesen gefährlichen Transporten gegen EU-Sanktionen verstoßen wird. Daher muss mit diesen gefährlichen Transporten absolut Schluss sein.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Wenn man sich fragt, warum Landes- und Bundesregierung einfach zuschauen, lautet die Antwort, dass es leider keine Lösung für die Endlagerung von Uranhexafluorid gibt. Wir befinden uns in Deutschland derzeit auf der Suche nach einem Standort für die Endlagerung. Nur wenn dieser Standort groß genug ist, wird in der Nachbarschaft auch ein Endlager für den Urenco-Müll und den Müll aus der havarierten Asse möglich sein. Man agiert hier also ganz klar nach dem Prinzip „Aus den Augen, aus dem Sinn“.

Neben all dem, was ich jetzt beschrieben habe, gibt es in Nordrhein-Westfalen leider auch noch ein Grundproblem: die Urananreicherungsanlage von Urenco in Gronau. Sie ist und bleibt ein Teil der Atomwirtschaft. Obwohl der Atomausstieg im Jahr 2022 in greifbare Nähe rückt, verweigern sich die Bundesregierung und auch Ministerpräsident Laschet der rechtlich möglichen Schließung dieser Urananreicherungsanlage.

Wir kennen den Ministerpräsidenten so, dass er sich gegen die Bröckelreaktoren, die in der Nähe von Aachen und damit quasi vor seiner Haustür stehen, sehr engagiert. Aber wenn es darum geht, was im Münsterland passiert, verschließt er die Augen.

(Beifall von den GRÜNEN – Dietmar Brockes [FDP]: Warum haben Sie das denn nicht schon gemacht?)

Deswegen sage ich Ihnen ganz klar: Die Landesregierung und der Ministerpräsident müssen ihrer Verantwortung gerecht werden

(Dietmar Brockes [FDP]: Das hätten Sie ja zu Ihren Regierungszeiten machen können!)

und ihr Gewicht in Berlin für die Schließung der Urananreicherungsanlage in Gronau und für die Beendigung

der Transporte nach Russland einsetzen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die CDU-Fraktion hat nun der Abgeordnete Untrieser das Wort.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In etwas mehr als zwei Jahren wird das letzte Kernkraftwerk in Deutschland vom Netz gehen. Damit wird das Kapitel der friedlichen Nutzung der Kernenergie abgeschlossen sein.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: In Deutschland!)

Frau Brems, ich habe gerade vernommen, dass Sie der Auffassung sind, ein vollständiger Ausstieg aus der Kernenergie sei erst dann vollzogen, wenn auch die Urananreicherungsanlage in Gronau geschlossen sei. Ihre These ist, dass Deutschland, wenn es keine Kernenergie mehr nutzt, auch keine Brennstoffe ins Ausland liefern soll.

Dieser Punkt ist logisch nicht ganz zu widerlegen. Insofern sei es Ihnen zugestanden, so zu empfinden.

Was ich allerdings in Ihrem Antrag nicht in Ordnung finde, ist, wie Sie mit dem Sachverhalt umgehen. In der Überschrift zu Abschnitt I schreiben Sie nämlich:

„Weiterbetrieb der Urananreicherungsanlage widerspricht dem Atomgesetz“

Das ist falsch. Sie belegen das im Folgenden auch gar nicht. Sie stellen hier einen vermeintlichen Rechtsverstoß fest, den es nicht gibt.

Das hätte ich von Ihnen eigentlich nicht erwartet. Ich glaube, dass Sie das auch besser wissen. Solche Behauptungen werden meist von einer anderen Ecke des Parlaments aufgestellt.

In einer Rede vor drei Jahren, als wir hier am 21. Dezember 2017 dazu gesprochen haben, haben Sie das auch erkannt. Sie sagten nämlich, dass die Urananreicherungsanlage in Gronau und die Brennelementefabrik in Lingen beim Atomausstieg, folglich auch im Atomgesetz, leider nicht bedacht worden seien. Damals haben Sie es richtig dargestellt, und heute haben Sie es wieder falsch erzählt.

Im Atomgesetz gibt es nun einmal keine Regelungen zur Urananreicherungsanlage in Gronau.

(Dietmar Brockes [FDP]: So ist es!)

Es ist vermutlich sogar eher umgekehrt. Schließlich sieht § 1 Nr. 4 Atomgesetz ausdrücklich „die Erfüllung internationaler Verpflichtungen der Bundes-

republik Deutschland auf dem Gebiet der Kernenergie“ vor.

Bereits im Jahr 2017 haben Sie hier außerdem behauptet – und das haben Sie heute wieder in relativ polemischer Art und Weise getan –, dass Gutachten vorliegen würden, die besagten, dass man die Anlagen in Gronau und Lingen einfach schließen könne. Auch das ist falsch. Sie zitieren diese Gutachten nur zur Hälfte; denn in ihnen steht, dass es bei Schließung dieser Urananreicherungsanlage wahrscheinlich zu Schadenersatzforderungen kommen wird.

Im Übrigen müsste das natürlich auf Bundesebene gemacht werden. Insofern ist es auch falsch, dem Ministerpräsidenten vorzuhalten, dass das einfach so möglich sei.

Das ist die gleiche Nebelkerze, die Sie schon 2017 geworfen haben. Sie zündet aber auch diesmal nicht.

Überhaupt fällt bei allen Punkten, die Sie aufführen, auf, dass Sie die Kritik immer an den Bundesgesetzgeber und nicht den Landesgesetzgeber richten müssten.

Deswegen ist auch ganz interessant, dass Sie den Abschnitt II mit der Überschrift „Landesregierung muss sich für den Stopp rechtswidriger Uranexporte einsetzen“ beginnen. Da stellt man sich ja die Frage, was jetzt kommt. Ist der rechtswidrige Export von Uran etwa gängige Praxis? – Die Antwort darauf lautet: Nein.

Gleichzeitig muss man feststellen, dass die Landesregierung sich stets dafür einsetzt, dass rechtswidrige Praktiken in unserem Land zu beenden bzw. zu unterbinden sind. Das wird selbstverständlich gewährleistet.

Anhand eines weiteren eben von Ihnen vorgebrachten Gutachtens unterstellen Sie, die Verbringung von Uranhexafluorid nach Russland verstoße gegen Europarecht. Mich überrascht, dass Sie das hier zur Sprache bringen; denn dafür wäre doch eigentlich wiederum der Bund zuständig. Ich bin sicher, dass die Bundesumweltministerin in Berlin das einschätzen kann und die ganze Sache bei ihr in guten Händen ist.

Sie arbeiten, so finde ich, hier wieder mit vielen Suggestionen und versuchen, irgendeinen Kritikpunkt an der Landesregierung zu nennen. Letztlich sind das alles Nebelkerzen. Es ist alles Schall und Rauch. Insofern sind alle Argumente, die Sie schon 2017 vorgelegt haben, heute wieder die gleichen. Sie zünden aber nicht. Ich freue mich trotzdem auf die Diskussion im Ausschuss. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Bell.

Dietmar Bell (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen wiederholt erneut die Anliegen der Antragsteller. Das ist bereits hier im Haus, aber auch ausführlich und umfänglich im Bundestag diskutiert worden. Dies beschreiben Sie in Ihrem Antrag selbst.

Weil ich ein bisschen Zeit hatte, habe ich mir gestern bei der Vorbereitung auf die Debatte unter anderem das Anhörungsprotokoll des Deutschen Bundestages vom 17. Oktober 2018 zu Gemüte geführt.

Damals ging es um zwei Gesetzentwürfe. Das eine war ein Gesetzentwurf der Grünen, Frau Brems, der die Änderung des Atomgesetzes zum Inhalt hatte. Herr Dr. Untrieser hat hier ja richtig vorgetragen, dass dies notwendig wäre, um diesbezüglich entsprechend aktiv zu werden. Außerdem ging es um einen Gesetzentwurf der Linken mit dem Ziel, Anlagen zur Kernbrennstoffversorgung stillzulegen und Exporte von Uranbrennstoffen zu untersagen.

Ich empfehle allen mit dem Thema befassten Kolleginnen und Kollegen wirklich, sich diese Anhörung einmal im Detail anzuschauen, weil die Argumente, die wir bei einer möglichen Anhörung hier im Hause wahrscheinlich hören werden, dort bereits ausführlich ausgetauscht worden sind. Im Kern ist es so, dass der Bundestag beide Gesetzentwürfe abgelehnt hat.

Ich habe mich gefragt, welchen Erkenntnisgewinn eine weitere Befassung in unserem Haus eigentlich haben kann. Der Überweisung werden wir natürlich trotzdem zustimmen, weil ich die Hoffnung habe, dass bei einer zu erwartenden Anhörung die Fragen auf zwei Aspekte gelenkt werden, die bisher noch nicht hinreichend diskutiert worden sind.

Der erste Aspekt ist – das haben Sie nicht antizipieren können – die gestrige Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in Sachen „Vattenfall“. In der Anhörung im Bundestag war es so, dass die mögliche Entschädigung bei einer Stilllegung der Anlage und die Interpretation der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus 2016 bei allen Sachverständigen eine sehr prominente Rolle gespielt haben.

Natürlich stellt sich die Frage, ob die dort getroffenen Feststellungen im Licht der aktuellen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts Bestand haben werden. Das ist eine spannende Frage, bei der ich finde, dass sie durchaus gutachterlich vertieft werden sollte.

Der zweite Aspekt ist die Diskussion über das im Antrag genannte Gutachten, durch das die Lieferungen von Uranhexafluorid an das Unternehmen TENEX in die Russische Föderation und die Problematik des Dual Use thematisiert werden.

Auch diesbezüglich finde ich persönlich, dass dieser Aspekt eine vertiefende Betrachtung verdient hat,

weil sich darüber – jedenfalls gutachterlich – noch nicht hinreichend ausgetauscht worden ist und es zumindest aus meiner Sicht eine spannende Sache ist, die wir durchaus einmal intensiver miteinander diskutieren sollten.

Im Antrag thematisieren Sie darüber hinaus die Frage der Unterbindung des Transports von angereichertem Uran an grenznahe Atommeiler. Gemeint sind damit ja ausdrücklich die belgischen Kraftwerke Doel und Tihange. Darüber besteht in diesem Haus weitestgehend Einigkeit.

Ich will ausdrücklich für meine Fraktion die Bereitschaft signalisieren, eine gemeinsame Parlamentsinitiative auf den Weg zu bringen – mit dem Ziel, die Gesetzesinitiative von Svenja Schulze zu unterstützen und Herrn Altmaier in dieser Frage stärker unter Druck zu setzen. Herr Minister Laumann hat gestern im Zusammenhang mit der Regulation der Fleischindustrie darauf hingewiesen, dass ein fraktionsübergreifender Antrag aus NRW in Berlin Wirkung entfalten würde. Dann lassen Sie uns das doch gemeinsam auf den Weg bringen, um in der Frage der Versorgung grenznaher Altmeiler die Bundesumweltministerin in Berlin entsprechend zu unterstützen. Dafür stehen wir ausdrücklich bereit. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der FDP hat der Kollege Brockes das Wort.

Dietmar Brockes³⁾ (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegin Brems, es fällt mir, ehrlich gesagt, etwas schwer, über diesen Antrag zu debattieren, weil er bereits in seiner Überschrift mit einer falschen Behauptung beginnt; denn Sie sprechen hier von illegalen Urantransporten. Meine Damen und Herren, was heißt denn illegal? Illegal bedeutet, es wäre gesetzeswidrig oder ohne behördliche Genehmigung. Das ist bei diesen Transporten nun wirklich nicht der Fall. Wenn dem so wäre, Frau Kollegin Brems, dann müssten Sie damit vor die Gerichte gehen, aber nicht hier ins Parlament.

Aber auch der Antrag im Weiteren ist nicht viel besser. Wenn man sich alleine die erste Seite anschaut, liest man neunmal den Begriff „Bund“: Bundesregierung, Bundesumweltministerium, grüne Bundestagsfraktion, Bundesminister Altmaier etc. Das macht deutlich, dass sich der vorliegende Antrag der Grünenfraktion an den falschen Adressaten richtet. Der Landtag Nordrhein-Westfalen ist nämlich gar nicht zuständig. Das wissen Sie. Trotzdem suggerieren Sie hier bewusst eine Zuständigkeit des Landtags. Das ist, ehrlich gesagt, unredlich.

(Beifall von Henning Höne [FDP] und Jochen Ritter [CDU])

Aber es ist auch nicht das erste Mal, dass die Grünen im Landtag Nordrhein-Westfalen ein Thema zur Debatte stellen, das in die Zuständigkeit des Bundes gehört. An dieser Stelle möchte ich nur an den Antrag der Grünen zur Endlagersuche erinnern. Entsprechend laufen Ihre Forderungen hier abermals ins Leere.

Meine Damen und Herren, in Ihrem Antrag fordern Sie etwa das, was Sie selbst zu Ihrer Regierungszeit nicht umgesetzt haben.

Die Beschlüsse – und das kommt noch dazu; darauf hat der Kollege Untrieser bereits hingewiesen – des Atomausstiegs beziehen sich eben nicht auf die Urananreicherungsanlage. Auch hier stellen Sie also bewusst falsche Vorwürfe in den Raum.

Für einen entsprechenden Beschluss wäre ebenfalls die Bundesregierung und nicht die Landesregierung zuständig.

Die Urananreicherungsanlage in Gronau hat in der Vergangenheit alle Stresstests bestanden. Daher muss beim Abschalten der Anlage mit hohen Entschädigungszahlungen gerechnet werden. Wir haben ja das gestrige Urteil vor Augen und wissen, wie dies dann aussehen könnte. Da frage ich Sie von den Grünen: Wer soll dafür aufkommen?

Ein Ende der Urananreicherung in Deutschland würde auch am internationalen Bedarf nichts ändern, der dann von Staaten mit weniger hohen sicherheitstechnischen Anforderungen gedeckt würde.

Gemäß internationaler Vereinbarung soll die Urananreicherung nur von politisch stabilen Staaten betrieben werden.

Alles in allem muss ich sagen: Ich würde es begrüßen, wenn dieser Antrag, da er bewusst falsche Behauptungen aufstellt und wir der falsche Adressat sind, hier nicht weiter beraten würde. Das würde der Sache gerecht werden. Den weiteren Beratungen im Ausschuss würden wir uns allerdings nicht verschließen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Brockes. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der AfD Herr Abgeordneter Loose das Wort.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Unternehmen Urenco ist der größte Gewerbesteuerzahler der Stadt Gronau. Die letzte in der Presse zu findende Zahl sind 30 Millionen Euro pro Jahr. Nicht

nur deshalb stehen die Bürger in Gronau hinter Urenco und ihrer Urananreicherungsanlage.

Mit den Gewerbesteuerereinnahmen dieses Unternehmens wurden wichtige Investitionen in Gronau getätigt. Denken Sie an die Gesamtschule Gronau und auch an die Euregio-Gesamtschule in Gronau-Epe, wo es entsprechende An-/Neubauten gab. Denken Sie an den Neubau der Feuerwache oder an die Modernisierung des Werner-von-Siemens-Gymnasiums, die jetzt erfolgt. Modernisierungen, Neubauten und Investitionen wurden durch gute Gewerbesteuerereinnahmen ermöglicht – auch von Urenco.

Aber nicht nur die Gronauer Bürger sollten sich über die hohen Gewerbesteuerereinnahmen freuen. Nein, diese helfen auch anderen Städten in NRW. Denn die anderen Städte erhalten nun dank des Gemeindefinanzierungsgesetzes das Geld, das eigentlich den Gronauer Bürgern zustehen würde, weil Gewerbesteuerereinnahmen den Anspruch auf Schlüsselzuweisungen reduzieren.

Wenn man die rund 10 Milliarden Euro, die jedes Jahr mit dem GFG an die Städte verteilt werden, entsprechend der Einwohnerzahl verteilen würde, dann stünden Gronau pro Jahr 25 Millionen Euro zu. Was hat Gronau in den letzten fünf Jahren tatsächlich bekommen? Im Jahr 2017 null, im Jahr 2018 null, im Jahr 2019 waren es 3 Millionen Euro, im Jahr 2020 null, im Jahr 2021 werden es geschätzt 1,8 Millionen Euro sein.

Statt also 125 Millionen Euro hat Gronau nur 5 Millionen Euro bekommen. Die übrigen 120 Millionen Euro wurden an die anderen Städte in NRW verteilt, insbesondere an schlecht geführte rot-grüne Städte.

(Michael Hübner [SPD]: So ein Quatsch!)

Denken Sie an die Nachbarstädte Duisburg, Gelsenkirchen, Oberhausen, Bochum und Dortmund.

(Michael Hübner [SPD]: Die Nachbarstädte von Gronau?)

Doch die Grünen freuen sich jetzt nicht etwa über diesen Geldsegen. Nein, die Grünen stören sich daran, dass man mit der Kernkraft Geld verdienen kann –

(Arndt Klocke [GRÜNE]: So ist das!)

Kernkraft, die übrigens in vielen Ländern auf der Welt an Fahrt aufnimmt.

Die USA planen für ihre Militärstützpunkte, und zwar unabhängig davon, wer jetzt Präsident wird, 500 Minikernkraftwerke. Auch die nur wenige Kilometer entfernten Niederländer planen bis zu zehn neue Kernkraftwerke.

Wieso liegt es dann nicht näher, dass Firmen aus Deutschland diesen wertvollen Rohstoff dort zur Verfügung stellen? Wäre es angesichts der steigenden Nachfrage nach der Kernenergie im Ausland nicht vielmehr an der Zeit, dass wir jetzt eine Forschungs-

und Bildungsinitiative im Bereich der Kernkraft einführen? Wie wäre es mit einer NRW-Exzellenzinitiative Kernkraft für eine CO₂-freie Kerntechnologie mit inhärent sicheren Kernkraftwerken made in NRW, made in Germany? Die Patente liegen doch bereits bei einem Berliner Unternehmen. Ich meine den Dual-Fluid-Reaktor; den kennen Sie.

Das wären Investitionen in die Zukunft. Das wären Investitionen in eine günstige und versorgungssichere Energieversorgung. Stattdessen liegt uns heute dieser rückwärtsgewandte Antrag der Grünen vor. Dem können wir leider nicht zustimmen. – Danke.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Loose. – Für die Landesregierung hat nun Herr Minister Professor Dr. Pinkwart das Wort.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der im Antrag gestellten Forderung, die Urananreicherungsanlage in Gronau zu schließen, haben wir uns schon mehrfach und in verschiedenen Zusammenhängen befasst. Nunmehr startet die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen erneuten Anlauf. Sie gehen hierbei auf mehrere Bundesratsbeschlüsse ein.

Der Beschluss aus dem Jahr 2011 bezieht sich auf die 13. Novelle des Atomgesetzes. Mit dieser wurde unter dem Eindruck der Katastrophe in Fukushima der Ausstieg aus der kommerziellen Nutzung der Kernenergie in Deutschland gesetzlich festgelegt. Die Forderung des Bundesrates, auch die Urananreicherungsanlage Gronau in den Ausstieg einzubeziehen, wurde nicht aufgenommen, da nur die kommerzielle Nutzung der Kernenergie zur Stromerzeugung durch Kernspaltung beendet werden sollte.

Im November 2015 legte die Bundesregierung das Nationale Entsorgungsprogramm für eine verantwortungsvolle und sichere Entsorgung bestrahlter Brennelemente und radioaktiver Abfälle vor. Zum ersten Mal wurden aus Vorsorgegründen auch die beim Betrieb der Urananreicherungsanlage Gronau anfallenden radioaktiven Reststoffe aufgenommen.

Mit der Aufnahme in dieses Programm geht allerdings nicht die objektive Feststellung einher, dass es sich hierbei um radioaktive Abfälle handelt, sondern das betrifft die theoretische Möglichkeit, dass diese Menge anfallen könnte.

An dieser Sichtweise und den Fakten hat sich bis heute nichts geändert. Die Bundesregierung hat bisher keine Schritte unternommen, um eine Schließung der Urananreicherungsanlage einzuleiten. Die

von Ihnen zitierten Gutachten aus November 2017 sind nicht vollständig wiedergegeben. Richtig ist, dass auch die Gutachter des Bundesumweltministeriums die rechtssichere Möglichkeit der Schließung von Anlagen der Brennstoffkette sehen.

In den Gutachten werden aber auch Bedingungen genannt. So bedarf die Schließung der Urananreicherungsanlage Gronau einer rechtlichen Grundlage – einer Grundlage, die nur der Bundesgesetzgeber schaffen kann, da das Atomgesetz Sache des Bundes ist. Bei einer diesbezüglichen Änderung muss allerdings mit hohen Entschädigungsleistungen gerechnet werden.

Die Gutachter sagen weiterhin, dass eine Schließung der Urananreicherungsanlage Gronau frühestens mit dem Ende der Stromerzeugung aus Kernkraftwerken in Deutschland möglich ist.

Nicht zuletzt würde ein Verbot der Urananreicherung in Deutschland gegen den Vertrag von Almelo verstoßen, aus dem allein die Bundesregierung den Austritt unter Einhaltung einer einjährigen Frist erklären könnte. Bei multilateralen Abkommen sind wir bisher ganz überwiegend der Meinung, dass es ganz gut ist, wenn man dabei ist und nicht einseitig austritt.

Das möchte ich zu bedenken geben, auch vor dem Hintergrund, dass unsere Energiewende, also der Ausstieg aus der Kohleverstromung, zwingend davon ausgeht, dass wir beim Stromaustausch europaweit sehr eng zusammenarbeiten. Deswegen werden ja die Netzaustausche an den Grenzen verstärkt.

(Beifall von Dr. Ralf Nolten [CDU])

Wir sitzen also alle in einem Boot.

(Beifall von der FDP und Dr. Ralf Nolten [CDU])

Es war im Übrigen stets ein Argument der Grünen, dass ein Energy-Only-Markt immer europäisch gedacht werden muss. Auch das muss man bedenken, wenn man darüber spricht.

Zudem sollte man sich gelegentlich in Erinnerung rufen, dass unsere französischen Freunde bei der Verstromung zu drei Vierteln und bei der Wärme zu zwei Dritteln vom Atomstrom abhängig sind.

Was Sie in Ihrem Antrag gar nicht berücksichtigt haben, sind die Auswirkungen einer Schließung der Urananreicherungsanlage auf Gronau selbst. Der Verlust von Arbeitsplätzen und auch von Steuereinnahmen für die Kommune ist zu bedenken. Schließlich verunsichern Sie mit der Debatte die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dieser Anlage sowie deren Zulieferbetriebe.

Ob abgereichertes Uranhexafluorid aus der Urananreicherung als Wertstoff oder als Abfall zu betrachten ist, obliegt nach Atomgesetz einzig und allein der Urenco Deutschland als Betreiberin. Aus wirtschaft-

lichen Gründen setzt die Urenco Deutschland darauf, das abgereicherte Uranhexafluorid aus der Urananreicherung als Wertstoff anzusehen.

Das Atomgesetz hat in § 9a festgeschrieben, dass der Unternehmer entweder für die sichere Entsorgung oder für die Verwertung Sorge zu tragen hat. Bei den von Ihnen kritisierten Transporten von abgereichertem Uran muss ich nochmals darauf hinweisen, dass es sich um einen sonstigen radioaktiven Stoff handelt. Für den grenzüberschreitenden Transport bedarf es nach aktuellen Regelungen keiner Genehmigung nach dem Atomgesetz. Eine von Ihnen geforderte unverzügliche Untersagung des Exports wäre somit seitens der nordrhein-westfälischen Landesregierung rechtlich gar nicht möglich.

Sie führen hier das aktuelle Rechtsgutachten von Professor Wegener an, das Ihre Berliner Fraktionskollegen beauftragt hatten, welches der Frage nachgeht, ob der Export von abgereichertem Uran aus Deutschland nach Russland derzeit europarechtlich zulässig ist.

Genehmigungen nach der Dual-Use-Verordnung werden gar nicht erst erteilt, wenn die zuständigen Bundesbehörden hinreichende Gründe zu der Annahme haben, dass die Güter eine militärische Endverwendung haben könnten. Die Genehmigungsbehörde des Bundes, das BAFA, kann lediglich bei Vorliegen konkreter Anhaltspunkte Ausfuhranträge ablehnen, falls das Risiko einer militärischen Endverwendung besteht.

Nach Angaben der Bundesregierung auf entsprechende Anfragen im Deutschen Bundestag im November 2019 liegen derartige Hinweise nicht vor. Das Gutachten von Professor Wegener werden wir zum Anlass nehmen und die Bundesregierung sowie das BAFA fragen, wie diese sich zu den in dem Gutachten gemachten Aussagen stellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, in einem Punkt sind wir uns jedoch sicherlich einig. Die nordrhein-westfälische Landesregierung begrüßt ausdrücklich, dass die Bundesregierung die Initiative zur Nachschärfung der Exportregelung mit Blick auf Kernbrennstoffe aufgegriffen hat und weiterhin über eine Neuregelung zwischen den Bundesressorts berät.

Diese Bemühungen haben eine Signalwirkung und sind sehr wichtig, um die nachvollziehbaren Sorgen der Bürgerschaft in grenznahen Regionen gegenüber zunehmend älteren Atomkraftwerken in unseren Nachbarländern aufnehmen zu können. – Ich danke sehr für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Professor Dr. Pinkwart. – Der guten Ordnung halber teile ich mit, dass die Landes-

regierung ihre Redezeit um 1 Minute 37 Sekunden überzogen hat. – Das ändert nichts an der Tatsache, dass es keine Wortmeldungen mehr gibt.

Somit sind wir am Schluss der Aussprache und kommen zur Abstimmung, und zwar über die Überweisungsempfehlung des Ältestenrates, den Antrag Drucksache 17/11616 an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung – federführend – sowie an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz zu überweisen. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Gibt es hierzu Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Dann stelle ich die einstimmige **Zustimmung zu dieser Überweisungsempfehlung** fest.

lich rufe auf:

5 Kultur-Lockdown sofort aufheben – Theater, Opern- und Konzerthäuser sowie Museen sind keine Infektionsorte

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/11670

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion der AfD Frau Abgeordneter Walger-Demolsky das Wort.

Gabriele Walger-Demolsky (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Systemrelevanz. „Dein Grubengold“ – also die Adern, auf denen wir im Ruhrpott leben – „hat uns wieder hochgeholt.“ „Du hast ’n Pulsschlag aus Stahl.“ Lang ist’s her! Nicht nur der Sänger dieser Bochumer Hymne ist längst im Ausland, auch Kohle und Stahl sowie die Industrieproduktion sind weg.

Aber die „Blume im Revier“ hat sich ein drittes Mal in nur einem Jahrhundert neu erfunden, als Stadt der Wissenschaft und der Kultur. Hirn und Herz, zwei Seiten einer Medaille. Und schon wieder: systemrelevant. Oder nicht?

In der Pandemie haben Bochum und seine Künstler festgestellt, sie sind gar nicht das Herz, sie sind allenfalls die Seele. Und die Seele ist für einen Naturwissenschaftler weder greifbar noch systemrelevant.

Da nützt es nichts, dass die Kultur und kulturelle Teilhabe als Menschenrechte anerkannt sind. Da nützt es auch nichts, wenn Kultur für die epidemische Lage dank hervorragender Schutzkonzepte überhaupt keine Bedeutung hat. Das alles nützt nichts, wenn ein „Rasenmäher aus der Uckermark“ Kultur schlicht als Freizeitvergnügen einstuft und die „Blume im Revier“ schon wieder niedergemäht wird.

(Beifall von der AfD)

Mein Mann hat als multimorbider Risikopatient in diesem Jahr schon mehrfach im Krankenhaus gelegen, zuletzt bis vor einer Woche. Ich kann Ihnen aus eigener Anschauung sagen, was Relevanz für die Situation in unseren Krankenhäusern hat. Von Relevanz ist die immer noch mangelhafte Versorgung mit notwendigem Schutzmaterial und der Umgang mit dem selbigen.

Warum tragen Teile des Pflege- und medizinischen Personals bis heute nur einfache OP-Masken bei der Behandlung? Warum bekommen Risikopatienten nicht automatisch FFP2-Masken zu ihrem Schutz? Warum werden zwar in vielen Krankenhäusern alle Eingangspatienten grundsätzlich getestet und Besucher verboten, aber das Personal wird erst dann getestet, wenn eine deutliche COVID-19-Erkrankung gar nicht mehr zu übersehen ist? Das Bild in Altenheimen, habe ich mir berichten lassen, sieht nicht viel besser aus.

Wenn ein bedeutender Teil der auf dem Markt verfügbaren FFP2- oder KN95-Masken gefälscht ist und somit gar nicht wirksam schützen kann, ist das im zehnten Monat der Pandemie in Deutschland ein eklatantes Versagen der verantwortlichen Politiker und kann auch nicht mit teuren und sichtbar wirkungslosen Wellenbrecher-Lockdowns kaschiert werden. Alte Menschen und andere Risikogruppen werden bis heute nicht geschützt, meine Damen und Herren.

(Beifall von der AfD)

Ich bin sehr froh, dass das Ministerium von Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen mit sehr vielen Maßnahmen das Sterben der Kultur bis heute aufgehalten hat. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass den Menschen Herz oder Seele – egal, wie Sie es möchten – genommen werden.

Nein, ein Shoppingabend bei IKEA, SATURN, MediaMarkt oder jetzt sogar der METRO können die Teilhabe an der Kultur und am kulturellen Leben nicht ersetzen. Netflix darf die Kinos nicht ablösen, und ein virtueller Spaziergang durch das K20 oder das Museum Folkwang ist doch keine Alternative zum Erleben vor Ort.

Wer es dann gar nicht mehr aushält, dem sei zum Beispiel ein Besuch der Galerie Ludorff hier in Düsseldorf empfohlen. Dort haben Sie als gut betuchter potenzieller Käufer durchaus jederzeit die Möglichkeit, große Kunst und Kultur live zu erleben.

Wer die Ungerechtigkeit solcher Entscheidungen nicht erkennt, ist blind. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Walger-Demolsky. – Als nächster

Redner hat für die Fraktion der CDU Herr Abgeordneter Preuß das Wort.

Peter Preuß (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Serie an Anträgen, die uns in dieser Plenarwoche vorliegt – zum Teil haben wir sie bereits abgehandelt, einige stehen noch an –, zeigt in der Zusammenfassung – das ist bereits im ersten Antrag klar und ausdrücklich zu lesen –, dass die Coronaschutzverordnung insgesamt aufgehoben werden soll, da es eine ernsthafte Gefährdung der Gesundheit unserer Kinder, Jugendlichen sowie der älteren Menschen durch Corona gar nicht gebe.

Die Fakten, die Infektionszahlen, die Todesfälle, die Behandlungskapazitäten und deren weltweite Betrachtung werden dabei schlichtweg ignoriert. Damit ist eine Debatte nicht mehr möglich, weil die Grundlagen verlassen sind.

Die Debatte der letzten Tage zeigt – und so haben sich alle demokratischen Fraktionen eingeladen –, dass wir in der Hälfte der Fälle, in denen man durchaus die Frage nach der Eignung der Maßnahmen stellen und diskutieren kann, gar nicht wissen, wo tatsächlich Infektionsrisiken und Infektionsherde bestehen. Daher sind schon aus Gründen der Vorsicht Maßnahmen nach der Coronaschutzverordnung notwendig.

Die Forderungen der Antragstellerin, die man durchaus auch in einem Antrag hätte zusammenfassen können, halte ich für unverantwortlich.

(Beifall von der CDU und der FDP – Gabriele Walger-Demolsky [AfD]: Über welchen sprechen wir jetzt eigentlich?)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Preuß. – Für die Fraktion der SPD hat nun Herr Kollege Bialas das Wort. Bitte sehr, Herr Abgeordneter.

Andreas Bialas (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf direkt zum Antrag kommen: Es bedarf dieses Antrages schlicht nicht. Sie wollen sich als Anwalt der Kulturszene darstellen, aber das wird Ihnen schwerlich gelingen.

Sie haben hier an diesem Pult vor genau 197 Tagen beim Antrag zur finanziellen Existenzsicherung der Künstlerinnen und Künstler Ihr Verständnis von Kulturpolitik klar und präzise dargestellt. Ich darf zitieren:

„Der SPD-Antrag zeigt wieder einmal deutlich, dass die ehemalige Arbeiterpartei für jeden offensichtlich Klientelpolitik reinsten Wassers betreibt. ...“

(Gabriele Walger-Demolsky [AfD]: Genau!)

„Die heutige Kunst- und Kulturszene ist linksorientiert. Man könnte fast sagen, die heutige Kunstszene versteht sich zu oft als Vorfeldorganisation einer längst überholten linken bzw. marxistisch begründeten Ideologie:“

Damit ist, glaube ich, alles abschließend gesagt.

Lassen Sie mich trotzdem etwas zu den Lockdown-Maßnahmen insgesamt sagen. Wir hatten bereits vor zwei Tagen eine Debatte über die Existenznöte der Solo-Selbstständigen. Darauf gehe ich nicht ein, unsere Position ist auch hinlänglich bekannt.

Die Pandemie und ihr Infektionsgeschehen: Wir wissen schlicht zu wenig. Wir haben Ahnungen, gewisse Erkenntnisse, Meinungen, die sich auch wieder ändern können. Wir leben in einer verwissenschaftlichten Welt. Wir sind mit unserem täglichen Leben auf die Methoden der Wissenschaft zurückgeworfen, die eben nicht von Anfang an mit sicherem Wissen aufwartet, sondern mit Prognosen, Tendenzen, Annahmen, Hypothesen, Versuchen etc. Das ist nicht schön, aber man kann es derzeit auch nicht ändern.

Für die Politik soll immer etwas anderes gelten, aber das geht schlicht und ergreifend in diesen Zeiten nicht. Auch das müssen wir anerkennen.

Was sich derzeit als sehr wahrscheinlich darstellt, ist, dass es sich um ein sehr gefährliches Virus handelt, das sich besonders dort gut ausbreitet, wo sich viele Menschen in begrenzten und ungelüfteten Räumen begegnen.

Es gibt Leute, die das leugnen. Es gibt aber auch Leute, die versuchen, so viel Schaden wie möglich von so vielen Menschen wie möglich fernzuhalten, die begreifen, dass es sich hier um eine existenzielle Frage des Lebens und Überlebens handelt.

Daher versucht man, Gefahrensituationen zu minimieren und die Beweglichkeit zwischen diesen Räumen einzuschränken. Das ist schmerzhaft, aber wohl unerlässlich.

Umso wichtiger ist es aber auch für Lockdown-Maßnahmen, die Orte eines auffälligen Infektionsgeschehens zu identifizieren. Das haben wir in der Tat bei den Kulturorten so nicht, wir wissen es aber auch nicht genau. Wenn wir dort entsprechende Maßnahmen treffen, müssen wir schon schlüssige Gründe in nachvollziehbaren Vergleichskategorien angeben. In diesem Lichte ist es notwendig, eine entsprechende Verordnung für Kultureinrichtungen vorzunehmen.

Nach unserer Auffassung sind Kulturorte insbesondere auch Bildungsorte. Kulturorte können Orte von Sinnsuche und Sinnfindung sein. Gerade in säkularisierten Staaten übernehmen die Kunst und ihre innenliegende Kraft spezifische Formen der Reflexion und Vergewisserung – besonders in Krisenzeiten.

Kulturorte sind eben nicht in eine Reihe von Amüsierbetrieben und Freizeitangeboten einzuordnen. Sie

sind einzuordnen in die Phalanx von Kultusstätten und Bildungseinrichtungen, und sie müssen dementsprechend und vergleichbar behandelt werden.

Wenn also die Schulen offen sind, müssen auch die Musikschulen offen sein. Wenn die Kirchen offen sind, müssen auch Kultureinrichtungen offen sein. Die Begründung des Gegenteils, dass das in anderen Ländern gemacht wird, ist nicht schlüssig. Es ist auch nicht schlüssig, wenn ein Musiklehrer beim WDR anruft, den Ministerpräsidenten spricht und sagt: „Macht mal die Musikschule auf“, und das passiert dann tatsächlich. Wir brauchen schon verlässliche Kriterien, die auch eine innere Haltung aufweisen.

(Beifall von der SPD – Bodo Löttgen [CDU]:
Der glaubt das auch!)

Wie man auf die Idee kommen kann, gerade in einer Krisenzeit die Bildungsdimension und die gesellschaftspolitischen Komponenten der Kultur infrage zu stellen oder außer Acht zu lassen, ist mir schleierhaft.

Schleierhaft ist mir auch der Gedanke, dass man beispielsweise die geschlossene Bildungseinrichtung Museum für den Schulunterricht nutzen möchte. Das ist für mich ein innerer Widerspruch.

Lassen Sie mich noch etwas zu einem spezifischen „Grillgut der Extrawürste“ sagen: Ich halte diesen Vergleich wahrlich für fehl am Platze, aber das war es dann auch schon. Ich habe die Anfeindungen der Person der Ministerin und die zahlreichen falschen Aussagen über die Mühen und die Leistungen ihrer Person im Netz und in den Medien verfolgen können. Ich möchte hier sehr deutlich sagen: Wir streiten uns mit Sicherheit über viele Inhalte und Sichtweisen. Aber in den Zeiten der Krise sind und waren Sie – Sie werden ihr das mit Sicherheit ausrichten, Herr Staatssekretär – ein verlässlicher Partner der Künstlerinnen und Künstler, ein verlässlicher Partner der Kultur. Dafür darf man selbst aus der Opposition heraus einmal Danke sagen.

Wenn sich alle für Kunst und Kultur so einsetzen würden, wie es die Kulturpolitiker in Nordrhein-Westfalen machen, wie es das Kulturministerium macht, wie es der Kulturrat macht – auch auf der Bundesebene, ob das Herr Zimmermann ist oder hier Herr Baum –, dann wären wir in vielem weiter.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

– Frau Präsidentin, ich komme zum Ende. – Dafür streiten wir in der Kulturpolitik. In den letzten Tagen ging es natürlich um die finanzielle Unterstützung der Künstlerinnen und die Lockdown-Maßnahmen. Aber auch in Zeiten der Krise werden sich Kulturpolitiker sicherlich nicht auseinanderdividieren lassen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Bialas. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der FDP Frau Abgeordnete Schneider das Wort.

Susanne Schneider (FDP): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Am heutigen Freitag, den 13., ist das meine 13. Rede in dieser Plenarwoche. Ich habe trotzdem großen Spaß daran, auch wenn ich an den vorliegenden Anträgen nicht immer Spaß habe.

Werter Herr Kollege Bialas, dass die SPD-Fraktion, auf die ich einmal sehr große Stücke gehalten habe, permanent die zahlreichen Anträge von rechts nutzt, um die Landesregierung zu attackieren, zu diskreditieren und zu beschimpfen, finde ich politisch ganz schlechten Stil.

(Beifall von der FDP und der CDU – Regina Kopp-Herr [SPD]: Was? – Andreas Bialas [SPD]: Also entschuldigen Sie mal! Vorher sollte man zuhören!)

Ich nehme mir jetzt die Freiheit, als Liberale zum vorliegenden Antrag zu reden, damit es neben dem Kollege Preuß noch jemand tut. Die Antragsteller sind auch kaum drauf eingegangen; es war eher so ein Gemischtwarenladen aus Krankenhäusern, Altenheimen und Einzelhandel. Zur Kultur habe ich da nicht so richtig was erkennen können.

(Zuruf von Gabriele Walger-Demolsky [AfD])

Daher noch einmal erklärt: Es gibt bisher keinen Hinweis darauf, dass Kulturbetriebe ein Hotspot für Neuinfektionen sind.

(Gabriele Walger-Demolsky [AfD]: Genau!)

Aber bei 75 % der Neuinfektionen wissen wir eben nicht, wo diese herkommen und wo die Infektion überhaupt stattgefunden hat.

(Andreas Keith [AfD]: Das ist ja Ihr Versäumnis! Das ist ja die Landesregierung!)

Durch die Maßnahmen der Coronaschutzverordnung soll daher das Infektionsgeschehen insgesamt heruntergefahren werden.

(Gabriele Walger-Demolsky [AfD]: Unfug!)

Für den Monat November bekommen die Kulturaktive eine Entschädigung: 75 % des regulären Umsatzes für Unternehmen bis 50 Mitarbeiter sowie Unternehmerlohn für Kunst- und Kulturschaffende.

Ich habe in meinem Freundes- und Bekanntenkreis zahlreiche Künstler, Theaterbesitzer, allgemein Kulturschaffende. Die sind sehr dankbar, dass die Landesregierung handelt und dass man sich um sie kümmert.

Genau diese Künstler, Kabarettisten, Kleinkünstler, Theaterbetreiber

(Zuruf von Gabriele Walger-Demolsky [AfD])

würden mich persönlich und eigenhändig aus ihrer Vorstellung schmeißen, wenn ich dem vorliegenden Antrag zustimmen würde. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Abgeordnete Schneider, es wurde noch im Einklang mit der Geschäftsordnung eine Kurzintervention angezeigt, und zwar von Herrn Wagner. Es steht Ihnen selbstverständlich frei, ob Sie diese am Platz entgegennehmen wollen. – Ich schalte Herrn Abgeordneten Wagner das Mikrofon für 90 Sekunden Kurzintervention frei.

Markus Wagner (AfD): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Kollegin Schneider, Sie haben eben angemerkt, dass Kultureinrichtungen kein Hotspot für Coronainfektionen seien, und zugleich angefügt, dass man es nicht genau wisse, weil man 75 % der Infektionen nicht nachverfolgen könne.

Für mich hört sich das an, als wenn Sie die Einschränkung von Grundrechten auf der Basis von Annahmen rechtfertigen würden. Das haben Sie gerade auch getan. Die Einschränkung von Grundrechten auf der Basis von Annahmen ist nicht akzeptabel. Da erwarte ich eigentlich eine etwas stringenter Argumentation. – Danke.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Schneider, wenn Sie sich kurz in die Mikroanlage eindrücken. – Danke, es ist freigeschaltet. Bitte.

Susanne Schneider (FDP): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Mir und der FDP-Landtagsfraktion liegt nichts ferner, als Freiheitsrechte einzuschränken. Jeder weiß, wie wir gekämpft haben, wie speziell unsere Landesregierung in Berlin gekämpft hat, um eine optimale Lösung zu erreichen.

Aber für eine durch und durch Liberale – und diese Meinung teilt mit Sicherheit meine ganze Fraktion – hört eben die persönliche Freiheit da auf, wo sie die Freiheit, in dem Fall sogar die Gesundheit und das Leben anderer, in Gefahr bringen kann. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Schneider. – Das waren Kurzintervention und Erwiderung.

Ich darf nun als nächstem Redner für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herrn Kollegen Keymis das Wort geben. Bitte sehr, Herr Abgeordneter.

Oliver Keymis (GRÜNE): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Uns liegt ein Antrag der AfD-Fraktion vor, der fordert, dass wir die Kultureinrichtungen umgehend wieder öffnen. Der Antrag ist insofern von besonderer Brisanz, weil Sie sich ja ansonsten mit diesen Einrichtungen, sagen wir einmal, relativ schwertun, wie Herr Bialas eben schon aus einem Redebeitrag, der an diesem Pult von 197 Tagen gehalten wurde, zitiert hat. Wenn man auf der einen Seite alle verdächtigt, dass sie links und was weiß ich sind und im Grunde überhaupt nicht ...

(Gabriele Walger-Demolsky [AfD]: Selbst dann haben sie das Recht, zu spielen!)

– Natürlich haben sie das Recht zu spielen, aber Sie haben ja Ihre Vorstellungen dazu, wie gespielt werden soll.

(Gabriele Walger-Demolsky [AfD]: Nein, haben wir nicht! – Andreas Bialas [SPD]: Das ist ja ein Linksruck bei der AfD!)

Vor dem Hintergrund ist es ein bisschen wohlfeil, sich hierhin zu stellen. Ich denke, es nimmt Ihnen draußen auch keiner ab.

Ich finde es jedoch viel interessanter, ich will nicht sagen schlimmer, dass Sie in Ihrem Antrag Zitate von Leuten bringen, die sich für dieses Thema wirklich engagieren, die Sie sozusagen in Ihr Konglomerat mit einbauen.

Nehmen wir den Kulturrat, den Sie unter anderem zitieren. Ich habe jetzt auch etwas vom Kulturrat mitgebracht. Das, was da am Anfang der Erklärung vom 04.11. steht, ist die Marschlinie, auf der wir uns im Moment politisch bewegen. Ich meine, dass das auch die richtige Marschlinie ist. Es ist interessant, dass der Kulturrat es ähnlich sieht wie zumindest der überwiegende Teil der Fraktionen hier im Hohen Hause.

Ich zitiere den Vorsitzenden Gerhart Baum mit seinen folgenden Worten und mit Erlaubnis unserer Präsidentin:

„Der jetzige Lockdown trifft das Leben in Deutschland hart. Es ist eine Jahrhundertkatastrophe – und wir stehen erst am Anfang düsterer Monate. Ganz Europa steht unter Schock. Nirgendwo haben Konzerthäuser und Theater geöffnet – im Übrigen auch keine Restaurants. Wir können nur hoffen, am Ende des Monats unter den Bedingungen, die vorher galten, die Kultur wieder anzu-

fahren. Es geht auch nicht gerecht zu – das hat die Kanzlerin gestern eingeräumt. Es wurde zwischen Schließung und Öffnung abgewogen. Alles muss auf das Grundrecht des Lebensschutzes bezogen werden.

Die Debatte hat insgesamt eines bewirkt: Die Bedeutung der Kultur für den einzelnen und für die Gesellschaft ist deutlicher ins öffentliche Bewusstsein gebracht worden.“

Das ist eine objektive Beschreibung der derzeitigen Lage. Vor dem Hintergrund sind diese Entscheidungen getroffen worden, die selbstverständlich der Kulturrat akzeptiert. Auch der Deutsche Bühnenverein akzeptiert diese Entscheidungen. Das sind keine Entscheidungen, die irgendwie getroffen wurden.

Es gibt Unmut, weil man sagt: Wir haben doch eigentlich alles dafür getan, dass bei uns nichts passiert. – Dann sagen wir, die wir darüber politisch beraten: Ja, das ist auch so, aber dadurch, dass ihr das, was ihr anbietet, anbietet, erzeugt ihr natürlich Kontakt.

Ein Beispiel ist im Kulturausschuss von Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen genannt worden. Sie hat uns erklärt, dass die Wiedereröffnung der Musikschulaktivitäten im November rund 300.000 Kontakte mehr bedeutet. Diese Fragen wurden zwischen dem Gesundheits- und dem Kulturministerium diskutiert. Man hat sich dann für das Risiko dieser Kontakte entschieden, weil man den Kindern diesen Einzelunterricht ermöglichen wollte. Aber die Diskussion darüber wird intensiv geführt, und diese Art von Abwägungspolitik findet im Moment statt, und der kommen Sie mit Ihrem Antrag in keiner Weise nach.

Ich zitiere jetzt gerne auch noch von Theaterschaffenden. Zum Abschluss sollte man die auch noch zu Wort kommen lassen. Sie zitieren ja auch Verschiedenes. Es gibt auch welche, die sich fürchterlich geäußert haben und furchtbar betroffen sind. Ich bin nun selber aus dem Fach und weiß, wie die Emotionen hoch gehen, wie es bei den Proben ist. Man ist ganz unter sich, und das Theater ist das Wichtigste im Leben. Das ist auch gut so, und deshalb machen die ihren Job ja auch gut.

Aber wenn man das alles in einen Zusammenhang stellt – und manchmal machen das auch Theaterleute –, dann kommt ein Zitat heraus wie dieses, mit dem ich abschließen möchte. Es ist von Theaterleuten aus Frankfurt. Das theaterperipherie und die Landungsbrücken haben eine Stellungnahme zu einer Pressemitteilung von Kollegen verfasst, und darin heißt es unter anderem – ich darf wieder zitieren, Frau Präsidentin –:

„Theater ist aber keine Insel. Auch keine Insel der Seligen. Wir sind Teil der Gesellschaft. ‚Ja zu Maßnahmen, aber bitte nicht bei uns, denn wir haben schon genug Opfer gebracht‘ kann keine

sinnvolle Forderung sein. Die Schließung der Kultureinrichtungen steht im Kontext der Schließung vieler anderer Branchen, die ebenfalls bereits unter dem ersten Lockdown gelitten haben: Clubs, Nagelstudios, Tattoo-Studios, Gastronomie, um nur einige wenige Beispiele zu nennen, die ebenso eine Reihe aufwändiger Hygienemaßnahmen eingerichtet haben und nun ebenso schließen mussten.

Auch wenn man davon ausgehen mag,“

schreiben die Theaterleute aus Frankfurt weiter,

„dass sich im Theater niemand ansteckt, was im Übrigen bei ca. 75 % der Ansteckungen, die nicht nachvollziehbar sind, gar nicht mal erwiesen ist, sind wir im Theater nicht im luftleeren Raum unterwegs. Auch nicht gut belüftet. Wenn sich alle einig sind, dass man Kontakte so weit es geht reduzieren muss, dann ist das so und nicht zu diskutieren. Gegen ein Virus lässt sich nicht protestieren, mit einem Virus lässt sich nicht diskutieren bzw. dem Virus ist das völlig egal, wer sich ungerecht behandelt fühlt. Es geht hier nicht um uns, sondern um die Gesamtgesellschaft.“

Mehr ist zu Ihrem Antrag nicht zu sagen. – Ich bedanke mich.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und Dr. Günther Bergmann [CDU])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Keymis. – Es wurde ein Kurzintervention der Abgeordneten Walger-Demolsky angemeldet. Er steht Ihnen frei, diese hier oder an Ihrem Platz entgegenzunehmen.

(Oliver Keymis [GRÜNE]: Ich bleibe hier am Pult!)

Dann darf sich Frau Walger-Demolsky bitte einmal kurz eindrücken. – Danke, das erleichtert mir, das Mikrofon für 90 Sekunden freizuschalten. Bitte.

Gabriele Walger-Demolsky (AfD): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Zum einen möchte ich feststellen: Nehmen Sie einfach zur Kenntnis, dass es auch AfDler mit einem Theaterabonnement gibt, und das sogar in Bochum. Das zum einen.

Aber wir sprechen hier ja nicht nur über Theater, wir sprechen zum Beispiel auch über Museen. Sie sprechen in der Regel von den Anbietern. Ja, die Anbieter werden aktuell durch Steuergelder noch sehr gut aufgefangen, insbesondere in Nordrhein-Westfalen. Aber was ist mit dem Menschenrecht auf kulturelle Teilhabe und auf Kultur? Das heißt, die Nutzerperspektive wird von Ihnen allen überhaupt nicht gesehen.

(Beifall von der AfD)

Oliver Keymis (GRÜNE): Frau Walger-Demolsky, ich finde es prima, wenn Sie nach Bochum ins Theater gehen und dort auch ein Abonnement pflegen. Das hilft in jedem Falle, insofern ist es immer gut, das zu tun.

Ich bin nicht der Meinung, dass wir übersehen, dass die Nutzer im Moment nicht ins Theater können. Das ist ein Opfer, das die Gesellschaft bringt. Ich habe eben über das Grundrecht auf Schutz des Lebens gesprochen. In der Abwägung geht es genau um diese Frage, was dann wichtiger ist. Darüber kann man natürlich verschiedener Meinung sein, wie immer im politischen Leben. Da es aber nun entschieden ist, wie es entschieden ist, und zwar von denen, die das gemeinsam entschieden haben, und wir es hier zumindest in der großen Breite des Hohen Hauses mittragen, muss man sich damit auch politisch abfinden.

Ich will aber die Gelegenheit nutzen, meinen Dank auch einmal an die Regierung dieses Landes aussprechen. Wenn ich darf, Herr Bialas, schließe ich mich gerne Ihren Worten an. Sie haben das eben nämlich sehr richtig gesagt. Wir im Kulturausschuss sind uns sehr einig darüber gewesen – da habe ich von Ihnen keine Widerrede vernommen –, dass die Hilfsmaßnahmen, die diese Landesregierung in den letzten Monaten für die Künstlerinnen und Künstler coronabedingt auf den Weg gebracht hat, ausgesprochen wichtig und hilfreich waren, dass sie konkret waren, dass die Künstlerinnen und Künstler weit über die Institutionen hinaus davon groß profitiert haben. Und – das möchte ich deutlich sagen – es gibt kein Bundesland in Deutschland, in unserer Republik, das so viel coronabedingt in die Kultur investiert hat wie Nordrhein-Westfalen. Das kann man auch einmal feststellen, wenn das so ist.

Herr Bialas hat es getan, ich tue es auch sehr gerne. Also Dank an die, die das machen. Daran sind viele Menschen beteiligt, die Ministerin steht vornean, aber ich weiß, dass das Haus, die Bezirksregierung und alle möglichen in den letzten Wochen und Monaten daran enorm gearbeitet haben, damit das Geld auch zu den Leuten kommt und die Unterstützung funktioniert. Es ist schön, dass ich noch die Gelegenheit hatte, das hier sagen zu können. – Danke für Ihre Kurzintervention zu diesem Punkt.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Keymis. Das waren Kurzintervention und Erwiderung. – Nun hat für die Landesregierung in Vertretung von Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen Frau Ministerin Scharrenbach das Wort.

Ina Scharrenbach^{*)}, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Vielen Dank. – Frau

Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Wie man mit der Kunst umgeht, ist Ausdruck der Kultur eines Landes. Insofern freut es uns als Landesregierung Nordrhein-Westfalen, dass die Unterstützungsmaßnahmen, die wir ja auch gemeinsam mit dem Landtag Nordrhein-Westfalen auf den Weg gebracht haben, auf breite Zustimmung stoßen. Daher darf ich das stellvertretend für Ministerin Pfeiffer-Poensgen gerne zurückgeben.

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen schließt sich den Ausführungen der Abgeordneten von CDU, SPD, FDP und Grünen an. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU, der FDP und Andreas Bialas [SPD])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin Scharrenbach. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir sind am Schluss der Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion hat direkte Abstimmung beantragt, sodass ich nunmehr frage, wer dem Inhalt des Antrags Drucksache 17/11670 zustimmen möchte. – Das ist die antragstellende Fraktion der AfD. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es eine Kollegin oder einen Kollegen, der sich der Stimme enthalten will? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass der **Antrag Drucksache 17/11670 abgelehnt** worden ist.

Wir kommen damit zu:

6 Nachhaltige Industrie in NRW mit einer Landesbeteiligung bei ThyssenKrupp Steel

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/11676

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/11823

Ich eröffne die Aussprache. Ich erteile für die Fraktion der SPD Herrn Abgeordneten Sundermann das Wort.

(Dietmar Brockes [FDP]: Jetzt kommt hoffentlich eine Entschuldigung!)

Frank Sundermann (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte die Chance nutzen, wenn ich heute noch einmal an diesem Platz stehe. Ich habe heute Morgen eine, fand ich, nicht so ganz schlechte Rede gehalten.

(Beifall von der SPD)

Aber ich habe im Zusammenhang dieser Rede dem Minister vorgeworfen, er würde auf die Betroffenen spucken. Dafür entschuldige ich mich ausdrücklich bei Ihnen, Herr Minister. Ich weiß, dass das nicht der Fall ist.

(Beifall von der SPD, der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns jetzt zu unserem Antrag zu thyssenkrupp kommen. Dieser Antrag soll allen hier im Plenarsaal, aber auch der Landesregierung die Gelegenheit geben, den Satz von der Systemrelevanz der Stahlproduktion, der immer wieder so gern geprägt wird, mit Inhalt zu füllen. Denn wir sehen hier einen akuten Handlungsbedarf. Wir fordern die Landesregierung an dieser Stelle deutlich auf, von der Seitenlinie auf das Spielfeld zu kommen und hier endlich eine aktive Rolle zu übernehmen.

(Beifall von der SPD)

Schauen wir auf den Gegenstand, thyssenkrupp Stahl. Drei Punkte möchte ich hier erwähnen, warum das Beschäftigen mit diesem Unternehmen so wichtig ist. Das eine – das ist für uns Sozialdemokraten natürlich immer das, was im Mittelpunkt steht – sind die Mitarbeiter. Immer noch arbeiten mehr als 20.000 Menschen bei thyssenkrupp Stahl. Es sind Menschen und Schicksale, um die wir uns kümmern müssen.

Das Zweite ist: Es ist eben nicht nur die Stahlproduktion, die dort stattfindet. Die Stahlproduktion bei thyssenkrupp hat einen sehr wichtigen Auftrag in der ganzen Wertschöpfungskette der Produktion in Nordrhein-Westfalen. Auch auf der Website des Wirtschaftsministeriums findet man die Aussage: Stahl ist das Rückgrat der Industrie. – Das unterstützen wir ausdrücklich.

Der dritte Punkt, den ich ansprechen möchte, betrifft die Fragen des Klimaschutzes und der CO₂-Reduktion. Auch in dieser Hinsicht ist die Stahlproduktion von zentraler Bedeutung, spielt eine zentrale Rolle. Wenn man sich nur eine Zahl vor Augen hält: 30 % der CO₂-Emissionen der Industrie in Nordrhein-Westfalen stammen aus der Stahlbranche.

Meine Damen und Herren, wie ist nun die aktuelle Situation? Ich möchte gern mit Ihnen auf die aktuelle Situation schauen, nicht auf die Kapriolen der letzten Jahre. Wie sieht es im Moment in diesem Unternehmen aus?

Das Unternehmen ist durch die Coronakrise durchaus akut gefährdet, weil die Stahlproduktion, die dort stattfindet, ihren Absatz hauptsächlich in der Automobilindustrie findet, die eine der Branchen ist, die zumindest am Anfang der Pandemie extrem unter den Problemen gelitten haben.

Deswegen stehen aus unserer Sicht der Verkauf und eine Beteiligung wieder auf der Tagesordnung. Auch

thyssenkrupp hat die Beteiligung wieder auf die Tagesordnung genommen. Es gibt aktuell auch einen konkreten Interessenten, nämlich Liberty Steel. Ich möchte von dieser Stelle aus über ein Unternehmen nichts Negatives sagen. Ich möchte nur sagen, wenn thyssenkrupp meine Tochter wäre, dann würde ich ihr sagen: Eine Liebesheirat wird das eh nicht. Schau dich lieber nach etwas Solidem um!

(Beifall von der SPD – Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Welche Anforderungen würde ich denn an einen Investor, der sich an dem Unternehmen beteiligen will, stellen? Der Investor muss Interesse am Erhalt des Unternehmens und an der nachhaltigen Entwicklung des Standorts haben. Das ist für uns wichtig, und nicht ein Investor, der nur daran interessiert ist, eine kurzfristige Gewinnmaximierung zu betreiben und das Unternehmen zu filetieren. Das ist für uns im Fokus dessen, was wir fordern, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Noch einmal deutlich: Es geht uns als Sozialdemokraten nicht um Restauration und Nach-hinten-Schauen. Es geht uns wirklich darum, an diesem Punkt Fortschritt zu gestalten. Wir wollen doch alle gemeinsam, dass das Unternehmen langfristig wettbewerbsfähig ist. Deswegen brauchen wir das Land als Ankerinvestor in diesem Unternehmen.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, es ist auch nicht die Frage, ob der Staat der bessere Unternehmer ist.

(Dietmar Brockes [FDP]: Doch!)

– Nein, das ist nicht die Frage, Herr Brockes. Darüber können wir gern diskutieren. – Die Frage ist: Ist das Unternehmen mit staatlicher Beteiligung besser aufgestellt, wenn es um den Erhalt von wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen geht? Diese Frage beantworten wir mit Ja.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Die nächste Frage ist: Ist das Unternehmen mit staatlicher Beteiligung besser aufgestellt, damit es seine wichtige Rolle in der Wertschöpfungskette weiter wahrnehmen kann? Diese Frage beantworten wir ebenfalls mit Ja.

Die nächste Frage ist: Ist das Unternehmen mit staatlicher Beteiligung besser aufgestellt, wenn es um die Transformation in Richtung auf eine CO₂-freie Stahlproduktion geht? Diese Frage beantworten wir auch mit Ja, meine Damen und Herren.

Ein Nein ist nämlich nicht faktenbasiert, ein Nein ist häufig ideologisch basiert. Insofern bitten wir Sie: Springen Sie über Ihren ideologischen Schatten und stimmen Sie mit Ja! – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sundermann. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU Herr Abgeordneter Rehbaum das Wort.

Henning Rehbaum^{*)} (CDU): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Stahlindustrie hat eine enorme Bedeutung für Nordrhein-Westfalen. Zigtausend Arbeitsplätze, 30 % des deutschen Stahls kommen aus Nordrhein-Westfalen. 4,5 % des deutschen CO₂-Ausstoßes verursacht die Stahlindustrie. Dadurch hat diese Branche ein Riesenzentral für CO₂-Einsparungen.

Wenn wir es falsch machen, dann verschieben wir die Stahlproduktion ins Ausland. Damit wäre dem Klima und auch den Arbeitsplätzen hier vor Ort in keiner Weise geholfen. Wir als NRW-Koalition wollen beides. Wir wollen den Erhalt der Stahlproduktion mit Zigtausenden Arbeitsplätzen, und wir wollen die Einsparung gewaltiger Mengen CO₂ in der heimischen Stahlproduktion, um die Klimaziele von Paris schneller zu erreichen.

Die Lage der Stahlindustrie und insbesondere von thyssenkrupp war schon im Jahr 2017, lange vor Corona, sehr schwierig. Ich entsinne mich noch an die Pressekonferenz des damaligen Thyssen-Vorstands zum Fusionsprojekt mit Tata Steel. Damals waren die Probleme wie heute: Überkapazitäten im Markt, Dumpingstahl aus China, hohe Energiekosten.

Jeder kennt die weitere Entwicklung bei Thyssen. Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder gingen von Bord. Der Betriebsrat hielt die Stellung. Die Fusion mit Tata wurde untersagt. In dieser kritischen Lage schaltete sich Ministerpräsident Armin Laschet als Brückenbauer, als Vermittler, als Unterstützer ein. Das zeigt, dass uns die Zukunft von thyssenkrupp sehr am Herzen liegt.

Die Lage ist nicht besser geworden, der Weltmarkt ist schwierig. Worauf kommt es jetzt an? Die weltweiten Wettbewerbsbedingungen müssen fair sein. Dumpingpreise und Zölle verzerren den Wettbewerb immer mehr. Überkapazitäten machen den Markt kaputt und sorgen für hohe Verluste bei fast jedem Stahlwerk. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass die EU-Handelsbeschränkungen gegenüber chinesischem Billigstahl erhalten bleiben.

Worauf kommt es jetzt weiter an? In einem Stahlmarkt in Turbulenzen ist die Gefahr der feindlichen Übernahme, des Squeeze-outs oder der Zerschlagung von eigentlich gut aufgestellten Unternehmen groß. Daher müssen Stahlwerke stark sein. Diese Bedingung erfüllt Thyssen zweifelsohne. Stahlwerke müssen betriebswirtschaftlich fit, also kosteneffizient sein. Auch hier ist thyssenkrupp Steel mit seinen 20.000 Mitarbeitern gut aufgestellt. Und Stahlwerke

müssen auf klimafreundliche, CO₂-arme Stahlproduktionen umgestellt werden. Punkt.

Die schwierige Marktlage, vielleicht auch befeuert durch Corona, ist existenziell bedrohend für Stahl in NRW und damit auch für Thyssen, und sie hat Auswirkungen bis hin zu den Maschinenbau- und Automotive-Clustern in Südwestfalen, Ostwestfalen-Lippe und im Münsterland.

Der Bund hat einen Werkzeugkasten für Schief lagen von Großunternehmen. Aber Vorsicht, nicht jedes Werkzeug hilft, ein Großunternehmen vor einem turbulenten Markt zu schützen; nicht jedes Werkzeug ist rechtlich zulässig. Manches Werkzeug weckt große Hoffnung bei Beschäftigten und Aktionären und in der Öffentlichkeit, und manches Werkzeug verschafft Zeit bis zum nächsten Step.

Wir wissen, dass der Bund intensive Gespräche mit Thyssen über die richtigen Instrumente staatlicher Unterstützung bis hin zur Staatsbeteiligung führt. Wir als NRW-Koalition haben großes Interesse, dass der Bund bei seinen Gesprächen die richtigen Instrumente wählt, die geeignet sind, um den größten und effizientesten Stahlstandort Europas mit seinen Arbeitsplätzen zu erhalten, damit er sich fit machen kann für die Zukunft, für den nächsten Step.

(Beifall von der CDU)

Der nächste Step für Stahlhersteller ist die Umstellung auf wasserstoffbasierte Stahlproduktion. Da ist NRW ganz weit vorn. Mit IN4climate, der Wasserstoffpremiere bei thyssenkrupp genau vor einem Jahr am 11.11.2019 und der Wasserstoff-Roadmap wurden aktiv die Weichen gestellt. Der Ausbau des Leitungsnetzes, die Anwendung des Wasserstoffs in der Mobilität, die Umstellung der Industrie auf Wasserstoff bis hin zu Instrumenten, um Investitionen und Betriebskosten zu decken, sind Teil des NRW-Ansatzes. Dazu gehört auch die Forderung nach CO₂-Contracts for Differences, die CO₂-Einsparungen von Industrieunternehmen belohnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, kein Bundesland ist besser vorbereitet für die Transformation der Industrie zum Wasserstoff als Nordrhein-Westfalen. Die Investitionen in die Transformation der Stahlwirtschaft sind viel zu groß für Nordrhein-Westfalen. 20 bis 30 Milliarden Euro Investitionen – über diese Summe spricht man bei thyssenkrupp. Zum Vergleich: In seinem 130-Milliarden-Euro-Konjunkturpaket hat der Bund 9 Milliarden Euro für Wasserstoff vorgesehen.

Die Aufgabe in Nordrhein-Westfalen ist es nun, Förderprogramme für den Wasserstoffeinsatz der Industrie und damit auch der Stahlwirtschaft so auszurichten, dass Mittel aus Berlin und Brüssel passgenau genutzt werden können. Die Transformation der europäischen Stahlindustrie laut der Pariser Klimaziele zu erreichen, ist eine europäische Aufgabe, und wir müssen alles daransetzen, die

Stahlwerke in Nordrhein-Westfalen für Mittel aus dem Green Deal fit zu machen.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

– Ich bin sofort fertig, Frau Präsidentin.

Thyssen steht also vor zwei gewaltigen Herausforderungen: im Weltmarkt zu bestehen und die Produktion auf Wasserstoff umzurüsten. In Sachen Wasserstoff in der Stahlindustrie ist NRW federführend. Das müssen Berlin und Brüssel honorieren und NRW-Stahlwerke wie Thyssen massiv bei der Umrüstung auf Wasserstoff unterstützen.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Ich komme zum Schluss. Wir als NRW-Koalition haben ein klares Ziel: NRW muss der führende Stahlstandort in Europa bleiben mit Zigtausenden Arbeitsplätzen, langen Wertschöpfungsketten, höchsten technischen Standards und CO₂-hergestelltem Stahl für die Welt.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Die Redezeit.

Henning Rehbaum¹⁾ (CDU): Gemeinsam mit Brüssel und Berlin kann das gelingen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Nadja Lüders [SPD])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Rehbaum. Es war ein langer Schluss.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Und kein Inhalt! – Sarah Philipp [SPD]: Lange angefangen und nichts gesagt!)

– Als nächster Redner hat nun für die Fraktion der FDP Herr Abgeordneter Brockes das Wort.

Dietmar Brockes²⁾ (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Einmal mehr stellt die SPD heute hier die Forderung in den Raum, dass das Industrieunternehmen thyssenkrupp verstaatlicht werden soll.

(Zuruf von Sarah Philipp [SPD])

Sonst eher unkonkret und insbesondere auch mit Forderungen, dass sich der Bund beteiligen soll, geht es jetzt in diesem Antrag darum, dass es nur noch das Land ist, was sich an diesem planwirtschaftlichen Ansatz beteiligt. Meine Damen und Herren, ich vermute, dass dies deutlich machen soll, dass Sie mit Ihrem planwirtschaftlichen Ansatz bei Ihrer eigenen Bundesregierung bereits gescheitert sind.

(Zuruf von Sarah Philipp [SPD])

Der Antrag fordert nicht nur eine staatliche Beteiligung an thyssenkrupp, sondern auch an weiteren Unternehmen, wie man ja der Forderung nach dem NRW-Stabilitäts- und Transformationsfonds ersehen kann.

Meine Damen und Herren, die Sozialdemokraten müssen endlich verstehen und auch einsehen, dass staatliche Beteiligungen kein Allheilmittel sind. Die Politik kann helfen, und sie tut es auch. Aber der Staat ist eben nicht der bessere Unternehmer, und er ist auch nicht der bessere Stahlkocher.

(Beifall von der FDP und Gregor Golland [CDU])

Herr Kollege Sundermann, Sie haben das ja eben infrage gestellt, aber Sie sind auf der anderen Seite dann die Belege, wo es der Fall gewesen wäre, dass der Staat der bessere Unternehmer ist, bis heute schuldig geblieben.

Meine Damen und Herren, vielmehr braucht es ganzheitliche Ansätze, die geeignete Rahmenbedingungen und Unterstützungsmaßnahmen schaffen, wodurch die Unternehmen eigenständig den Transformationsprozess bewältigen können. Hier ist vor allem auch der Bund gefragt.

Die Landesregierung hat hierfür schon sehr viel auf den Weg gebracht, sei es das industriepolitische Leitbild, die Initiative IN4climate.NRW und das Spitzencluster Industrielle Innovationen, SPIN. Dieses Beispiel ist sehr gut, um Unternehmen bei ihrer Transformation zu helfen.

Schon 2018 hat diese Landesregierung einen Stahlgipfel eingerichtet, sich mit allen Beteiligten an einen Tisch gesetzt, ist in den Dialog eingetreten und führt diesen bis heute fort.

Meine Damen und Herren, das ist der richtige Weg, um gerade wichtigen Industrien auf dem Weg zur Transformation zu helfen.

(Beifall von der FDP und Petra Vogt [CDU])

Meine Damen und Herren, Minister Pinkwart hat in dieser Woche die Wasserstoff-Roadmap NRW vorgestellt. Wasserstoff hat eine Schlüsselrolle beim Umbau zu einer klimafreundlicheren Wirtschaft und ist besonders wichtig für die Stahlindustrie. Die Landesregierung begleitet und fördert gemeinsam mit der Bundesregierung und der Europäischen Kommission den Weg, den Hochofen durch einen Direktreduktionsofen basierend auf Wasserstoff zu ersetzen. Hier können wir mit Unterstützung eben dafür sorgen, dass unsere Industrie in die nächste Generation geführt wird.

Sie bringen häufig, wenn es um thyssenkrupp geht, das Beispiel oder den Vergleich mit Salzgitter. Da möchte ich Ihnen sagen, die staatliche Beteiligung an der heutigen Salzgitter AG ist mit der aktuellen Situation von thyssenkrupp nicht vergleichbar. Wenn das

so als Beispiel aufgeführt wird, müsste man auch mal die Frage stellen: Geht es der Salzgitter AG durch diese Staatsbeteiligung denn nun besser? Wohl kaum, meine Damen und Herren. Heute sind die dritten Quartalszahlen verkündet worden mit einem deutlichen Fehlbetrag von insgesamt über 200 Millionen Euro in diesem Jahr, natürlich auch sehr stark coronabedingt. Aber auch in den vergangenen Jahren waren die Fehlbeträge sehr hoch.

Meine Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen hat keine Tradition von staatlichen Industriebeteiligungen. Vielmehr sollen Unternehmensbeteiligungen nur stattfinden, wenn wichtige Interessen des Landes nicht auf anderen Wegen besser oder wirtschaftlicher erreicht werden können. Dies hat sich bewährt.

Ich sage Ihnen abschließend: Wir als FDP-Landtagsfraktion wollen, dass thyssenkrupp wieder ein international wettbewerbsfähiges Unternehmen wird und die Arbeitsplätze so weit wie möglich erhalten bleiben. Aber eine Staatsbeteiligung wird dieses Ziel nicht erreichen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Brockes. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Abgeordneter Becker das Wort.

Horst Becker^{*)} (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir heute zum wiederholten Mal das Unternehmen thyssenkrupp hier diskutieren, dann sprechen wir hier letztlich über ein Stück Industriegeschichte des Landes Nordrhein-Westfalen, ein Stück, das Nordrhein-Westfalen stark geprägt hat und was in letzter Konsequenz auch eigentlich für Nordrhein-Westfalen steht, nicht nur von seinen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern her, sondern eben auch im Hinblick auf Tradition, High-tech, Ingenieurkunst und gute Produkte.

Ich glaube, ich spreche für alle hier, wenn ich sage, dass es uns ein Stück weit weh tut, wenn wir sehen, was in den letzten Jahren aus diesem Unternehmen geworden ist. Ich will bei dieser Gelegenheit aber auch noch mal betonen, dass das zum großen Teil auch Managementfehler waren. Wir haben in der Vergangenheit schon öfter darüber diskutiert, welche enormen Managementfehlleistungen es gegeben hat und wie viele Milliarden unter anderem durch das Südamerikageschäft seinerzeit verbrannt worden sind.

In diesem Zusammenhang muss man auch noch mal betonen, dass die Miteigentümer jedenfalls nach meiner Ansicht eben nicht immer nur das Unternehmen im Blick haben. Wenn man auf den Investor Cevian aus Schweden guckt, dann, glaube ich, kann

man durchaus von einer Heuschrecke sprechen und davon, dass die nicht immer nur das Beste des Unternehmens im Blick hat.

Genau das konnte man in den letzten Jahren erleben, wenn es um die Aufzugssparte ging, und in den letzten Monaten bei dem Verkauf der Aufzugssparte sehen. Wir kommen meiner Meinung nach zu einer Frage, bei der dieses Land in einem Dilemma steckt. Es steckt unter anderem deswegen in einem Dilemma, weil es natürlich so ist, dass wir mit unserer Stiftung ein Stück weit an Erträgen interessiert sind. Ich glaube, dass da eine der Ursachen zu suchen ist, die möglicherweise die Kollegen der SPD zu dieser Lösung bringt, die sie hier anstreben.

Es stellt sich ja die Frage, warum wir als Land nicht in der Lage sind, beim Wirtschaftssicherungsfonds für dieses Unternehmen eine Beteiligung zu erreichen. Die hätte dann allerdings zur Folge – und das ist ja auch von Teilen der SPD immer wieder gefordert worden –, dass in der Zeit keine Ausschüttungen und keine Dividenden zustande kommen und auch die Manager ein Stück weit auf ihre Gehälter verzichten müssen.

Der Wirtschaftsstrukturfonds wäre aus unserer Sicht der richtige Weg im Zusammenhang damit, dass sich dieses Unternehmen neu aufstellen muss. Herr Rehbaum, da gebe ich Ihnen völlig recht. Es muss sich neu aufstellen. Das ist die einzige Chance. Das haben wir immer gesagt. Nur mit der Wasserstoffwirtschaft kann es sich neu aufstellen, damit es mit dieser Sicherung aus dem Wirtschaftsstrukturfonds in der Zukunft arbeiten kann.

Das setzt natürlich voraus, dass wir uns dann um die Mindereinnahmen für die Stiftung kümmern. Dazu haben wir einen Weg aufgezeigt, und wir sind der Auffassung, dass das tatsächlich der richtige Weg ist.

Zusammengefasst: Wenn wir tatsächlich wollen, dass dieses Unternehmen eine Zukunft hat, dann glauben wir im Gegensatz zu Ihnen von der FDP an eine staatliche Beteiligung. Wenn die Lufthansa eine staatliche Beteiligung verdient, dann verdient thyssenkrupp sie allemal. Aber wir glauben, das ist eine der Beteiligungen, die den gleichen Maßgaben zu unterliegen hat, wie das ansonsten auch bei dem WSF der Fall ist. Und wir glauben, dass das Land dann aufgerufen ist, sich um die Mindereinnahmen, die es dann für die Stiftung gibt, und um die Aufgaben zu kümmern, die die Stiftung wahrnimmt.

In diesem Sinne bitte ich Sie, unserem Entschließungsantrag zuzustimmen und den Weg zu beschreiten. – Schönen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Becker. – Jetzt spricht Herr Loose für die AfD-Fraktion.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Viele Arbeiter bei thyssenkrupp fürchten um ihre Existenz. Das hat mehrere Gründe. Ein Grund war tatsächlich das Managementversagen bei den Spekulationen in Brasilien.

Aber ein Unternehmen kann sich von einem solchen Rückschlag erholen, wenn es sich in einem gesunden Umfeld befindet. Dieses gesunde Umfeld wurde aber in den letzten Jahren politisch zerstört – auch von den hier sitzenden Kollegen des Altparteienkombinats.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Hui!)

Ein wichtiges Geschäftsfeld von thyssenkrupp war die Lieferung von Stahl beim Bau von Kraftwerken. Mit dem Kernenergie- und Kohleausstieg wurde dieser Markt jedoch politisch zerstört.

(Zuruf von Dr. Günther Bergmann [CDU])

Ein zweites Geschäftsfeld von thyssenkrupp war und ist die Automobilbranche. Doch auch diese Branche wird politisch zerstört: EU-Vorschriften für Grenzwerte beim Feinstaub, die fernab jeglicher medizinischer Logik liegen, EU-Vorgaben für einen absurd niedrigen Benzinverbrauch, der technisch nicht einzuhalten ist, der politisch erzwungene Umstieg auf teure und umweltfeindliche E-Autos.

(Zuruf von Dr. Günther Bergmann [CDU])

VW hat ja bereits angekündigt, Fabriken für Verbrennerautos nur noch im Ausland zu bauen. Klarer kann man es den Zuliefererbetrieben, kann man es der Stahlbranche gar nicht mehr sagen. Die Botschaft von VW ist klar: Wir brauchen euch in Deutschland nicht mehr, denn wir produzieren nur noch im Ausland.

Damals sind zwei wesentliche Geschäftsfelder von thyssenkrupp politisch zerstört worden. Aber Sie gehen jetzt nicht einfach hin und ändern die politische Zerstörung und halten diese auf. Nein, jetzt üben Sie den nächsten politischen ideologischen Druck auf thyssenkrupp aus. Jetzt erzwingen Sie die Stahlproduktion mit Wasserstoff. Dabei sagte ein Vertreter von thyssenkrupp ganz klar – Herr Pinkwart, Sie waren nicht bei der Anhörung, Ihre Kollegen schon –: Dadurch wird unsere Produktion um 30 % teurer. – Die Produktion wird 250 Euro pro Tonne Stahl mehr kosten. Diese Verteuerung wird dazu führen, dass deutscher Stahl noch teurer wird als ausländischer Stahl. Denken Sie an den Stahl aus China.

Deutschland hat die höchsten Strompreise in Europa. Sie wissen, die Produktion, die Industrie in Deutschland ist energieintensiv. Statt Versorgungssicherheit für die Unternehmen gibt es „Zappelstrom“. So ist es eben nicht verwunderlich, dass der Stahl für die Leverkusener Brücke aus China kommt. Liebe Kollegen von SPD und Grünen, es war

Ihre Ausschreibung. Am Ende hat der Billigstahl aus China dank des dortigen Kohlestroms gewonnen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Jetzt kommt die Geschichte wieder!)

Doch jetzt kommt die Lösung der SPD, der Staat solle einfach Eigentümer bei thyssenkrupp werden und das Unternehmen dann in die Transformation überführen, um thyssenkrupp zu einem sogenannten klimaneutralen Stahlerzeuger zu machen. Die Methode der Verstaatlichung kennen wir bereits aus der DDR. Dort hießen diese Betriebe dann VEB – Volkseigener Betrieb. Solche rückwärtsgewandten Konzepte, liebe SPD, brauchen wir hier in NRW nicht.

Dennoch glauben Sie als SPD, der Staat sei der bessere Unternehmer. Dann gucken wir uns doch mal an, was mit Ihren Kollegen in den rot-grünen Städten passiert. Da sind Kämmerer, Bürgermeister und Stadträte, die glauben, sie könnten am Kapitalmarkt zum Beispiel mit Wettgeschäften auf Zinsen oder mit Fremdwährung Geld verdienen, oder die glauben, sie könnten ein Unternehmen wie STEAG für 1 Milliarde Euro kaufen und diesen Konzern dann transformieren.

(Dr. Günther Bergmann [CDU]: Die Redezeit!)

Diese Transformation bei STEAG führte allerdings nur dazu, dass das Geld der Bürger transformiert, also schlicht vernichtet wurde. Hunderte von Millionen Euro haben die Städte Dortmund, Bochum, Essen, Oberhausen, Duisburg und Dinslaken mit STEAG verzockt. Das waren Hunderte von Millionen Euro, die die fleißigen Bürger in diesen Städten durch höhere Grundsteuern, durch höhere Gewerbesteuern zu tragen haben.

Gucken wir uns doch mal die Beschäftigtenzahl an. Sie wollen ja die Beschäftigten retten. STEAG entlässt nun 1.000 Mitarbeiter. 1.000 Mitarbeiter! Sie haben das Unternehmen vernichtet, und sie haben die Arbeitsplätze vernichtet – Ihre Kollegen in diesen Städten!

Es hat sich doch gezeigt, dass der Staat eben nicht der bessere Unternehmer ist. Trotzdem glauben Sie, Sie müssten bei thyssenkrupp einsteigen. Weshalb? Stehen da die nächsten Aufsichtsratsposten an? Ist das Ihr Wunsch?

Wir als AfD stehen allerdings zu den Mitarbeitern bei thyssenkrupp. Wir stehen zu unserer Industrie, und deshalb brauchen wir eine echte Unterstützung unserer Industrie. Wir brauchen eine günstige und zuverlässige Energieversorgung. Wir brauchen ein Ende der industriefeindlichen Politik in der EU, in der Bundesregierung und auch in der Landesregierung, Herr Pinkwart. Nur so können wir langfristig unsere Industrie und damit auch unsere Arbeitsplätze erhalten. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Loose. – Jetzt spricht Herr Minister Professor Dr. Pinkwart für die Landesregierung.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben es bei dieser Debatte mit einem für Nordrhein-Westfalen sehr wichtigen und ernsthaften Thema zu tun. Ich möchte mich zunächst persönlich sehr herzlich bei Herrn Kollegen Sundermann für seine Entschuldigung bedanken. Ich hätte das auch von Ihnen gar nicht anders erwartet, wenn ich das so sagen darf. Ganz herzlichen Dank dafür!

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Jetzt sind wir an einem Punkt, an dem wir uns hier in Nordrhein-Westfalen sehr intensiv über thyssenkrupp austauschen müssen. Es wird weder die erste noch die letzte Diskussion darüber sein. Es ist für Nordrhein-Westfalen ein ganz wichtiges Unternehmen.

Die Debatte hat gezeigt, dass der Stahlbereich nicht nur für die dort Beschäftigten, sondern auch für unsere Industrie insgesamt, für unseren Industriestandort und auch für die von uns angestrebte Weiterentwicklung des Industriestandortes von großer Bedeutung ist. Es gibt natürlich unterschiedliche Sichtweisen über die Notwendigkeit des Transformationsprozesses in der Industrie.

Betrachtet man den europäischen Stahlmarkt, wie er sich jetzt schon abzeichnet, kann ich meinem Vordränger nur zurufen: Wer sich jetzt nicht anpasst, wer glaubt, dass er den Umbau zur klimaneutralen Entwicklung der Industrie nicht machen muss, der wird in Zukunft einen erheblichen Verlust an Arbeitsplätzen zu beklagen haben; das jedenfalls ist ganz sicher.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Das ist auch beim Stahl sicher. Unterhalten Sie sich bitte mal mit den anderen Stahlunternehmen in Europa, die sich schon längst neu aufgestellt haben. Der Stahlbereich von thyssenkrupp steht im Gespräch mit europäischen Wettbewerbern, zum Beispiel mit der SSAB aus Schweden, die ab 2026 klimaneutralen Stahl in Europa produzieren können will.

Reden Sie mit Liberty Steel, wo man sich einen Konzern zusammenbaut, in dem sich Wind, Photovoltaik und andere Themen um den Stahl herum ranken. Die haben beim Thema „Stahl in Europa“ sehr zukunftsweisende Vorstellungen. Und das haben wir hier in Nordrhein-Westfalen auch. Deswegen bin ich dankbar, dass wir mit thyssenkrupp, aber auch mit anderen Unternehmen schon vor Jahren mit unserer Initiative IN4climate begonnen haben, genau diese The-

men mit unseren Industrieunternehmen zu diskutieren.

Die Landesregierung ist dankbar, dass unternehmer nrw dem Ministerpräsidenten und der Landesregierung 13 Projekte vorgestellt hat, mit denen die Industrie in Nordrhein-Westfalen Wasserstoff zu einem Schlüssel für den Wandlungsprozess in der Industrie in Nordrhein-Westfalen machen will.

Genau dieses zukunftsgerichtete Engagement der Unternehmen brauchen wir in diesem Land, damit wir auch zukünftig wettbewerbsfähig bleiben können.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das setzt natürlich voraus, dass wir die Rahmenbedingungen richtig setzen; das ist Aufgabe der Politik. Deswegen bereiten wir die Gespräche entsprechend vor.

Pandemiebedingt kommen wir im Dezember zu einem High-Level-Meeting mit dem Bundeswirtschaftsminister, dem Ministerpräsidenten und den für Stahl zuständigen Ländervertretern sowie den Unternehmensvertretern und den Sozialpartnern virtuell zusammen, um über das Handlungskonzept zu sprechen, das die Bundesregierung für den Stahlbereich ausarbeitet.

Hoffentlich wieder unter besseren Bedingungen wollen wir dann Anfang des Jahres in einer Präsenzveranstaltung zu einem Stahlgipfel in Duisburg zusammenkommen, um Sorge dafür zu tragen, dass die Rahmenbedingungen für eine solche fortschrittsorientierte Entwicklung des Stahls stimmen.

Parallel dazu laufen natürlich die Gespräche des Unternehmens, das sich in einer schwierigen Situation befindet – das ist nicht neu –, wobei Corona sie sicherlich verschärft hat. Die Themen begleiten das Unternehmen und uns schon seit vielen Jahren und bedürfen einer Beantwortung.

Das wird momentan durch die Bundesregierung und das Land Nordrhein-Westfalen in Arbeitsgruppen begleitet. Es wird geprüft, ob der Wirtschaftsstabilisierungsfonds eine Option sein kann.

Hier unterscheiden sich schon die Antragsinitiativen und die Initiativen, die wir wahrnehmen: Ist es das Unternehmen als Ganzes, oder ist es ein Teilbereich des Unternehmens? Dort werden unterschiedliche Strategien verfolgt.

Im Moment sehen wir es so, dass das Unternehmen und die Sozialpartner eher daran denken, den Stahl alleine abzuspalten und dann unter den WSF zu stellen; das wird geprüft. Meine Sicht auf die Dinge ist: Das macht es nicht einfacher. Wir werden sehen, wie die Ergebnisse dieser Prüfung durch den Bundesfinanzminister und den Bundeswirtschaftsminister ausfallen.

Ich kann Ihnen zusichern, dass wir in Nordrhein-Westfalen alles unternehmen, auch unsererseits Wege zu suchen, wie wir dem Unternehmen in der akuten Krise wirksam helfen und einen Weg bauen können, dass thyssenkrupp und der Stahl in diesem Wandlungsprozess eine gute Zukunft finden können.

Dabei ist völlig klar: Diese Anpassung wird schneller kommen müssen, als es möglicherweise auch das Unternehmen in der Vergangenheit gesehen hat. Meine Gespräche mit den Stahlunternehmen in Europa zeigen mir jedenfalls, dass man nicht über 2050, sondern eher über 2030 redet.

Wir werden also wie unter einem Brennglas – wie es so oft heißt – sehen, wie wir die Dinge hier vorantreiben können. Das Unternehmen hat schon deutlich gemacht, dass es nicht ohne einen starken Partner gehen wird. Deswegen laufen die Gespräche mit mehreren, die wir sehr aktiv begleiten.

Wir hoffen, dass eine starke Partnerschaft mit einem starken Standort in Duisburg zum Tragen kommt. Wir wollen den Stahl, und wir brauchen den Stahl, aber wir brauchen den modernsten, den innovativsten und den klimafreundlichsten Stahl sowie ein tragfähiges Unternehmenskonzept. Dafür setzen wir uns ein. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit kommen wir zur Abstimmung, und zwar zunächst über den Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/11676. Die antragstellende Fraktion hat direkte Abstimmung beantragt. Wer stimmt dem Antrag zu? – Die SPD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete Langguth. Wer Enthält sich? – Die grüne Fraktion. Damit ist der Antrag der SPD **Drucksache 17/11676** mit der Mehrheit im Hohen Haus **abgelehnt**.

Zweitens stimmen wir über den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/11823 ab. Wer stimmt diesem Entschließungsantrag zu? – Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – SPD, CDU, FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete Langguth. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Entschließungsantrag Drucksache 17/11823** mit breiter Mehrheit im Hohen Haus **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

7 Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen

Große Anfrage 22
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/8873

Antwort
der Landesregierung
Drucksache 17/11081

Die Aussprache ist eröffnet. Für die grüne Fraktion spricht die Fraktionsvorsitzende Frau Schäffer.

Verena Schäffer* (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die rechtsextremen Anschläge im Jahr 2019 und auch im Jahr 2020 haben uns noch einmal sehr schmerzhaft vor Augen geführt, wie gewaltbereit und menschenverachtend Rechtsextreme sind und welche Gefahr von ihnen ausgeht.

Die Anschläge von Halle und Hanau wurden von Tätern begangen, die dem sogenannten neuen rechtsextremen Tätertypus entsprechen, also von Tätern, die sich im Internet radikalisiert haben.

Der Mord an Dr. Walter Lübcke im letzten Jahr hat meines Erachtens aber auch gezeigt, dass auch vom klassischen organisierten Rechtsextremismus weiterhin sehr große Gefahren ausgehen.

Deshalb haben wir diese Große Anfrage zum Rechtsextremismus sowie zu rechtsextremistischen Strukturen und Personen in Nordrhein-Westfalen gestellt.

Die Antwort macht ganz klar deutlich, dass die Gefahr des Rechtsextremismus auch in Nordrhein-Westfalen weiter hoch ist. Wir brauchen sowohl repressive Maßnahmen als auch präventive Maßnahmen. Wir brauchen den Schulterschluss aller Demokratinnen und Demokraten, um dieses rechtsextreme Gedankengut zu bekämpfen.

(Beifall von den GRÜNEN und Andreas Bialas [SPD])

Die Große Anfrage macht deutlich, dass die Bedeutung der Partei Die Rechte weiterhin hoch ist. Mitglieder dieser Partei, die eine Nachfolgeorganisation der 2012 verbotenen Kameradschaften ist, haben zwischen November 2008 und Februar 2020 insgesamt 378 politisch motivierte Straftaten begangen, darunter 85 Körperverletzungsdelikte und davon 71 gefährliche Körperverletzungen. Dazu kommen noch acht Straftaten nach dem Waffengesetz und ein Fall von Terrorismusfinanzierung.

(Unruhe)

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Schäffer, darf ich Sie mal kurz unterbrechen? – Liebe Kolleginnen

und Kollegen, es ist mir hier oben zu laut. Es werden zu viele Gespräche am Rande des Plenums geführt. Darf ich Sie bitten, die Gespräche draußen zu führen und ansonsten Platz zu nehmen, damit wir der Debatte gemeinsam folgen können? – Danke schön.

Frau Schäffer, Sie haben das Wort.

Verena Schäffer^{*)} (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Präsident. – Ich will damit deutlich machen, dass es allein mit Blick auf nur eine rechtsextreme Organisationsstruktur, die gerade einmal 290 Mitglieder hat, ein so hohes Gewaltpotenzial gibt.

Das zeigt sehr deutlich, welches Gewaltpotenzial es insgesamt in der rechtsextremen Szene gibt. Deshalb will ich ein Schlaglicht auf Waffenaffinität legen.

Laut den Angaben der Landesregierung sind neun Personen aus den rechtsextremen Organisationen im Besitz mindestens einer Waffe, und 31 Personen haben einen kleinen Waffenschein.

Dazu kommen noch die Personen aus der Reichsbürgerbewegung, die ich auch als im Kern rechtsextremistisch bezeichnen würde. Das sind 162 Personen, die eine waffenrechtliche Erlaubnis haben, 58 davon mit Waffenerlaubnis für eine Schusswaffe.

Wir müssen davon ausgehen, dass es insgesamt mehr Waffen in der rechtsextremen Szene gibt, sowohl legale Waffen als auch illegale Waffen. Das finde ich sehr besorgniserregend auch mit Blick auf die Anschläge, die es in der letzten Zeit gegeben hat. Aus meiner Sicht muss dringend überprüft werden, und zwar nicht nur bei der Reichsbürgerbewegung, sondern insgesamt, ob diesen rechtsextremen Personen die Waffenerlaubnis entzogen werden kann, weil klar sein muss, dass Waffen nicht in die Hände von Verfassungsfeinden gehören.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich komme nun zu den Mischszenen aus Hooligans, Rockern und Neonazis. Ich halte inzwischen den Begriff „Mischszenen“ für fast verharmlosend, weil diese Gruppierungen eindeutig rechtsextrem ausgerichtet sind.

Ein Drittel des Kerns der „Besorgten Bürger Herne“ hat rechtsextreme Bezüge. Führende Akteure von der Partei „Die Rechte“, der NPD, „Kampf der Nibelungen“, der „Identitären Bewegung“ haben an Versammlungen dieser Mischszenen teilgenommen. Laut Antwort der Landesregierung wurden Ermittlungen wegen der Bildung terroristischer Vereinigungen bei Mitgliedern der „Steeler Jungs“, dem Verein „Mönchengladbach steht auf“ und den „Besorgten Bürgern Herne“ eingeleitet. Hier wird also noch einmal sehr deutlich, welche Personen sich in diesen sogenannten Mischszenen treffen.

Deshalb dürfen wir sie auf gar keinen Fall irgendwie abtun, sondern das sind im Kern Rechtsextreme. Das muss man auch so klar benennen.

Dann noch ein Schlaglicht auf das Thema „Rechtsrockszene“. Wir wissen, dass das Thema „Musik und Rechtsrockkonzerte“ ein wesentlicher Bestandteil rechtsextremer Erlebniswelten ist. Es ist aber nicht nur eine Erlebniswelt, sondern diese Musik dient auch der Verbreitung der rechtsextremistischen Ideologie und der rechtsextremen Vernetzung. Das sehen wir ganz deutlich an solchen Organisationen wie „Blood and Honour“ oder „Combat 18“. „Combat 18“ ist inzwischen verboten.

Ehrlich gesagt – wir haben die Diskussion schon geführt – kann ich nach wie vor nicht nachvollziehen, warum man die Gruppe „Blood and Honour Schweden“ nicht als Nachfolgeorganisation der bereits im Jahre 2000 verbotenen „Blood and Honour Sektion Deutschland“ gezählt hat und damit die aus ihr hervorgegangene Gruppe, die sogenannten „Brothers of Honour“, nicht mit verbietet, dass sie also nicht vom Verbot mitbetroffen sind, zumal einer der führenden Rechtsextremen in Dortmund, den es in der Musikszene gibt, bei Oidoxie und in anderen Gruppierungen, auch hier mitmischet. Ich meine, dass die von dem Verbot von „Blood and Honour“ mitbetroffen sein sollten.

(Beifall von den GRÜNEN und Andreas Bialas [SPD])

Letzte Anmerkung bezüglich rechtsextremer Musik: Ich habe begründete Zweifel, dass die tabellarische Übersicht über die Konzerte in der Antwort der Landesregierung auf unsere Anfrage wirklich stimmig ist. Aus meiner Sicht fehlen da Konzerte und Angaben. Dem werden wir im Innenausschuss gemeinsam nachgehen können. Es gibt noch mehr Konzerte, die öffentlich bekannt sind, die hier nicht auftauchen. Ich will darauf hinweisen, dass wir hier noch weiteren Diskussionsbedarf haben.

Aber ich freue mich jetzt erst einmal auf die gemeinsame Debatte. – Vielen Dank dafür.

(Beifall von den GRÜNEN und Andreas Bialas [SPD])

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Schäffer. – Nun spricht für die CDU Herr Panske.

Dietmar Panske (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Extremismus stellt nicht nur für unsere freiheitliche Grundordnung, für unser friedliches Zusammenleben und für jeden einzelnen Bürger eine Gefahr dar, egal, ob der Extremismus von links, von rechts oder aus einer religiösen Anschauung wie beim Islamismus kommt. Der Rechtsstaat darf Extremisten und Extremismus

keinen Raum geben und muss ihn mit aller Kraft bekämpfen – ohne Zögern und unnachgiebig.

(Beifall von der CDU)

Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage, aber auch die aktuellen Verfassungsschutzberichte zeigen sehr deutlich, dass der Rechtsextremismus sowohl in Qualität, aber auch in Quantität eine sehr ernst zu nehmende Bedrohung und Gefahr geworden ist – eine Gefahr, die mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln weiter bekämpft werden muss, offen und auch verdeckt.

Rechtsextremismus – das können wir aus der Antwort auf die Anfrage entnehmen – konzentriert sich nicht mehr auf die klassischen Aktionsfelder einer rechtsextremen Partei. Nein, die Strukturen sind viel komplexer. Sie sind schwerer zu erkennen. Die Bandbreite reicht von Gruppen mit völkischer Gesinnung, Bürgerwehren und Reichsbürgern über Hooligans und Rockern bis hin zu rechten Rockbands und Kampfsportvereinen. Rechte Gruppierungen suchen und finden in jüngster Zeit auch immer weiter Nähe zu Verschwörungstheoretikern und Coronaleugnern.

Medien und der Medienmix spielen bei der Verbreitung ihrer Propaganda eine zentrale und entscheidende Rolle. In den sozialen Medien erleben wir dabei Entgrenzung und Radikalisierungstendenzen. Sie sind das zentrale Aktionsfeld für neue Inszenierungen in einem sehr dynamischen Prozess.

Meine Damen und Herren, bei dem heutigen Rechtsextremismus geht es um keine Einzelfälle. Nein, das extreme Übel ist ein gefährliches Netzwerk, das immer wieder unsere Werteordnung angreift. Nicht umsonst hat Innenminister Reul im aktuellen Verfassungsschutzbericht davon gesprochen, dass inzwischen – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten – der Rechtsextremismus die größte Herausforderung der inneren Sicherheit Nordrhein-Westfalens ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Rechtsextremismus ist die Vorstufe von Gewalt und von Terrorismus. Auch hier kann ich den Minister aus dem Verfassungsschutzbericht zitieren:

Der Extremist von heute kann der Terrorist von morgen werden.

Deshalb muss weiterhin alles dafür getan werden, damit rassistische und antisemitische Taten wie der Mord an Walter Lübcke, wie das Attentat auf die Synagoge in Halle, wie der Mordanschlag in Hanau, aber auch die rechtsterroristischen Gewalttaten aus der Zeit des NSU verhindert werden.

So wie der Rechtsterrorismus eine Vorstufe hat, nämlich den Extremismus, genauso hat der Extremismus eine Vorstufe, den Populismus. Das Anheizen von Stimmung gegen Andersdenkende und Andersaussehende, das Schüren von Ressentiments und

Vorurteilen, all das – das sage ich ganz bewusst – beflügelt Tendenzen zum Extremismus, in der Folge auch zum Rechtsterrorismus. Daher gilt es, rechtzeitig, unüberhörbar und energisch Stopp zu sagen und zu handeln.

Es ist jedoch nicht alleinige Aufgabe von Ordnungsbehörden, Polizei, Verfassungsschutz, Staatsanwaltschaft, Gerichten, den Extremismus zu verfolgen, aufzuklären und zu bestrafen. Nein, es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Es liegt auch in der Verantwortung demokratischer Parteien, dem Extremismus und seinem Vorhof den Nährboden zu entziehen.

Unsere Aufgabe muss es sein, dem mit einem klaren Nein zu Hass, zu Hetze und zu Diskriminierung in Wort und Tat auf allen Ebenen zu begegnen.

(Beifall von Andreas Bialas [SPD])

Damit wir uns hier klar verstehen – das richte ich eher an den rechten Rand dieses Hauses –, wir werden Sie in die Pflicht nehmen, dass auch Sie Hass, Hetze und Diskriminierung deutlich entgegenstehen.

Meine Damen und Herren, die Antworten auf die Große Anfrage zeigen in ihrer Gesamtbetrachtung, mit welcher Intensität der Rechtsextremismus beobachtet und analysiert wird.

(Beifall von der CDU)

Dazu zählt neben der Repression auch die Prävention. Auch das kann man dem Verfassungsschutzbericht entnehmen. Wir haben häufig im Innenausschuss darüber gesprochen. Da werden viele Programme auf den Weg gebracht und weiterentwickelt.

Die regierungstragenden Fraktionen von CDU und FDP werden die Landesregierung bei diesem Kampf weiterhin konsequent unterstützen. Für uns ist klar, dass auch zukünftig konkret gehandelt werden muss mit allen Mitteln des wehrhaften Rechtsstaats. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU, der FDP und Andreas Bialas [SPD])

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Panske. – Jetzt hat das Wort für die SPD-Fraktion Herr Kollege Bialas.

Andreas Bialas (SPD): Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf zunächst den Grünen für das Stellen der Großen Anfrage und natürlich der Landesregierung für die Beantwortung derselben danken.

Das ist eine wichtige Anfrage. Aber es gibt leider kein schönes Ergebnis, sondern vielmehr eine Antwort, die das ganze Ausmaß und die Gefahr des Rechtsextremismus in NRW darstellt – leider auch, dass die

Gefahr zu- und nicht abnimmt und dass sie immer verästelte und infiltrierende wird und wirkt.

Ich will nicht über die exorbitanten Straftaten reden. Wir kennen sie alle. Ich möchte auch nicht über die Begrifflichkeit von Extremismus sprechen. Das kennen wir ebenfalls. Wir brauchen auch keine Bekenntnisse abzugeben, inwieweit die Extremen nicht auf dem Grundgesetz fußen. Auch das ist uns eigen.

Aber ich möchte darüber reden, wie Grundkriterien des Rechtsextremismus, nämlich zum Beispiel die Grundannahme der Ungleichwertigkeit von Menschen, wie ein schleichendes Gift in unsere Gesellschaft sickern – ein Gift, an welchem sich manche gar genüsslich laben.

Ich möchte über ein Gift sprechen, welches meist noch keine Straftat ist, nicht als herausgehobenes, verabscheuungswürdiges Verbrechen daherkommt und nicht als besonderes Vorkommnis einige Tage die Medienlandschaft bespielt, sondern als scheinbar ganz normaler Begleiter unseres Alltagslebens vorhanden ist.

Ich rede von einem Gift, welches sich Alltagsrassismus, Frauenfeindlichkeit und Sexismus nennt, sich in den verschiedensten Phobien zeigt, in übersteigertem Nationalismus und völkischer Verkleidung, in Antisemitismus und Antiziganismus daherkommt. Man kann die Liste weiter fortführen.

Es beginnt in Bemerkungen, in Distanzierungen, in Liedtexten, in Reden, in Berichterstattungen, in Witzen, in Denkhaltungen und in Zugangsbeschränkungen bei der Teilhabe für spezifische Personen.

Dieses Gift ist so alltäglich, so normal, dass es kaum als toxisch oder auch nur als bedenklich wahrgenommen wird. Wenn man darauf hinweist und darüber zu reden beginnt, wird man oftmals als Kleinkariertes, als Sensibelchen oder als Spaßbefreiter belächelt, und es wird eher auf ein Gefühl, das man dann halt hat, reduziert.

Aber dieses Gift wirkt als strukturelle Diskriminierung. Kollege Panske hat gerade die Richtung hin zum Terrorismus und auch zum Populismus aufgemacht. Wenn man schaut, was vor dem Extremismus kommt, ist man genau in diesem Bereich, den ich gerade zu skizzieren versuche.

Denn es breitet sich dann als Referenzpunkt von Betrachtungen aus. Es wirkt sich als eine Verschiebung grundlegender Denkhaltungen aus, bildet mit das Grundrauschen der Kommunikation und hat Einfluss darauf, durch welche Brille geschaut wird. Es verschiebt sich etwas.

Daher möchte ich an dieser Stelle für eine Achtsamkeit plädieren: hingucken, anhören, erkennen als das, was es ist.

Wer rechtsextremistisches Denken und insbesondere seine Grundkriterien aufspüren möchte, muss

bei Frauenfeindlichkeit anhören. Er muss zuhören, wenn Menschenrechte und Menschenwürde abgewertet werden, wenn Minderheitenschutz infrage gestellt wird, wenn Pluralismus und Diversität verächtlich gemacht werden oder auch, wenn unser Staat und seine Einrichtungen, auch seine parlamentarischen Ärmel, diffamiert und lächerlich gemacht werden – übrigens dann auch die Presse. Auch hier gibt es eine lange Liste, die man fortführen könnte.

Zusätzlich: Wer rechtsextremistisches Denken aufspüren möchte, muss auch darauf achten, dass es oft genug Opfer gibt, die nie berücksichtigt werden – nicht nur Tote, sondern vielfach anderweitig Verletzte, Gemobbte, Diskriminierte, Beleidigte, Zurückgestoßene, Ausgeschlossene und lächerlich Gemachte. Es bräuchte auch einen Bericht über die zahlreichen Opfer.

Und: Wir müssen uns noch viel mehr überlegen, dass wir und wie wir diese Menschen nicht alleinlassen.

Rechtsextremismus lässt sich nicht bekämpfen, wenn man nicht die Erscheinungsformen erkennen möchte oder über sie hinwegsieht. Rechtsextremismus lässt sich auch nicht bekämpfen, wenn man nicht zuallererst immer wieder aufspürt, wo und wie er sich zeigt und was er bei Betroffenen anrichtet.

Die Große Anfrage und die Antworten geben keine Hoffnung auf baldige Heilung. Aber sie sind Grundlage – Grundlage für Tätigwerden, Grundlage für Erkenntnisse, aus denen sich Tätigwerden dann auch speisen kann, aber eben auch Grundlage, im Kampf gegen Rechtsextremismus nie nachzulassen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und Verena Schäffer [GRÜNE])

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Bilas. – Jetzt spricht für die FDP-Fraktion Herr Brockmeier.

Alexander Brockmeier (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal möchte ich für die sehr sachliche Debatte und die guten Wortbeiträge, die wir bisher hatten, danken. – Danken möchte ich auch für die Beantwortung der Großen Anfrage, die wirklich ausführliche Darstellung und dieses breite Bild, das wir da auf über 130 Seiten bekommen haben. Ich halte das für einen sehr guten Beitrag, um diese Debatte zu führen. Denn wir haben hier, wie richtigerweise schon gesagt wurde, einen dynamischen Prozess. Da sind eine Datengrundlage und eine ganz detaillierte Analyse wichtig, um darüber debattieren und dann auch Entscheidungen treffen zu können.

Vieles, was in dem Bericht steht, wurde auch schon im Verfassungsschutzbericht 2019 dargestellt. Es

sind also keine ganz gravierend neuen Erkenntnisse. Vielmehr wird die Lage hier in Nordrhein-Westfalen dargestellt und noch einmal tiefer ins Detail gegangen.

Ich möchte gar nicht noch einmal auf die einzelnen Zahlen im Detail eingehen. Denn wir sind uns alle dieser Lage bewusst, nicht zuletzt aufgrund der rechtsextremistischen Anschläge der vergangenen Monate. Es handelt sich beim Rechtsextremismus um eine nicht wegzudiskutierende Gefahr. Das haben meine Vorredner auch schon deutlich gemacht.

Ich möchte in meinen Ausführungen vor allem zwei Ausprägungen des Rechtsextremismus erwähnen, die aus meiner Sicht eine besondere Gefahr darstellen, nämlich erstens das Aufkommen der Mischszenen, also die Vermischung von vermeintlichen Bürgerinitiativen und rechtsextremistischen Gruppierungen, und zweitens die Digitalisierung von extremistischen Anwerbungen und auch Radikalisierungen, weil dies gerade junge Menschen sowie Schülerinnen und Schüler besonders in Gefahr bringt und darauf ein besonderes Augenmerk zu richten ist.

Wenn wir uns die rechte Mischszene anschauen, stellen wir eine Dezentralisierung der Strukturen fest. Übergeordnete Parteiorganisationen gehen immer weiter zurück. Es gibt eine spürbare Dezentralisierung, eine Regionalisierung, was es immer schwieriger macht, die Organisationen vor Ort überhaupt richtig identifizieren und wahrnehmen zu können.

Wir haben hier schon einige Beispiele gehört. Gerade bei neuen Gruppierungen – beispielsweise „Mönchengladbach steht auf“, „Internationale Kölsche Mitte“ oder „Besorgte Bürger“ in Herne – wissen interessierte Bürger vielleicht nicht – es ist für sie auch schwierig, das zu erkennen –, worum es sich bei diesen Organisationen handelt, gehen dann dorthin und machen mit. Es handelt sich dabei aber nicht um demokratische Bürgerinitiativen, sondern um vernetzte rechtsextreme Gruppierungen, die eine Gefahr für unsere Demokratie darstellen.

Das ist eine große Herausforderung, vor der wir stehen. Deswegen müssen wir jede einzelne dieser Gruppierungen in den Blick nehmen, darüber debattieren, ihre Ziele klar benennen und diese den Bürgern ganz klar vor Augen führen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Neben der Mischszene bewegt mich gerade als jugendpolitischen Sprecher die Digitalisierung. Die Digital Natives sind ja im Netz unterwegs. Dort schlagen Rechtsextreme einen ganz neuen Ton an.

Hier stellen die Echokammern bekanntlich eine besondere Gefahr dar: Ich höre nur noch das, was ich hören will, und gegenteilige Meinungen gibt es kaum noch. – Das beschleunigt die Radikalisierung. Gleichgesinnte können viel schneller in Kontakt treten. Das

befördert eine Radikalisierung, die wir als Staat gar nicht so schnell wahrnehmen können.

Das beste Beispiel dafür ist gerade in Coronazeiten die App Telegram. Dort vernetzen sich Verschwörungstheoretiker und tauschen Mythen und Falschinformationen aus, was dazu führt, dass sich noch mehr Menschen diesen Menschenfängern anschließen.

Wir stellen fest, dass die Kombination aus der Digitalisierung auf der einen Seite und der Mischszene auf der anderen Seite eine ganz besondere Herausforderung ist.

Das beste Beispiel dafür sind die Neuen Rechten, die durch ein hippestes Auftreten und flotte Sprüche Menschen werben und gar nicht so wirklich identifizierbar sind, weil sie nun einmal keine Springerstiefel tragen und nicht wie Neonazis aussehen, sondern in einem neuen Gewand daherkommen.

Deswegen ist es unsere Aufgabe, darauf immer einen Blick zu haben. Das haben wir als Landesregierung. Von Beginn an tun wir das. Hier wurde schon erwähnt, dass wir die Dinge wie das Verbotverfahren gegen Combat 18 weiter vorantreiben müssen. Das ist eine Aufgabe, der wir uns alle gemeinschaftlich stellen sollten.

Deswegen danke ich für die ausführliche Beantwortung der Großen Anfrage, die wirklich ein guter Beitrag zu dieser Debatte ist. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP, der CDU und Andreas Bialas [SPD])

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Brockmeier. – Für die AfD-Fraktion spricht nun der Fraktionsvorsitzende, Herr Wagner.

Markus Wagner (AfD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Grünen – für die so ziemlich alles rechts, rassistisch, transphob oder was auch immer ist und die somit Meister der Totschlagargumentation sind – haben die Landesregierung gefragt, ob wir als AfD rechtsextremistisch seien.

Die Antwort der Landesregierung will ich Ihnen nicht vorenthalten. Ich zitiere:

„Hinsichtlich des AfD-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen liegen derzeit keine verdichteten Anhaltspunkte für den Verdacht von rechtsextremistischen Bestrebungen vor. Der AfD-Landesverband Nordrhein-Westfalen ist kein Beobachtungsobjekt des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes.“

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Aus dem Behördendeutsch des Amtes übersetzt heißt die Antwort: Nein, liebe Grüne, die AfD ist nicht rechtsextrem.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Oh doch! Sie wird nur nicht beobachtet!)

Für mich als Mitglied seit Gründung der Partei ist dieses Ergebnis natürlich nicht neu. Schließlich kenne ich meinen Laden und weiß, dass unsere Mitglieder gute Leute und gute Demokraten sind, die sich für unser Land und unsere freiheitliche Ordnung einsetzen, Herr Wolf.

(Zuruf von Arndt Klocke [GRÜNE])

Ich will aber nicht in Abrede stellen, dass eine junge Partei natürlich auch einige wenige anzieht, die sich in der Tür geirrt haben. Bei den Grünen waren das Terroristenverstehrer, Bundeswehrabschaffer, Feinde der deutschen Einheit und noch weitaus Schlimmere, die für unser Gemeinwesen ganz sicher kein Gewinn gewesen wären – um es einmal diplomatisch zu formulieren. Dass gerade diese Partei nun ganz besonders erhaben und hypermoralisch daherkommt, mag seine psychologische Ursache auch darin finden.

Natürlich sind alle neuen Parteien, so sie erfolgreich sind und bleiben, aus guten Gründen da. Man muss diese nicht teilen; aber es gibt sie eben.

Die SPD war im 19. Jahrhundert die Antwort auf die soziale Frage der Arbeiter. Sie wurde zunächst mit den Sozialistengesetzen bekämpft.

Die Grünen waren die Antwort auf den von manchen empfundenen Mangel an Umweltpolitik. Sie galten vielen als Spinner.

Auch wir als AfD kommen nicht aus dem Nichts, sondern vertreten die Menschen, die Sie nicht mehr vertreten. Das sind Professoren und Handwerker, Krankenschwestern und Ärzte, Polizisten und Altenpflegerinnen; Deutsche seit Generationen und solche mit ausländischen Wurzeln.

Uns alle eint, dass wir unser Land, unsere Kultur, unseren Wohlstand und unsere Freiheit erhalten und ausbauen wollen. Uns eint, dass wir unseren Kindern und Enkeln ein Land weitergeben wollen, dass mindestens so gut ist wie das, welches wir vorgefunden haben.

Das Bild jedoch, welches manche Konkurrenzpolitiker und linksgrüne Journalisten von uns zeichnen, ist ein Zerrbild.

Ich muss fast schon lachen, wenn man mich als Vater eines schwarzen Sohnes als Rassisten oder meinen Stellvertreter in der Fraktion, obschon er schwul ist, als homophob bezeichnet. Das ist alles so absurd, dass man eigentlich darüber lachen müsste, wenn es nicht so traurig wäre.

Natürlich versteht sich die weit überwiegende Mehrheit der Journalisten als links. So berichten viele

dann auch. Die letzte Umfrage unter den Volontären der ARD ergab, dass 92 % linke Parteien wählen. Bei 92 % hat es jede nichtlinke Partei in der „Tageschau“, im „SPIEGEL“ oder im „heute journal“ natürlich schwer.

Aber es ist eben nicht rechtsextrem, ja nicht einmal populistisch, Herr Panske, wenn die Menschen einen funktionierenden Staat haben wollen, einen Staat, der seine Kernaufgaben ernst nimmt und damit auch die Steuerzahler, mit deren Geld er hantiert.

Ob bedrückende Altersarmut, marode Straßen, Brücken und Schulen, die kaputtgesparte Bundeswehr, die ungeschützten Grenzen, das Abschiebeversagen, der zu teure Strom, die ungerechte Rundfunkzwangsabgabe – ich könnte das fortsetzen –: Es gibt ganz viele Punkte, bei denen es für Sie schwer erträglich sein mag, dass wir eine andere Meinung haben. Aber darüber kann man ja streiten.

Ja, wir wollen und sollen als Demokraten darüber streiten. Aber mit rechtsextrem hat das alles nichts zu tun. Das ist eine billige Totschlagvokabel, mit der Sie versuchen, uns als Konkurrenz zu verhindern.

Aber Sie werden uns nicht los, weil Sie die Menschen, die uns wählen, nicht loswerden. Sie wählen uns wegen Ihrer Fehler und unserer Lösungen. Das ist Demokratie, meine Damen und Herren.

Deswegen sollten wir echten Rechtsextremismus bekämpfen, anstatt diese Vokabel dazu zu missbrauchen, den politischen Gegner zu diffamieren. Denn wer das tut, verharmlost den tatsächlichen Rechtsextremismus und erschwert dessen Bekämpfung zugunsten fragwürdiger politischer Geländegewinne. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Wagner. – Nun spricht für die Landesregierung der Innenminister, Herr Reul.

Herbert Reul, Minister des Innern: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Extremismus, aber ganz speziell Rechtsextremismus, ist Gift für unseren demokratischen Staat. Da sind wir uns einig. Das haben die Redner hier gesagt.

Es ist ein Gift, das unsere Gesellschaft krank macht, wenn wir das nicht beobachten und entschieden dagegen vorgehen. Welche Auswüchse das annehmen kann, haben wir gerade bei den eskalierenden Demonstrationen in Leipzig gesehen. Rechtsextremisten laufen dann neben selbst ernannten Querdenkern und bekommen damit ein Forum.

Deswegen das Wichtigste zuerst: Wir in der nordrhein-westfälischen Politik beobachten den rechtsextremistischen Bereich mit Argusaugen. Das gilt

sowohl für die rechtsextreme Szene und die Mischszenen als auch für diejenigen, die sich bei Anti-Corona-Demos verstecken. All das ist leider nötig, weil dieses Gift deutliche Spuren auf den Straßen, in den Hinterzimmern und im Netz hinterlässt.

Deswegen haben wir früh auf dieses Problem hingewiesen. Ich glaube, wir haben dieses Thema schon im 2018er-Verfassungsschutzbericht ganz nach vorne gestellt, weil wir gemerkt haben, dass sich da etwas entwickelt. Es ist eben mehrfach gesagt worden: Das eigentliche Thema ist die Entwicklung und nicht die Quantität, die im Moment noch durchaus überschaubar ist.

Wir haben versucht, die uns vorliegenden Daten in der Beantwortung der Großen Anfrage in aller Deutlichkeit darzulegen. Damit liegt ein 162-seitiger Überblick darüber vor, wer hier mit welchen Absichten unterwegs ist. Die Details muss man in Ruhe nachlesen. Man kann sie jetzt nicht vortragen.

Aber ich will auf einige Punkte hinweisen, die den Wandel in dieser Szene deutlich machen. Das sind nämlich die Herausforderungen, um die man sich jetzt kümmern muss.

Erstens. Die Parteienlandschaft hat sich merklich verändert. Die NPD hat an Bedeutung verloren, auch wenn sie nach wie vor die mitgliederstärkste rechtsextremistische Partei in NRW ist. Bei pro NRW endet der Abstieg gleich in der Selbstauflösung.

Gravitationszentrum des organisierten Rechtsextremismus ist jetzt die Partei Die Rechte, die vor allen Dingen ein Sammelbecken für Neonazis ist, die aus den verbotenen Kameradschaften kommen. Hier gibt es – Frau Schäffer hat es erwähnt – 290 Mitglieder. Die Zahl ist nicht das Problem. Der Schwerpunkt dieser Partei liegt aber in Nordrhein-Westfalen. In Dortmund ist die Bundesgeschäftsstelle. Hier ist das Zentrum. Deswegen sind wir da gefordert.

Rechtsextremisten suchen auch den Weg in andere Parteien. Herr Wagner, ich finde, einen Teil müssen wir benennen, weil man ehrlich bleiben muss: Die AfD hat mit dem ehemaligen Flügel eine rechtsextremistische Strömung in den eigenen Reihen geduldet.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Es stimmt, dass sich der Landesvorsitzende gegen den Machtanspruch des Flügels gewandt hat, weil er verstanden hat, dass es ein Problem gibt. Aber mal ehrlich: Was ändert sich eigentlich, wenn der Flügel sich auflöst und die Anhänger weiterhin aktiv sind und ihre Netzwerke pflegen?

(Zuruf von der SPD: Ganz genau! – Andreas Keith [AfD]: Da sind wir doch dran!)

Das ist dann nämlich mein Problem. Ich finde, wenn Sie alles, was Sie sagen, ernst meinen – und ich glaube es Ihnen ja persönlich –, müsste daraus ...

(Markus Wagner [AfD]: Herr Reul, das ist eine sehr selektive Wahrnehmung! Sie haben doch eben meine Rede gehört!)

– Nein, Herr Wagner, um diese Teile muss man sich kümmern, und zwar nicht in dem Sinne, dass man sagt ...

(Markus Wagner [AfD]: Wir kümmern uns!)

– Ja, ich habe es doch verstanden. Man kann aber nicht lediglich sagen: „Es gibt sie, und sie passen uns nicht“, sondern muss sie eigentlich rauswerfen. Man muss sich von ihnen lösen.

(Andreas Keith [AfD]: Sie wissen doch, wie schwer das ist! – Weitere Zurufe)

Zweitens. In diesem Bereich wird alter Wein in neuen Schläuchen präsentiert und so im Grunde getarnt. Ich meine damit das, was von neuen Aktionsformen ausgeht, die sehr nah an der Jugendkultur sind. Wenn man sich YouTube oder rechte Rapmusik anschaut, sieht man, dass damit ganz besonders junge Leute und junge Erwachsene angesprochen werden.

Dieser Wandel weg von sofort als rechtsextremistisch erkennbaren Botschaften hin zu zielgruppengerechter Verpackung ist das Neue und Gefährliche. Es ist so etwas „wie rechte Hipster statt Glatze und Springerstiefel“. Die Fachleute sprechen hier von der „Erlebniswelt Rechtsextremismus“.

Es sind nicht nur Köder und Angelhaken, mit denen die Betroffenen in der Szene gehalten werden. Seit 2015 hat die scharfe und polarisierende Migrationsdebatte die rechtsextremistische Polarisierung noch weiter gefördert – Stichwörter „Hogesa“ und „Pegida“. Daraus ist jetzt eine Mischszene entstanden; darüber ist ja schon gesprochen worden. Wutbürger, Hooligans, Rocker und Rechtsextremisten gehen gemeinsam auf die Straße und wenden sich gemeinsam gegen Rechtsstaat und Demokratie.

Die eine oder andere Führungsfigur entdeckt man dann auch bei den großen Demonstrationen. Die sind nämlich immer dabei – Stichwort „Reichstagsgebäude“.

An dieser Stelle ist meine Bitte: Diejenigen, die berechnete Anliegen haben und protestieren und demonstrieren wollen, müssen sich trennen.

Das gilt übrigens für rechts genauso wie für links. Ich habe da keinen Nachholbedarf. Ich habe das auch immer bei den Debatten um den Hambacher Forst gesagt. Diejenigen, die das richtige Anliegen haben, müssen sich von denen trennen, die extremistisch und gewalttätig sind. Sonst kriegen sie keinen Boden unter die Füße.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Apropos Gewaltbereitschaft: Die Bruderschaft Deutschland hat eine Faust als Logo. Da weiß man schon: Von der Faust im Logo bis zur Gewalttat ist es nicht mehr weit.

Das sieht man auch an den Zahlen. Die Qualität ist seit 2014 gestiegen. Der Mord an Walter Lübcke ist schon genannt worden. Anschläge wie in Halle und Hanau sind auch angeführt worden. Das sind drei rechtsextremistisch motivierte Attentate innerhalb von knapp neun Monaten.

Ich muss schon sagen: Dass so etwas nicht einmal 80 Jahre nach dem Ende der Nazi-Terrorherrschaft in Deutschland passiert, ist eine Schande. Ich hätte das nicht für möglich gehalten. Das habe ich oft gesagt, und ich wiederhole es auch. Deswegen muss man das auch so benennen. Als wehrhafte Demokratie und als Rechtsstaat sind wir gefordert, und zwar mit allen Möglichkeiten, die wir haben.

Deswegen gehen wir auch an die Waffen heran, Frau Schäffer. Wir haben Anfang dieses Jahres die Regelanfrage beim Verfassungsschutz eingeführt. Wer die Erlaubnis zum Waffenbesitz haben will, muss da durch. Wo es möglich ist, werden Waffen rigoros entzogen. Das ist allerdings nicht ganz einfach.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Ich weiß!)

Das Ziel ist klar: Waffen gehören in unserem Land nicht in Extremistenhand.

Drittens. Das Internet schafft neue Tätertypen. Das ist für die Polizei und den Verfassungsschutz eine verdammt große und schwierige Aufgabe. Es fängt nämlich heute im Cyberspace an.

Es gibt also drei große Gefahren oder Tendenzen des Rechtsextremismus: Entgrenzung, Radikalisierung, Virtualisierung. Das ist für uns eine riesengroße Gefahr. Ich will mich nicht wiederholen; das muss ich auch nicht. Ich halte dies für eine riesengroße Gefahr in unserer Gesellschaft und bin sehr dankbar, dass die Demokraten hier zusammenstehen und gemeinsam agieren. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt
Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Minister Reul. – Da mir keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließe ich die Aussprache und stelle fest, dass damit die **Beratung über die Große Anfrage 22** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **abgeschlossen** ist.

Wir kommen zu:

8 Der Sport darf nicht das Opfer einer verfehlten Lockdown-Politik werden – ohne Sport fehlt uns mehr als nur Bewegung!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/11664

Ich eröffne die Aussprache. Für die AfD-Fraktion hat Herr Keith das Wort.

Andreas Keith (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Coronaschutzverordnung und der erneute Lockdown treffen unsere Wirtschaft, die Kultur und den Sport mitten ins Herz. Sie setzen mit diesen Verordnungen den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt aufs Spiel.

Besonders Kindern und Jugendlichen nimmt der Lockdown ihr gewohntes soziales Umfeld und ihre Freude. Fitnessstudios, Schwimmbäder und Vereinssportanlagen wurden von Ihnen erneut ohne jede wissenschaftliche Untersuchung und ohne jeden Beweis willkürlich geschlossen.

Hier droht – wie in anderen Bereichen auch – eine riesige Pleitewelle. Das Schlimmste ist: Diese wird leichtfertig und billigend von Ihnen in Kauf genommen. Das können Sie auch nicht mit blumigen Worten und unnötigen Unterrichtungen – wie heute Morgen geschehen – verschleiern. Die finanziellen Einbußen sind für viele Unternehmer und Vereine existenzbedrohend. Die von Ihnen immer wieder wolkig beschriebenen Hilfen sind nur ein Tröpfchen auf den heißen Stein.

Die gesundheitsschädlichen Langzeitfolgen für unsere Gesellschaft werden enorm sein. Bei der Kindesentwicklung sind sie bereits nachweisbar. Schon der erste Lockdown führte bei Kindern nachweislich zu erhöhter körperlicher Inaktivität, gesteigertem Konsum von digitalen Inhalten, ungesunder Ernährung und Übergewicht – so eine Studie der Universität Buffalo.

Gerade in dieser Zeit brauchen unsere Kinder und Jugendlichen Bewegung. Dafür muss gesorgt werden. Immerhin meldet etwa das RedaktionsNetzwerk Deutschland, dass infolge der Coroneinschränkungen vier von zehn Kinderärzten Anzeichen von Entwicklungsstörungen festgestellt haben. Genau deshalb sind Sportangebote im Breiten- und Vereinssport für Kinder und Jugendliche in dieser besonderen Zeit so wichtig.

Stattdessen wird ohne eine fundierte wissenschaftliche Grundlage der Eindruck vermittelt, Vereine, Fitnesseinrichtungen und Sportanlagen seien potenzielle Hotspots. Die Sportausschussvorsitzende der SPD im Deutschen Bundestag, Dagmar Freitag, hat recht, wenn sie sagt, aus dem Sportbereich seien keine Veranstaltungen der vergangenen Wochen bekannt, die sich als solche Hotspots erwiesen hätten. Auch Dortmunds früherer Oberbürgermeister Ullrich Sierau, SPD, argumentiert ähnlich, wenn er die aktuellen Zuschauerverbote bei Sportveranstaltungen kritisiert.

Wie viele Wissenschaftler auch stellen wir uns die Frage: Wieso werden immer noch die Infektions-

zahlen als Maßstab herangezogen und nicht die Zahl der tatsächlich Erkrankten? Und wieso werden hier die Verhältnismäßigkeit und die gesamtgesellschaftliche Betrachtung, die bei Entscheidungen solcher Tragweite immer eine Rolle spielen sollten, völlig vernachlässigt?

Das pauschale Verbot von Hallensport im Breiten- und Freizeitsportbereich sowie die Schließung aller Fitnessseinrichtungen werden zu keiner nennenswerten Reduzierung der Infektionszahlen beitragen.

Man vermittelt den Bürgern eine scheinbare Sicherheit auf Kosten von Gesundheit, Recht und Freiheit und verlagert das Infektionsgeschehen dorthin, wo weder Abstandsregeln noch Kontaktverfolgungen noch rigide Vorschriften gelten oder nachvollziehbar sind.

Ihre Verbote werden nicht zu den gewünschten Ergebnissen führen, da die Wirksamkeit Ihrer Maßnahmen nicht bewiesen ist. Vielmehr wird die Akzeptanz der Bürger für Ihre verfehlte Lockdown-Politik immer weiter sinken.

Die Gerichte geben immer mehr Unternehmen und Betreibern recht, die gegen Ihre unverhältnismäßigen Maßnahmen klagen.

Einem Eilantrag gegen die Schließung mehrerer Fitnessstudios gab das Hamburger Verwaltungsgericht in dieser Woche statt. Die Begründung der Richter ist eine schallende Ohrfeige für Ihre Verordnungen. Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten aus der Urteilsbegründung:

Die Generalklausel im § 28 des Infektionsschutzgesetzes des Bundes, die den aktuellen Coronamaßnahmen zugrunde liegt, „genügt für einen derart schwerwiegenden Grundrechtseingriff ... nicht“.

Dass die Aufrechterhaltung von Sportangeboten in Zeiten steigender Infektionszahlen eine Herausforderung darstellt, steht doch außer Frage, genauso wie der vorrangige Schutz aller Risikogruppen.

Der verantwortungsvolle Umgang der Betreiber von Sporteinrichtungen und die disziplinierte Anwendung der Hygienekonzepte durch die Sportler haben aber gezeigt, dass es keinen willkürlichen Lockdown braucht.

Wir müssen lernen, verantwortungsvoll mit dieser Infektion umzugehen, aber gleichzeitig auch mehr Eigenverantwortung für unsere Gesundheit zu übernehmen.

Lockdowns auf Verdacht sind jedenfalls keine Lösung. Alle Freizeit- und Breitensportangebote müssen unter Auflagen erhalten bleiben – zum Erhalt des sozialen und gesellschaftlichen Lebens und zum Schutz unserer aller Gesundheit. Sonst stirbt der Patient, unsere Gesellschaft, eher an den auferlegten Maßnahmen als an der Krankheit bzw. dem Erreger selbst.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Keith. – Jetzt spricht für die CDU-Fraktion Herr Preuß.

Peter Preuß (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das waren alles Wiederholungen. Zur Vermeidung von Wiederholungen möchte ich auf die Reden zurückgreifen, die ich schon gehalten habe.

(Beifall von der CDU)

Einzelsportarten sind natürlich weiterhin möglich, auch nach der Coronaschutzverordnung. Kontaktsportarten – Mannschaftssport – fallen aus gutem Grund unter die Coronaschutzverordnung,

(Andreas Keith [AfD]: In der Halle!)

weil damit nämlich Kontakte und folglich auch das Infektionsrisiko verbunden sind. Genau das soll im Interesse der Menschen verhindert werden. Daher lehnen wir den vorliegenden Antrag ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Preuß. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Herr Weske.

Markus Herbert Weske (SPD): Herr Präsident! Lieber Peter Preuß, zu Beginn möchte ich meine Wertschätzung dafür zum Ausdruck bringen, wie du dich in dieser Plenarwoche an den 12, 13 AfD-Anträgen abarbeitest.

(Heiterkeit von Herbert Reul, Minister des Innern)

Chapeau! Vielen Dank dafür.

(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Herr Präsident, vielleicht können Sie dafür sorgen, dass er in der nächsten „Landtag intern“ zum Abgeordneten des Monats November wird. Das wäre wirklich ganz toll.

(Heiterkeit von der CDU und Josefine Paul [GRÜNE])

Insofern bleibt Ihren weisen Ausführungen nicht viel hinzuzufügen. Wir alle stehen mit den Sportvereinen im direkten Kontakt. Ich habe gestern mit dem Vorsitzenden der DEG gesprochen und ihn gefragt, wie die Auswirkungen auf den Sportbereich, aber natürlich auch auf die Finanzen sind. Er hat gesagt und es damit auf den Punkt gebracht: Markus, alles in Ordnung. Gesundheit geht vor. – Dem ist nichts mehr hinzuzufügen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD, der CDU und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Weske. – Jetzt kommt eine weitere Kandidatin für diesen Sonderpreis, nämlich Frau Schneider. Sie hat jetzt das Wort für die FDP-Fraktion. Bitte schön. Das müsste jetzt Ihre 14. Rede sein, wenn ich richtig mitgezählt habe.

(Heiterkeit von der CDU)

Susanne Schneider (FDP): Ja, also deutlich mehr als der Kollege.

Vizepräsident Oliver Keymis: Sogar deutlich mehr als der Kollege? – Das werden wir bei der Veröffentlichung festhalten. Bitte, Sie haben das Wort.

Susanne Schneider (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Gestern haben wir über den Sport für Kinder gesprochen, heute reden wir über Sport für alle. Das macht aber nichts, ich komme gerne zu Ihnen an dieses Redepult.

Sport ist ohne Zweifel ein elementarer Bestandteil der persönlichen Gesundheitsvorsorge. Er trägt auch zum sozialen Miteinander bei. Daher sind die derzeitigen Beschränkungen gerade im Sportbereich stark spürbar.

Aber es ist ja nicht so, als wäre gar kein Sport mehr möglich. Sie können mit Personen aus Ihrem Haushalt walken, joggen, spazieren gehen; das ist ja weiterhin möglich.

(Andreas Keith [AfD]: Jetzt auch wieder im Dunkeln!)

Oder man macht zu Hause Sport. Meine Jüngste hat mich die Tage dazu überredet, mit ihr ein Workout von Pamela Reif zu machen. Das können Sie sich auf YouTube angucken. Schließlich haben Sie mit YouTube-Videos reichlich Erfahrung, sonst würden wir das alles hier im Moment gar nicht machen.

(Heiterkeit von Markus Herbert Weske [SPD])

Unserer Landesregierung ist die schwierige Situation vieler hauptamtlich und ehrenamtlich organisierter Vereine durchaus bewusst.

(Zuruf von Andreas Keith [AfD])

Wir finden die Situation alle nicht schön, und daher gab es gleich ein ganzes Bündel von Maßnahmen, um Vereinen in Notlagen zu helfen. So gibt es seit April ein Hilfsprogramm für die finanzielle Unterstützung von Vereinen und seit Oktober ein Hilfsprogramm für die vierten Ligen im Sport, um hier nur zwei Beispiele zu nennen.

Wenn die Anzahl der Neuinfektionen wieder sinkt, werden wir uns sicher alle dafür einsetzen, dass die Beschränkungen im Sport zurückgenommen werden können. Wir sollten jetzt genauso wie in anderen Bereichen die Zeit nutzen, um differenzierte Ansätze zu entwickeln, falls nach dem hoffentlich baldigen Abklingen der aktuellen Welle erneut die Anzahl der Infektionszahlen steigen sollte. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Schneider. – Jetzt spricht Frau Paul für die Grünen.

Josefine Paul^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Dem Dank an den Kollegen Preuß und die Kollegin Schneider für den Dauereinsatz an diesen Plenartagen kann ich mich nur anschließen.

Auch hier haben wir wieder einen Antrag, der nicht zur Kenntnis nehmen will, dass es um eine generelle Kontaktreduzierung und schlicht darum gehen muss, dass wir bei den meisten Infektionen nicht wissen, woher sie stammen. Dementsprechend können wir sie auch nicht scharf zurückverfolgen. Dazu müssen wir aber wieder kommen.

Dass Sie hier nun behaupten, dass irgendjemand vorhabe, dem Sport eine Rolle als Pandemietreiber zuzuweisen, ist schlicht eine Unterstellung, und das trifft auch nicht zu. Ja, der Sport steht vor großen Herausforderungen, aber der Sport trägt das – Kollege Weske hat gerade darauf hingewiesen – mit großer Solidarität im Sinne aller und im Sinne des Infektions- und Gesundheitsschutzes für die ganze Gesellschaft mit.

Die Landesregierung hat sich mit einem 10-Millionen-Euro-Programm bereits auf den Weg gemacht, um insbesondere den Breitensport zu unterstützen. Wir haben im Sportausschuss schon ausführlich darüber debattiert und miteinander verabredet, dass wir die finanzielle Unterstützung nachjustieren, wenn dies notwendig sein sollte.

Uns alle verbindet, dass wir uns wünschen, bald wieder so Sport treiben zu können, wie wir es wollen. Wir alle wissen, dass der Sport sehr engagiert dabei ist, Hygienekonzepte auf den Weg zu bringen.

In der Art und Weise, wie dieser Antrag formuliert ist, braucht es ihn heute nicht. Wir lehnen ihn ab. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU, der SPD und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Als Nächster spricht für die Landesregierung

Herr Minister Reul in Vertretung des Ministerpräsidenten.

Herbert Reul, Minister des Innern: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ob es uns gelingt, diese Krise, diese Pandemie, dieses Problem zu bewältigen, hängt davon ab, ob es gelingt, dass die Menschen die Maßnahmen akzeptieren und sich danach richten.

Da hilft nur eines – das möchte ich als Erstes sagen –: Wir müssen dafür werben, dass die Menschen diese Maßnahmen akzeptieren und sich daran halten. Jeder Beitrag in der Debatte, der die Leute aufhetzt und ihnen suggeriert, sie würden benachteiligt und ihr Sport sei in Gefahr, wird das Gegenteil dessen erreichen. Ich glaube, wir müssen erklären und versuchen, dafür zu werben.

Das Zitat des Vorsitzenden der Düsseldorfer Eislauf-Gemeinschaft hat in aller Klarheit deutlich gemacht, wie die Sportverbände bzw. die Sportler selbst darüber denken. Natürlich finden sie das nicht schön. Wie denn auch? Aber sie haben es verstanden und für sich die Entscheidung getroffen: Wir kümmern uns sorgfältig darum und leisten unseren Beitrag dazu. Denn je mehr wir uns danach richten, desto früher besteht die Chance, dass wir zur Normalität zurückkehren. – Das ist, glaube ich, das Allerwichtigste. Dass der Sport dabei eine Rolle spielt, ist doch logisch.

Übrigens ist es nicht absolut unmöglich, Sport zu treiben. Schließlich – das haben die Kollegen gerade gesagt – kann Sport als Individualsport weiterhin betrieben werden. Allein, zu zweit, mit Personen des eigenen Haushalts kann man außerhalb geschlossener Räumlichkeiten Sport machen. Diese Möglichkeiten gibt es also noch.

Wenn wir die Chance haben, wenn die Zahlen sinken, haben wir auch wieder Spielraum für Weiteres.

Last, but not least müssen wir versuchen, die Probleme, die entstehen, zu lösen – das hat die Landesregierung in den letzten Wochen und Monaten getan –, um die Sportverbände zu unterstützen. Ich erwähne die „Soforthilfe Sport“ mit einem Volumen von 10 Millionen Euro. Die Förderung der Übungsarbeit in Höhe von 7,56 Millionen Euro wurde um 3 Millionen Euro erhöht. Zusätzlich bewilligten wir 60.000 Euro für die Entwicklung digitaler Fortbildungsangebote. Mannschaften im Ligenbetrieb der vierten Liga werden zur Kompensation von Ticketausfällen mit 15 Millionen Euro unterstützt. Sportschulen und Fachverbände bekommen bis zu 500.000 Euro.

Ja, der Sportbetrieb wird eingeschränkt, und zwar bewusst eingeschränkt, weil wir das Problem anders nicht in den Griff bekommen. Aber diese Einschränkungen sind befristet.

Darüber hinaus machen wir mit flankierenden Maßnahmen klar, dass die Politik den Sport nicht alleinlässt, sondern hilft.

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Daher schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion der AfD hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 17/11664. Wer möchte hier zustimmen? – Das ist die AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Wer Enthält sich? – Das ist der fraktionslose Abgeordnete. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/11664** wie gerade festgestellt **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

9 Corona zeigt: Mobile Arbeit ist plötzlich Alltag geworden! – Für die vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – Das Mobile-Arbeit-Gesetz jetzt schnell auf den Weg bringen!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/11678

Ich eröffne die Aussprache. Für die SPD spricht als erste Rednerin Frau Abgeordnete Kapteinat.

Lisa-Kristin Kapteinat (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich halte eine Rede zum Thema „mobiles Arbeiten“. Was haben wir in den letzten Monaten dazugelernt? Ich vermute, noch vor ziemlich genau zwölf Monaten hätte sich niemand hier in diesem Raum vorstellen können, dass wir alle und die Gesellschaft an sich so viel über diesen Bereich lernen. Ich glaube, wir können stolz sagen: Wir alle sind über uns hinausgewachsen.

Gleichzeitig haben wir gelernt: Es geht, was muss. Lange wurden Dinge kritisiert, die nicht vorstellbar gewesen sind, und wenn es dann darauf ankam, hat es funktioniert. Und es hat besser geklappt und war effizienter, als sich das viele von uns vorher vorgestellt haben.

Dabei ist für uns ganz wichtig, auch hier noch einmal zu sagen: Mobiles Arbeiten ersetzt keine gut funktionierende Kinderbetreuung. Ich vermute, insbesondere die anwesenden Mütter werden das bestätigen können.

Was wäre denn dann aus unserer Sicht und vermutlich auch aus der Sicht vieler anderer eine logische Schlussfolgerung?

Lassen Sie uns dafür sorgen, dass wir nicht mehr aus der Not heraus reagieren müssen, sondern lassen Sie uns planvoll agieren.

Lassen Sie uns Maßnahmen in geordnete Bahnen bringen, Rechte manifestieren und Schutz sicherstellen. Das würde dazu führen, dass alle Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, aber insbesondere alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land Planbarkeit und Sicherheit bekommen.

All diese Maßnahmen sind machbar gewesen, weil wir im Bereich der Digitalisierung schon einiges erreicht haben. Das bietet uns in vielen Branchen die Möglichkeit, die Chance auf mobiles Arbeiten zu nutzen.

Für uns als SPD-Fraktion ist klar: Damit aus Digitalisierung Fortschritt wird, muss Digitalisierung gestaltet werden. Letzte Woche noch wurde mir durch das Leibniz-Institut für Arbeitsforschung an der TU Dortmund – auch aus dem mobilen Arbeiten heraus – bestätigt, dass mobiles Arbeiten effizienter ist. Man hat herausgefunden, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sogar mehr leisten und sich insbesondere dann gut fühlen, wenn es klare Regelungen dafür gibt. Das heißt, für sie muss klar sein: Wann muss ich wie erreichbar sein? Wann darf ich mein Telefon ausmachen und muss meine E-Mails nicht länger kontrollieren?

Wir sollten Hubertus Heil daher bei der Initiative, die er in den letzten Wochen und Monaten immer wieder anzuschieben versucht hat, unterstützen. Hubertus Heil möchte sich dafür einsetzen, dass jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer, soweit dies im Rahmen der beruflichen Tätigkeit möglich ist, zumindest 24 Tage im Jahr mobil arbeiten darf. Es sind, wie gesagt, 24 Tage im Jahr – nicht im Monat, sondern im Jahr.

Ich denke, das ist ein Zeitraum, der niemanden überfordert und allen die Möglichkeit gibt, hineinzuwachsen und davon zu profitieren. Er zeigt aber auch, was möglich ist und dass ein erster Anspruch darauf bestehen kann, der uns allen im Übrigen auch in Sachen „Klimaschutz“ und „weniger Verkehr auf den Straßen“ hilft.

Mit Erlaubnis des Präsidenten zitiere ich Herrn Minister Laumann – ich sehe ihn gerade nicht –, der gegenüber der „FAZ“ erklärt hat:

„Arbeitgeber sind für die Ausstattung des Arbeitsplatzes zuständig – egal, wo ihre Arbeitnehmer arbeiten.“

Das möchten wir als sozialdemokratische Fraktion absolut unterstützen. Darum geht es auch bei den

Maßnahmen, die Hubertus Heil auf den Weg bringen möchte: Schutz zu klären und Sicherheit zu geben.

Wir wissen, dass viele in der CDU lange nicht bereit waren, sich für einen modernen Arbeitsmarkt starkzumachen.

(Gregor Golland [CDU]: Das ist doch Quatsch!)

Wir glauben aber auch, dass die letzten Monate gezeigt haben, was möglich ist, wenn man denn nur möchte. Insbesondere Unternehmen, die sich lange gesträubt haben, erkennen nun selber Stück für Stück, was möglich ist.

Daher bitte ich Sie eindringlich: Unterstützen Sie unseren Antrag, und lassen Sie uns gemeinsam den Arbeitsmarkt reformieren. – Danke schön.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Abgeordneter Schmitz.

Marco Schmitz (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Kapteinat, manchmal bin ich etwas erschüttert über Ihr Familienbild. Sie stellen sich immer als moderne und aufgeklärte Partei dar, sagen dann aber in Ihrer Rede, nur die Mütter wüssten, dass die Betreuung der Kinder im Homeoffice nicht funktioniert.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Beifall von Matthi Bolte-Richter [GRÜNE])

Mit Jörn Freynick, Matthi Bolte-Richter und mir – das ist das Schöne – haben Sie gleich drei junge Väter, die alle genau das erlebt haben. Daher sollten Sie noch einmal darüber nachdenken. Die Bandbreite ist doch etwas größer, und wir sind vielleicht doch etwas moderner.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Präsident André Kuper: Herr Kollege.

Marco Schmitz (CDU): Sie glauben immer noch, wir hätten ein falsches Familienbild. Das ist aber nicht so.

Präsident André Kuper: Herr Kollege, Entschuldigung, dass ich störe. Es gibt den Wunsch der gerade angesprochenen Kollegin nach einer Zwischenfrage.

Marco Schmitz (CDU): Bitte, natürlich.

Lisa-Kristin Kapteinat (SPD): Herr Kollege Schmitz, zunächst freue ich mich, dass Sie mir offen-

sichtlich zugehört haben, aber vielleicht nicht so genau. Haben Sie gehört, dass ich gesagt habe, ausschließlich die Mütter würden das kennen? Oder habe ich vielleicht „insbesondere die Mütter“ gesagt?

Marco Schmitz (CDU): Das haben Sie in der Tat gesagt, aber selbst das finde ich erschreckend genug.

(Heiterkeit von der CDU – Zuruf von Lisa-Kristin Kapteinat [SPD])

Das bezeugt doch schon, wie Sie darüber denken. Sie haben es eben nicht gleichberechtigt dargestellt. Genau das ist das Problem.

(Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Das ist die Realität!)

Aber das ist nicht schlimm. Sie werden das sicherlich gleich auch noch von den beiden anderen Kollegen hören.

Bevor ich inhaltlich auf das Thema eingehe, möchte ich noch eine zweite Vorbemerkung machen. Ich glaube nicht, dass es die Aufgabe des nordrhein-westfälischen Landtags ist, wenn sich Ihr Arbeitsminister in Berlin nicht durchsetzen kann, dafür zu sorgen, dass wir das Ganze hier kompensieren. Wenn Sie in Berlin Gesetze einbringen, die noch nicht einmal so weit sind, dass sie dem Kabinett vorgelegt werden – sie sind ja noch nicht einmal bis in den Bundestag gekommen, sie sind noch nicht einmal in die Ministerabstimmung oder in die Kabinettsabstimmung gegangen –, muss man sich überlegen, ob der nordrhein-westfälische Landtag das Gremium ist, welches das zu kompensieren hat. Auch an dieser Stelle sind meiner Meinung nach handwerkliche Fehler seitens Hubertus Heil gemacht worden.

Jetzt möchte ich inhaltlich auf das Thema eingehen: Hubertus Heil fordert ein Recht auf 24 Tage mobiles Arbeiten. Wir sagen ganz deutlich: Es kann keine gesetzliche Verpflichtung für ein Anrecht der Arbeitnehmerinnen auf diese Tage geben, sondern das muss in einer Betriebsvereinbarung oder in einem Tarifvertrag geregelt werden. Wir müssen den Sozialpartnern die Möglichkeit geben, miteinander abzustimmen, wann es richtig ist, Homeoffice oder mobiles Arbeiten – das ist rechtlich auch noch zu differenzieren – zu ermöglichen, wann die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Möglichkeit haben, das einzufordern. Wir sind jedoch nicht der Meinung, dass es ein Anrecht darauf geben kann.

Selbstverständlich hat uns Corona gezeigt, dass geht, was gehen muss. Das haben Sie richtig gesagt. Wir haben uns alle kurzfristig umstellen müssen. In vielen Bereichen ging das auch. Aber das kann nicht zur Regel werden. Diese Pandemie hatte vielmehr zur Folge, dass wir reagieren mussten.

Dafür jetzt einen rechtlichen Rahmen zu setzen, ist vollkommen richtig. In dieser Hinsicht stimme ich

auch mit unserem Arbeitsminister überein. Wenn dieser rechtliche Rahmen gesetzt wird, dann muss es auch Antworten auf die Fragen geben: Wer bezahlt den Arbeitsplatz zu Hause? Wenn mich der Arbeitgeber nach Hause schickt, obwohl ich das gar nicht will, welche Möglichkeiten habe ich dann? Kann ich das Arbeiten zu Hause steuerlich absetzen, obwohl ich kein Arbeitszimmer habe?

Diese rechtlichen Fragen müssen wir sicherlich klären. Auf Bundesebene soll eine Möglichkeit geschaffen werden – so steht es auch im Koalitionsvertrag –, wie man das zukünftig umsetzen kann.

(Regina Kopp-Herr [SPD] meldet sich zu Wort.)

Wir werden Ihren Antrag ablehnen. Das habe ich bereits gesagt. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Ich habe gesehen, es gibt noch eine Kurzintervention vonseiten der SPD. Darauf bin ich sehr gespannt. – Danke sehr.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Bitte, Frau Kopp-Herr.

Regina Kopp-Herr (SPD): Danke schön, Herr Präsident. – Danke schön, Herr Kollege Schmitz, dass wir uns noch in einer Kurzintervention dazu äußern können.

Vielleicht erinnern Sie sich noch an Mittwoch dieser Woche. Vor ziemlich genau 48 Stunden haben wir abschließend den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Thema „Care-Arbeit“ beraten. Dazu hatten wir eine Anhörung durchgeführt. Aus einer Stellungnahme der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe möchte ich jetzt einen Passus vorlesen. Er lautet:

„Alle Ansätze, die dazu führen, dass die Erziehungsarbeit von beiden Eltern gemeinsam und gleichberechtigt ausgeübt werden kann, sind zu unterstützen. Gerade auch die letzten Untersuchungen während der Coronazeit haben gezeigt (zum Beispiel in der repräsentativen Mannheimer Coronastudie), dass nicht nur bei den Alleinerziehenden, sondern auch bei Elternpaaren immer noch die Hauptlast der Erziehung und Betreuung der Kinder auf den Schultern der Frauen liegt. Die Einführung eines KinderZeit Plus Modells könnte hier ... Abhilfe leisten.“

Meine Kollegin Lisa Kapteinat hat nichts anderes gesagt.

Lassen Sie mich abschließend Folgendes anmerken: Es ist natürlich eine große Freude für jemanden, der seit mehr als 40 Jahren gleichstellungspolitisch unterwegs ist, festzustellen, dass wir hier im Landtag mehrere junge Väter haben, die sich bemühen,

gleichberechtigt zwischen beiden Elternteilen Sorge- und Erwerbsarbeit zu teilen. – Danke schön.

(Matthias Kerkhoff [CDU]: Macht der Herr Schmitz hier vor!)

Präsident André Kuper: Bitte schön.

Marco Schmitz (CDU): Herzlichen Dank, Frau Kollegin. Da sind wir gar nicht so weit auseinander. Ich habe nicht gesagt, dass nicht jede Frau, die genau diese Aufgabe hat, jede Mutter, die zu Hause gewesen ist – meine Frau und ich haben uns das geteilt –, im Homeoffice gearbeitet und sich um die Kinder gekümmert hat, darunter genauso gelitten hat.

(Zurufe von Regina Kopp-Herr [SPD] und Lisa-Kristin Kapteinat [SPD])

Mir ging es nur darum, dass diese singuläre Sicht, dass Frauen davon noch viel mehr betroffen sind als Männer ...

(Zuruf von Lisa-Kristin Kapteinat [SPD])

– Es sind beide davon betroffen. Das war mir wichtig zu sagen. Sie haben nur den Blick auf die Frauen gerichtet.

(Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Nein, ich habe den Blick auf die Frauen verstärkt!)

– Hauptsächlich. Deswegen wollte ich noch einmal deutlich machen, dass beide Geschlechter davon betroffen sind. Ich bin froh – genau wie Sie –, dass es viele Väter gibt, die sich der Kinderbetreuung angenommen haben und die sagen: Ich kümmere mich um die Familie, weil es mir wichtig ist, meine Kinder aufwachsen zu sehen, und deswegen übernehme ich auch die Verantwortung für diese Care-Arbeit zu Hause.

(Beifall von der CDU und Dr. Werner Pfeil [FDP])

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der FDP spricht nun der Abgeordnete Freynick.

Jörn Freynick³⁾ (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die FDP fordert schon länger einen sicheren und verlässlichen Rechtsrahmen für Homeoffice und mobiles Arbeiten mit einem Anspruch auf Erörterung für die Beschäftigten. Sie sollen ein Recht auf Homeoffice erhalten, sofern Betriebsgröße oder betriebliche Belange dem nach Prüfung durch den Arbeitgeber nicht entgegenstehen.

Zugleich müssen Arbeitgeber beim Homeoffice von bürokratischen Vorgaben mancher Arbeitsschutzvorschriften entlastet werden. Dazu zählt eine Reform des Arbeitszeitgesetzes, das mit einer wöchentlichen

statt täglichen Höchstarbeitszeit die Spielräume ausnutzt, welche die EU-Arbeitszeitrichtlinie den Mitgliedsstaaten einräumt.

Der Gesetzentwurf von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil sieht hingegen viel zu starre und bürokratische Vorgaben vor, die wir als FDP-Landtagsfraktion so nur ablehnen können.

So ist eine Modernisierung des Arbeitszeitgesetzes in dem Entwurf des Bundesministeriums nicht vorgesehen. Beide Elemente – das mobile Arbeiten und flexiblere Arbeitszeiten – sind für uns jedoch unmissverständlich miteinander verbunden.

Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wollen ihre Mails vielleicht spätabends beantworten, um vorher mehr Zeit für die Kinderbetreuung zu haben. Das wird übrigens schon jetzt millionenfach gemacht, obwohl es rein rechtlich im Moment illegal ist. Die Modernisierung des Arbeitsschutzes ist daher umso wichtiger. Natürlich beinhaltet das, dass niemand mehr arbeiten muss oder weniger Pausen machen darf.

Der Entwurf der SPD auf Bundesebene schreibt jedoch die Einhaltung des Arbeitsschutzes im Homeoffice zwingend vor, ohne klarzustellen, dass die Arbeitsstättenverordnung für dauerhaftes Homeoffice und für mobile Arbeit überhaupt nicht gilt.

Wir als Freie Demokraten sehen die positiven Potenziale des mobilen Arbeitens. Es sind jedoch die starren Vorgaben, die Bundesminister Heil in seinen Entwurf vorgibt, mit denen ich meine Probleme habe.

24 Tage im Jahr – eine starre und unflexible Zahl – habe demnach ein Arbeitnehmer Anspruch auf mobiles Arbeiten oder Heimarbeit. Wollen wir als Politik wirklich so tief in den Arbeitsalltag der Menschen eingreifen und starre Regulierungen und Vorgaben bestimmen? Warum überlassen wir das nicht den Firmen, Betrieben und Unternehmen?

24 Tage im Jahr sind für manche Branche viel zu wenig, für die problemlos mobiles Arbeiten über längere Zeiträume möglich wäre. Mit lediglich 24 Tagen im Jahr erreicht man nicht die erhoffte und gewünschte Kosteneinsparung durch kleinere Büroflächen am Betriebsstandort, wie Sie es in Ihrem Antrag beschrieben haben.

Eine starre Vorgabe wie diese zeigt uns, dass die Politik noch mehr auf die Sorgen und Bedürfnisse der Betriebe und der dortigen Beschäftigten achten muss. Wie mobiles Arbeiten unbürokratisch und gleichzeitig fair funktionieren kann, zeigt ein Blick jenseits der Grenze, in die Niederlande.

Aus diesen genannten Gründen werden wir Ihren Antrag heute ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Präsident André Kuper: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der Grünen spricht der Abgeordnete Bolte-Richter.

Matthi Bolte-Richter^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die digitale Arbeitswelt und die digitale Transformation bieten unglaublich große Potenziale. Das hat uns in der Enquetekommission I, die vor etwa vier Wochen ihren Abschlussbericht vorgelegt hat, immer geleitet.

Wir waren uns immer einig darin, dass die digitale Transformation, wenn sie richtig eingesetzt und richtig gestaltet wird, dazu beiträgt, Barrieren abzubauen, Integration und Inklusion umzusetzen.

Natürlich kann auch die digitale, mobile und flexible Arbeit Vorteile haben, nicht zuletzt – das sei mir als Bemerkung gestattet – einen ökologischen. Regelmäßiges Homeoffice spart laut einer aktuellen Greenpeace-Studie 5 Millionen Tonnen CO₂ im Jahr. Das ist ein Vorteil, der über die Vorteile hinausgeht, die im Antrag genannt werden: größere Chancen für die Vereinbarkeit, bei vielen Arbeitnehmer*innen auch eine Stärkung der Motivation.

Wenn man diese Vorteile heben will, geht es natürlich auch darum, die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen. Es geht nicht allein darum, das Recht auf mobiles Arbeiten zu schaffen, sondern auch darum, den Schutz der mobil Arbeitenden hochzuhalten, Stichwort „Home ist Home, und Office ist Office“.

Das Risiko der Entgrenzung ist immer da. Wir brauchen also einen soliden Schutzrahmen und gute Rahmenbedingungen. Ein Stichwort ist eben angesprochen worden: Die Kinderbetreuung treibt uns beim Homeoffice immer um.

Marco Schmitz und ich waren eben, glaube ich, beide ein bisschen angefressen,

(Marco Schmitz [CDU]: Zu Recht!)

weil wir aus der eigenen Betroffenheit zugehört haben. Wir kennen aber beide die Studienlage, die für die breite Bevölkerung nach wie vor keine gleichberechtigte Verteilung der Care-Arbeit zeigt, sondern dass es im Gegenteil nach wie vor die Ungerechtigkeit zwischen den Geschlechtern gibt.

Für die Coronakrise und die Zeit des Shutdowns im Frühjahr gibt es mittlerweile allerdings hochinteressante Zahlen, nämlich dass Väter auch einen relevanten Teil der zusätzlichen Care-Arbeit übernommen haben, wobei das Gap zwischen den Geschlechtern gleich geblieben ist. So weit die kleine Randbemerkung in einer hochspannenden Diskussion. Wie gesagt hat bei uns beiden die eigene Betroffenheit mit hineingespielt.

Zurück zum Thema: Wir brauchen natürlich gute Rahmenbedingungen. Wir brauchen auch die Akzeptanz im Betrieb, wenn es im Bereich „Kinder-

betreuung und Homeoffice“ zu Vereinbarungskonflikten kommt. Es ist nicht zuletzt wichtig für die Betriebskultur, dass Homeoffice alternierend und freiwillig eingesetzt wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben uns in der Enquetekommission I lange mit diesem Thema beschäftigt. Wir haben uns interfraktionell nicht auf ein vollständiges Recht auf Homeoffice verständigen können, aber immerhin auf eine Stärkung. In dem Bereich haben wir eine ganze Menge an wissenschaftlicher Expertise gesammelt.

Der Antrag der SPD-Fraktion fokussiert jetzt vor allem auf die Bundesgesetzgebung. Ich kann Ihnen mitteilen, dass natürlich auch die grüne Bundestagsfraktion an diesem Thema dran ist. Wir haben bereits im September 2019 einen Antrag und ein entsprechendes Konzept vorgelegt, dass wir ein Gesetz und ein Recht auf Homeoffice brauchen.

Ob man jetzt noch eine Studie für Nordrhein-Westfalen braucht – gerade vor dem Hintergrund der Erkenntnisse, die wir im Rahmen der Arbeit der Enquetekommission produziert haben – und warum es diesen Antrag einen Monat nach Vorlage unseres Abschlussberichts braucht, weiß ich nicht so recht. Wir sind hier immer noch der Landtag von Nordrhein-Westfalen, und nicht das Therapiesofa der Bundesregierung.

(Beifall von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Nichtsdestotrotz stehen wir dem Inhalt des Antrags nahe. Ich glaube, das sind Punkte, über die man auch einmal reden muss, genauso wie über die Frage, wie ernst wir eigentlich die Arbeit von Enquetekommissionen in diesem Haus nehmen. Das ist inhaltlich natürlich kein Grund, gegen diesen Antrag zu stimmen.

Es ist schon ein starkes Stück, dass der Gesetzentwurf auf der Bundesebene in der Luft hängt. Der in Rede stehende Gesetzentwurf ist in seinem Kern richtig. Er sieht die Schaffung eines Rechts auf Homeoffice und die Stärkung von Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechten bei der Ausgestaltung dieser Rechte vor. Insofern kann ich mich dem Appell des Antrags natürlich nur anschließen.

Lassen Sie uns gerne dafür sorgen, dass die Koalition in Berlin an dieser Stelle endlich einmal etwas richtig macht. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und Heike Gebhard [SPD] – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das war aber eine sehr schöne Rede!)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der AfD spricht der Abgeordnete Herr Tritschler.

Sven Werner Tritschler (AfD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind ja auch sehr für Föderalismus, aber wer auch immer sich dieses Prinzip ausgedacht hat, war sicher nicht der Auffassung, dass die Landtage als Nebenkriegsschauplätze für schwarz-roten Koalitionszoff in Berlin erhalten müssen. Wir sind, wie es gerade schon angesprochen wurde, eben keine Therapieeinrichtung für Koalitionsbeschädigte.

Aber gut, jetzt haben wir den Antrag, daher möchte ich ein paar Worte dazu sagen. Ihr Arbeitsminister Heil möchte Betriebe per Gesetz verpflichten, Arbeitnehmern mindestens 24 Tage mobiles Arbeiten pro Jahr zu gewähren, es sei denn – wie es heißt – zwingende betriebliche Gründe sprächen dagegen. Da ist auch schon das erste Problem.

Der Gesetzentwurf hätte auch von der Anwaltskammer eingebracht werden können, denn die Arbeitsrechtler werden wohl am meisten davon profitieren. Was ist ein „zwingender betrieblicher Grund“? – Das werden am Ende immer wieder Gerichte entscheiden müssen. Einem Großkonzern mag so etwas keine schlaflosen Nächte bereiten; denn er hat eine Rechtsabteilung, die eine entsprechende Begründung juristisch makellos formuliert.

Für den kleinen oder mittelständischen Unternehmer ist aber genau das ein Gräuelf. Es wird dazu führen, dass er noch einen Grund mehr hat, von weiterer Beschäftigung abzusehen.

Viele Arbeitnehmer und Arbeitgeber in Deutschland haben während des Corona-Lockdowns Erfahrungen mit mobiler Arbeit sammeln dürfen und müssen. Ja, vielen hat das auch ganz gut gefallen: Zu Hause auf dem Balkon arbeiten, nebenher Mittagessen kochen, auf den Paketboten warten und morgens nicht im Stau stehen, das ist alles schön.

Aber es gibt auch viele, die ganz froh waren, als sie irgendwann wieder ins Büro durften. Mancher wünscht sich eine klare räumliche Trennung zwischen Arbeit und Privatsphäre, Telefon- und Videokonferenzen sind auf Dauer dann doch auch recht anstrengend, und die soziale Komponente der Arbeit lässt sich eben mit technischen Hilfsmitteln nicht reproduzieren. Eine WhatsApp-Gruppe ist eben kein adäquater Ersatz für das Gespräch in der Teeküche, in der Kantine oder in der Raucherecke. Ein Teamgeist, wichtig für Motivation und Identifikation mit der eigenen Arbeit, entsteht so nicht.

Ihr Antrag, der Antrag der SPD, preist lediglich die Vorzüge des mobilen Arbeitens und zitiert nur aus Studien, die es loben. Es gibt durchaus auch eine ganze Reihe von Studien, die Warnsignale senden. Durch mobiles Arbeiten drohen laut anderer Studien sinkende Produktivität, Isolation, Einsamkeit, Schlafprobleme, Depressionen bis hin zum Suizid und eine Selbstüberlastung der Arbeitnehmer.

Dass wir uns nicht falsch verstehen: Ich will mobiles Arbeiten nicht verdammen, es ist eine große Chance für Familien und auch für viele Arbeitgeber und Arbeitnehmer sicher gut geeignet. Aber das sollen die bitte fallweise und entsprechend ihrer jeweiligen Bedürfnisse entscheiden. Kein Arbeitnehmer ist wie der andere, kein Betrieb ist wie der andere, und die wenigsten sind wie eine Behörde, über deren Amtsstuben die Vorstellungswelt der SPD offensichtlich nicht hinausgeht. Niemand braucht einen SPD-Minister, der da mit der Axt des Gesetzgebers durchgeht.

Ich durfte auch der Enquetekommission zur Digitalisierung der Arbeitswelt angehören. Ja, dort haben wir festgestellt, dass Gesetzgebungsbedarf besteht. Das Arbeitszeitgesetz und eine Reihe anderer Stellen müssen reformiert werden, um sich der modernen Arbeitswelt anzupassen. Damit hätte sich der Minister vielleicht zuerst beschäftigen sollen.

Es ist auch eine spannende Frage. Sie loben das mobile Arbeiten auch dafür, dass es die Verkehrsinfrastruktur entlastet, und das ist auch richtig. Aber, meine Damen und Herren von der SPD, geben Sie diese Ersparnisse, an die Arbeitnehmer und Arbeitgeber weiter, oder geht es eher nur darum, ein bisschen mehr Geld in die Buchhaltungen der öffentlichen Haushalte zu schaufeln?

Die Frage hat schon einmal der Forscher Luke Templeman von der Deutschen Bank beantwortet. Er fordert eine Extrasteuer für Arbeitnehmer, die das Privileg genießen, zu Hause arbeiten zu dürfen. Das ist noch keine SPD-Forderung. Ich sage ausdrücklich „noch keine SPD-Forderung“, aber irgendwann wird man die ganzen Wohltaten, die man gerade mit beiden Händen unter das Volk wirft, wieder hereinbesteuern müssen. Und beim Steuer-Erfinden waren die Sozialdemokraten noch nie verlegen.

Ob das Homeoffice für Arbeitnehmer und Arbeitgeber nun Fluch oder Segen ist, sollen nach unserer Meinung, nach Meinung der AfD, diese selbst entscheiden, und keine Bürokratie, kein Gericht und schon gar kein Minister. Wir lehnen Ihren Antrag daher ab.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Laumann das Wort.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Landesregierung ist es ein wichtiges Anliegen, mobile Arbeit für Beschäftigte auch nach dem Abklingen der Coronapandemie zu ermöglichen und vor allen Dingen auch zu fördern.

Es ist ja richtig, dass Homeoffice und andere Formen des mobilen Arbeitens positive Effekte für Unternehmen und Beschäftigte haben können. Der Druck, den wir durch die Pandemie haben, hat auch manch einem, der vorher gar nicht über diese Frage zu Ende nachgedacht hatte, gezeigt, welche Vorteile es hat.

Wir kennen alle das, was auch unsere Mitarbeiter uns sagen: flexible und freie Gestaltung der Arbeit, Wegfall von Wegezeiten, eine erhöhte Produktivität sagen wieder andere, die man gerade trotz oder wegen der Heimarbeit hat, die Steigerung der Attraktivität des Arbeitgebers oder auch die Wünsche der Arbeitnehmer, Familie und Arbeit besser miteinander zu verbinden.

Aus Sicht der Landesregierung bedarf es jedoch keines gesetzlich verankerten Rechtsanspruches, der Beschäftigte den Wunsch nach mobiler Arbeit ermöglicht. Vielmehr setzen wir auf moderne arbeitsrechtliche Regelungen, die keine unnötige Bürokratie für die Unternehmen schaffen und sowohl die Interessen der Beschäftigten als auch die der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in einen angemessenen Ausgleich bringen.

Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber haben ein berechtigtes Bedürfnis mitzubestimmen, wo die Beschäftigten ihrer Arbeit nachgehen. Gleichzeitig müssten zum Wohle der Beschäftigten die Regeln des Arbeits- und Gesundheitsschutzes wie zum Beispiel ein vernünftig eingestellter Tisch oder Stuhl auch im Homeoffice konsequent umgesetzt und eingehalten werden.

Ich finde, wir müssen uns auch damit auseinandersetzen, dass es viele Menschen gibt, die in sehr kleinen Wohnungen, wo der Arbeitsplatz oft der Küchentisch ist, Heimarbeit machen. Es ist nicht bei jedem so, dass es ein wunderbares Arbeitszimmer gibt, wo das alles bestens geregelt ist. Aus Sicht eines Arbeitsministers muss der Arbeitsschutz gewährleistet sein. Dafür hat natürlich am Ende der Arbeitgeber eine Verantwortung.

Zu beachten ist auch, dass schon jetzt viele Unternehmen ihren Beschäftigten aufgrund von Regelungen in Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen mobiles Arbeiten in einer arbeitsrechtlich überhaupt nicht zu beanstandenden Form ermöglichen. Ich möchte, dass die positiven Erfahrungen mit mobiler Arbeit insbesondere in der Coronapandemie auch dafür genutzt werden, um die Sozialpartner bei der Gestaltung solcher Vereinbarungen weiter zu stärken.

Denn statt eines gesetzlichen Anspruchs sind einvernehmliche Vereinbarungen zwischen den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und den Arbeitgebern immer vorzuziehen. Natürlich wäre es mir recht, wenn alle diese Bereiche über Betriebsvereinbarungen und über Tarifverträge in der nächsten Zeit geregelt werden.

Aber eines sage ich auch ganz klar: Wenn es nicht geregelt wird, wird man an einem gewissen gesetzlichen Rahmen über die Ausgestaltung der Arbeitsplätze nicht umhinkommen und muss auch die Frage der Kosten dieser Arbeitsplätze letzten Endes gesetzlich klären. Ich finde nicht, dass das Ansinnen etwa großer Versicherungsgesellschaften, die Büros einzusparen, sodass am Ende der Steuerzahler die Arbeitszimmer finanzieren soll, das letzte Wort in dieser Auseinandersetzung sein kann. Hier sind in allererster Linie nach Auffassung des Arbeitsministeriums auch die Arbeitgeber zumindest in einer Mitverantwortung. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister Laumann. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Daher schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion der SPD hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 17/11678. Wer möchte zustimmen? – Das sind SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, FDP und AfD und der fraktionslose Abgeordnete Langguth. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/11678 abgelehnt.**

Ich rufe auf:

10 Maskenzwang an den Schulen in NRW sofort aufheben!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/11665

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die Fraktion der AfD dem Abgeordneten Seifen das Wort.

Helmut Seifen (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das öffentliche Trommeln mit Fallzahlen von angeblich Infizierten, eigentlich ja nur positiv Getesteten, macht die Regierenden nervös und lässt sie vom vernünftigen und menschenfreundlichen Weg abkommen.

Jetzt also werden die Schülerinnen und Schüler wieder verdonnert, auch im Unterricht Masken zu tragen. Da sitzen also die Kinder von morgens 7 Uhr an mit der Maske im Bus und anschließend noch mindestens sechs Stunden lang in der Schule. Sogar in den Pausen draußen müssen sie mit der Maske herumlaufen – an der frischen Luft, die sie eigentlich brauchen, um nach der Sitzerei im Klassenraum

Körper und Geist zu erfrischen. Und es gibt geradezu hysterische Reaktionen von Lehrern und Lehrerinnen, wenn sie jemanden entdecken, der keine Maske trägt.

Die Maske ist zum Gesslerhut unserer Zeit geworden. Über die Sinnhaftigkeit, den Nutzen und die Erträglichkeit wird nicht mehr nachgedacht, sondern ohne Rücksicht auf die wahre Gefährlichkeit der Krankheit COVID-19, ohne Rücksicht auf die Erkenntnisse über den Nutzen und den Schaden von Mund-Nase-Bedeckungen und ohne Rücksicht auf die Erkenntnisse, die man aus Studien über das Infektionsgeschehen bei Kindern und jungen Menschen erfahren kann, wird der Maskenzwang an den Schulen durchgesetzt.

Die fundierte Kritik gegen den Maskenzwang gibt es seit Langem, doch in der Öffentlichkeit verhält sie ungehört, wird von den Medien kaum aufgegriffen und von der Regierung ignoriert. Dabei haben selbst Professor Drosten und das RKI im Frühjahr noch auf die Unwirksamkeit von Masken hingewiesen. Auch nach Auskunft des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte können sich die Träger von Mund- Nase-Bedeckungen aus handelsüblichen Stoffen nicht darauf verlassen, dass diese sie oder andere vor einer Übertragung von SARS-CoV-2 schützen, da für diese Masken keine entsprechende Schutzwirkung nachgewiesen wurde. Es fehlt also der Nachweis eines positiven Effekts.

Desgleichen hat dies der Präsident der Ärztekammer Dr. Klaus Reinhardt in seinem vernichtenden Urteil über die Nutzlosigkeit von Masken ausgeführt. Aber er musste widerrufen, sonst wäre er als Präsident der Bundesärztekammer nicht mehr haltbar gewesen. Herr Höne, den Hinweis auf Galileo Galilei habe ich nicht auf mich bezogen, sondern auf Dr. Klaus Reinhardt.

Die ersten Hinweise auf die Schädlichkeit der Mund-Nase-Bedeckung gab die Leipziger Studie vom 20. Juli 2020, in der deutlich wurde, dass die sogenannte kardiopulmonale Leistungsfähigkeit durch verschiedene Maskentypen signifikant reduziert wird. Die Masken beeinträchtigen die Atmung erheblich durch ihren Atemwiderstand, vor allem das Volumen und die höchstmögliche Geschwindigkeit der Luft beim Ausatmen. Die maximal mögliche Kraft auf dem Fahrradergometer war deutlich reduziert. Im Stoffwechsel wurde eine schnellere Ansäuerung des Blutes bei Anstrengung registriert.

(Henning Höne [FDP]: Sie sollen damit auch keinen Hochleistungssport machen!)

Zitat, mit Erlaubnis des Präsidenten: „Die Ergebnisse unserer Untersuchung bestätigen das subjektive Gefühl vieler Menschen“, erklärt der Kardiologie-Klinikdirektor Professor Ulrich Laufs. Zitat weiter: „Die Studie hat die Einschränkung der Leistungsfähigkeit nun auch wissenschaftlich quantifiziert.“

Er sieht die Ergebnisse für viele Lebensbereiche als potenziell interessant an. Zitat: „Übertragen auf die Arbeitswelt stellt sich schon die Frage, ob Menschen, die mit Maske körperlich anstrengende Arbeit leisten, öfter Pausen machen müssten als bisher.“ – Und Schüler leisten eine Menge Gedankenarbeit.

Natürlich betonen die Professoren aus Leipzig, dass diese Studie kein Votum gegen das Masketragen sei. Das betonen sie absichtlich. Ja, die Ärzte in Leipzig haben natürlich gelernt. Sie wollen ihren Beruf gerne weiter ausüben und weiter ihre Stelle besetzen. Deshalb geben sie eine Erklärung ab, die im Grunde genommen den Ergebnissen der Studie widerspricht. So weit sind wir in unserem Land mittlerweile gekommen.

Aber die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung hat nun vor kurzem genau diese Studie aufgegriffen und gibt dazu klare Anweisungen. Der Koordinierungskreis für biologische Arbeitsstoffe innerhalb der DGUV, KOBAS, hat hierzu eine Stellungnahme abgegeben, die sich allgemein auf das Tragen der Mund-Nase-Bedeckung am Arbeitsplatz bezieht.

KOBAS empfiehlt eine maximale Tragedauer von zwei Stunden mit anschließender 30-minütiger Erholungspause, Frau Ministerin. Zudem gilt: Die durchfeuchtete Mund-Nase-Bedeckung ist zu wechseln, Tragedauer maximal ein Tag, sonst droht die Verkeimung, nicht die Außen- und Innenseite der Mund-Nase-Bedeckung wechseln, nur am Rand berühren. – Also wahrscheinlich alles Dinge, die in der Schule messerscharf eingehalten werden.

Ich hoffe sehr, dass das Ministerium nun genau diese Anordnung auch an die Schulen weitergibt und dort dementsprechende Pausen eingelegt werden und der Unterricht dann bis 17 Uhr dauert. Besser allerdings, Frau Ministerin, wäre es, einfach auf den Rat zahlreicher Kinderärzte und Allgemeinmediziner zu hören und den Maskenzwang in den Schulen aufzuheben. Wer dann dort noch meint, er müsse eine Mund-Nase-Bedeckung tragen, der soll das in Gottes Namen tun. Ich bin auch bereit zu sagen, dass Sie nicht der AfD gefolgt sind. Ich schweige dann wie ein Grab und sage dann, Sie haben auf die Wissenschaftler gehört. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Preuß.

Peter Preuß (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es hat einen Grund, warum die CDU-Landtagsfraktion ihren gesundheitspolitischen Sprecher zu den diversen Themen rund um Corona nach vorn zum Rednerpult schickt.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Der ist einfach gut! – Angela Freimuth [FDP]: Auch das!)

Meine Damen und Herren, es geht um Gesundheit. Es geht um die Gesundheit unserer Kinder, der Schülerinnen und Schüler, der Lehrerinnen und Lehrer. Eines der erklärten Ziele der NRW-Koalition ist es, trotz der verheerenden Pandemie den Präsenzunterricht aufrechtzuerhalten.

Weil uns das so wichtig ist, wurden zum Schutz der Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrer Maßnahmen beschlossen, die dazu beitragen sollen, Infektionen zu vermeiden. Das ist im Laufe der Plenarwoche mehrfach vorgetragen worden. Diese Maßnahmen sind aus unserer Sicht unumgänglich, um den Unterricht in den Schulen weiterhin verantwortungsvoll aufrechterhalten zu können.

Natürlich kann man darüber nachdenken, ob diese Maßnahmen nun geeignet sind oder nicht geeignet sind. Es ist auch in verschiedenen anderen Reden in dieser Plenarwoche sehr deutlich geworden, dass dahinter immer ein Abwägungsprozess steht, der dazu geführt hat, dass die Maskenpflicht an den Schulen eingeführt worden ist.

Den Antrag der AfD-Fraktion lehnen wir ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der SPD und der FDP – Beifall von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die SPD-Fraktion spricht die Abgeordnete Frau Voigt-Küppers.

Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Um diese Zeit brauche ich keine Zuhörerinnen und Zuhörer mehr zu begrüßen. Das ist auch gut so.

Inhaltlich hat mein Vorredner, glaube ich, alles zur Maskenpflicht gesagt. Ich will an dieser Stelle nur noch eines ergänzen. Ich bin der Meinung, dass an dieser Stelle im August der fast gleiche Antrag schon einmal gestellt worden ist und das Thema im August hinreichend diskutiert worden ist. Dass er heute erneut gestellt wird, obwohl er im August abgelehnt worden ist, hat nichts damit zu tun, dass die AfD der Meinung ist, heute könnte sie die breite Mehrheit davon überzeugen, dass Masken nicht notwendig sind, sondern hat etwas damit zu tun, dass die AfD hier ein Schauspiel inszeniert.

(Helmut Seifen [AfD]: Ich sage nur: Solingen!)

– Sie sind immer der Experte bei der Beurteilung von anderen. Aber wenn man Ihnen dann sagt, wie man Ihre Verhaltensweisen einschätzt, dann sind Sie beleidigt.

(Beifall von der SPD)

Zurück zur eigentlichen Aussage. Ihnen geht es darum, die Unzufriedenen in diesem Land einzusammeln. Sie haben die große Hoffnung, dass Sie Ihr parteipolitisches Süppchen auf der Unzufriedenheit von anderen kochen können.

Allerdings will ich an dieser Stelle ganz deutlich sagen: Ich halte diese Vorgehensweise gerade in diesem speziellen Punkt für ausgesprochen unverantwortlich. In diesem Zusammenhang fällt mir nur ein Satz ein, den Sie, Herr Seifen, der Sie uns ja immer zeigen, wie gebildet Sie sind, sicherlich kennen und den Sie befolgen sollten. Das ist der Satz: Meine Freiheit hört da auf, wo die des anderen beginnt. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Fraktion der FDP spricht die Kollegin Schneider.

Susanne Schneider (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Natürlich gibt es Schöneres, als so eine Maske zu tragen. Aber es ist sicher zumutbar. Wir haben es in den Schulen zwischendurch auch mal abgeschafft. Ich bin unheimlich stolz auf meine jüngste Tochter. Die geht zurzeit in die neunte Klasse. Alle 30 Schüler in dieser Klasse haben auch weiterhin die Maske getragen, weil sie gesagt haben: Wir übernehmen für uns, für andere und für unsere Lehrer Verantwortung. Das finde ich ganz großartig.

Ich kann auch verstehen, dass sich die Eltern Sorgen um die Gesundheit ihrer Kinder machen. Aber es gibt inzwischen reichlich Studien, die besagen, dass von den Masken keine Gefahr ausgeht.

Was brauchen wir hier? Mit dem Coronavirus ist gesellschaftlicher Zusammenhalt gefordert. Unsere Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer schützen damit sich selbst und andere, können vernünftigen Unterricht abhalten, momentan im Präsenzunterricht, was ich ganz wunderbar finde. Ich habe vorhin eine Nachricht von einer Lehrerin einer Sekundarschule aus Selm bekommen. Sie hat geschrieben, sie und die Schüler seien so dankbar, dass sie alle gemeinsam in der Schule arbeiten könnten und dürften.

(Beifall von der FDP, Petra Vogt [CDU] und Peter Preuß [CDU])

Da übernehmen alle Verantwortung, jeder füreinander. Aber der antragstellenden Fraktion ist so etwas ja fremd.

Ich fand es ganz hübsch, wie in verschiedenen Medien zu lesen war, dass Ihr Bundessprecher, MdB Herr Stephan Brandner, sich im ICE geweigert hatte,

eine Maske zu tragen. Das löste dann einen Polizeieinsatz aus. Man hat ihn dann im Zug gesucht und letztendlich auf der Toilette gefunden. So ein Verhalten kann ich mir bei unseren Schülerinnen und Schülern beim besten Willen nicht vorstellen. Ich halte fest, dass die Schülerinnen und Schüler an unseren Schulen deutlich mehr Verantwortung zeigen und übernehmen als die Bundestagsabgeordneten der AfD, und sie haben eben verstanden, dass Sie sich selbst mit so einer Maske schützen können. Das zeigen ja viele Beispiele.

Wenn Sie hier im Antrag von „Geiselnhaft einer Angstpsychose“ schreiben, dann richten Sie damit eine Kritik an unsere Lehrkräfte. Sie machen mit diesem Antrag die Schulen zu Gefängnissen, Klassenzimmer zu Hafträumen und Lehrkräfte zu Gefängniswärtern.

(Andreas Keith [AfD]: Sinnlos!)

Das ist ein Bild von Schule, was die FDP-Landtagsfraktion sicher nicht teilt. Schule ist ein Raum – und die Nachrichten bekommen wir immer mehr, gerade in der aktuellen Situation –, in dem sich alle wirklich wohlfühlen und daher gerne sich und andere schützen.

Das ist eben der Unterschied zwischen Rechtspopulisten und den Freien Demokraten. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Präsident André Kuper: Herzlichen Dank, Frau Kollegin Schneider. – Für die Fraktion der Grünen spricht der Abgeordnete Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Zu den Fragen des Infektionsschutzes hat der Kollege Preuß das Notwendige gesagt. Doch ich möchte auch hier wieder die Gelegenheit nutzen, die AfD ernster zu nehmen, als sie es selbst tut, und aus ihrem Antrag vorlesen. Sie fordert,

- „1. den Maskenzwang an den Schulen in NRW sofort aufzuheben
2. effiziente Alternativmöglichkeiten des Infektionsschutzes zu suchen und zu prüfen.“

Also offensichtlich anders als Herr Seifen das in seiner Rede ausgeführt hat, braucht es eines gewissen effektiven Infektionsschutzes. Sie wollen aber die Maske abschaffen, bevor dieser Infektionsschutz gefunden wurde. Sie wollen auch nicht daran mitarbeiten, dass die Schulen mit Geräten ausgestattet werden. Der Antrag pendelt zwischen mehreren Widersprüchen wie auch viele andere Anträge von Ihnen.

Was ich teile, ist: Es ist ein ausdrückliches Schauspiel, was Sie hier abziehen, mit zwölf Anträgen, die sich alle ähneln und den gleichen Vorspann haben.

(Beifall von Monika Düker [GRÜNE] und Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

Insofern, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden wir Grünen diesen Antrag natürlich ablehnen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU und der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Gebauer.

Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für die Landesregierung darf ich sagen: Wenn wir von der Maßnahme der Einführung der Maskenpflicht an unseren Schulen nicht überzeugt gewesen wären, hätten wir es nicht getan.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Alle Vorrednerinnen und Vorredner haben zu diesem Thema schon alles ausgeführt. Mehr ist zu dem Antrag nicht zu sagen. – Danke schön.

(Beifall von der CDU, der SPD und der FDP)

Präsident André Kuper: Danke schön, Frau Ministerin. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Daher kommen wir zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion der AfD hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 17/11665. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind die Abgeordneten der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, FDP, Grüne. Wer enthält sich der Stimme? – Der fraktionslose Abgeordnete Langguth. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/11665 abgelehnt.**

Ich rufe auf:

11 Gesetz über die Gewährung von Wertschätzungsprämien und die Stiftung von Ehrenzeichen im Brand- und Katastrophenschutz (Prämien- und Ehrenzeichengesetz – PräEG) – Wertschätzung für die ehrenamtlichen Einsatzkräfte!

Gesetzentwurf
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/10857

Beschlussempfehlung
des Innenausschusses
Drucksache 17/11684

zweite Lesung

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die Fraktion der CDU dem Abgeordneten Schnelle das Wort.

Thomas Schnelle (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir seien vorab auch ein paar Anmerkungen gestattet. Da ich die Anträge der AfD im Plenum dieser Woche gehört und mitbekommen habe, auch den letzten Antrag gerade, möchte ich einige einleitende Worte zu dem Antrag sagen, die etwas mit Wertschätzung zu tun haben.

Wertschätzung, meine Damen und Herren von der AfD, wäre es anzuerkennen, dass die derzeitige Pandemie Gefahr für viele Mitbürger darstellt. Wertschätzung wäre, wenn Sie nicht Populismus für Verschwörungstheoretiker machen würden, um Ihre abstürzenden Umfragewerte zu retten. Wertschätzung wäre es, wenn Sie all den Ehrenamtlichen in den Rettungsdiensten und in den Hilfsorganisationen, die jetzt da draußen sind, zugestehen würden: Ja, wir beteiligen uns an dieser gesellschaftlichen Herausforderung, und wir werden selbst alles tun, um unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger zu schützen.

Aber wo helfen Sie gerade in dieser schwierigen Situation, statt zu spalten und gegen die Maske zu stänkern? Damit bringen Sie Ihre Mitmenschen wesentlich in Gefahr und vermehren und erschweren übrigens auch massiv die Arbeit der Frauen und Männer in den Krankenhäusern und bei den Rettungsdiensten.

(Helmut Seifen [AfD]: Das ist Blödsinn!)

Das aber nur als Vorwort.

In Ihrer Begründung berufen Sie sich auf eine Umfrage aus dem Projekt „FeuerwEhrensache“, aus welcher hervorgeht, dass Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler sich in erster Linie keine finanzielle Wertschätzung, sondern eine immaterielle Anerkennung ihres Engagements wünschen. Für Sie ist es trotzdem erst einmal ein Grund, dass Sie dieses Gesetz über eine Wertschätzungsprämie vorgelegt haben.

Ich bin mir sehr sicher, dass dies weniger an Ihrem Unverständnis von Umfragen, Studien oder der Wissenschaft allgemein liegt, sondern daran, dass Sie eher ratlos dastehen, wenn es um eine echte und ehrliche Anerkennung der Arbeit unserer Mitmenschen geht. Denn das ist es, was das Gros der Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler wünscht, sogar so weit, dass sie finanzielle Belohnungen ihrer Arbeit dezidiert ablehnen.

Zudem kommt ein hinreichendes Gegenargument, nämlich, dass eine solche Prämie nicht gerecht zu gestalten ist. Denn auch in Ihrem Entwurf lassen Sie Tausende ehrenamtlich Engagierte außen vor, da Sie sich nur auf den Brand- und Katastrophenschutz fokussieren. Was ist denn beispielsweise mit den

Ehrenamtlern in den Bahnhofsmissionen oder bei den Tafeln? Für Sie scheint es eine Art des Ehrenamts zu sein, welches ungleich behandelt werden kann, welches nicht Ihre Art der Anerkennung verdient. Die Feuerwehr-Rente beschränken Sie gleich nur auf die Feuerwehr.

Ja, es ist der Fall, dass einige Kommunen ihre eigenen Beiträge leisten, das Ehrenamt attraktiver zu gestalten. Aber das sind Dinge, die wir auch besser in der Hand der Kommune lassen. Die wissen besser, was vor Ort hilfreich sein kann und wird. Da müssen wir als Land nicht eingreifen.

Zum Kern Ihres Gesetzentwurfs: Uns allen ist klar, dass das Ehrenamt vor großen Herausforderungen steht. Allerdings haben wir und auch die Vorgängerregierungen dies längst erkannt und arbeiten daran, das Ehrenamt wieder zu stärken, und zwar mit zielführenden Mitteln und nicht mit Prämien, von denen wir übrigens auch schon durch das Vorbild anderer Bundesländer wissen, dass sie die Zahl an ehrenamtlich Tätigen nicht zu steigern vermögen.

Das Projekt „FeuerwEhrensache“, das ich bereits erwähnt habe, hat großen Rückhalt gefunden. Darauf aufbauend haben wir Imagekampagnen gefahren. Wir klären die Bevölkerung über die wichtige Arbeit des Ehrenamtes auf. Wir gehen gegen Gewalt gegen Einsatzkräfte vor usw. Und wir stehen im Gegensatz zu Ihnen im engen Austausch mit den Verbänden und werden jeden zielführenden Vorschlag unterstützen, um das Ehrenamt weiter zu stärken.

Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, es steckt auch im Wortlaut: Es ist ein Ehrenamt, dessen ureigener Sinn es ist, dass es nach keiner Bezahlung verlangt, denn nur die Güte ist der Preis und Dankbarkeit der Lohn. Es macht aus unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern Ehrenfrauen und Ehrenmänner.

Ich darf daher allen noch mal danken, allen, die für uns ins Feuer gehen und in Katastrophen helfen, die in den Tafeln und Bahnhofsmissionen aktiv sind und die gerade jetzt aufgrund der besonderen Lage zur Bewältigung der Pandemie eingesetzt werden. Danke für all das, was Ihr jeden Tag leistet! Ihr haltet das Land zusammen! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Schnelle. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD Herr Kollege Wolf das Wort.

Sven Wolf (SPD): Frau Präsidentin! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Zunächst vorneweg: Jeder, der sich ehrenamtlich bei der Feuerwehr, beim Katastrophenschutz oder auch bei den „helfenden Sieben“ engagiert, verdient unseren Respekt und unsere Anerkennung.

(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Argumente zu dem Gesetzentwurf sind ausführlich in der Sitzung des Innenausschusses ausgetauscht worden. Wir werden bei unserer bisherigen Position bleiben und den Gesetzentwurf aus zwei Gründen ablehnen:

Zum einen gibt es schon viele gute Initiativen, die die Arbeit der Ehrenamtler unterstützen. Ich erinnere an den Ehrampfspreis, an den Engagementnachweis, den man erhalten kann, an die „Woche des Respekts“, die von der jetzigen Landesregierung mit „NRW zeigt Respekt!“ fortgesetzt worden ist. Ein wichtiger Punkt ist auch der Versicherungsschutz für ehrenamtlich Tätige, den es inzwischen gibt.

Zum anderen gäbe es – Herr Kollege Schnelle, Sie haben es gerade sehr ausführlich dargestellt –, wenn man diesem Gesetzentwurf folgen würde, eine Ungleichbehandlung zu denjenigen, die sich in vielen anderen Bereichen ehrenamtlich engagieren. Das wollen wir auch anerkennen und sie nicht wie der AfD-Gesetzentwurf im Leeren stehen lassen. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Wolf. – Als nächster Redner hat Herr Kollege Abgeordneter Dr. Pfeil für die FDP-Fraktion das Wort.

Dr. Werner Pfeil (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Wagner, wir hatten schon bei der ersten Lesung alle Aktivitäten vorgetragen – und Herr Wolf hat eben noch mal darauf hingewiesen –, die die Landesregierung bisher im Ehrenamtsbereich unternommen hat.

Ja, wir unterstützen Ehrenamt in allen Bereichen und auf allen Ebenen und wollen das auch weiterhin tun. Wir als FDP sehen derzeit auch gar keine Notwendigkeit, diesem Gesetzentwurf zu folgen. Seit Sommer 2019 wird an einer wissenschaftlichen Studie gearbeitet, in der die Ehrenamtlichen zu den Motiven und Hindernissen bei der Aufnahme und bei der Beibehaltung des Ehrenamts befragt werden. Die Ergebnisse sollen bis Ende dieses Jahres vorliegen.

Soweit ich gehört habe, werden wir uns noch dieses Jahr mit dieser Studie beschäftigen können und dann möglicherweise zu Ergebnissen kommen, die den Ehrenamtlichen viel mehr helfen, nämlich: Wie ist die Vereinbarkeit von Familie und Ehrenamt? Wie ist es mit der Kinderbetreuung im Ehrenamt? Und wie ist es mit der Arbeitsstätte im Ehrenamt?

Diese Fragen werden wir dann eingehend erörtern und dann schauen, ob es da Verbesserungen zu erzielen gilt. Deswegen lehnen wir den Gesetzesvorschlag ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP, Petra Vogt [CDU] und Sven Wolf [SPD])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Pfeil. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Herr Kollege Mostofizadeh das Wort. Bitte sehr, Herr Abgeordneter.

Mehrdad Mostofizadeh^{*)} (GRÜNE): Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Schnell hat ausführlich die sachlichen Hintergründe des Gesetzentwurfs dargelegt. Wer sich die Beratungen im Innenausschuss, die Anhörung und die Debatte im Plenum angehört hat, weiß genau, worum es hier eigentlich geht.

Aber ich möchte eines vorwegschicken: Wir haben heute nicht nur Freitag, den 13. November, sondern heute ist auch Rauchmeldertag. Insofern möchte ich daran erinnern, dass die Kampagne zur Aufklärung und zur Werbung für die Rauchmelder wahrscheinlich viel mehr für die Gesundheit und für das Ehrenamt in Nordrhein-Westfalen tut als dieser überflüssige Gesetzentwurf, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Heiterkeit von Herbert Reul, Minister des Innern)

Wenn es ums Ehrenamt geht, möchte ich einen anderen Hinweis geben und an das anschließen, was Kollege Wolf gesagt hat: Beim Ehrenamt geht es nicht darum, noch eine Plakette zu verleihen oder noch mal Geld zu vergeben oder andere Punkte zu machen, sondern es geht möglicherweise für alle Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler um die Frage, ob bei den Rentenpunkten oder anderen Geschichten vielleicht was dazukommt. Aber wenn wir das machen, dann machen wir das zusammen und für alle in vertretbarer Weise.

Eines möchte ich von der Kollegin Schäffer wiederholen; das ist mir ein großes Anliegen: Ich möchte an Herrn Ziebs erinnern. Der hat sich sehr klar von der AfD abgegrenzt und ist dafür sehr angefeindet worden. Was die Ehrenamtlichen gerade in der Feuerwehr nicht brauchen, ist das Ranrobben einer rechtsextremen Partei. Deswegen lehnen wir diesen Gesetzentwurf ab.

(Beifall von den GRÜNEN – Andreas Keith [AfD]: Vorsicht jetzt! Ganz vorsichtig!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Mostofizadeh. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der AfD Herr Abgeordneter Wagner das Wort.

Herr Kollege Mostofizadeh kann seine Wortwahl an der Stelle noch mal überdenken.

Markus Wagner (AfD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es betrübt mich wirklich, denn ich muss den ehrenamtlichen Feuerwehrleuten und Einsatzkräften im Katastrophenschutz heute sagen: Eine Wertschätzungsprämie bekommt ihr in Nordrhein-Westfalen nicht, denn CDU, SPD, FDP und Grüne sind dagegen.

Sie sind auch dagegen – wie ebenfalls von uns beantragt –, dass Feuerwehrmänner und -frauen ein zusätzliches Ehrenzeichen gestiftet bekommen. Das verstehe wer will. Ich persönlich verstehe das nicht; denn es geht hier um die Menschen, die uns schützen und helfen, um die Bürger, die sich ehrenamtlich für unsere Gemeinschaft einsetzen: nachts, am Wochenende, bei Fehlalarm oder beim Großbrand.

Ich danke diesen Menschen dafür, denn das sind die Helden des Alltags. Als AfD-Fraktion stellen wir uns daher bedingungslos vor und hinter unsere Einsatz- und Rettungskräfte.

(Zuruf von der CDU)

Insofern hat CDU-Kollege Dr. Katzidis schon recht, wenn er in seiner vorigen Plenarrede davon sprach, dass das ja bei uns System hat – als sei das was Negatives. Ja, Herr Dr. Katzidis, wir setzen uns für unsere Einsatz- und Rettungskräfte genauso ein wie für unsere Polizisten und Soldaten, besonders dann, wenn andere das vernachlässigen.

(Beifall von der AfD)

Dass Ihnen das nicht gefällt, sagt doch mehr über Sie und die CDU aus als über uns. Wo ist denn das Problem, bei so einer Sache einfach mal mitzustimmen? Ich kann ja verstehen, dass Sie davor Angst haben, Ärger mit Frau Merkel zu bekommen.

(Lachen von der CDU)

Dann verändern Sie den Antrag doch ein bisschen: Packen Sie noch was drauf, ändern Sie zwei, drei Kommas, verändern Sie zwei, drei Sätze, und dann bringen Sie das als Ihren Antrag ein. Für mich ist das kein Problem. Das ist mir völlig wurscht. Da stimmen wir dann auch von Herzen mit. Aber Sie haben diese Chance bis jetzt vertan. Denn es geht hier um die Sache. Die parteitaktischen Spielchen, Gutes nur deshalb abzulehnen, weil es von der AfD kommt, schaden nicht uns, wie Sie vielleicht kurzzeitig meinen, sondern den Menschen, um die es geht, in diesem Fall den Ehrenamtlichen bei Katastrophenschutz und Feuerwehr.

An diese Art von Parteipolitik – das will ich Ihnen mal sagen – werde ich mich nie gewöhnen. Daran will ich mich auch gar nicht gewöhnen.

(Beifall von der AfD)

Über die Höhe der Wertschätzungsprämie kann man diskutieren – das ist keine Frage –, aber doch nicht über sie als Instrument der Anerkennung.

Jeder Fraktion steht es frei, einen Änderungsantrag vorzulegen, denn ein Nein zu unserem Gesetzentwurf, wie von Ihnen angekündigt, ist ein Nein zur Wertschätzungsprämie für die ehrenamtlichen Einsatz- und Rettungskräfte.

Ich will an dieser Stelle noch einmal deutlich machen: Nur weil die ehrenamtlichen Einsatzkräfte die materielle Wertschätzung in Umfragen nicht an die erste Stelle setzen, kann das doch keine Rechtfertigung dafür sein, eine solche Wertschätzungsprämie von vornherein abzulehnen. Das Gegenteil ist der Fall: Diese auch moralisch vorbildliche Haltung verdient geradezu unsere Anerkennung.

Andere Bundesländer haben eine Prämien- oder Rentenlösung. Es ist völlig lächerlich, hier als Vorwand auf unterschiedliche Hilfezeiten hinzuweisen.

Fakt ist: Es gibt einen Handlungsbedarf zur Unterstützung des Ehrenamtes im Brand- und Katastrophenschutz. Entweder erkennt die Politik diese Handlungsnotwendigkeit endlich an, oder sie wird von der Realität der drohenden Pensionswelle überrollt werden.

Nicht von ungefähr führen deshalb immer mehr NRW-Gemeinden eine Feuerwehrrente ein und das – wie stringent – mit Zustimmung der kommunalen Vertreter der anderen heute für das Land ablehnenden Fraktionen.

Versetzen Sie sich doch einfach mal in die Lage der Leute: Sie werden jederzeit aus dem Schlaf gerissen und stehen wenige Minuten später bei erhöhter Gefahr für das eigene Leben womöglich in einem brennenden Haus.

Wenn ich täglich sehe, für welchen Klimbim hier Milliarden an Steuergeldern verbraten werden, frage ich mich: Für die Feuerwehr kann es keine Wertschätzungsprämie geben?

Das ist nicht in Ordnung, aber ich sage Ihnen: Wenn wir regieren, bringen wir das in Ordnung. – Herzlichen Dank und schönes Wochenende.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das war Herr Abgeordneter Wagner. – Für die Landesregierung hat nun Herr Minister Reul das Wort.

Herbert Reul, Minister des Innern: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vor zwei Monaten habe ich hier schon einmal gesagt, warum wir weder Geld noch weitere Ehrenabzeichen als Anreiz für Ehrenamtliche brauchen.

Mittlerweile haben zwei Sitzungen des Innenausschusses und eine Sitzung des Kommunalausschusses stattgefunden: Es gab keine neuen Argumente. Beide Ausschüsse haben den Gesetzentwurf abgelehnt.

Diese Haltung teile ich voll und ganz. Das hat überhaupt nichts damit zu tun, ob man die Ehrenamtlichkeit schätzt oder nicht; wahrscheinlich haben die Parteien, die den Gesetzentwurf heute ablehnen, in ihren politischen Zuständigkeitsbereichen schon mehr für Ehrenamtlichkeit getan, als Sie sich jemals einfallen lassen können.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Damit das klar ist: Die Ehrenamtlichen sind die wahren Helden unserer Gesellschaft, denn ohne sie wäre der Staat nicht zu machen; das stimmt. Das hier ist aber Show und keine Hilfe. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP – Andreas Keith [AfD]: Sie machen hier Show!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Reul. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass wir am Schluss der Aussprache sind.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Innenausschuss empfiehlt mit Drucksache 17/11684, den Gesetzentwurf Drucksache 17/10857 abzulehnen. Damit kommen wir zur Abstimmung über den Gesetzentwurf selbst, nicht über die Beschlussempfehlung. Wer möchte dem Gesetzentwurf zustimmen? – Das ist die Fraktion der AfD. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen? – Enthaltung vom fraktionslosen Abgeordneten Langguth. Damit stelle ich fest, dass der **Gesetzentwurf Drucksache 17/10857 abgelehnt** wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende unserer heutigen Plenarsitzung.

Ich berufe das Plenum wieder ein für Mittwoch, den 25. November 2020, 10:00 Uhr.

Ich wünsche Ihnen allen einen angenehmen Abend und ein erholsames Wochenende. Bleiben Sie gesund!

Die Sitzung ist geschlossen.

Ende: 17:04 Uhr

^{*)} Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 102 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.